

Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 35

**Ingo Kolboom/Bernd Rill (Hrsg.)
Frankophonie –
nationale und internationale
Dimensionen**



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Akademie für Politik und Zeitgeschehen

Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 35

**Ingo Kolboom/Bernd Rill (Hrsg.)
Frankophonie –
nationale und internationale
Dimensionen**

ISBN 3 - 88795 - 249 - 9

© 2002 Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München

Akademie für Politik und Zeitgeschehen

Verantwortlich: Dr. Reinhard C. Meier-Walser (Chefredakteur)

Redaktion:

Wolfgang D. Eltrich M.A. (Redaktionsleiter)

Barbara Fürbeth M.A. (stv. Redaktionsleiterin)

Irene Krampfl (Redaktionsassistentin)

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhaltsverzeichnis

<i>Ingo Kolboom/Bernd Rill</i> Einführung.....	5
<i>Ingo Kolboom</i> Die Internationale Frankophonie – Kulturelle Makro-Region und politischer Akteur in der globalen Welt	7
<i>Ingo Kolboom</i> Frankophonie: Der lange Weg eines Begriffes zur politischen Bewegung (1880 - 1998)	21
<i>Medard Ritzenhofen</i> Frankophonie versus kulturelle Globalisierung.....	33
<i>Roberto Mann</i> Die Frankophonie im Internet	41
<i>Franz-Joseph Meißner</i> Französisch und Deutsch – Partnersprachen, Konkurrenten, Brückensprachen zur Mehrsprachigkeit?.....	47
<i>Frédéric Hartweg</i> Die Sprachen im Elsass: Kalter Krieg oder versöhntes Miteinander?	63
<i>Alfred Minke</i> Flamen und Wallonen – Zerreißprobe für Belgien.....	77
<i>Jutta Stamer</i> Nation Québec? – Frankophone Ausnahme in Nordamerika.....	89
<i>János Riesz</i> Négritude, Frankophonie und afrikanische Kultur – Léopold Sédar Senghor als Paradigma.....	99
<i>Stefan Brüne</i> Halbherzige Reformen: Frankreich in Westafrika	109
<i>Jean-Pierre Froehly</i> Frankreich und Belgien im Kongo (Kinshasa).....	115
Autorenverzeichnis	123

Einführung

Ingo Kolboom/Bernd Rill

Indem die vorliegende Publikation im deutschen Sprachraum, wenn schon nicht enzyklopädisch-ausschöpfend, so doch in gründlicher und detaillierter Befassung das Phänomen der Frankophonie in seiner kulturellen Bedingtheit und mit seinen politischen Hintergründen vorstellt, versucht sie, eine schon lange fällige Diskussion anzustoßen, die in diesem deutschen Sprachraum bisher noch kaum stattgefunden hat.¹ Es geht um nichts geringeres als um die Bewahrung kultureller Vielfalt in einer sich globalisierenden Welt, die einer kulturellen Nivellierung entgegenzugehen scheint, die in ihrer Ausdruckspalette mit einigen Versatzstücken aus der angelsächsischen Welt zufrieden zu sein scheint.

Eine solche Formulierung soll darauf hinweisen, dass das politisch-kulturelle Projekt der Frankophonie nicht verwechselt werden darf mit einer Aversion gegen angelsächsische Kulturinhalte. Das wäre nicht nur banausisch, sondern angesichts der fortschreitenden Vernetzung der Welt schon rührend provinziell. Vielmehr geht es darum, die kulturelle Vielfalt, die über mehr als zwei Jahrtausende hinweg in Europa entstanden ist (aber auch außerhalb Europas stets eine Realität war), als Reichtum für die ganze Welt zu retten. Wenn nirgendwo auf unserem Globus so viele unverwechselbare Kulturkreise auf engstem Raum nebeneinander entstanden sind wie in Europa, dann mag das einerseits für die europäische Integration eine Last sein, andererseits ist es aber auch ein unschätzbare Erbe und eine Herausforderung, derer wir uns nicht nur in Festreden annehmen sollten.

Wir verdanken es dem ausgeprägten französischen Traditionsbewusstsein, dass ein um die französische Sprache und die idealen Werte der französischen Kultur herum mit hinreichender Flexibilität organisiertes internationales Forum ins Leben gerufen wurde, das diese Gedanken vertritt und durch die verschiedensten, hauptsächlich kulturpolitischen Aktivitäten weltweit wirkt. Da ist mehr am Werk als das bekannte, an historischen Exempeln leicht zu vergegenwärtigende Selbstbewusstsein einer der wichtigsten Kulturnationen der Erde.

Es ist für Deutsche zunächst einmal einfach anregend, am Projekt der Frankophonie zu beobachten, wie viel Kultur und Politik miteinander zu tun haben können, wie sehr sie sich durchdringen, ohne dass, wie es einer noch nicht überwundenen Denkweise aus der Schule des deutschen Idealismus entspricht, der eine Bereich dem Wahren, Guten, Edlen, Schönen, der andere aber der nicht nur banalen, sondern auch sündigen Alltagswelt angehört und beide also strikt voneinander getrennt zu halten sind. Im Jahr 2002 wird in Frankreich auf vielfältige Art der zweihundertste Geburtstag von Victor Hugo gefeiert, einem der größten Schriftsteller, die unsere Nachbarnation hervorgebracht hat. Und bezeichnenderweise spielen dabei die leidenschaftlichen Stellungnahmen Victor Hugos zur Tagespolitik und – ab 1848 – zur republikanischen Staatsform sowie zur politischen Gestaltung Europas und des deutsch-französischen Verhältnisses fast dieselbe Rolle wie die Würdigung seines dichterischen Werkes.

¹ Ein erster Überblick über die Gesamtheit und kulturelle Vielfalt der französischsprachigen Welt aus deutscher Sicht liegt seit Mai 2002 vor: Kolboom, Ingo/Kotschi, Thomas/Reichel, Edward (Hrsg.): Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft. Für Studium, Lehre, Praxis, Berlin 2002, 908 S. (www.frankophonie.de)

Diese Anregung sollte in der germanophonen Welt nicht ohne Widerhall bleiben. Würden wir Deutschen Kultur und Politik ebenso nahe beieinander sehen, wie es in Frankreich üblich ist, dann würden wir entdecken, wie überraschend reichhaltige Anregungen beide Bereiche einander geben können. Es ist durchaus ein der Frankophonie verwandter Kreis germanophoner Länder (mit mehr als 100 Millionen Sprechern) denkbar, der zusammen mit diesem Partner und zusammen mit den bereits bestehenden Organisationen der Hispanophonie und der Lusophonie die Fahne der kulturellen Vielfalt im "globalen Dorf" hochhält. Der Osten Mitteleuropas und der Südosten hegen nach wie vor große Sympathie für deutsche Sprache und Kultur. Ein Zusammengehen der deutschen und französischen Partner in diesen Bereichen würde von den Tschechen, Polen, Ungarn, Rumänen, Bulgaren usw. freudig akzeptiert werden und gleichzeitig bei allen Beteiligten wegen des deutsch-französischen "Mix" den Verdacht und auch den Willen fern halten, hier ginge es unter dem Deckmantel kultureller Werte um die Etablierung politischer Hegemonie. Ein unkooperatives Konkurrieren der deutschen und der französischen Sprache in Europa, gerade in den ost- und mitteleuropäischen Ländern, die auf dem Erweiterungskalender der Europäischen Union stehen, würde beide zu Verlierern machen. Der lachende Dritte wäre die "Vehikelsprache Englisch", die mit einer Kultursprache rein gar nichts mehr zu tun hat.

Kommt das Verdienst, den Grundgedanken der Pflege kultureller Vielfalt in die weltweite Diskussion eingeführt zu haben, auch Frankreich zu, bedeutet dies jedoch nicht, dass dabei Kritikpunkte zu übersehen wären, die ihm gegenüber gerade auf diesem Felde durchaus berechtigt sind. So hat Frankreich sich bis heute geweigert, die Europäische Charta für Minderheiten- und Regionalsprachen zu ratifizieren, lässt also in seinem Inneren die Vielfalt, die es weltweit propagiert, nicht zu. Diese Inkonsequenz darf in unserer Publikation nicht verschwiegen werden, denn je mehr ein Lobredner an offen zu Tage liegender Wahrheit auszublenzen versucht, desto weniger überzeugend ist er. Man darf aber anmerken – ohne damit etwas entschuldigen zu wollen –, dass die französische Kulturpolitik die weltweite Debatte über die Bewahrung der kulturellen Vielfalt nicht hätte anstoßen können, wenn sie nicht so zentral orchestriert wäre. Gerade die besten Gedanken haben auch ihren Preis.

Jedenfalls ist die erwähnte Inkonsequenz kein Grund, der französischen Anregung im deutschen Sprachraum nicht zu folgen. Immer wieder wird festgestellt, der "Motor" der deutsch-französischen Zusammenarbeit sei "ins Stottern geraten". Dabei sind die vorhandenen Anreize so mannigfaltig, und das - schöpferisch weiter zu entwickelnde - Vorbild der Frankophonie ist nicht der unansehnlichste. Das Potenzial für diese Zusammenarbeit ist weiterhin vorhanden; allein es fehlt der Wille der beteiligten Eliten, ihre eigenen Vorsätze in die Tat umzusetzen. In der Fremdsprachenpolitik ist dies mehr als deutlich; hier können sich Deutschland und Frankreich von einem Land wie Finnland eine Scheibe abschneiden: Jeder finnische Schüler hat die Möglichkeit, neben der Muttersprache zumindest drei Fremdsprachen zu lernen (zwei obligatorisch, eine freiwillig).² Wenn Deutschland und Frankreich sich nicht ernsthaft und zusammen um eine "Umkehr" in der Sprachenpolitik bemühen, dann bleiben beide Länder große Sprachenprovinzen. Frankreich hat dabei zumindest den Vorteil, mit einer über fünf Kontinente verteilten Frankophonie, an der mehr als 50 Staaten und Regierungen beteiligt sind, über ein größeres Hinterland zu verfügen als seine deutschsprachigen Nachbarn, die schon jetzt das "Denglische" pflegen.

² Vgl. Schmoll, Heike: Vielsprachigkeit und Identität. Der Wettstreit um die Sprachen in der EU und das Sprachenlernen in der Schule, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.6.2002, S.12.

Die Internationale Frankophonie – Kulturelle Makro-Region und politischer Akteur in der globalen Welt*

Ingo Kolboom

1. Globalisierung und Regionalisierung

Alle reden von Globalisierung, und sie findet auch statt. Neu ist das Phänomen einer vom Westen ausgehenden weltumspannenden Entwicklung nicht. Neu ist aber eine Globalisierung unter den Bedingungen einer US-anglophonen ökonomischen, allgemeinen technologischen und besonders kommunikationstechnologischen Hegemonie, und dass diese auch im Westen, dem "Verursacher", als Bedrohung wahrgenommen wird, sei es auf Grund faktischer Veränderungen im Westen selbst (Relativierung des Nationalstaats, Immigration, interne Modernisierungsschocks etc.); sei es auf Grund von Widerstand aus anderen Kulturkreisen im "globalen Dorf" – dieses Mal nicht als Anti-Kolonialismus, sondern als "Anti-Modernismus" oder "Anti-Okzidentalismus". Der 11. September 2001 war die bislang dunkelste Illustration dieses mit der Globalisierung zusammenhängenden Anti-Okzidentalismus.

Weniger Beachtung in der öffentlichen Debatte finden Begleiterscheinungen der Globalisierung auf der regionalen Ebene, wenngleich der Zusammenhang von Regionalisierung und Globalisierung in den Internationalen Beziehungen seit längerem diskutiert wird. Dabei wird Regionalisierung als eine Art "komplementärer" Entwicklung zur Globalisierung betrachtet. Sie bedeutet "zum einen die messbare Verdichtung bzw. Konzentration internationaler Transaktionen zwischen nationalen Einheiten (Nationalstaaten, Volkswirtschaften, nationalen Gesellschaften) [...], zum anderen den institutionellen Zusammenschluss von Staaten zu supranationalen Einheiten, die der gemeinsamen Regelung in einem oder mehreren Politikfeldern dienen".¹

Im Unterschied zur älteren Regionalisierungsforschung (1950–1970er-Jahre), die sich vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts vor allem mit Friedens- und Sicherheitsaspekten befasst hat, steht in der neueren Regionalisierungsdebatte (seit Mitte der 1980er-Jahre) der ökonomische Aspekt im Mittelpunkt (Freihandelsabkommen, Zollunion, Gemeinsamer Markt usw.). Wie aber Fiona Butler zu Recht anmerkt, ist diese Sichtweise zu kurz gegriffen, denn sie lässt die Bedeutung der historischen und kulturellen Dimensionen völlig unterbelichtet.² So evident diese Kritik ist, sie findet aus der Sicht des Historikers und Kulturwissenschaftlers viel zu wenig Beachtung, wenngleich auch diese sich Fragestellungen der internationalen Beziehungen gegenüber aufgeschlossener verhalten könnten.

* Mein Dank gilt allen Studenten und Mitarbeitern in meinen Seminaren zur Frankophonie, die zur Anreicherung meiner eigenen Überlegungen zu diesem Thema beigetragen haben, insbesondere Kristian Raum, Tina Fischer und Romy Messerschmidt MA; letzterer danke ich für die kritische Durchsicht beider Manuskripte in diesem Band.

¹ Hummel, Hartwig/Menzel, Ulrich: Regionalisierung/Regionalismus, in: Wichard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch Internationale Politik. 8., aktual. Aufl., Bonn 2000, S.383–391, hier S.383.

² Butler, Fiona: Regionalism and Integration, in: John Baylis/Steve Smith (Hrsg.), The Globalization of World Politics. An Introduction to International Relations, Oxford u.a. 1997, S.409–428.

Mehrere oder gar viele Staaten schließen sich auf der Grundlage unterschiedlicher gemeinsamer Nenner und Interessen zu mehr oder minder lockeren intergouvernementalen Gemeinschaften zusammen, die nach innen eine gemeinsame Koordination und Entwicklungsplattform suchen und nach außen eine Rolle als Interessenvertretungen bzw. politische Akteure anstreben. Dabei können je nach Bedeutung der einzelnen Faktoren Ökonomie, Politik, Kultur, Geschichte sehr verschiedene Typen von Regionen, Regionalen Großmächten oder "Makro-Regionen" (Wilfried von Bredow) ausgemacht werden.³ Damit sind nicht althergebrachte Internationale Organisationen gemeint, die ihrerseits ein Nebenprodukt der weltweiten modernen nationalstaatlichen Entwicklung sind. Gemeint sind jene Gemeinschaften, denen eine spezifisch regionale Determinante zu Eigen ist, deren Koordinationsbedarf über das Staatlich-Politische hinausgeht und deren Legitimationsanspruch im Kontext der aktuellen ökonomischen und kulturellen Globalisierung wachsende Bedeutung erhält. Alle diese Gemeinschaften bzw. makro-regionalen Zusammenschlüsse sind untereinander völlig unterschiedlich; jede für sich erfordert eigene Analysekonzepte, ihr einziger gemeinsamer Nenner liegt darin, dass sie eine Form der Internationalisierung des Regierens zwischen der Ebene des Nationalstaats und der allgemeiner internationaler zwischenstaatlicher Organisationen suchen, dies auf der Grundlage jeweils anderer gemeinsamer Nenner und Ziele.

Die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union ist das bekannteste, erfolgreichste und zukunftsträchtigste Modell einer sich vergemeinschaftenden Makro-Region. Der Zusammenschluss der Anden-Staaten wäre ein anderes Beispiel. Oder auch die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA, die sich in Richtung Lateinamerika öffnet. Der Trend läuft in der Tat auf große, von nationalen Einflüssen weitgehend freie Wirtschaftsräume hinaus, wobei der Fall der Europäischen Union den weitestgehenden Rückbau nationaler Souveränität darstellt. Generell haben wir es aber kaum mit der Auflösung der Nationalstaaten zu tun; in der neuen Weltordnung wird weiterhin ein zersplittertes Nationalstaatengefüge den Ton angeben: die Ereignisse nach dem 11. September 2001 haben dies evident gemacht. Diese Staaten – als machtpolitische Akteure und kollektive Deutungsgemeinschaften – sind dennoch auf ein Mehr an Koordination zwischen Globalisierung und Regionalisierung sowie auf mehr oder minder große Vergemeinschaftung auf kleinstem Nenner angewiesen – aus unterschiedlichen Motiven.

Doch obwohl diese Regionalisierung von Globalisierung in den Internationalen Beziehungen als *fait accompli* diskutiert wird, ist das Beispiel, das uns hier beschäftigt, in den Internationalen Beziehungen, den Hand- und Fachbüchern, Nachschlagewerken und politischen Almanachen, besonders im deutschsprachigen Raum (aber nicht nur hier), kaum vertreten. Es geht um die multilaterale Internationale Frankophonie, bekannt unter dem Namen Organisation Internationale de la Francophonie, mit dem Kürzel OIF. Es handelt sich um jene Dimension der Frankophonie, die Teil der Internationalen Politik ist. Nun wird zwar der Interessierte unter dem Stichwort Frankophonie eine Vielzahl von Titeln finden, aber meist handelt es sich um Publikationen aus den Literatur-, Sprach- und Kulturwissenschaften, die sich mit den französischsprachigen Literaturen und Variationen des Französischen weltweit befassen; dort hat sich der Begriff Frankophonie auch eingebürgert. Zudem entstanden in der frankophonen Welt seit den 1980er-Jahren etliche, heute überholte, Darstellungen der institutionellen Entwicklungen in der Frankophonie; vielfach sind es deskriptive, durchaus informative Darstellungen, oft auch apologetische Selbstdarstellungen; beide Textsorten bewegen sich innerhalb

³ Siehe auch Bredow, Wilfried von/Jäger, Thomas (Hrsg.): Regionale Großmächte. Internationale Beziehungen zwischen Globalisierung und Zersplitterung. Opladen 1994, bes. Bredow, Wilfried von: Regionale Großmächte in der Entwicklung des internationalen Systems, S.7–19; Böhret, Carl/Wewer, Göttrik (Hrsg.): Regieren im 21. Jahrhundert – zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Festgabe für Hans-Hermann Hartwich zum 65. Geburtstag, Opladen 1993.

eines weitgehend unkritischen frankophonen Diskurses, der kaum darüber hinaus wirkt.⁴ Die Internationale Politik wie auch die Relations Internationales innerhalb der frankophonen Welt haben die multilaterale Frankophonie bislang nicht als Teil der internationalen Politik wahrgenommen, sieht man von jüngsten Entwicklungen ab, an denen der Verfasser nicht unschuldig ist.⁵ Das Dilemma mag darin liegen, dass die Politikwissenschaftler die Internationale Frankophonie für ein kulturelles Thema halten oder den Kulturwissenschaftlern dies zu politisch ist. Der Reiz des Themas liegt aber gerade darin, dass es sich auf einer Schnittstelle verschiedener Disziplinen bewegt, und es um so mehr Beachtung finden sollte, wie die Herausforderungen der Globalisierung eben nicht nur als "ökonomische" gesehen werden können.

Wenn im Folgenden der Begriff "Makro-Region" auf die Internationale Frankophonie angewendet wird, dann folgen wir der Argumentation Wilfried von Bredows, der das Begriffsgedüge Region, Regionalismus, Regionalisierung für die "Zwischenebene" zwischen Nationalstaat und Globalisierung als verwirrend ablehnt, da es auch für "Sachverhalte unterhalb der Ebene des Nationalstaats in Anspruch genommen wird".⁶ Die von ihm vorgestellten Überlegungen zur Makro-Region eignen sich in besonderer Weise für eine über fünf Kontinente verteilte Frankophonie, deren sozio-politische und kulturelle Profilierung signifikanter ist als die Geografie. "Makro-Regionen sind anders umgrenzt als Staaten. Ihre Geografie spielt eine nachgeordnete Rolle. Und die Gemeinsamkeiten, um die es dabei geht (z.B. wirtschaftliche Ziele, religiöse Werte, Sicherheitsprobleme u.a.m.), sind häufig nur punktuelle Gemeinsamkeiten. Als Bezugsgröße kollektiver Identität eignen sich Makro-Regionen nur selten. Orte oder Gegenden, ganze Länder oder ihre Bewohner können so auf der Ebene eines einzelnen Lebensbereichs zu der einen und auf der Ebene eines anderen Lebensbereiches zu einer anderen Makro-Region gezählt werden. Wichtige Sektoren des Politischen, die so voneinander getrennt bleiben können, sind vor allem: militärische Sicherheit, Wirtschaft, Kultur."⁷ Diese Beschreibung passt umso treffender auf die Frankophonie, als einige ihrer Mitgliedsländer – wie Kanada, Mauritius oder Vanuatu – auch dem Commonwealth of Nations angehören.

⁴ Als informativste Darstellungen, die zugleich auf dem neusten Stand sind, seien hier empfohlen: Le Marchand, Véronique: *La Francophonie*, Paris 1999; Le Scouarnec, François-Pierre: *La Francophonie*, Montréal 1997; Massard-Piérard, Françoise: *La Francophonie internationale*. *Courrier hebdomadaire du Centre de recherche et d'information sociopolitique* Nr. 1(655), Brüssel 1999; Tétu, Michel: *Qu'est-ce que la Francophonie?* Vanves 1997. Den besten bibliografischen Überblick vermittelt Massard-Piérard, Françoise: *La Francophonie internationale*. *Bibliografie thématique, Note et Etudes de l'Unité des Relations internationales*, Nr. 9/1977, Université Louvain-La-Neuve.

Online: <http://cifdi.francophonie.org/Biblio/Biblouvain/bib97.htm>. Einen unkritischen, aber anregenden Einblick in die Frankophonie-Literatur bis 1988 gibt Maugey, Axel: *Le roman de la francophonie*. *Essai*, Paris 1993. Siehe auch: *La Francophonie, bibliographie sélective et analytique, réalisée avec le concours de la Délégation générale à la langue française et du Haut Conseil de la Francophonie*, Paris 1992 (*Références documentaires*, Nr.58).

⁵ Kolboom, Ingo: *Francophonie internationale: plaidoyer pour une réflexion et un réflexe franco-allemands*, in: *Politique étrangère*, Nr.1/2001, S.157–168; Kolboom, Ingo: *Von der Frankophonie zur 'Frankologie'*. Ein Gegenstand der internationalen Politik sucht seine Bestimmung, in: Weilemann, Peter R./Küsters, Hanns Jürgen/Buchstab, Günter (Hrsg.): *Macht und Zeitkritik*. *Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag*, Paderborn 1999, S.559–572; Kolboom, Ingo: *Francophonie: Von der kulturellen zur politischen Frankophonie*, in: Ingo Kolboom/Thomas Kotschi/Eward Reichel (Hrsg.): *Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft*. Für Studium, Lehre, Praxis, Berlin 2002, S.462–468 (im Folgenden zitiert *Handbuch Französisch*). Zu verweisen ist auch auf die belgische Politikwissenschaftlerin an der Universität Louvain-la-Neuve, die im Bereich der Internationalen Beziehungen über die Frankophonie arbeitet. (s. Massard-Piérard, F.: *La Francophonie internationale*).

⁶ Bredow, Wilfried von: *Regionale Großmächte in der Entwicklung des internationalen Systems*, in: Winfried von Bredow/Thomas Jäger (Hrsg.): *Regionale Großmächte. Internationale Beziehungen zwischen Globalisierung und Zersplitterung*, Opladen 1994, S.7–19, hier S.12.

⁷ Ebd., S.12.

2. Die internationale Frankophonie heute: ein Querschnitt

2.1 Eine multiple Definition

"Francophonie" ist in der Tat ein vieldeutiger Begriff. Zu unterschiedlichen Zeitpunkten definiert, spiegelt er im Französischen die verschiedenen Stadien der organisatorischen Entwicklung des Phänomens wider. Auf Grund der rasanten Entwicklung der institutionellen Frankophonie im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hat die vor 1998 erschienene Literatur nur noch historischen Wert, da sie überholt ist. Aus heutiger Sicht lassen sich folgende vier allgemeine Definitionen zusammenfassen:

- a) Die linguistische francophonie: Sie ist die Gemeinschaft der frankophonen Sprecher in aller Welt, das heißt die Gemeinschaft jener, die des Französischen mächtig sind, sich in und mit dieser Sprache verständigen können. Historischer Kern dieser Frankophonie ist Frankreich als das Mutterland des Französischen, von dem aus die französische Sprache eine Weltsprache wurde.⁸ Die in Literatur und Medien genannten Zahlen über die Frankophonen in der Welt variieren heute zwischen 116 und 400 Millionen. Die hohen Schwankungen ergeben sich aus dem Umstand, dass häufig nicht zwischen Mutter-, Zweit- und Ergänzungssprachlern unterschieden wird, und dass der OIF auch Länder angehören, die kaum als französischsprachig gelten können, so zum Beispiel Vietnam, Bulgarien, Rumänien, Moldawien, Mazedonien, Albanien, Litauen, die tschechische Republik, Slowenien und Polen, die sich aus unterschiedlichen (politischen und/oder kulturellen) Beweggründen der OIF angeschlossen haben. Militante Frankophonie-Vertreter unterliegen daher gern der Versuchung, die Bevölkerungen aller OIF-Mitgliedstaaten pauschal zusammenzurechnen, sodass sie auf mehrere hundert Millionen Frankophone kommen. Auch die OIF schreibt in ihrem offiziellen Faltblatt aus dem Jahr 2000 von "500 Millionen Männern und Frauen auf den 5 Kontinenten". Realistisch ist folgende Rechnung: einer von vier Staaten in der Welt billigt Französisch einen offiziellen Status zu. Diese Staaten umfassen zusammen ca. 400 Millionen Einwohner, davon praktizieren mehr als 100 Millionen Französisch als Muttersprache, ca. 60 Millionen als Zweitsprache und weitere ca. 20 Millionen als Ergänzungssprache.⁹
- b) Die geolinguistische francophonie: Sie vereinigt alle Länder und Regionen, in denen Französisch als Amtssprache gilt und/oder zumindest von einem Teil der Bevölkerung als Verkehrs- oder Umgangssprache benutzt wird. Dies sind mehr als 50 Länder und Regionen in aller Welt (siehe Tabelle im Anhang).¹⁰
- c) Die institutionelle francophonie bzw. Francophonie: Mit kleinem "f" und auch mit großem "F" geschrieben, bezeichnet sie das Ensemble nationaler und internationaler, privater, öffentlicher oder halböffentlicher Assoziationen und Institutionen, die sich weltweit der Pflege und der Verteidigung der französischen Sprache und frankophonen Kultur(en) sowie der Kooperation auf diesem Feld verschrieben haben. Sie sind im Laufe des 20. Jahrhunderts in Frankreich und anderen französischsprachigen Ländern entstanden und bilden

⁸ Siehe das Kapitel "Das Französische als Nationalsprache und als Weltsprache" in: Handbuch Französisch, S.10–156.

⁹ Siehe Batho, Jack: *Le français, la Francophonie et les autres*, in: *Politique étrangère*, Nr.1/2001, S.169–183.

¹⁰ Detaillierte Länderüberblicke in Tétu, *Qu'est-ce que la Francophonie?* Vanvez 1997, und regelmäßig in den Jahrbüchern *L'Année francophone internationale* (zuletzt 2002, Québec 2001) sowie in den vom Haut Conseil de la Francophonie herausgegebenen Bestandsaufnahmen *Etat de la Francophonie dans le monde* (zuletzt: *Données 1999–2000*, Paris 2001).

eine für den Laien schier unübersichtliche institutionelle Landschaft; sie reicht von großen multilateralen Institutionen bis hin zu einer Vielzahl kleiner und kleinster Einrichtungen in einzelnen Ländern. Allein in Frankreich widmen sich heute ca. 1.000 Institutionen und Assoziationen der Pflege der französischen Sprache; sie sind integraler Teil der Zivilgesellschaft.¹¹

- d) Die politisch-institutionelle bzw. geopolitische Francophonie: Stets mit großem "F" geschrieben, bezeichnet sie die international agierende, in einem multilateralen Netzwerk vereinigte Gemeinschaft frankophoner oder partiell frankophoner, aber auch nichtfrankophoner Staaten und Regierungen, die sich seit 1997/1998 unter dem Namen Organisation Internationale de la Francophonie (OIF) zusammengeschlossen haben. Diese weiter unten näher skizzierte OIF zählt derzeit 49 Vollmitglieder, zwei "assoziierte" Staaten und vier Staaten mit Beobachterstatus (Länderliste siehe Anhang).¹² Es handelt sich hier um die Frankophonie als internationale politische Gemeinschaft bzw. Organisation.

Historischer Ausgangspunkt und Impulsgeber dieser verschiedenen weltweiten Frankophonien ist Frankreich, das durch die Errichtung von zwei Kolonialreichen im 17./18. Jahrhundert in Amerika und Indien, dann wieder im 19. Jahrhundert in Afrika, Asien und Ozeanien aus der Nationalsprache Französisch eine Weltsprache machte (dazu kam Belgien im 20. Jahrhundert mit seinen Kolonien in Afrika).¹³ Aus diesen einst frankozentrischen Frankophonien wurden nach Auflösung der Kolonialreiche polyzentrische Frankophonien, deren organisatorischer Mittelpunkt heute die OIF wurde.

Die institutionelle Frankophonie, wie sie unter den Definitionen 3 und 4 beschrieben ist, lässt sich ihrerseits in drei unterschiedliche Typen unterscheiden:¹⁴

- a) Die assoziative Frankophonie der Nichtregierungsorganisationen, also derjenigen nationalen und internationalen Vereinigungen und Assoziationen, die im Laufe des 20. Jahrhunderts zunächst in Frankreich und dann in anderen frankophonen Ländern in großer Vielfalt entstanden und die zivilgesellschaftlichen Kräfte der Frankophonie bündeln. Diese assoziative Frankophonie bildet das Substrat der sich später herausbildenden internationalen Frankophonie; ohne sie wäre die in den 1950er- und 1960er-Jahren sich entwickelnde Idee einer internationalen Gemeinschaft französischsprachiger Menschen kaum tragfähig geworden.
- b) Die intergouvernementale Frankophonie mit supranationalen Dimensionen. Sie verkörperte sich – historisch – in der auf Initiative der jungen afrikanischen Staaten 1970 gegründeten "Agence de coopération culturelle et technique" (ACCT), die zum ersten Mal die internationale Zusammenarbeit zwischen frankophonen Ländern unterschiedlicher

¹¹ Siehe L'Année francophone internationale, zuletzt 2002, Québec 2001; Etat de la Francophonie dans le monde, zuletzt: Données 1999–2000, Paris 2001 und Bruchet, Josseline: Organisations et associations francophones Répertoire 1992 (Hrsg. Ministère délégué à la Francophonie/Premier Ministre – Délégation générale à la langue française), Paris 1992.

¹² Siehe Website der OIF: www.francophonie.org; dort zahlreiche Links in das weltweite frankophone Netzwerk. Zu den einzelnen Mitgliedsländern siehe: www.acctbief.org/publica/profdoc.htm (Profils géo-documentaires des États et Gouvernements membres des Sommets francophones) sowie Anhang zu diesem Artikel.

¹³ Siehe die verschiedenen Artikel unter "Französisch als Nationalsprache und als Weltsprache" und "Frankophone Räume" in: Handbuch Französisch, S.10–156 und S.437–482.

¹⁴ Siehe Massard-Piérad, F.: La Francophonie internationale.

Kulturkreise auf verschiedenen Kontinenten auf wirtschaftlichem, technischem, entwicklungs- und bildungspolitischem Gebiet ermöglichte. Ihr fehlte jedoch eine ausreichende finanzielle Ausstattung und politische Durchsetzungskraft, da sie von den Mitgliedsstaaten auch nicht den notwendigen Rückhalt erhielt. Aus den Reihen der ACCT entstand der Gedanke einer Internationalen Frankophonie als einer politischen Gemeinschaft, wie sie sich dann über Gipfelkonferenzen (siehe unten) schließlich in der OIF realisieren sollte. Die später in die OIF integrierte ACCT bildet eine nach beiden Seiten aktive Zwischenebene zwischen dem assoziativen zivilgesellschaftlichen Netzwerk und der Gipfel-Frankophonie.

- c) Der dritte Typ der institutionellen Frankophonie, die rein intergouvernementale Frankophonie der Gipfelkonferenzen, entstand 1986, als die Staats- und Regierungschefs frankophoner bzw. teilweise frankophoner Länder die Frankophonie zur Chefsache erklärten und die Institution einer regelmäßigen Gipfelkonferenz einrichteten.¹⁵ Dabei spielten sowohl außen- wie innenpolitische Beweggründe eine Rolle. Die Staats- und Regierungschefs reorganisierten ausgehend von ihren Gipfelkonferenzen die gesamte multilaterale *Mouvance francophone*, gaben ihr nach und nach eine hierarchische Struktur, verliehen ihr schließlich den seit 1997/1998 gültigen Namen *Organisation internationale de la Francophonie (OIF)*.

2.2 Die OIF – ein Steckbrief

Oberstes Organ der OIF ist die seit 1986 zweijährig tagende Gipfelkonferenz ihrer Mitglieder, der "sommet des chefs d'Etat et de gouvernements ayant le français en partage", bekannter unter dem Namen "sommet de la Francophonie" oder "sommet francophone".¹⁶ Dieser "Gipfel" schreibt die Richtlinien und Ziele vor, deren Umsetzung von der Ministerkonferenz (CMF) überwacht werden. Die Überwachung der Ausführung der Beschlüsse dieser Ministerkonferenz und eine Koordinationsfunktion kommt dem "Conseil permanent de la Francophonie" (CPF) zu, der aus persönlichen Vertretern der Staats- und Regierungschefs besteht. Der Gipfel wählt den "Generalsekretär der Frankophonie" an der Spitze der OIF. Der Generalsekretär, es ist der ehemalige UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Gali, ist zugleich Präsident des Conseil permanent und höchster Verantwortlicher der multilateralen Regierungsorganisation "Agence intergouvernementale de la Francophonie" (die ehemalige ACCT), die als zentraler Operateur der OIF fungiert und mit dem Hauptteil der operativen Programmarbeit betraut ist. Zugleich kommen dem Generalsekretär Funktionen zu, die im Zusammenhang mit der neuen Rolle der Frankophonie als politisch wirksamer internationaler Organisation stehen. Dazu gehören die Unterzeichnung internationaler Abkommen und die Entsendung politischer Missionen, beispielsweise Wahlbeobachtungen und Konfliktmediationen. Ihm und seinem Sekretariat sind auch die verschiedenen anderen operativ tätigen Einheiten im Netzwerk der OIF unterstellt, die im Gegensatz zur Agence Nichtregierungsorganisationen sind.

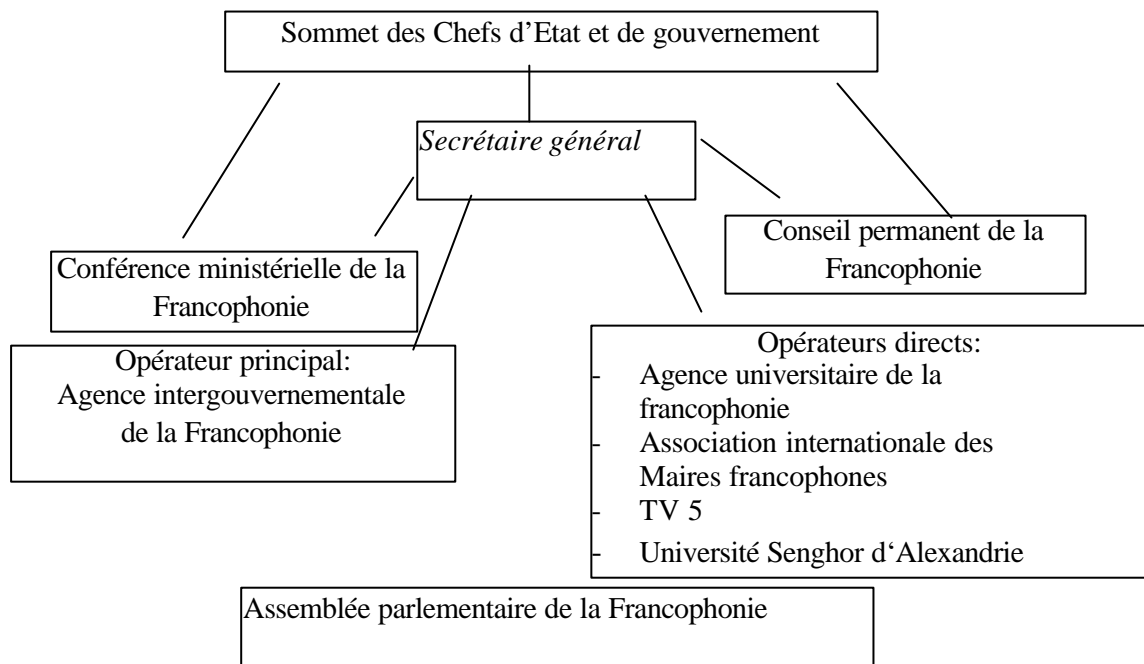
¹⁵ Die bisherigen acht Gipfeltreffen im Überblick: 1986 Paris; 1987 Québec; 1989 Dakar; 1991 Paris-Chaillet; 1993 Mauritius; 1995 Cotonou; 1997 Hanoi; 1999 Moncton; der 9. Gipfel 2001 in Beirut fiel wegen des 11. Septembers 2001 in New York aus und wurde auf 2002 verschoben (siehe unten).

¹⁶ Aktuellste detaillierte Selbstdarstellung der OIF in: Rapport du Secrétaire général de la Francophonie: de Hanoi à Moncton (1997-1999): www.francophonie.org/oif/actions/rapport.htm

Dazu zählen:¹⁷

- die Agence universitaire de la Francophonie (AUF)
- der internationale Fernsehsender TV5
- die Universität "Léopold Sédar Senghor" im ägyptischen Alexandria
- die Vereinigung der Bürgermeister frankophoner Hauptstädte (Association internationale des maires francophones – AIMF)
- An der Basis dieses pyramidalen Netzwerkes steht die Versammlung frankophoner Parlamentarier, festgeschrieben als "Assemblée consultative de la Francophonie".

Organigramm der OIF



Quelle: Le Marchand 2000, S.58.

Die OIF versteht sich als multilaterale und intergouvernementale Repräsentation einer Kulturregion mit wirtschaftlich-technologischen Interessen sowie als politischer Akteur im System der internationalen Beziehungen. Sie ist heute wie andere Regierungsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen bei der UNO in New York und in Genf sowie bei der Europäischen Union in Brüssel und bei der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in Addis-Abeba vertreten. Kraft ihrer doppelten Legitimation als übernationale und zugleich intergouvernementale Organisation versteht sich die OIF seit ihrer Gründung als 'natürliches Zentrum' der zahllosen, über die ganze Welt verstreuten Assoziationen und Institutionen, die sich der Pflege der französischen Sprache und frankophonen Kulturen verschrieben haben, auch wenn kein direktes Abhängigkeitsverhältnis zwischen diesen Assoziationen und der OIF besteht.

Mit der OIF konnte sich letztlich also die intergouvernementale Frankophonie der Gipfelkonferenzen durchsetzen; zugleich finden sich in ihr Elemente aller drei institutionellen Frankophonien vereint: Die multilaterale ehemalige ACCT existiert weiter unter dem Namen

¹⁷ Siehe Mann, Roberto: Institutionen und Programme der Frankophonie, in: Handbuch Französisch., S.491–495.

Agence intergouvernementale de la Francophonie als Hauptoperator der OIF. Die Einbeziehung der Konferenz der Bildungsminister (CONFEMEN) hat andererseits intergouvernementale Elemente verstärkt. Die assoziative Frankophonie findet sich in anderen direkten Operateurs der OIF sowie in anderen Nichtregierungsorganisationen, die mit der Durchführung bestimmter Programme bzw. Zielvorstellungen der OIF herangezogen werden. Diese frankophonen NGOs sind in der 1994 eingerichteten Conférence francophone des organisations internationales zusammengefasst.

Eine weitere Besonderheit der OIF liegt darin, dass sie – bedingt durch ihre Entstehungsgeschichte¹⁸ – nicht nur souveräne Staaten als Mitglieder aufgenommen hat bzw. aufnimmt, sondern mit dem Status "gouvernements participants" auch regionale Regierungen wie die der kanadischen Provinzen Québec und Neubraunschweig. Darüber hinaus bezieht die OIF subnationale Gemeinschaften wie die Communauté française des Belgiens oder den US-Bundesstaat Louisiana in ihre institutionelle Arbeit ein, so in die Assemblée consultative de la Francophonie.

Obwohl mit evidenten Schwächen behaftet, häufig belächelt und verkannt, hat es die OIF in den jüngsten Jahren geschafft, sich innerhalb des Beziehungsgeflechts der internationalen Politik zu etablieren und darüber hinaus Vorbildfunktion wahrzunehmen: Nach dem Vorbild der Internationalen Frankophonie haben sich, 1996, die portugiesischsprachigen Länder sowie, etwas später, die spanischsprachigen Länder zu analogen Gemeinschaften zusammengeschlossen.¹⁹ Es handelt sich um drei sprachlich-kulturell inspirierte, interkontinentale Gemeinschaften, die sich als politisch-kulturelle "global players" somit auch als Korrektive zu der anglofon dominierten Globalisierung verstehen. Daher können wir sie nach den Kriterien der Regionalisierungsforschung in der Internationalen Politik als Regionen oder "Makro-Regionen" (Wilfried von Bredow) neuen Typs bezeichnen, dem der "kulturellen Regionen". Die geografische Nähe, die manche als Kriterium einer Region anführen, dürfte heute immer weniger gelten; im Gegenteil: Die modernen Kommunikationstechnologien gelten als eine wesentliche Voraussetzung für die Globalisierung, mithin erleichtern sie auch die Regionalisierung.

Die "kulturelle Makro-Region" als neuer Typ von internationaler Regionalisierung konstituierte sich, als die Globalisierung nicht nur deutlicher wurde, sondern darüber hinaus sie sich auch als kulturelle Herausforderung zeigte. Im Fall der lusofonen und hispanofonen Gemeinschaften illustrieren dies ihre Entstehungsdaten; im Fall der OIF dokumentiert dies der Zeitpunkt des Übergangs von der assoziativen Frankophonie, die eine eigene lange Geschichte hat, zur OIF als politischem Akteur in den internationalen Beziehungen in den beiden letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Gerade die sprachlich-kulturelle Dimension ist es, die diesen Typ der interkontinentalen kulturellen Makro-Region noch mehr mit der Globalisierung verbindet: Die modernen Kommunikationstechnologien haben dazu beigetragen und tragen verstärkt dazu bei, dieses Feld einer länderübergreifenden und interkontinentalen Identität zu stärken, gerade weil die Globalisierung als anglofone Hegemonie wahrgenommen wird.

¹⁸ Zur Entstehungsgeschichte der OIF siehe unseren Beitrag über die Geschichte der Frankophonie in diesem Band.

¹⁹ "Portugiesischsprachige Länder gründen eine Gemeinschaft. Nach dem Vorbild von Commonwealth und Frankophonie," in: FAZ, 18.7.1996; Léonard, Yves: La lusophonie dans le monde. Dossier, La Documentation française, Nr.803, Paris 1998.

2.3 Die OIF – eine "kulturelle Sicherheitsgemeinschaft"?

Das Selbstverständnis der OIF als internationale politische Gemeinschaft und als Akteur in der internationalen Politik beinhaltet eine Organisationsform, hinter der die Staats- und Regierungschefs und damit die Souveränität der Staaten aber nicht verschwinden. So ist es nicht zufällig, dass mit der Finalisierung der Frankophonie in Gestalt der OIF das eine Zeit lang mit den Gipfelkonferenzen konkurrierende, politisch weniger auffällige assoziative Netzwerk der ACCT eine "freundliche Übernahme" durch die Staats- und Regierungschefs erleben musste, die ihrerseits die Agence "intergouvernementalisierten". Frei übertragen auf die Europäische Union käme dieser Vorgang einem Einkassieren der Europäischen Kommission durch den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs gleich, die ihrerseits damit die Finalisierung der EU renationalisieren. Für die frankophonen Staats- und Regierungschefs ist also die neue Organisationsform der OIF zunächst nicht mehr als eine frankophonieinterne Vergemeinschaftungsplattform ihrer Nationalstaaten und Regierungen, die nationale Souveränitäten nicht antastet und in der jedes Mitglied seine eigenen nationalstaatlichen Vorteile zu sichern sucht, aber auch nicht weniger: Denn zugleich haben sie die OIF mit den Instrumenten und Attributen eines "global player" ausgestattet; dieser kann innerhalb der frankophonen Welt die nationalstaatlichen Kräfte bündeln – dies auch mit Hilfe der assoziativen und institutionellen, in die jeweiligen Zivilgesellschaften hinreichenden Netzwerke; und er vermag nach außen, in den internationalen Beziehungen, der Frankophonie eine Stimme zu vergeben. Dies ist angesichts der völligen Heterogenität der frankophonen Staatengemeinschaft die realistische Gangart, der sich die "idealistische" Schule der alten ACCT um ihren letzten Generalsekretär Jean-Louis Roy schließlich hatte beugen müssen.

Wenn wir die OIF als den neuen Typ eines kulturellen "global player" in der internationalen Politik mit einer Art von weiträumiger "kultureller Sicherheitspolitik" definieren, dann mag dies neu klingen, ist es aber nicht. Lange schon vor der aktuellen Globalisierungs- und Regionalisierungsdebatte wurde vom frankokanadischen Politikwissenschaftler Paul Pinchaud Anfang der 1970er-Jahre dieser Gedanke erstmals angerissen.²⁰ In seinem Plädoyer für eine "Wissenschaft von der Frankophonie" sah er schon die damalige Frankophonie als einen Typ von internationaler Gemeinschaft, den er als "système mixte" bezeichnete: darin würden unterschiedliche Akteure nebeneinander agieren; deren staatliche Akteure aber würden ihre eigene Rolle in den internationalen Beziehungen nicht aufgeben. Diese Frankophonie als "gemischtes System" in den internationalen Beziehungen sei zugleich eine "communauté de sécurité culturelle", eine kulturelle Sicherheitsgemeinschaft. Mit diesem Verständnis von einer auf Kultur ausgerichteten Sicherheitspolitik war Pinchaud 1972 seiner Zeit, die noch ganz in der militärischen Friedens- und Konfliktforschung befangen war, weit voraus.

Inwieweit die OIF ein erfolgreicher makro-regionalistischer Akteur in der internationalen Politik sein kann, bleibt abzuwarten. Innere Widersprüche bestehen weiter, vor allem angesichts instabiler politischer Verhältnisse in vielen afrikanischen Staaten und dem sich eher verschärfenden Nord-Süd-Gefälle. Auch die Ausdehnung der OIF auf faktisch nichtfrankophone Länder ist problematisch. Diese Strategie stärkt zwar die OIF in ihrer Mitgliederzahl und auch ihr Gewicht in internationalen Organisationen, schwächt aber mehr und mehr ihre innere Kohäsion und hat gerade in der jüngsten Zeit Anlass zu interner, aber auch öffentlich geäußelter Kritik gegeben.²¹ Wenn osteuropäische Mitglieder darum bitten, die OIF-

²⁰ Painchaud, Paul: Pour une étude scientifique de la Francophonie, in: Institut Canadien des Affaires Internationales, Bureau d'Information sur la Francophonie du Centre Québécois des relations internationales: Communautés francophones, Québec 1970–1972.

²¹ Batho, J.: Le français, la Francophonie et les autres.

Dokumente in englischer Sprache an sie zu verschicken, gibt es angesichts der Ziele der OIF ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Aber dennoch hat sich die OIF in den wenigen Jahren ihrer Existenz zu einer funktionierenden internationalen Organisation entwickelt, deren Sichtbarkeit um ein Vielfaches größer ist als die der alten ACCT. Ihre Schwierigkeiten liegen gerade in ihrer Besonderheit, die auch ihre Stärke ist: Abgesehen von politischen Interessen ist es in erster Linie das gemeinsame sprachliche Band und das durch diese Sprache vermittelte Zusammengehörigkeitsgefühl, welches Menschen und Staaten unterschiedlichster Kulturen, Gesellschaften, Religionen und Entwicklungsstufen auf fünf Kontinenten in einer weltumspannenden Nord-Süd-Organisation eint, dies nicht nur auf einer den Zivilgesellschaften fernen intergouvernementalen Ebene, sondern in vielfältigen Projekten und Kooperationen, die weit in die Zivilgesellschaften hinein wirken. Das sichtbarste Beispiel ist der wirklich internationale Fernsehsender TV 5 ("le monde en français", www.tv5.org) mit inzwischen sieben Redaktionen auf allen Kontinenten (Europa, Afrika, Orient, Asien, Lateinamerika, USA, Québec-Kanada).

Daher war es umso bedauerlicher, dass der für Ende Oktober 2001 in Beirut geplante jüngste Frankophonie-Gipfel, es sollte der neunte sein, in Folge der Ereignisse vom 11. September 2001 in New York aus Sicherheitsgründen kurzfristig abgesetzt wurde. Sein Thema "Dialog der Kulturen" wäre angesichts des sich auf den Islam berufenden Terrorismus gerade von besonderer Aktualität gewesen; die Staats- und Regierungschefs der frankophonen Welt, die eine Vielzahl von Religionen und Kulturen – auch den Islam – vereint, hätten von einem Ort aus, der selbst eine Schnittstelle unterschiedlicher Kulturen ist, ein Zeichen setzen können. Aber es dürfte gerade der intergouvernementale und multipolare Charakter einer auch machtpolitisch denkenden und von nationalstaatlichen Interessen geleiteten OIF-Spitze sein, der ihr in einer solchen Situation zur Schwäche gereicht. Dasselbe gilt für den nicht gelösten Widerspruch zwischen dem in der Charta festgehaltenen Anspruch auf Demokratie und den tatsächlichen Verhältnissen in der großen Mehrzahl der OIF-Mitgliedsländer in Afrika und Asien, ein Widerspruch, der allen internationalen zwischenstaatlichen Organisationen zu Eigen ist, die Nord- und Südländer vereinen: Von westlichem Demokratieverständnis geleitete Maßstäbe, rigoros angewendet, würden hier unweigerlich zum Ausschluss der Mehrheit ihrer Mitglieder führen.

Vor diesem Hintergrund erscheint die tägliche Arbeit des "Unterbaus" der OIF, der diversen Opérateurs directs, von der ACCT über das Netzwerk der Universitäten bis hin zum Fernsehsender TV5 umso wichtiger; hier entfaltet sich – unterhalb der schwerfälligen, von nationalstaatlichen Interessen geleiteten intergouvernementalen Ebene – das reiche Potenzial der assoziativen Frankophonie, in der sich klar identifizierbare Gruppen der jeweiligen frankophonen Zivilgesellschaften artikulieren. Dies hatte sich schon auf dem 8. Gipfel in Moncton 1999 gezeigt, als die Versammlung der Staats- und Regierungschefs erstmals einen frankophonen "Gegengipfel" von frankophonen Menschenrechts- und anderen Organisationen hinnehmen musste, auf dem die innerstaatlichen Verhältnisse in einer Reihe von Mitgliedsländern in Afrika und Asien angeprangert wurden und auf dem dem Beobachter auch schon antimondialistische Töne entgegenschlugen.²² Aber die am Rande des offiziellen Gipfels stattfindenden zahlreichen frankophonen Kulturfestivals mit Teilnehmern aus aller Herren Länder legten Zeugnis davon ab, dass es eine weltweite polyzentrische Frankophonie als kulturelle Identität tatsächlich gibt und es dieser damit ernst ist, die Globalisierung als kulturelle Herausforderung – und für sich selbst auch als Chance – zu begreifen.

²² Der Verfasser nahm als inoffizieller deutscher Beobachter am 8. Gipfel in Moncton teil. Interessanterweise waren es nicht französische, sondern quebecer Stellen, die ihm die Teilnahme ermöglichten.

3. Kultur als makro-regionalistische Wirkungskraft

Zwar wird die Ausbildung von Makro-Regionen für die Politikwissenschaft als "ein zu neuartiger und zu uneinheitlicher Vorgang (beschrieben), als dass es hier bereits politiktheoretische Instrumentarien zu ihrer Analyse gäbe".²³ Und selbst die für makro-regionalistische Ansätze aufgeschlossenen Autoren in der Internationalen Politik haben die seit Jahrzehnten real existierende Internationale Frankophonie bislang mit keiner Zeile gewürdigt. Nichtsdestotrotz ist die Internationale Frankophonie, wie sie sich auf dem Bodensatz der linguistischen, geolinguistischen, institutionellen und assoziativen Frankophonie zur heutigen OIF heraus entwickelt hat, eine kulturelle Makro-Region par excellence geworden; mehr noch als die nach dem Vorbild der Frankophonie entstandenen Gemeinschaften in der lusofonen und hispanofonen Welt, die sehr viel lockerer strukturiert sind. Vor allem weit mehr als das historische und politische Vorbild Commonwealth, das nur schwach institutionalisiert und auf Grund seiner Genese und seines Profils kaum eine kulturelle, aber auch keine wirklich politische Makro-Region darstellt.²⁴

Die OIF ist nicht wie das Commonwealth die lineare Fortsetzung eines weiterhin auf die ehemalige Kolonialmacht ausgerichteten Ex-Kolonialreiches. Sie knüpft zwar auch an eine Tradition an, unter anderem an das Erbe eines schon im 18. Jahrhundert aufgelösten Kolonialreiches. Sie schöpft ihre konstituierende Idee aber erstens und vor allem aus einer übernationalen kulturellen Identität sowie aus dem Bedürfnis nach Neubestimmung von kultureller und staatlicher Identität innerhalb von frankophonen Staaten; zweitens aus dem Bedürfnis einzelner Staaten nach einer zusätzlichen internationalen und polyzentrischen Plattform sowie drittens aus dem Kontext der sich anbahnenden Globalisierung, die von der sprachlich-kulturellen Hegemonie des Englischen bestimmt ist.

Dieser jüngste Umstand führte dazu, dass der die Frankophonie konstituierende kulturelle Faktor eine "makro-regionalistische Wirkungskraft"²⁵ entfaltet hat, der dieser kulturellen Identität, verstärkt durch die modernen Kommunikationstechnologien, eine noch stärkere politische Stoßrichtung gab: Aus der in der frankophonen Welt lange Zeit vorherrschenden defensiven Position, die für sich den Minderheitenschutz der "kulturellen (frankophonen) Ausnahme" reklamierte, besteht mit der OIF heute eine auf einer kulturellen Makroregion aufbauende Organisation, die offensiv das Programm einer "kulturellen Pluralität" in der globalen Welt vertritt und sich als umfassender politischer Akteur versteht.²⁶ Wie sie diese Mission erfüllt und ob sie damit erfolgreich ist, steht einer anderen Untersuchung zu.

²³ Bredow, W.: Regionale Großmächte in der Entwicklung des internationalen Systems, S.13.

²⁴ Das auf Initiative Großbritanniens gegründete Commonwealth of Nations hatte das direkte Erbe des britischen Kolonialreichs angetreten. 1931 war durch das Westminster-Statut zunächst den weißen Dominions die Unabhängigkeit zugestanden worden. Einige davon erkennen weiterhin die englische Königin als Staatsoberhaupt an; auch alle anderen ehemaligen Kolonien, die heute den Commonwealth bilden, akzeptieren diese als symbolisches Haupt. Hierin liegt ein auffälliger Unterschied zur polyzentrischen Organisation der Frankophonie, welche ein derartiges Oberhaupt nicht kennt. Darüber hinaus fehlt dem Commonwealth ein seit fast hundert Jahren herausgebildetes assoziatives Netzwerk in den Zivilgesellschaften, das auch gar nicht intendiert ist: es ist – trotz der gemeinsamen englischen Sprache – keine "kulturelle" Makro-Region, weil es aus der Kultur keine primäre Identität schöpft und sein anglofonen Charakter darüber hinaus kein signifikantes Unterscheidungsmerkmal gegenüber dem Rest der von den USA dominierten anglofonen Welt darstellt.

²⁵ Ebd.

²⁶ Siehe Rapport du Secrétaire général de la Francophonie: de Hanoi à Moncton (1997-1999): www.francophonie.org/oif/actions/rapport.htm.

Anhang

Die französische Sprache in der Welt²⁷

(Mit der angegebenen Reihenfolge der Amtssprachen ist keine Aussage über deren Status verbunden)

Land/Region	Frankophone Sprecher (Mittelwerte)	Anteil an der Gesamtbevölkerung (in Prozent)	Amtssprachen (langues officielles)
Europa			
Belgien	4.570.000	45,0	Französisch , Flämisch, Deutsch
Bulgarien	300.000	3,5	Bulgarisch
Frankreich (ohne Überseegebiete)	58.200.000	98,0	Französisch
Luxemburg	330.000	80,0	Französisch , Letzeburgisch, Deutsch
Moldawien (Moldau)	110.000	2,5	Moldauisch
Monaco	22.000	64,0	Französisch
Rumänien	1.040.000	4,6	Rumänisch
Schweiz	1.440.000	20,0	Französisch , Deutsch, Italienisch, Bündnerromanisch
Autonome Region Aosta (Italien)	24.000	20,0	Französisch , Italienisch
Nordamerika			
Louisiana (USA)	270.000	6,0	Englisch
Neu-Braunschweig (Kanada)	260.000	34,5	Französisch , Englisch
Neuengland (USA)	180.000	1,5	Englisch
Ontario (Kanada)	542.000	5,0	Englisch
Québec (Kanada)	6.115.000	83,0	Französisch
Saint-Pierre-et-Miquelon (Frankreich)	6.800	100,0	Französisch
Kanada (insgesamt)	7.450.000	25,0	Französisch, Englisch
USA (insgesamt)	1.988.000	0,75	Englisch , Spanisch (regional)
Karibik / Lateinamerika			
Dominika	1.000	1,1	Englisch
Guadeloupe (Frankreich)	330.000	80,0	Französisch
Guyana (Frankreich)	85.000	73,0	Französisch
Haiti	640.000	9,0	Französisch , Kreolisch
Martinique (Frankreich)	310.000	82,0	Französisch
Sankt Lucia	2.000	1,4	Englisch
Maghreb			
Algerien	8.790.000	30,0	Arabisch, Berber (Tamazight)
Marokko	5.240.000	18,0	Arabisch
Mauretanien	135.000	6,0	Arabisch
Tunesien	2.610.000	29,0	Arabisch
Übriges Afrika			
Äquatorialguinea	400	0,1	Spanisch
Benin	660.000	12,0	Französisch

²⁷ Tabelle aus: Kolboom, I./Kotschi, Th./Reichel, E. (Hrsg.): Handbuch Französisch, S.874-875.

Land/Region	Frankophone Sprecher (Mittelwerte)	Anteil an der Gesamtbevölkerung (in Prozent)	Amtssprachen (langues officielles)
Burkina Faso	725.000	7,0	Französisch
Burundi	190.000	3,0	Französisch, Kirundi
Dem. Rep. Kongo (Zaire)	4.126.300	10,0	Französisch
Dschibuti	35.000	7,0	Französisch, Arabisch
Elfenbeinküste	4.275.000	30,0	Französisch
Gabun	410.000	30,0	Französisch
Guinea-Bissau	2.200	0,2	Portugiesisch
Guinea	390.000	5,0	Französisch
Kamerun	2.380.000	18,0	Französisch, Englisch
Kap Verde	1.300	0,3	Portugiesisch
Kongo (Brazzaville)	930.000	36,0	Französisch
Mali	1.085.000	10,0	Französisch
Niger	640.000	7,0	Französisch
Ruanda	250.000	3,0	Französisch, Kinyarwanda, Englisch
São Tomé und Príncipe	200	0,2	Portugiesisch
Senegal	840.000	10,0	Französisch, Wolof
Togo	880.000	20,0	Französisch, Kabyé, Ewe
Tschad	190.000	3,0	Französisch, Arabisch
Zentralafrikanische Republik	170.000	5,0	Französisch, Sangho
Indischer Ozean			
Komoren	75.000	12,0	Französisch, Komorisch (Arabisch)
Madagaskar	1.330.000	9,0	Französisch, Malgach (Malagasy)
Mauritius	290.000	26,0	Englisch
Mayotte (Frankreich)	55.000	51,0	Französisch
Réunion (Frankreich)	525.000	80,0	Französisch
Seychellen	5.500	8,0	Französisch, Kreolisch, Englisch
Naher Osten			
Ägypten	24.400.000	40,0	Arabisch
Libanon	840.000	24,0	Arabisch
Israel	635.000	11,0	Hebräisch, Arabisch
Ostasien			
Kambodscha	50.000	0,5	Khmer
Laos	10.000	0,2	Laotisch (Lao)
Vietnam	450.000	0,6	Vietnamesisch
Ozeanien			
Neukaledonien (Frankreich)	150.000	80,0	Französisch
Französisch-Polynesien (Frankreich)	165.000	80,0	Französisch
Vanuatu	55 000	31,0	Französisch, Englisch, Bislama
Wallis und Futuna (Frankreich)	12.000	75,0	Französisch

Frankophonie: Der lange Weg eines Begriffes zur politischen Bewegung (1880 - 1998)

Ingo Kolboom

Der Fall der Frankophonie bleibt insofern ein Sonderfall von kultureller Makro-Region, als er eine Entstehungsgeschichte hat, die auch ganz unabhängig von der Globalisierung jüngsten Typs zu betrachten ist. Daher soll im Folgenden die historische Genese dieser heutigen Situation näher betrachtet werden; nur dieser Rückblick erlaubt ein besseres Verständnis für eine Entwicklung, die von der Frankophonie "an sich" zu einer Frankophonie "für sich" sowie zur heutigen, von den Gipfelkonferenzen bzw. der Organisation Internationale de la Francophonie (OIF) beherrschten internationalen *mouvance francophone* führte.¹ Dieser Rückblick legt zugleich den Blick auf die doppelte Genese der heutigen Situation frei: einmal auf die frankreichspezifische Genese einer konzentrischen Frankophonie mit Frankreich als deren Ausgangspunkt und Zentrum; zum Zweiten auf die besonderen postkolonialen Entstehungsbedingungen einer internationalen Frankophoniebewegung außerhalb Frankreichs, die schließlich zur polyzentrischen Frankophonie führte, die sich mit der Globalisierung verband.

Beide Entwicklungsstränge sind miteinander verbunden, verdienen aber eine getrennte Betrachtung; dies nicht nur aus Gründen der Darstellung, sondern auch weil damit dem landläufigen, besonders in deutschen Medien verbreiteten Vorurteil begegnet werden kann, bei der Frankophonie handele es sich vor allem um ein postkoloniales Instrument französischer Außen- und Afrikapolitik. Zugleich lässt der Rückblick erkennen, wie sehr der Begriff "Frankophonie" dem historischen Wandel unterworfen war, da er zu unterschiedlichen Zeiten einen jeweils anderen Entwicklungsstand widerspiegelte und damit eine jeweils andere Bedeutung annahm, bis es schließlich heute zu dem Synonym Francophonie = OIF kommen konnte.

1. Der Begriff "Francophonie" und seine Entwicklung

Seine Geburtsstunde hatte der Begriff der Frankophonie im Jahre 1880, als der französische Geograf Onésime Reclus (1837–1916) die Erdbevölkerung nach Sprachen klassifizierte und all diejenigen als *francophones* bezeichnete, denen es beschieden sei, "unsere Sprache" zu sprechen oder in Zukunft "mit uns zu teilen".² Reclus, der die "*puissance maxime de la fran-*

¹ Siehe unseren Beitrag "Die Internationale Frankophonie – Kulturelle Makro-Region und politischer Akteur in der globalen Welt" in diesem Band.

² Dazu und im Folgenden siehe bes. Tétu, Michel: *La Francophonie. Histoire, problématique, perspectives*. Vorwort L.S. Senghor, 3.Aufl., Montréal 1992. Im Überblick: Le Marchand, Véronique: *La Francophonie*, Paris 1999; Le Scouarnec, François-Pierre: *La Francophonie*, Montréal 1997; Massard-Piérard, Françoise: *La Francophonie internationale*. *Courrier hebdomadaire du Centre de recherche et d'information sociopolitique* Nr. 1(655), Brüssel 1999; Tétu, Michel: *Qu'est-ce que la Francophonie?* Vanves 1997; Kolboom, Ingo: *Francophonie. Von der kulturellen zur politischen Frankophonie*, in: Ingo Kolboom/Thomas Kotschi/Edward Reichel (Hrsg.), *Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft. Für Studium, Lehre, Praxis*, Berlin 2002, S.462–468 (im Folgenden zitiert als *Handbuch Französisch*). – Bibliografische Überblicke bei: Massart-Piérard, Françoise: *La Francophonie internationale. Bibliographie thématique, Note et Etudes de l'Unité des Relations internationales*, Nr. 9/1977, Université Louvain-La-Neuve. Online: <http://cifdi.francophonie.org/Biblio/Biblouvain/bib97.htm>. *La Francophonie, bibliographie sélective et analytique, réalisée avec le concours de la Délégation générale à la langue française et du Haut Conseil de*

cophonie" auf 51.750.000 Frankophone berechnete, lieferte damit die erste demolinguistische und geographische Profilskizze einer weltweiten Frankophonie, deren Zentrum zwar in Frankreich lag, die ihre Bedeutung aber aus ihrer internationalen Verbreitung schöpfte. Zugleich koppelte Reclus, der als Zeitgenosse der Dritten Republik in der Französischen Republik die universellen Ideale von Freiheit und Gleichheit am besten verkörpert sah, das Sendungsbewusstsein des französischen Universalismus an die neue Begrifflichkeit. Diese Werte-Assoziation wirkt noch heute bei vielen französischen Promotoren der Frankophonie: die Frankophonie als kulturell geprägter Hort bestimmter universeller Werte, die sich aus der idealtypischen Geschichte der französischen Republik-Nation seit 1789 ergeben.

Das neue Wort konnte sich aber zunächst nicht durchsetzen. In den folgenden Jahrzehnten wurde dagegen häufig auch "francité" oder auch "francitude" verwendet, um sowohl die französische Sprach- als auch Kulturgemeinschaft zu bezeichnen. Heute findet man "francité" noch im Namen der "Maison de la Francité" in Brüssel. Tatsächlich lebte aber – vor allem in Frankreich – der Gedanke einer Zusammengehörigkeit aller französischsprachigen Menschen fort. Dies äußerte sich in der Gründung der ersten Organisationen, deren bindendes Element die französische Sprache war und die sich einer Verbreitung des Französischen in der Welt widmen wollten. Zu ihnen gehört die 1883 gegründete, immer noch bestehende Alliance française, deren Anliegen es war, auf diesem Weg die internationale Bedeutung Frankreichs zu stärken. Ein weiteres Beispiel ist die 1902 ins Leben gerufene Mission laïque, die im Ausland französischsprachige Schulen und Bildungsgänge nach dem Vorbild des laizistischen Bildungssystems der Dritten Republik organisierte.

Anhand dieser Beispiele zeigt sich eine neue Dimension der Frankophonie als sich entwickelndes weltweites institutionelles Netzwerk, mit Frankreich als dem Mutterland der französischen Sprache und dem natürlichen Zentrum des zweiten Empire colonial. Damit verbunden der Wille, der französischen Sprache und Kultur zu internationaler Geltung zu verhelfen, sowie ein gewisses Sendungsbewusstsein der Französischen Republik, die sich als Trägerin bestimmter universeller Werte und Zivilisation verstand (Französische Revolution, Republik, Menschenrechte etc.).

2. Der Hürdenlauf zu einer internationalen Frankophonie

2.1 Das koloniale Erbe

Historisch gesehen ist die heutige weltweite Frankophonie also ein Erbe des ersten, bis Mitte des 18. Jahrhunderts (Nordamerika und Indien) und des noch bis Mitte des 20. Jahrhunderts bestehenden zweiten französischen Kolonialreichs (Afrika und Asien). Deshalb stand die zentrale Rolle Frankreichs in der frankophonen Welt bis zum Zweiten Weltkrieg außer Frage, und noch heute hat Frankreich über seine weitverstreuten Überseeischen Departements und Territorien (DOM-TOM) eine besondere mondiale Position.

1946 wurde das französische Kolonialreich umgewandelt in die Union française, die aus dem Mutterland und assoziierten Staaten und Territorien bestand. 1956 wurden die ehemaligen Kolonien durch die Loi Defferre in den Status halbautonomer Republiken überführt. Unter dem Staatspräsidenten Charles de Gaulle wurde die Union française 1958 durch eine Communauté française ersetzt, die ihren Mitgliedern den Weg in die Selbstständigkeit öffnete.

la Francophonie, Paris 1992 (Références documentaires, Nr. 58) ; Maugey, Axel: Le roman de la francophonie. Essai, Paris 1993. Im folgenden Überblick verzichten wir weitgehend auf Einzelnachweise.

Letztendlich besiegelte das "Afrikanische Jahr" 1960 das Ende französischer Kolonialherrschaft und wurde zum Jahr der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten. Frankreich war bemüht, durch den Abschluss bilateraler Verträge mit den neuen Republiken seinen Einfluss in Afrika aufrechtzuerhalten. In Afrika selbst entstand 1961 die Union africaine et malgache (UAM) als erste frankophone, ausschließlich afrikanische Organisation, die den Willen zur Zusammenarbeit der eben in die Unabhängigkeit entlassenen Länder Afrikas verkörperte. Damit war die Frankophonie endgültig nicht nur eine Angelegenheit Frankreichs, sondern "eine Angelegenheit aller". In diesem weltpolitischen Kontext tauchte erstmals wieder das Wort "Frankophonie" auf und drang in den Sprachgebrauch ein, vor allem im Munde afrikanischer Unabhängigkeitsführer sowie quebecer Politiker und Journalisten.

Noch während der Auflösungsprozess des französischen Kolonialreichs im Gange war, gründete sich 1952 auf eine quebecer Initiative hin die Association internationale des journalistes de la presse de langue française (AIJPLF). Ihr Ziel war eine Kooperation der verschiedenen französischsprachigen Medien in der Welt. Auf diese Weise fand der Gedanke einer Zusammenarbeit von Vertretern der frankophonen Länder zunehmend Verbreitung. Aus den Reihen der AIJPLF kam auch die Idee der Gründung einer Union culturelle française (UCF), welche dann tatsächlich 1954 unter Mitwirkung des quebecer Journalisten Jean-Marc Léger erfolgte. Auf dessen Initiative geht auch die Gründung einer Organisation der ganz oder teilweise frankophonen Universitäten 1961 zurück (AUPELF – Association des Universités partiellement ou entièrement de langue française) zurück. Anders als die UCF, welche den Anspruch hatte, eine "frankophone UNESCO" zu werden und letztendlich erfolglos war, gibt es die AUPELF noch heute als bedeutendes Netzwerk von frankophonen Universitäten in der ganzen Welt, das nach Überwindung einer internen Krise heute Agence universitaire de la Francophonie (AUF) heißt.

1967 wurde der Conseil international de la langue française (CILF) gegründet, der sich die Entwicklung und Verbreitung der französischen Sprache zum Ziel machte. Des weiteren wurde 1969 die Internationale Föderation der Französischlehrer (FIPF) gegründet. Auch auf offizieller, regierungsamtlicher Ebene gab es die ersten Zusammenkünfte. Dazu gehört die 1960 geschaffene Konferenz der frankophonen Bildungsminister (CONFEMEN – Conférence des ministres de l'Éducation nationale) und seit 1969 die Konferenz der frankophonen Jugend- und Sportminister (CONFESJES – Conférence des ministres de la jeunesse et des sports).

Ein institutionelles Netzwerk entsteht, aber bis zu diesem Zeitpunkt geht es noch nicht über die Grenzen der kulturellen und bildungspolitischen Zusammenarbeit hinaus. Auch die 1967 in Luxemburg gegründete Vereinigung der französischsprachigen Abgeordneten (AIPLF – Association internationale des parlementaires de langue française) sah ihr Hauptziel in der Verbreitung des Französischen, setzte sich aber auch für soziale und ökonomische Probleme ein.

2.2 Von der Kultur zur Politik

Allgemein lässt sich trotzdem eine zunehmende Verlagerung der gemeinsamen Wahrnehmung von Interessen auf den politischen Bereich feststellen. Besonders stark daran interessiert waren die unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten, aber auch das selbstbewusst werdende Québec, die "weißen Neger Nordamerikas"³: zwischen beiden Seiten entstanden

³ Nach dem gleichnamigen Buchtitel des Quebecer Pierre Vallières (Les Nègres blancs d'Amérique, Montréal 1968).

damals starke antikolonialistisch geprägte Bande der Solidarität. Frankophone Afrikaner und von Frankreich – gegen Kanada – gestützte Quebecer wurden nun zur treibenden Kraft einer Bewegung, deren Ziel es war, die Institutionalisierung der weltweiten Frankophonie auch auf staatlicher Ebene weiter voranzutreiben und sie als polyzentrisches Kooperationsmodell zu verstehen; dies auch in einem sprachlich-kulturellen Sinne, der nicht mehr das Französische Frankreichs allein zum Bezugspunkt nahm, sondern die Diversität des Französischen in der Welt, insbesondere in Afrika ("négritude") und in Québec ("québécoisité").

Besonders nachhaltig für die weitere Entwicklung wirkte sich die Gründung der Gemeinsamen Afrikanisch-Madegassischen Union (OCAM – Organisation commune africaine et malgache) 1966 aus. Diese wollte sich nicht auf die Zusammenarbeit untereinander beschränken, sondern suchte die Verbindung zu Frankreich und darüber hinaus zu den anderen außerafrikanischen frankophonen Staaten. In diesem Zusammenhang sind vier Führer der afrikanischen bzw. asiatischen Unabhängigkeitsbewegungen zu nennen, die entscheidend zu einer Herausbildung einer offiziellen internationalen Frankophonie beitrugen: Léopold Sédar Senghor, erster Präsident Senegals und Schöpfer der "négritude"-Idee, Habib Bourguiba, Präsident Tunesiens, dem sogar ein "Commonwealth à la française" vorschwebte, und Hamani Diori, Präsident Nigers, der von einer geistigen Gemeinschaft der frankophonen Länder überzeugt war, sowie Norodom Sihanouk, König Kambodschas.

In Frankreich wurden die afrikanischen Bemühungen in Richtung einer gemeinsamen frankophonen Organisation registriert; trotzdem blieb die Pariser Regierung deutlich reserviert. 1966 präsentierte Hamani Diori dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle ein Projekt, das einen Aufbau einer weltweiten Frankophonieorganisation, bestehend aus mehreren konzentrischen Kreisen, vorsah, doch de Gaulle verhielt sich abweisend. Grund dafür war offiziell das Argument, Frankreich könnte postkolonialistischer Bestrebungen bezichtigt werden. Ausschlaggebend war aber die französische Strategie bilateraler Beziehungen zu den einzelnen afrikanischen Staaten. Es lag mehr im Interesse der ehemaligen Kolonialmacht, mit jedem afrikanischen Staat einzeln Kooperations- und Verteidigungsverträge (mit geheimen Klauseln) abzuschließen, als sich als primus inter pares der Gesamtheit aller ehemaligen Kolonien gegenüber zu sehen.

2.3 Das Québec-Problem: Geburtshelfer wider Willen

Unterstützung erfuhren die afrikanischen Bestrebungen von Québec. Dieses war in einen wachsenden Emanzipationskonflikt mit der kanadischen Zentralregierung verstrickt, in dem es unter anderem um die Anerkennung des Französischen als alleiniger Amtssprache Québecs ging, nachdem die politisch-kulturelle Selbstfindung in der sogenannten "Révolution tranquille" einen ersten Höhepunkt gefunden hatte.⁴ Québec suchte in seinem Kampf um mehr Autonomie internationale Unterstützung und Anerkennung und fand diese insbesondere bei den frankophonen afrikanischen Staaten, deren "Tiersmondialisme" im Gleichklang mit Québec stand.

Das Interesse Québecs fand dann unerwartete Unterstützung durch Frankreich, das 1967 seinen Kurs gegenüber der Frankophonie änderte. Auslöser war die Québec-Reise Charles de

⁴ Im Folgenden siehe v.a. Bastien, Frédéric: Relations particulières. La France face au Québec après de Gaulle, Montréal 1999, und Sacher, Walburga Christine: Über Ideal und Wirklichkeit der Frankophonie: eine Untersuchung zum Verhältnis und zur sprachlichen Zusammenarbeit zwischen Québec und Frankreich, Bochum 1994.

Gaulles im selben Jahr, aus Anlass der Weltausstellung in Montréal. De Gaulle erinnerte nicht nur an die historischen und kulturellen Bindungen zwischen Frankreich und der frankophonen Provinz Kanadas. Sein historischer, wohl überlegter Ausruf "Vive le Québec libre!" auf dem Balkon des Rathauses von Montréal vor einer jubelnden Menge hatte doppelte Katalysatorwirkung. Er ebnete Québec den Weg in die frankophonen Organisationen, zumal es auch in Frankreichs Interesse liegen musste, Québec in Form einer weltweiten Organisation der Frankophonie eine internationale Plattform zu verschaffen. Doch darüber hinaus gab die Québec-Reise des Generals der französischen Außenpolitik eine neue Dimension, die der Frankophonie. Dabei wurde Paris auf Grund des quebecer Interesses daran und der daraus folgenden diplomatischen Verwicklungen mit Kanada in eine Rolle gebracht, die über die Fürsprache für Québec zu einer eigenen aktiven Frankophonie-Politik führte.

Im selben Jahr der de Gaulle-Reise, 1967, äußerte Québec den Wunsch, an der nächsten Konferenz der Bildungsminister der frankophonen Länder (CONFEMEN) im darauffolgenden Jahr in Gabun teilzunehmen. Daraufhin lud die Regierung Gabuns den quebecer Bildungsminister direkt nach Gabun ein. Ohne Konsultation Ottawas, da die Bildung im Kompetenzbereich der Provinzen Kanadas liegt, nahm Québec an dieser Konferenz teil, was den Auftakt zu bis heute andauernden Spannungen zwischen Ottawa und Québec bezüglich der Teilnahme Québecs an internationalen Konferenzen markiert: Kanada brach die diplomatischen Beziehungen zu Gabun ab. Bis dahin waren in Ottawa, Gründungsmitglied des Commonwealth, keine Überlegungen lautgeworden, sich in irgendeiner Weise an der Frankophonie zu beteiligen. Doch nun setzte ein spannungsreicher Wettstreit zwischen Kanada und Québec über die Beteiligung in der internationalen Frankophonie ein. Am folgenden Treffen der CONFEMEN lud der Gastgeber Zaire daher nur Ottawa ein, um nicht Opfer einer kanadischen Sanktion zu werden. Eine unter Hilfe Frankreichs zustande gekommene Übereinkunft zwischen Ottawa und Québec ermöglichte schließlich, dass der Quebecer Bildungsminister den Vorsitz der kanadischen Delegation übernahm. Die Linie Kanadas war klar: Nur Ottawa vertritt Kanada auf der internationalen Bühne, und wenn Québec in der Frankophonie unterhalb der diplomatischen Ebene präsent sein wollte, dann galt dies auch für andere frankophone Minderheiten in Kanada.

Diese Entwicklung eskalierte 1968, als die OCAM den Vorschlag zur Gründung einer Institution für die kulturelle und technische Zusammenarbeit zwischen allen frankophonen Ländern machte. Auf einer ersten Zusammenkunft in Niamey wurde der Gedanke zu einer solchen Agence de coopération culturelle et technique (ACCT) entwickelt. Der quebecer Jean-Marc Léger wurde beauftragt, einen Plan für eine zweite Konferenz in Niamey auszuarbeiten, vor allem die Funktion dieser Organisation und die Mitgliedermodalitäten zu klären. Als Léger in seinen Vorschlägen den nichtsoveränen Staaten – und das betraf insbesondere Québec – zur großen Zufriedenheit Kanadas keinen Platz in der ACCT einräumen wollte, löste er einen noch stärkeren Schulterschluss zwischen Paris und Québec aus: Paris übte Druck auf Niger aus, Québec offiziell zur geplanten Gründungskonferenz der ACCT in Niamey einzuladen; diesem Druck schlossen sich insbesondere Senegal und Kamerun an.

Wie sehr das französische Engagement für eine internationale Frankophonie zu diesem Zeitpunkt noch eine "Dienstleistung" für Québec war, drückte eine Äußerung des damaligen Staatspräsidenten Pompidou aus: "Im Grunde machen wir die Frankophonie für Québec, und es wäre völlig lächerlich, sie mit Kanada und ohne Québec zu machen."⁵ So kam es, dass auf der Gründungsversammlung der ACCT am 16. bis 20. März 1970 in Niamey, an der 21 frankophone Regierungen teilnahmen, die drei Schlüsselländer Frankreich, Québec und Kanada

⁵ Bastien, F.: Relations particulières, S.62.

ein wenig wider Willen präsent waren. Frankreich, das den Boykott erwogen hatte, trat an, um Québec zu stützen; Québec, das ebenfalls den Boykott erwogen hatte, wollte sich gegen Ottawa durchsetzen; und Kanada, dem niemand der Beteiligten ein ernsthaftes Interesse an der Frankophonie unterstellte, wollte jede internationale Aufwertung Québecks unterlaufen. Als sich in Niamey schließlich auch alle frankophonen Staaten auf die Seite Québecks stellten, kamen weder Léger noch Ottawa mit ihren Satzungsvorschlägen durch, nach der nur souveräne Staaten die ACCT-Mitgliedschaft erwerben könnten. Ottawa gab klein bei, zog sich aber nicht zurück, da es die ACCT als zusätzliche internationale Plattform behalten wollte und Québec die Sache der Frankophonie nicht allein überlassen wollte. Die Eigendynamik dieser Entwicklung führte dazu, dass Kanada und Frankreich fortan in ein konkurrierendes Engagement für die ACCT eintraten, das beide Staaten vorher wohl kaum beabsichtigt hatten, zumal die Gründungsversammlung Paris als Hauptsitz der ACCT wählte und die Hauptstädte Ottawa oder Québec als nächster Konferenzort der ACCT für 1971 auserkoren wurden.

2.4 Bedeutung der ACCT

Mit der ACCT entstand zum ersten Mal eine internationale frankophone Institution, deren Mitglieder Regierungen souveräner und nichtsoveräner Regierungen waren. Diese Tatsache verhalf der Frankophonie zu einer ersten weltweiten intergouvernementalen Struktur und damit zu einem beträchtlichen Bedeutungszuwachs.

Die Arbeitsfelder der Agence de la coopération culturelle et technique liegen vor allem im Bereich der wirtschaftlichen, technischen, kulturellen und bildungspolitischen Zusammenarbeit. Gemäß der 1970 in Niamey verabschiedeten Charte de l'Agence de coopération culturelle et technique bestand die ACCT aus einer allgemeinen Konferenz aller Mitglieder, deren Beschlüsse die Grundlage für die Arbeit der Agence bilden. Ein Administrationsrat stellte das Exekutivorgan dar, das die Ausführung der Entscheidungen überwachte, während der Generalsekretär für die Planung und Durchführung des eigentlichen Arbeitsprogramms verantwortlich war. Um die effektive Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen zu gewährleisten, trat ein weiteres beratendes Gremium hinzu. Besonderer Wert wurde auf die politische Neutralität der Funktionäre der ACCT gelegt, der internationale Charakter ihrer Arbeit wurde ausdrücklich betont.

Deutlich wurde eine Art supranationaler Eigendynamik der ACCT. Dieses führte dazu, dass Versuche seitens der ACCT oft nicht im Interesse der nationalen Staaten – insbesondere Frankreichs – lagen.⁶ So wundert es kaum, dass die ACCT mit einem nur geringen Budget von 2,5 Millionen Dollar ausgestattet wurde und somit sicher nicht alle in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen konnte. Zudem wurde ihre Arbeit erschwert durch eigene Hürden in der Administration, vor allem aber durch den Einflusskampf zwischen Frankreich und Kanada. Dabei wurde über Québec eine Art Stellvertreterkampf geführt.

3. Gipfelpolitik als Spielball der Staaten

"Die Frankophonie wird schließlich politisch sein oder sie wird nicht sein." Diese Feststellung des französischen Außenstaatssekretärs de Mogleie aus dem Jahre 1967 schien zur Leitlinie der

⁶ Zur Interpretation der ACCT als – inzwischen überholtes, da von den OIF "kassiertes" – assoziatives Projekt der internationalen Frankophonie siehe Roy, Jean-Louis: La francophonie. Le projet communautaire, Québec 1993.

nächsten Jahrzehnte zu werden. Doch wie im Falle der ACCT gab es – wieder einmal wegen Kanada und Québec – noch etliche Hürden zu nehmen, in diesem Fall dauerte der diplomatische Hindernislauf noch länger. Léopold Sédar Senghor unterbreitete 1975 dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing den Vorschlag, eine Konferenz aller frankophonen Staatsschefs – ein frankophones Gipfeltreffen – zu organisieren. Von Seiten Kanadas fand dieser Vorstoß Unterstützung, zumal auch der kanadische Ministerpräsident Pierre Elliott Trudeau mit diesem Gedanken gespielt hatte. Auch dieses Mal konnte man sich nicht über die Repräsentation auf einem zukünftigen Gipfel einigen, denn Québec beanspruchte, sich selbst auch auf höchster Ebene vertreten zu können, was von Ottawa strikt abgelehnt wurde. Auch der neue französische Staatspräsident Giscard d'Estaing unterstützte – nach anfänglichem Zögern – die quebecer Position und machte auf die afrikanischen Verbündeten Druck. Auf der afrikanisch-französischen Konferenz in Nizza im Mai 1980 entschieden die Regierungen, zwei Vorbereitungstreffen für ein frankophones Gipfeltreffen abzuhalten. Gegen den anfänglichen Widerstand afrikanischer Politiker, die unter kanadischem Druck standen, setzte Paris die Einladung an Québec auch dieses Mal durch und machte auch gegenüber Ottawa deutlich, dass Frankreich keinen frankophonen Gipfel ohne Québec akzeptieren könne. Mit dem Machtwechsel in Paris 1981, der den Sozialisten Mitterrand in das Präsidentschaftsamt brachte, wurden die Gipfelpläne zunächst auf Eis gelegt: weder zeigte Mitterrand besonderes Interesse an der Frankophonie, noch schien er willens, sich in den Streit zwischen Ottawa und Québec einzumischen.

Als sich Mitterrands innenpolitische Lage jedoch verschlechterte und eine Kompensation durch außenpolitische Erfolge nötig machte, griff Paris die Frankophonie-Idee wieder auf, zumal sein innenpolitischer Herausforderer Chirac, der schon 1979 eine internationale Vereinigung frankophoner Bürgermeister (AIMF – Association internationale des maires francophones) gegründet hatte, sein Amt als Oberbürgermeister von Paris mehr und mehr auch als internationale Bühne zu nutzen verstand. Ein frankophoner Gipfel in Paris konnte Mitterrand daher nicht ungelegen sein; dazu brauchte er Kanada. Auf dem G7-Gipfel in Williamsburg Ende Mai 1983 ließ Mitterrand in seinem Treffen mit dem kanadischen Premier Trudeau Québec fallen. Für Paris war die Nichtteilnahme Québecks kein Hindernis mehr. Erster Schritt war 1984 die Errichtung eines Haut Conseil de la Francophonie unter Vorsitz des französischen Staatspräsidenten, gebildet von hohen in- und ausländischen Persönlichkeiten, wie zum Beispiel dem im Dezember 2001 verstorbenen Léopold Sédar Senghor.

Doch anstehende Wahlen in Kanada, in deren Vorfeld die Niederlage Trudeaus sich abzeichnete, und der wachsende Legitimationsdruck Mitterrands gegenüber seinem neo-gaullistischen Herausforderer Chirac, der 1974 u.a. auch wegen Differenzen mit Giscard d'Estaing in der Québec-Frage sein Amt als Premier verlassen hatte, führten zu einem erneuten Schwenk in der französischen Position. Trotz offenkundigen französischen Interesses an guten Beziehungen zu Ottawa rieten Lageberichte dazu, Québec nicht fallen zu lassen: Québec bleibe für Paris der wichtigste kulturelle und wirtschaftliche Stützpunkt in Nordamerika. Diesem Schwenk kam der Regierungswechsel in Ottawa entgegen, als 1984 der Konservative Mulroney neuer kanadischer Premier wurde und deutlich machte, dass die Anti-Québec-Politik Trudeaus einen Scherbenhaufen hinterlassen habe. Da nun auch in Frankreich Wahlen anstanden und Mitterrand noch unbedingt vor den Wahlen, im März 1986, einen Gipfelerfolg für sich verbuchen wollte, ging Mitterrand in die Offensive und kündigte im August 1985 die Einberufung eines frankophonen Gipfeltreffens in Paris an, dies in der sicheren Annahme, dass Ottawa dieses Mal kompromissbereiter sei.

Mit diesen engstens mit französischer und kanadischer Innenpolitik verknüpften Entscheidungen waren – zehn Jahre nach der ersten Initiative des senegalesischen Präsidenten Senghor

– die Weichen für den ersten Frankophonie-Gipfel gestellt, wengleich Ottawa erst Ende 1985 grünes Licht für eine Teilnahme Québecs gab. So kam es, dass vom 17. bis zum 19. Februar 1986 in Versailles der erste Gipfel der frankophonen Länder stattfinden konnte. Mit ihm trat die Frankophonie nicht nur in eine neue Phase ihrer Geschichte ein, sondern war auch offiziell zu einer der Säulen der französischen Außenpolitik aufgestiegen. Mit dem Wahlsieg Chiracs, der im März 1986 erster Kohabitations-Premierminister unter Mitterrand wurde, konnte die Sache der Frankophonie einen doppelten Erfolg verbuchen. Neben einer eigens dafür zuständigen Direktion im Außenministerium wurde auch beim Premierminister ein Staatssekretariat für Frankophonie eingerichtet; somit war die Frankophonie – ganz in der Kohabitationslogik – doppelte Chefsache geworden.

Mit der gleichberechtigten Teilnahme Kanadas und Québecs wurde die Frankophonie – neben den französischen Ambitionen – mehr denn je auch ein von konkurrierenden Ambitionen dieser beiden Regierungen gespeistes Unternehmen. Kanada, traditionelles Mitglied des Commonwealth, entdeckte die Gipfelkonferenz als zusätzliches Instrument seiner Außen- bzw. Drittwelt-Politik und nahm die Präsenz Québecs dabei in Kauf. Zugleich wurde die Internationale Frankophonie mehr denn je ein privilegiertes Forum der Auseinandersetzungen zwischen Québec und Ottawa: es wurde die einzige internationale Plattform, auf der die Regierung Québecs quasi gleichberechtigt – mit traditionellen Verbündeten in Afrika und Frankreich – neben Kanada auftreten kann. Dies sollte der internationalen Frankophoniebewegung aber nicht zum Schaden gereichen. Als Idee wurde sie in Afrika geboren; geschaffen wurde sie als listenreiches Resultat der komplexen Konstellation Frankreich-Québec-Kanada, die in dieser Vereinigung in einen Wettstreit der "Geberländer" traten.

4. Die "Frankophonie der Gipfeltreffen"

4.1 Der erste Gipfel in Versailles 1986

Die offizielle Bezeichnung der frankophonen Treffen auf höchster Ebene lautet "Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Länder, denen der Gebrauch der französischen Sprache gemeinsam ist". 41 dieser Länder nahmen am ersten Gipfeltreffen im Februar 1986 in Versailles teil.⁷ Es wurden Befürchtungen laut, Frankreich könnte mittels der organisierten Frankophonie postkolonialistische Interessen verfolgen wollen. Das durchaus teilfrankophone Algerien war aus diesem Grund dem Gipfel von vornherein fern geblieben und tut dies bis heute, zumal mit der "Re-Arabisierung" die algerische Frankophonie bewusst eingedämmt werden soll.

Neben der inhaltlichen Arbeit, die um den Nord-Süd-Konflikt kreiste, wurde mit dem Comité International de Suivi (CIS) ein neues Gremium geschaffen, dessen Aufgabe es sein sollte, die Durchführung der auf dem Gipfel beschlossenen Maßnahmen zu überwachen. Die bisher einzige multilaterale und intergouvernementale frankophone Organisation, die ACCT, musste sich Vorwürfe gefallen lassen, dass sie einen Großteil der ihr zur Verfügung gestellten Mittel allein schon für ihren eigenen Apparat aufbrauchen würde. Nun sah sie sich mit dem CIS einer konkurrierenden Institution gegenüber, die als Produkt der Treffen auf höchster Ebene ebenfalls mit der Ausführung von Beschlüssen beauftragt worden war. Die damals noch eher supranational ausgerichtete ACCT und der intergouvernemental bestückte CIS repräsentierten

⁷ Zu den einzelnen acht Gipfeltreffen von 1986 bis 1999 siehe bes. Massard-Piérard, F.: La Francophonie internationale, S.12-21.

somit zwei verschiedene, sich nun gegenüberstehende Auffassungen von der Organisationslogik der Frankophonie. Der Zielkonflikt war vorprogrammiert.

4.2 Auf dem Weg zur voll ausgebauten internationalen Organisation

Nachdem der zweite Gipfel 1987 in Québec (und nicht in Ottawa) zu einer Stärkung der Rolle Québecks in der internationalen Frankophonie beigetragen hatte, kam dem dritten Gipfel, der wiederum in Paris, im Palais Chaillot, stattfand, eine besondere Bedeutung für den institutionellen Ausbau der Gipfelkonferenz zu. Auf diesem Treffen, an dem nunmehr 47 Staaten und Regierungen teilnahmen, wurde die Einrichtung einer jährlichen Ministerkonferenz (CMF – Conférence ministérielle de la Francophonie) und eines Ständigen Rates (CPF – Conseil permanent de la Francophonie) beschlossen. Ihre Aufgabe war die Bestimmung der Richtlinien für die Zusammenarbeit im Zeitraum zwischen den Gipfeln, während die ACCT in einer nachgeordneten neuen Rolle als Ständiges Sekretariat mit der Durchführung dieser Richtlinien betraut wurde. Damit wurde eine pyramidale Entscheidungs- und Führungsstruktur geschaffen, die die schleichende Entmachtung der alten ACCT absegnete. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die alte ACCT-Garde um ihren quebecer Generalsekretär Jean-Louis Roy noch gehofft, die politische internationale Frankophonie um die ACCT herum zu konstituieren. Mit dem Conseil permanent de la Francophonie aber hatten die Staats- und Regierungschefs ein Gremium ins Leben gerufen, das ganz offensichtlich dazu berufen war, die zwischenstaatlichen Gipfelkonferenzen mit einer starken Exekutive zum Centre vital der internationalen Frankophonie zu erheben.⁸

Kennzeichnend für den 1993 stattfindenden vierten Gipfel auf der Insel St. Mauritius wurde das Schlagwort der "exception culturelle", das im Kontext der GATT-Verhandlungen in Brüssel den Kampf für eine weltweite frankophone Kultur innerhalb der "global world" legitimieren und (frankophone) Kulturgüter vor einer Liberalisierung des Handels schützen sollte. Auch die institutionelle Reform wurde weiter betrieben: die Vereinigung der frankophonen Parlamentarier (AIPLF) erhielt den Status einer Beratenden Versammlung (Assemblée consultative de la Francophonie). Die "Politisierung" der Frankophonie erreichte dann auf dem nächsten Gipfel 1995 in Benin einen ersten Höhepunkt, als dieser beschloss, der Frankophonie ihre "vollständige politische Dimension" zu geben. Aus diesem Grund wurde für den darauf folgenden Gipfel die Wahl eines Generalsekretärs auf die Tagesordnung gesetzt; dieser Generalsekretär sollte die Frankophonie auch zwischen den Gipfelkonferenzen dauerhaft nach außen vertreten können.

Um die neue politische Organisationsform der Frankophonie auf eine juristische Grundlage zu stellen und ihr die nötige Absicherung zu geben, wurde auf der Ministerkonferenz (CMF) 1996 eine neue Charta de la Francophonie beschlossen, welche die alte ACCT-Charta von 1970 ablöste. Damit war das Ende der traditionellen multilateralen Frankophonie besiegelt, indem die supranationale Dimension durch die Regierungschefs einkassiert wurde.

4.3 Die Charta de la Francophonie

Eine offizielle Begründung für die durch die Charta de la Francophonie vollzogene Wendung zu einer politischen internationalen Organisation gibt die Präambel der Charta, die auf den

⁸ Siehe in diesem Sinne das Plädoyer gegen die ACCT und für den Conseil permanent von Guillou, Michel: La Francophonie. Nouvel enjeu mondial, Paris 1993.

weltpolitischen Kontext und die technologische Entwicklung (Globalisierung) und die damit gegebenen Herausforderungen für die Frankophonie verweist (www.francophonie.org/francophonie/charte.htm). Zugleich wurde die Idee der kulturellen Identität mit der Forderung nach mehr Demokratie verbunden: die Charta postuliert die Entwicklung der Demokratie und die Solidarität in der frankophonen Gemeinschaft. Damit sollte die lauter gewordene Kritik an innerstaatlichen Verhältnissen zahlreicher Mitgliedsländer (in Afrika und Asien) aufgegriffen und der Versuch unternommen werden, das Profil der Frankophonie als das einer internationalen Zivilmacht zu stärken, die sowohl nach innen wie nach außen glaubwürdig erscheint.

Durch die Charta de la Francophonie wurde die Rolle der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs als oberstes Organ der Frankophonie endgültig festgelegt. Diese schreibt die Richtlinien und Ziele vor, deren Umsetzung von der Ministerkonferenz (CMF) überwacht werden. Sie stellt die der ACCT übergeordnete Institution dar und übernimmt auch die Funktion der Conférence générale innerhalb der Agence. Die Überwachung der Ausführung der Beschlüsse der Ministerkonferenz und eine Koordinationsfunktion kommt dem Conseil permanent de la Francophonie (CPF) zu, welcher aus persönlichen Vertretern der Staats- und Regierungschefs besteht. Die ACCT, welche zunächst unter Beibehaltung ihres Kürzels in Agence de la Francophonie (ACCT) umbenannt wurde, wird zwar noch als Hauptbeauftragte für die Durchführung der Programme auf allen Gebieten der Zusammenarbeit bezeichnet, muss sich aber den anderen Instanzen unterordnen. Zugleich wird sie laut Charta in den Rang der "einzigsten intergouvernementalen Organisation der Frankophonie" gehoben, was im Klartext ihre Heranführung an die Staats- und Regierungschefs bedeuten wird.⁹ Dem neu geschaffenen Generalsekretariat und dem Generalsekretär werden sogar vier Artikel gewidmet (Artikel 6–9). Allein schon daran wird die herausgehobene Bedeutung ersichtlich, die der neuen Institution beigemessen wird. Die frankophonen Staatschefs erhofften sich mit der neuen Funktion eines Generalsekretärs laut Charta "eine sichtbarere, glaubwürdigere und anerkanntere politische Tätigkeit der Frankophonie". Durch diesen Schachzug der Staaten könnten Vertreter der realistischen Schule in der Internationalen Politik sich in ihrer Einschätzung der Staaten in der Weltpolitik bestätigt sehen: in der anhaltenden anarchischen Struktur des internationalen Systems seien die Staaten dazu verdammt, sich "aggressiv" zu verhalten.

Aber in der Charta de la Francophonie erhalten auch Nichtregierungsorganisationen einen anerkannten Status als "direkte Operatoren".¹⁰ Diese NGOs spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle, werden sie in der Außenwirkung doch als die eigentlichen Agenturen der Frankophonie wahrgenommen. In ihnen artikulieren sich Kräfte unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen im Inneren der jeweiligen Staaten, die von den kooperativen zwischenstaatlichen Beziehungen, wie sie sich in der OIF organisiert haben, profitieren, dies ggf. besser als zuvor, in jener früheren unübersichtlichen institutionellen Landschaft. Hier dürfte eher für Vertreter der idealistischen Tradition in der Internationalen Politik der Ansatz für eine Analyse der Frankophonie liegen, um zu fragen, in welcher Weise es gerade dieses assoziative Geflecht im Kontext der OIF ist, das die treibende Kraft der Internationalen Frankophonie ist, ohne die die Gipfelkonferenzen Makulatur wären.

⁹ Optisch wird sich dies dadurch ausdrücken, daß nach Hanoi eine schleichende "Umschriftung" der Agence stattfindet, bis sie dann definitiv den heute gültigen Namen Agence intergouvernementale de la Francophonie annimmt, ohne dass das traditionsreiche Kürzel ACCT noch auftaucht.

¹⁰ Siehe Ausführungen und Schema über die OIF in unserem Beitrag über die Internationale Frankophonie in diesem Band.

5. Der Wille zum Global player

Ein Markstein in der Entwicklung der Frankophonie zu einer vollständig ausgebildeten internationalen und intergouvernementalen Organisation wurde schließlich der siebte Gipfel in Hanoi 1997. Auf den neu geschaffenen Posten eines Generalsekretärs wurde auf Betreiben Frankreichs – gegen anfänglichen Widerstand einiger afrikanischer Staaten – der Ägypter Boutros Boutros-Ghali, ehemaliger Generalsekretär der Vereinten Nationen, gewählt. Damit wurde er offizieller Repräsentant und Sprecher der Frankophonie, verantwortlich auch für die Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen.

In Hanoi wurde der auch in der Charte de la Francophonie (Art. 1) festgehaltene Aktionsplan der Organisation bestätigt. Gemäß dem neuen politischen Anspruch als internationaler Akteur wurden fünf große Programmkomplexe formuliert. Die Organisation der Frankophonie wollte sich demnach verstärkt in den internationalen Beziehungen der Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten sowie der Konfliktvorbeugung widmen. Des weiteren sollte der kulturelle Austausch zwischen den Völkern auch durch Ausbau von Kommunikationstechnologien verbessert werden: dem Internet und dem Aufbau frankophoner Datenautobahnen wurde strategische Aufmerksamkeit zuteil.¹¹ In weiteren Programmpunkten stehen die Zusammenarbeit im Bildungsbereich, die Stärkung des Französischen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit bzw. Entwicklungshilfe im Mittelpunkt.

In der darauffolgenden Ministerkonferenz von 1998 in Bukarest wurde die Annahme des offiziellen Namens "Organisation Internationale de la Francophonie" beschlossen. Damit hatte nun auch die politische Frankophonie wie jede andere internationale Organisation ihr Kürzel: OIF. Die neue politische Dimension der Internationalen Frankophonie veranlasste die OIF mehr und mehr, Partner und Mitglieder in der Welt zu suchen, die selbst nach großzügigen Kriterien keine frankophonen Staaten sind, wohl aber mit der Sache der Frankophonie aus unterschiedlichen Beweggründen sympathisieren, so Staaten in Mittel- und Osteuropa wie Polen, Bulgarien, Mazedonien, Tschechische Republik, Slowenien, Albanien, Litauen. Mit dieser Strategie ist die Hoffnung verbunden, das Gewicht der OIF in den internationalen Beziehungen zu erhöhen, sie ist aber für die interne Kohärenz der Organisation problematisch und daher auch innerhalb der OIF nicht unumstritten. So steht die OIF heute an einem Scheideweg, dessen verschiedene Optionen auch darüber entscheiden, ob und wie die Frankophonie als primäres identitätsstiftendes Erkennungsmerkmal einer kulturellen Makro-Region erhalten bleibt.

¹¹ Siehe Mann, Roberto: Frankophonie im Internet, in: Handbuch Französisch, S.496-499.

Frankophonie versus kulturelle Globalisierung

Medard Ritzenhofen

Alle Welt spricht oder streitet über die Globalisierung. Aber in keinem anderen Land sind Misstrauen, Skepsis und die bisweilen militante Ablehnung gegenüber der Globalisierung so ausgeprägt wie in Frankreich. Hier hat die anti-neoliberale Protestbewegung "Attac" ihre Wurzeln, die sich innerhalb weniger Jahre mit weltweit rund 50.000 Mitgliedern zur wichtigsten globalisierungskritischen Organisation entwickelte. Die Reihe namhafter Persönlichkeiten, die der – wie die Franzosen sagen – "mondialisation" den Kampf angesagt haben, reicht von dem Anfang des Jahres verstorbenen Soziologen Pierre Bourdieu¹ über den Schafzüchter und Champion kulinarischer Résistance José Bové² bis zu dem Starschriftsteller Michel Houellebecq, der sich nicht mit einer "Welt als Supermarkt"³ abfinden will.

Bis auf ganz wenige Ausnahmen reagieren auch Frankreichs Politiker in einem fast automatischen Reflex warnend oder abwehrend, sobald die Rede auf die Globalisierung kommt. "Humaniser la mondialisation" überschrieb Staatspräsident Jacques Chirac einen Grundsatzartikel im Figaro am Vorabend des G-8-Gipfels in Genua.⁴ Der Franzose war der einzige der Repräsentanten der führenden Wirtschaftsmächte, der die möglichen Gefahren jener Globalisierung öffentlich ansprach, gegen die in der norditalienischen Hafenstadt Tausende von Protestierenden Sturm liefen.

Erst durch diesen kritischen Reflex auf die Globalisierung gewinnt die Frankophonie an aktueller Bedeutung. Ohne die Globalisierung wäre die Frankophonie ein akademischer Papiertiger, ein internationaler Verein für die Freunde der französischen Sprache, eine typisch nostalgische Marotte der Franzosen. Denn im Unterschied zur Globalisierung ist die Frankophonie nicht in aller Munde. Politiker, Schriftsteller und Journalisten führen die Frankophonie zwar immer dann ins Feld, wenn es um die Stellung des Französischen in der Welt geht, aber im allgemeinen Sprachgebrauch taucht der Begriff nur selten auf. Dafür ist der 1880 zum ersten Mal von dem französischen Geografen Onésime Reclus verwandte Terminus zu unspezifisch. Denn wenn jedermann als "frankophon" gelten kann, der des Französischen so mächtig ist, dass er sich in dieser Sprache gut verständigen kann, so umfasst die "Frankophonie" alle Staaten und Regionen, in denen Französisch als Amtssprache gilt oder zumindest von einem gewissen Bevölkerungsteil als Verkehrs- und Umgangssprache benutzt wird.

1. Französisch-amerikanischer Wettstreit

Es kann hier nicht der Ort sein, auf das Für und Wider der Globalisierung im Allgemeinen einzugehen. Die Publikationen zu diesem Thema sind bereits Legion. Zwei Hauptmerkmale der Globalisierung sind ohne Zweifel unstrittig: zum einen die Vernetzung und das Zusammenwachsen der Welt in allen Bereichen, vor allem in der Ökonomie und den Neuen Technologien und zum anderen die führende Rolle der USA als einziger Supermacht im Prozess

¹ Bourdieu, Pierre: Contre-feux, Paris 1998.

² Bové, José/Dufour, François: Die Welt ist keine Ware. Bauern gegen Agromultis, Zürich 2001.

³ Houellebecq, Michel: Die Welt als Supermarkt. Interventionen, Köln 1999.

⁴ Chirac, Jacques: Humaniser la mondialisation, in: Le Figaro, 19.7.2001.

der Globalisierung. Es ist die geradezu erdrückende amerikanische Dominanz, durch die sich Frankreich mehr als andere Länder herausgefordert fühlt. Warum gerade Frankreich?

Erstens gibt es zwischen den USA und Frankreich einige spezifische Parallelen. Zweitens wurde Frankreich in vielen Gebieten von den USA überholt und auf den zweiten Platz verwiesen. Dazu drei Beispiele:

Universelle Mission

Frankreich und die USA sind von ihrem Selbstverständnis her Trägerinnen einer universellen Mission: Die Durchsetzung der Menschen- und Bürgerrechte. Mit der amerikanischen wie der französischen Revolution wiesen beide Nationen dem Rest der Welt den Weg in eine bessere Zukunft. Von alters her gibt es einen französischen und einen amerikanischen Messianismus, der bereits in den geflügelten Worten "God's own country" ("Gottes eigenes Land") und "la fille aînée de l'Eglise" ("die älteste Tochter der Kirche") zum Ausdruck kommt. Dem erfolgsgewöhnten "american way of life" steht das exklusive "savoir vivre" gegenüber. Wenn Frankreich im 17. und 18. Jahrhundert und unter Napoleon I. die führende Großmacht im kontinentalen Europa war, so ist Amerika seit seinem Eingreifen in den Ersten Weltkrieg "second to none", hinter niemandem zurückstehend. Frankreich versteht sich zwar immer noch als Mutterland der Menschenrechte, aber die USA sind heute die einzige Macht, die die universalen Regeln der Demokratie auch durchsetzen kann. Die ehemalige französische Exklusivität ist, was machtpolitische Stärke angeht, längst auf die USA übergegangen, "der Welt einzige Supermacht in jedem Sinne des Wortes – von der Informationstechnologie bis zum Börsenwert seiner Unternehmen, vom Bruttosozialprodukt bis zum Verteidigungsbudget".⁵

Weltsprachen

Es gab eine Zeit, da sprach die ganze Welt Französisch. Nicht tout le monde im wörtlichen Sinne, aber doch die maßgebende Welt, in der Politik gemacht wurde und Kultur den Ton angab. Eingerahmt werden kann dieses goldene Zeitalter der Frankophonie durch zwei der bedeutendsten europäischen Friedensschlüsse: der Westfälische Friede, der 1648 den Dreißigjährigen Krieg beendete und eine Epoche französischer Vorherrschaft auf dem Kontinent einleitete. Der Vertrag von Versailles am Ende des Ersten Weltkrieges wird in französischer und englischer Sprache aufgesetzt. Vor allem im 18. und 19. Jahrhundert war das Französische die Sprache der Diplomatie, der Wissenschaft, der Salons. Französisch galt als die klarste Sprache, als die Sprache der Vernunft und der Aufklärung. In seinem "Discours sur l'universalité de la langue française" (1784) schreibt Rivarol: "Alles was nicht klar ist, ist nicht Französisch."

Der bedeutende Gelehrte Marc Fumaroli hat noch jüngst in seinem Buch "Quand l'Europe parlait français" an die Zeit erinnert, "als die Franzosen sich überall zu Hause fühlten, als Paris die zweite Heimat aller Fremden war und Frankreich das Objekt einer allgemeinen Neugier".⁶

Als Mitglied der erlauchten Académie Française ist Marc Fumaroli ein typischer Repräsentant jener kultur-konservativen Elite Frankreichs, bei der der nostalgische Reflex auf die ehema-

⁵ Stürmer, Michael: Die Kunst des Gleichgewichts. Europa in einer Welt ohne Mitte, Berlin 2001, S.10.

⁶ Fumaroli, Marc: Quand l'Europe parlait français, Paris 2001, S.9.

lige Vorrangstellung des Französischen besonders stark ausgeprägt ist. Doch auch die größten Liebhaber und hartnäckigsten Verfechter der französischen Sprache haben sich damit abgefunden, dass Englisch die unbestrittene Nummer Eins unter den Weltsprachen ist. Umso mehr verwahren sich die Sprachhüter gegen jene direkte Invasion angloamerikanischer Ausdrücke in die französische Sprache, die der Literaturkritiker René Etiemble bereits 1964 in seinem berühmt gewordenen Buch "Parlez-vous franglais?" geisselte.

Hollywoods Hegemonie

In Frankreich ist das Kino die populärste Kunstform. Die Ausnahmestellung des cinéma in Europa wurde durch das Rekordjahr 2001 erneut bestätigt, das 200 französische Produktionen verzeichnete. Als unschlagbares Zugpferd erwies sich dabei Jean-Pierre Jeunets Film "Die wunderbare Welt der Amélie Poulain", der acht Millionen Zuschauer in Frankreich und neun Millionen rund um den Globus in die Kinos lockte. Mit seinen derzeit hervorragenden Bilanzen knüpft le cinéma an seine besten Zeiten an: die klassische Epoche in den 30er-Jahren mit Regisseuren wie Jean Renoir und Marcel Carné sowie die Nouvelle Vague Ende der 50er-Jahre. Sowohl der populäre Film, personifiziert in Schauspielern wie Jean-Paul Belmondo, Alain Delon, Gérard Depardieu, als auch das Autorenkino eines Truffaut, Godard, Chabrol und Rohmer verschafften dem französischen Film Weltruhm. Die aktuelle Hausse des französischen Kinos verdankt sich der geschickten Strategie einer anspruchsvollen Unterhaltung, die mit ihrer handwerklichen, sprich: technischen Souveränität auch ein Massenpublikum anspricht.

Alle Erfolge des cinéma können indessen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die USA die weltweit größte und umsatzstärkste Filmindustrie besitzen. Hollywood setzt die Maßstäbe und Trends in allen Kategorien des Kinos, und ein verliehener Oscar wiegt allemal schwerer als goldener Bär, Palme und Löwe zusammen. Wenn die Bilder 1895 in Lyon mit den Brüdern Lumière das Laufen lernten, so liefen die USA Frankreich den Rang als erste Kinonation bald ab. Doch Frankreichs Filmindustrie ist die einzige, die der globalen Hegemonie Hollywoods zuweilen Konkurrenz machen kann, wenn es ihr auch nicht möglich ist, sie aus den Angeln zu heben.

Ob universale Mission, Bedeutung der Sprache oder Stellung des Kinos: Es ist die Zweitplatzierung, der ein Überholt-werden vorausging, die Frankreich in besondere Konkurrenz und kritische Haltung gegenüber den USA bringt. Denn es ist klar, dass der Wettkampf zwischen den ersten Beiden augenfälliger und intensiver geführt wird, als, sagen wir, zwischen dem Ersten und Fünften. Mit anderen Worten: Dem Zweiten obliegt es als erstes, den Spitzenreiter herauszufordern. Die Frankophonie ist ein wesentliches Mittel, mit dem Frankreich seine Herausforderungen an die USA formuliert.

2. Frankophonie als politisches Instrument

Seit der Präsidentschaft François Mitterrands (1981-1995) wurde die Frankophonie als Gegenentwurf zur Globalisierung unter amerikanischen Vorzeichen deutlich forciert. "Die Frankophonie ist nicht nur der Gebrauch einer Sprache, sie ist eine Weltvision, ein organisierter Wille", sagte Mitterrand am 17. Oktober 1993 während des fünften Gipfeltreffens der Frankophonie auf der Insel Mauritius. Mitterrand war es auch, der 1986 die Frankophonie-Gipfel als internationale politische Manifestation einführte.

Ebenso wie sein Vorgänger ist auch Jacques Chirac Verfechter einer dezidiert politischen Frankophonie. Auf dem vorerst letzten, dem achten Frankophonie-Gipfel im kanadischen Moncton 1999 ließ Chirac verlauten: "Die Frankophonie ist kein Rückzugsgefecht, keine sprachliche Einigelung, sondern ein offensiver und moderner Kampf." Diese kämpferisch-politische Haltung hatte Chirac untermauert, als er zwei Jahre zuvor, auf dem Frankophonie-Gipfel im vietnamesischen Hanoi, den Posten eines Generalsekretärs der Gemeinschaft der frankophononen Länder schuf und ihn mit dem früheren Chefdiplomaten der UNO Boutros Boutros-Ghali besetzte.

In einem Artikel in *Le Monde* umriss Boutros-Ghali 1999 die Ziele einer modernen Frankophonie, die "eine neue politische und universelle Dimension" besitzen müsse, als "eine international gleichberechtigte Organisation" aufzutreten habe und "eine spezifisch frankophone Diplomatie" zu vertreten habe. Der Generalsekretär der frankophononen Länder machte zugleich deutlich, worum es nicht gehen könne, nämlich um "eine Defensivhaltung in einer durch den anglophonen Riesen belagerten Zitadelle".⁷

Die Warnung Boutros-Ghalis gewinnt an Gewicht, wenn man sich die Statistik in der globalen Sprachverteilung ansieht. Gegenüber rund 2 Milliarden englisch sprechender Menschen weltweit nimmt sich *le monde francophone* mit allerhöchstens 200 Millionen Vertretern vergleichsweise bescheiden aus.⁸

Aus der Not dieser quantitativen Unterlegenheit versucht Frankreich, eine Tugend der besonderen Qualität zu machen. Wenn alle Welt Englisch spricht, kann es mit der Güte dieser Allerweltssprache nicht weit her sein. Aus französischer Sicht ist Englisch demnach eine Funktionssprache, die der bloßen Kommunikation, oft radebrechend oder mit Händen und Füßen, dient. Somit muss man dem Englischen nicht mehr mit Argwohn, man darf ihm mit Mitleid begegnen. Das Französische kann sich als das Griechisch der Römerzeit oder als das Latein des Mittelalters profilieren. Auf jeden Fall bleibt das Französische den Gebildeten vorbehalten, es ist die exklusive Sprache der Intelligenz, der *Clarté*, des interkulturellen Austauschs.

3. Kulturelle Vielfalt

Damit ist der zweite Punkt der neuen Strategie berührt: Die Frankophonie wird nicht länger als kultureller Block gesehen, sondern macht sich im Gegenteil zum Anwalt kultureller Vielfalt. "Der Dialog der Kulturen" sollte das Thema des 9. Frankophoniegipfels sein. Dieses Treffen war für den Oktober 2001 im libanesischen Beirut geplant, wurde dann aber wegen der Attentate vom 11. September um ein Jahr verschoben. Staatspräsident Chirac machte jedoch diesen "Dialog der Kulturen" bereits zum wichtigsten Punkt seiner wegweisenden Rede "Eine andere Vision des 21. Jahrhunderts", die er am 15. Oktober 2001 zur Eröffnung der 31. Generalversammlung der Unesco in Paris hielt.⁹

Das von Paris verfolgte Konzept der kulturellen Pluralität und Differenz ist klar zu erkennen: Im Kampf gegen eine alles nivellierende Globalisierung unter amerikanischen Vorzeichen macht sich Frankreich zum ersten Verteidiger einer ebenso vitalen wie vielfältigen Weltkultur: Statt Dominanz wird Dialog gefordert, statt kulturellem Einheitsbrei ein reichhaltiges

⁷ Boutros-Ghali, Boutros: *L'an I de la francophonie politique*, in: *Le Monde*, 23.2.1999.

⁸ *Le Monde*, 4.9.1999.

⁹ Chirac, Jacques: *Une autre vision du XXI. siècle*, in: *Le Monde*, 16.10.2001.

Menü bestellt, bei dem Frankreich – als Land des guten Geschmacks – allerdings Speisefolge und Tischordnung bestimmt.

In diesem Zusammenhang muss man auch Frankreichs Kampf für die kulturelle Ausnahme (exception culturelle) sehen. Die Kultur sollte in den GATT-Verhandlung in den 90er-Jahren (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) ausgeklammert werden.¹⁰ Auf dem 5. Gipfeltreffen der Frankophonie auf der Insel Mauritius im Oktober 1993 versicherte sich Frankreich der Unterstützung der mehrheitlich ehemaligen Kolonien im Kampf gegen die audiovisuelle Kolonisierung durch die USA. Einstimmig verabschiedeten die Teilnehmer eine Resolution, die sich sowohl für die "exception culturelle" in den GATT-Verhandlungen als auch für eine stärkere Präsenz der französischen Sprache in internationalen Institutionen aussprach.

4. Konkrete Maßnahmen

Um der angloamerikanischen Übermacht Paroli zu bieten, ist Paris in seiner nationalen wie internationalen Kulturpolitik jedes Mittel recht. In Frankreich hat man viel früher und klarer – als beispielsweise in Deutschland – die Bedeutung der Auswärtigen Kulturpolitik erkannt, die Macht und Ansehen eines Staates im Ausland unmittelbar beeinflusst. Auswärtige Kulturpolitik und Entwicklungspolitik unterstehen deshalb derselben Generaldirektion. Ob Subventionen oder Quotenregelung, Assimilierung oder Attacken, Frankreich betreibt eine aktive und zuweilen auch aggressive Strategie zur Verteidigung der eigenen Kulturhoheit. Dabei sind rein französische Interessen und frankophone Ambitionen nicht immer genau zu trennen. Was nicht allzu sehr erstaunt, da Frankreich als Spiritus Rector der Frankophonie weit mehr ist als Primus inter Pares am runden Tisch der frankophonen Sprachgemeinschaft. Frankreich ist Initiator und Geldgeber, wichtigste Stimme und Stütze der Frankophonie und kann deshalb leicht der kulturellen Vielfalt das Wort reden. Denn in der frankophonen Welt ist Frankreichs Stellung unumstritten.

- Die frankophone Welt verfügt mit "TV 5" über einen eigenen Fernsehsender, der per Kabel und Satellit 300 Millionen Zuschauer erreichen kann. "TV 5" ist nach CNN der zweitgrößte Satellitensender mit einem Jahresbudget von 300 Millionen Franc.
- Auf dem Gipfel von Mauritius wurde 1993 beschlossen, dass die frankophonen Länder auch eine wirtschaftliche Kooperation eingehen. Es dauerte allerdings sechs Jahre, bis die Wirtschaftsminister der frankophonen Länder im April 1999 zum ersten Mal in Monaco zusammenkamen. Ziel ist es, auch als Einheit der frankophonen Länder den Einfluss beim Internationalen Währungsfond und anderen globalen Handels- und Wirtschaftsorganisationen geltend zu machen.
- Der neogaullistische Kulturminister Jacques Toubon erließ 1994 ein Gesetz "betreffend den Gebrauch der französischen Sprache", das dem Vormarsch des Englischen Einhalt gebieten sollte. Arbeitsverträge, Inserate, Gebrauchsanweisungen, Betriebsregelungen und Werbefilme dürfen bei Geldstrafe keine angloamerikanischen Formulierungen enthalten. Der Versuch Frankreichs, par ordre du mufti die wichtigste Umgangs- und Geschäftssprache der Welt von dem eigenen sprachlichen Sanktuarium fern zu halten, wurde im Ausland herzlich belacht und im Inland häufig unterlaufen. Trotzdem zeigte Frankreich Flag-

¹⁰ Ritzenhofen, Medard: Im Kampf gegen Dinos, Dollars und Dumping. Frankreich wehrt sich gegen die GATT-Bestimmungen für die Kultur, in: Dokumente 1993, S.458-462.

ge und machte einmal mehr deutlich, dass es mit der unverfälschten "Reinheit" der Sprache nicht nur große Worte macht.

- Was der französischen Regierung beim Schreiben rechtens erschien, war ihr beim Singen billig. Ein am 1. Januar 1996 in Kraft getretenes Gesetz verpflichtet alle französischen Radiosender dazu, 40 Prozent ihres musikalischen Programms für das Chanson respektive für französische Musik zu reservieren. Der Omnipräsenz des angloamerikanischen Rock wurde ein Riegel vorgeschoben. Für das Chanson geht la vie en rose weiter, und Hip-hop oder Rap können auch in der Sprache Maurice Chevaliers erklingen, wie MC Solaar bewiesen hat.
- Frankreich setzte bei den GATT-Verhandlungen 1993/94 erfolgreich alles daran, dass Kulturproduktionen von den für alle anderen Waren geltenden Regeln des Freihandels ausgenommen und geschützt werden. Profitiert haben davon vor allem Kinofilme und Fernsehfiktionen. Hinter dem Schlagwort der "exception culturelle" steckt handfester Protektionismus. Frankreich will seine eigene blühende Filmindustrie schützen und kultiviert deshalb ein effizientes System von Förderungen und Subventionen. Elf Prozent jeder verkauften Kinokarte, auch für amerikanische Produktionen, gehen direkt an die französische Filmwirtschaft, die das gesamte frankophone Kino finanziert.
- Und schließlich die Literatur, als immer noch vornehmste Kunst im Land von Molière. Der Reichtum der aktuellen französischen Literaturszene verdankt sich nicht zuletzt "schreibenden Einwanderern". Der Ire Samuel Beckett, der Amerikaner Julien Green, die Rumänen Ionesco und Emile Cioran, die Belgierin Marguerite Yourcenar, die Russin Nathalie Sarraute, der Senegalese Léopold Sédar Sengor, der Spanier Jorge Semprun und der Tscheche Milan Kundera haben der französischen Literatur im 20. Jahrhundert Weltgeltung verschafft. Dass Frankreich diese kulturelle Bereicherung gezielt fördert, beweist ein Blick auf die Liste der Goncourt-Preisträger. Mit dem wichtigsten französischen Literaturpreis wurden unter anderem ausgezeichnet: der Marokkaner Tahar Ben Jelloun 1987, der Kreole Patrick Chamoiseau 1992, der Libanese Amin Maalouf 1993, der Flame Didier Van Cauwelaert 1994, der Russe Andreï Makine 1995. So mehren junge unverbrauchte Erzähler aus der frankophonen Welt den Ruhm der Nation, deren literarischer Stern von Haus aus nicht mehr ganz so hell leuchtet wie zu Zeiten Victor Hugos, Flauberts oder Prousts.

5. Ein Fest fürs Sprechen

In der letzten Zeit ist es stiller geworden um die Frankophonie. Als der Sozialist Lionel Jospin 1997 die Regierungsgeschäfte übernahm, schaffte er den Posten des Staatssekretärs für Frankophonie ab. Das Ressort gehört seitdem zum Ministerium für Kooperation. Jospins erster Erziehungsminister Claude Allègre ließ aufhorchen, als er wiederholt erklärte, Englisch dürfe nicht mehr als Fremdsprache angesehen, sondern müsste von allen jungen Franzosen als eine zweite Muttersprache gelernt werden. Beugt sich Frankreich doch noch der globalen Sprachpraxis?

"Nur drei Prozent aller Webseiten sind auf Französisch geschrieben", stellte der Generalsekretär der frankophonen Gemeinschaft Boutros Boutros-Ghali vor einiger Zeit fest, und eine gewisse Resignation war dabei nicht zu überhören. Jetzt sind es wieder einmal staatliche Subventionen, die die internautes auf französischen Kurs bringen sollen. Doch Fördergelder und Schutzmaßnahmen sind kein Allheilmittel. Die Frankophonie wird in Zukunft nur mitreden

können, wenn es ihr gelingt, über "le génie de la langue française" (Voltaire) die Menschen zum Träumen zu inspirieren. Das beginnt damit, dass die jungen Rastignacs von heute der standardisierten und uniformierten Welt ein "A nous deux maintenant!" entgegenschleudern und endet vielleicht mit Französisch – ein Fest fürs Sprechen.

Die Frankophonie könnte den Blick über den Tellerrand des globalen Dorfes lenken und im Zusammenspiel von französischer Exzellenz und frankophoner Exotik zeigen, dass es eine fabelhafte Welt jenseits von MacWorld gibt. Erste Aufgabe des neunten Frankophonie-Gipfel, der im September 2002 in Beirut stattfinden soll, muss es deshalb sein, die Frankophonie wieder ins Gespräch bringen, auf Französisch, weltweit.

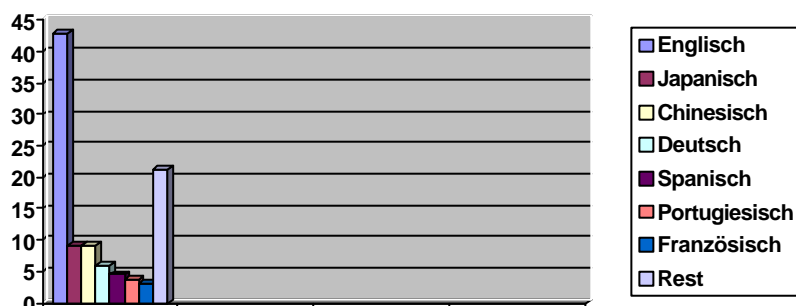
Die Frankophonie im Internet

Roberto Mann

Kein anderes Medium hat in den letzten Jahren unser Leben so stark geprägt, unsere Wahrnehmung so sehr verändert und unsere Informationsmöglichkeiten so immens gesteigert wie das Internet. Es ist heute in nahezu allen Lebens- und Arbeitsbereichen präsent. Wir holen uns politische und fachliche Informationen aus dem Internet, kaufen im Internet ein, handeln mit Aktien, buchen Reisen, bestellen uns Fachliteratur, besorgen uns Computerprogramme, Musikdateien und Bilder, unterhalten uns mit Leuten in Übersee oder verschicken elektronische Post per Internet.

Gerade im Zeitalter der Globalisierung stellt sich die Informationsgesellschaft, in der wir leben, und das Internet im besonderen auf den ersten Blick als rein anglophone, um nicht zu sagen US-amerikanische, Erscheinung dar.

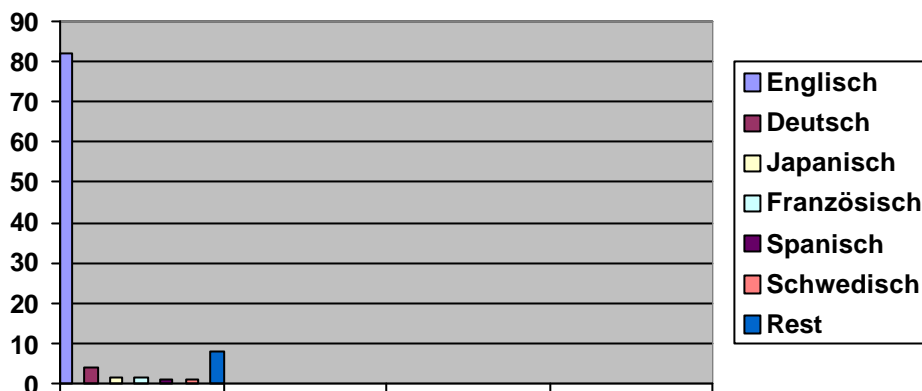
Dieser Eindruck wird durch einen Blick auf aktuelle Statistiken verstärkt. Nach einer Umfrage der Global Internet Statistics (<http://www.gtreach.com/globstats/index.php3>) von 2001 ist das Englische mit 43 Prozent im Internet klar beherrschend. Es folgen weit abgeschlagen Japanisch und Chinesisch mit 9,2 Prozent. Französisch ist dagegen gerade einmal mit 3,3 Prozent und die deutsche Sprache immerhin mit 6,9 Prozent vertreten.



Betrachtet man jedoch den Stand der Sprachen im Internet in historischer Perspektive, so stellt sich die Situation etwas anders dar. Ende der 60er-Jahre, als das Internet als Forschungsprojekt des amerikanischen Militärs geboren wurde, war es eine rein US-amerikanische Angelegenheit und auch nach seiner Ausbreitung im Universitätsbereich in den 80er-Jahren war Englisch die einzige Sprache des Internets.¹ In einer Studie der Alis Technologies und Internet Society² ergibt sich für 1997 folgendes Bild: 82,3% Englisch, 4% Deutsch, 1,6% Japanisch, 1,5% Französisch, 1,1% Spanisch und 1,1% Schwedisch.

¹ Zur Geschichte des Internets vgl. Dufour, Arnaud: Internet, Paris 1996 ("Que sais-je?") bzw. Lewis, C.: Découvrir l'internet, Paris 1997.

² Veröffentlicht unter dem Titel "Palmarès des langues sur la toile" (unter ww.isoc.org:8080/palmares.html).



Betrachtet man diese Statistiken in ihrer Entwicklung, so zeigt sich, dass der Anteil des Englischen insgesamt abnahm, wenngleich die anderen Sprachen wie Deutsch oder Französisch weiterhin nur einen marginalen Platz im Netz der Netze einnehmen. Das Internet hatte in der 2. Hälfte der 90er-Jahre seinen weltweiten Siegeszug angetreten. Aus einem rein amerikanischen Netz ist bis heute ein zunehmend multikulturelles und multilinguales Netz entstanden. Als Beispiel sei auf Internet-Suchdienste wie "Yahoo" oder "Altavista" verwiesen, die bis Mitte der 90er-Jahre ausschließlich in englischer Sprache auftraten, seitdem aber Portale in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und anderen Ländern entwickelt haben.

Die aufgezeigte Entwicklung verdeutlicht jedoch auch die aus frankophoner Sicht unbefriedigende Entwicklung. Nahm die französische Sprache 1997 noch den 4. Platz im Internet ein, so steht sie heute nur noch an 7. Stelle. Dies muss umso befremdlicher erscheinen, wenn andererseits die französische Sprache nach wie vor in der internationalen Politik an 2. Stelle steht und in immerhin 49 Ländern der Erde als offizielle Sprache gesprochen wird.

Aus dieser Situation leiteten sich Ende der 90er-Jahre aus frankophoner Sicht zwei kulturpolitische Schwerpunkte ab. Zum einen musste die französische Sprache ihren Platz im Internet finden, um ihre internationale Präsenz zu erhalten und zu verteidigen. Hier ging es vor allem darum, durch Übersetzungen und Neologismen eine eigene Terminologie zu entwickeln, um unnötige Anglizismen zu vermeiden. Zum Zweiten mussten natürlich die Verbreitung des Internet in der frankophonen Welt gefördert und seine Möglichkeiten genutzt werden. Das schloss entsprechende Bildungsprogramme, Werbekampagnen, die Förderung herausragender Projekte, aber auch Entwicklungshilfe (zum Ausbau des Telekommunikationsnetzes) in den frankophonen Ländern ein, in denen das Internet praktisch noch nicht existierte.

Innerhalb der frankophonen Welt waren im Jahre 2000 ca. 9 Mio. Franzosen, 2,8 Mio. Frankokanadier, 800.000 Wallonen, 390.000 frankophone Schweizer und 95.000 Frankophone in den USA online.³ Andererseits steht Frankreich als Kernland der Frankophonie hinsichtlich seiner Internet-Infrastruktur nicht an erster Stelle. In einer Studie des Internationalen Zentrums für die Entwicklung der Datenautobahn in französischer Sprache CIDIF (Stand: 2000), bei der die frankophonen Länder hinsichtlich ihrer Internet-Infrastruktur nach sechs Kriterien untersucht wurden, steht Kanada an erster Stelle, gefolgt von der Schweiz, Luxemburg und Frankreich.⁴ In den frankophonen Entwicklungsländern ist das Internet dagegen so gut wie nicht präsent (lediglich E-Mail ist vorhanden), wenngleich zum Beispiel frankoafrikanische

³ Quelle: Global Internet Statistics: <http://www.gtreach.com/globstats/index.php3>

⁴ Veröffentlicht unter: <http://www.cidif.org>.

Länder durchaus mit eigenen Seiten im Netz vertreten sind. Diese werden aber in der Regel von Frankreich oder Québec aus betrieben.

Die Gründe für die Unterrepräsentation des Französischen im Internet sind also vielfältig. Neben der bekannten Tatsache, dass das Netz aller Netze seinen Ursprung in den USA hat, steht die Tatsache, dass schon 1985 der amerikanische Zeichensatz (ASC II) als Norm für das Internet festgelegt wurde. Dieser Code gestattet nicht die Darstellung von Sonderzeichen, wie sie die französische und andere Sprachen kennen. Hinzu kommen die hohen Telefongebühren (im Unterschied zu den USA), die natürlich potenzielle Nutzer abschrecken. Für Frankreich kommt noch hinzu, dass die französische Telekom mit dem Bildschirmtext-System Minitel ein eigenes Informationssystem entwickelt hatte, das in Frankreich bis Mitte der 90er-Jahre weit verbreitet war und von vielen Franzosen dem Internet vorgezogen wurde. So trat speziell Frankreich die Reise ins Internet mit einiger Verspätung an.

Die politischen Organisationen der internationalen Frankophonie haben seit Mitte der 90er-Jahre große Anstrengungen unternommen, um das frankophone Internet zu entwickeln. Auf der Konferenz der mit der Entwicklung der Datenautobahn beauftragten Minister frankophoner Länder, im Mai 1997 in Montréal, wurden folgende Maßnahmen beschlossen:

- den Zugang zum Internet zu demokratisieren,
- das Internet in den Bereichen Bildung und Forschung zu entwickeln,
- die Schaffung und Verbreitung von Internet-Seiten zu fördern,
- wirtschaftliche und soziale Unterstützung des Internet in den frankophonen Ländern,
- die Jugend und das Unternehmertum für das Internet zu sensibilisieren,
- eine starke Präsenz der Frankophonie im Internet sicherzustellen.⁵

Auf diese allgemeinen Beschlüsse folgten sehr bald bereits konkrete Projekte. 1996 wurde in Neubraunschweig das CIDIF (Centre International pour le Développement des Inforoutes en Français) gegründet. Es hat seitdem ca. 650 verschiedene frankophone Internet-Projekte koordiniert und finanziell gefördert. Das CIDIF versteht sich als technologischer Berater für die Umsetzung frankophoner Internet-Projekte auf wirtschaftlichem und bildungspolitischem Gebiet und bietet darüber hinaus umfassende Dokumentationen und Statistiken zur Entwicklung der Frankophonie im Internet. Es ist heute die beste Informationsquelle, wenn es um die Entwicklung der frankophonen Datenautobahn geht.

Die französische Regierung verabschiedete 1998 ein Programm unter dem Schlagwort: "Frankreich auf den Eintritt ins Informationszeitalter vorbereiten". Im Kernpunkt ging es dabei um die Nutzung der neuen Technologien für den Unterricht. Für dieses Vorhaben stellte die französische Regierung 10 Mio. FF zur Verfügung, um zum Beispiel pädagogische Ressourcen ins Netz zu stellen, den Internet-Anschluss der Schulen zu fördern, aber auch, um Projekte wie "Gallica" zu fördern, bei denen es darum ging, das eigene nationale Erbe im Internet zu präsentieren.

Allerdings spielt auch bei der Förderung der Frankophonie im Internet Kanada die Pionierrolle. Zwischen 1993 und 1999 stellte die kanadische Regierung ca. 400 Mio. Dollar zur Entwicklung des heimischen Internets zur Verfügung. Dabei ging es um die Entwicklung neuer Spitzentechnologien, aber auch darum, für Bildung und Wissenschaft eine einheitliche Informationsplattform zu schaffen.

⁵ Nachzulesen unter: <http://www.tecsult.com/cm/DeclMtl.htm>.

Diese Maßnahmen zeigten Erfolg. Heute sind die wichtigsten nationalen und internationalen Organisationen der Frankophonie mit eigenen Seiten im Internet präsent. Auch der französische Staatspräsident und die Regierung Frankreichs, die Regierungen Kanadas, Québecs, Belgiens und der Schweiz sind online. Es sind aber auch eine Reihe herausragender frankophoner Internet-Projekte in den letzten Jahren entstanden. Bereits 1994 wurde in Frankreich mit dem "Annuaire de l'UREC"⁶ (vom CNRS, dem französischen Pendant zu den Akademien der Wissenschaften) ein erstes hervorragendes Internet-Ressourcenverzeichnis erstellt. Die "Bibliothèque Nationale" in Frankreich betreibt seit einigen Jahren das Projekt "Gallica".⁷ Hier entsteht eine virtuelle Universalbibliothek, in der all die Bücher zugänglich sind, die zum kulturellen Erbe Frankreichs gehören. Zurzeit sind etwa 80.000 literarische, philosophische und historische Texte auf dieser Seite veröffentlicht. In Kanada sei vor allem das Projekt des quebecker Philosophen Jacques Dufresnes und seiner Zeitschrift L'Agora genannt, eine alternative frankophone Universal-Enzyklopädie mit Mitarbeitern in der ganzen Welt aufzubauen.⁸

Doch neben der frankophonen Präsenz im Internet ging es in den vergangenen Jahren natürlich auch darum, der Dominanz des Englischen im Internet durch geeignete sprachpolitische Maßnahmen zu begegnen, um den Stand der französischen Sprache in diesem neuen Medium zu sichern.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es viele Seiten im Internet, die sich mit dem Problem beschäftigen. Zu erwähnen ist dabei vor allem die Seite der Académie Française.⁹ Aber auch in anderen frankophonen Ländern, insbesondere in Kanada, bemühte man sich, eine Alternative in der eigenen Sprache zum englischen Internet-Kauderwelsch zu finden. Hier nur einige Beispiele:

Internet-Terminologie

Englisch	Französisch	Deutsch
Bookmark	Signet	Lesezeichen
Browser	Navigateur	(Internet-)Navigator
Chat	Causette	Gespräch/Diskussion
Frame	Cadre	Rahmen
Homepage	Page d'accueil	Internetseite
Newsgroup	Forum	Diskussionsforum
Plug-in	Module d'extension	Navigatorenerweiterung
Provider	Fournisseur d'accès	Internet-Anbieter
URL (Uniform Ressource Locator)	Adresse universelle	Standardisierte Internet-Adresse
Viewer	Visionneur	Betrachter
Webmaster	Administrateur de site (Fr), Webmestre (Ca)	Autor und Gestalter von Internetseiten (Webmeister?)
Word Wide Web (WWW)	Toile mondiale	Das weltweite Netz

⁶ Adresse: www.urec.cnrs.fr/annuaire

⁷ Adresse: <http://gallica.bnf.fr>

⁸ Adresse: <http://www.agora.qc.ca>

⁹ Adresse: <http://www.culture.fr/culture/dglf/coeter/16-03-99-internet.html>

Welche Einstiegsmöglichkeiten und Ressourcen ergeben sich nun für Studenten und Wissenschaftler frankophoner Studien? Da wären zunächst frankophone Suchmaschinen bzw. Linksammlungen. Folgende Adressen zur frankophonen Welt insgesamt sind zu empfehlen: Ecila¹⁰ funktioniert wie Yahoo. Hier kann thematisch oder direkt mit Stichwörtern gesucht werden. Zudem werden aktuelle Nachrichten angeboten. Ähnlich funktionieren Francité¹¹, Gotcha¹² und Nomade¹³. Für Recherchen nur in der frankokanadischen Welt steht Franco.ca¹⁴ zur Verfügung, während Webwatch¹⁵ auf Belgien, Sharelook¹⁶ auf die Schweiz und Woyaa¹⁷ auf das frankophone Afrika spezialisiert sind.

Für spezielle Recherchen sind folgende Seiten zu empfehlen:

In **Frankreich**: das bereits erwähnte Annuaire UREC vom CNRS, das sich heute allerdings nur noch auf den akademischen Bereich konzentriert, der Guide de l'Internet culturel¹⁸ vom französischen Kulturministerium mit einer Vielzahl von Links zum Thema Wissenschaft und Kultur sowie das ebenfalls bereits erwähnte Projekt Gallica.

In **Kanada/Québec**: La Toile du Québec¹⁹, ein spezielles Linkverzeichnis für Québec, Canadiana²⁰ mit vielen Links zum frankophonen Kanada sowie Francoidentitaire²¹, spezialisiert auf die frankophonen Minderheiten in Kanada.

Über das frankophone **Afrika**: L'Afrique francophone²² von der City University of New York, L'Afrique sur Internet²³,

Literatur und Kultur: Clicnet²⁴ von der University Swarthmore (Pennsylvania) mit einer Unmenge von Links zum Thema sowie eigener Suchmaschine und Ulysse²⁵ – ein Einstieg in die Welt der Literatur und Kunst (vom Club des poètes).

Geschichte: Tennessee Bob's famous french links²⁶ – eine große Sammlung nicht nur zur Geschichte (im Rahmen des "Globe-Gate"-Projektes) und La France à travers les âges²⁷ von der Western Virginia University.

¹⁰ Adresse: <http://www.ecila.nomade.fr/>

¹¹ Adresse: <http://www.francite.com/>

¹² Adresse: <http://www.gotcha.qc.ca/index.asp>

¹³ Adresse: <http://www.nomade.fr/>

¹⁴ Adresse: <http://www.franco.ca/>

¹⁵ Adresse: <http://www.webwatch.be/>

¹⁶ Adresse: <http://suisse.sharelook.ch/>

¹⁷ Adresse: <http://www.woyaa.com/indexFR.html>

¹⁸ Adresse: <http://www.culture.fr/>

¹⁹ Adresse: <http://www.toile.qc.ca/quebec/qcgouv.htm>

²⁰ Adresse: <http://www.cs.cmu.edu/Unofficial/Canadiana/LISEZ.html>

²¹ Adresse: <http://www.francoidentitaire.ca>

²² Adresse: <http://www.lehman.cuny.edu/depts/langlit/french/afrique.html>

²³ Adresse: <http://www.africances.fr/afrint/>

²⁴ Adresse: <http://www.swarthmore.edu/Humanities/clicnet/index.html>

²⁵ Adresse: <http://www.babel.fr/ulyse/>

²⁶ Adresse: <http://www.utm.edu/departments/french/french.html>

²⁷ Adresse: <http://www.as.wvu.edu/mlastinger/ages.htm>

In der Bundesrepublik seien abschließend folgende interessante Seiten frankophoner Forschungseinrichtungen genannt: die Romanistik im Internet²⁸, die Romanistik-Seite der Universität Stuttgart²⁹ und die frankophone Seite des CIFRAQS³⁰ an der TU Dresden mit Links und eigenem Material.

Die Nutzung des Internets in der frankophonen Forschung und Lehre hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Anfang des 21. Jhs. sind in der Bundesrepublik 57 romanistische Institute und frankophone Forschungseinrichtungen mit eigenen Seiten im Netz präsent. In Großbritannien sind es 40, in Österreich und in der Schweiz sind es sieben, in den skandinavischen Ländern neun, in Osteuropa gerade einmal vier Einrichtungen.³¹ In den USA und in Kanada sind dagegen 126 frankophone Einrichtungen im Internet mit eigenen Angeboten präsent.

Neben der Präsentation wird das Internet in der frankophonen Forschung und Lehre aber auch zunehmend genutzt, um eigenes Forschungs- und Lehrmaterial online zu stellen. Im Sprachunterricht wird das E-Mail genutzt, um in "Tandems" Schülern oder Studenten die Möglichkeit zu geben, im Austausch mit Franzosen ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. Mit der Verbreitung virtueller Bibliotheken und Buchhandlungen sowie des Telnets ergeben sich völlig neue Möglichkeiten für Lehre und Forschung. So können über Gallica, ABU³², Athena³³ oder die Bibliothèque électronique de Lisieux³⁴ bereits jetzt Tausende von literarischen oder historischen Texten komplett heruntergeladen werden. Außerdem kann man bei den meisten Universitätsbibliotheken online Literaturrecherchen durchführen oder in virtuellen Buchhandlungen Bücher aus Frankreich oder Kanada kaufen.

Das Internet hat sich in den letzten Jahren von einem rein anglophonen zu einem internationalen Medium entwickelt, das auch für die internationale Frankophonie viele neue und interessante Perspektiven eröffnet, wenn es nicht als kulturelle Bedrohung, sondern als Chance und Herausforderung begriffen wird.

²⁸ Adresse: <http://www.romanistik.de>

²⁹ Adresse: <http://www.uni-stuttgart.de/lingrom/wittmann/>

³⁰ Adresse: <http://www.frankophonie.de>

³¹ Adressen unter: <http://www.tu-dresden.de/sulcifra/Links/RomInst/instituts.htm>

³² Adresse: <http://cedric.cnam.fr/ABU/>

³³ Adresse: <http://un2sg4.unige.ch/athena/html/authors.html>

³⁴ Adresse: <http://www.bmlisieux.com/>

Französisch und Deutsch – Partnersprachen, Konkurrenten, Brückensprachen zur Mehrsprachigkeit?*

Franz-Joseph Meißner

Im Europäischen Jahr der Sprachen erscheint die Fragestellung auf den ersten Blick als überholt, weil 'uneuropäisch', denn sie weist weniger auf Partnerschaft und Europäizität als auf Konkurrenz und Nationalismus. Die europäische Union und ihre Gesellschaft(en) wird/werden vielsprachig sein, oder aber die Union wird nicht sein. Und sie wird/werden mit Sicherheit nicht nur Englisch, Deutsch und/oder Französisch oder eine andere Sprache sprechen. Das gesellschaftspolitische Ziel der Mehrsprachigkeit haben die Mitgliedstaaten der EU immer wieder unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Heute erwarten sie, dass weder die einzelnen Nationalsprachen der Dominanz der Weltsprache Nummer eins, Englisch, noch die Regionalsprachen den Nationalsprachen zum Opfer fallen. Konrad Schröder¹ beschreibt die Anzeichen dafür, dass auch am Baum der großen nationalen Idiome die ersten Blätter welken, und zwar in dem Maße, wie sich die Menschen ihres abnehmenden funktionalen Radius und eingeschränkten Wertes in der kommunikativen privaten und/oder beruflichen Praxis bewusst werden.

1. Mehrsprachigkeit

Die Kenntnis der Sprachen der Europäischen Union ermöglicht ihren Bürgerinnen und Bürgern die gegenseitige Kommunikation und die Teilnahme an der Kultur der Nachbarn. Nachfolgende Grafik (siehe S. 48) macht deutlich, wie nach einer Umfrage von EuroBarometer die Europäer die Nützlichkeit der am meisten gelernten Fremdsprachen Englisch, Französisch, Deutsch, Spanisch, Italienisch einschätzen.

Ein 'Europa der Bürger' (European Citizenship) ist ein Europa der Sprachenkundigen und Mehrsprachigen, es verlangt daher die individuelle Mehrsprachigkeit möglichst vieler Menschen. Die Literatur nennt in Bezug auf die Mehrsprachigkeit folgende Vorteile²:

- Mehrsprachigkeit garantiert wirtschaftliche Chancengerechtigkeit;
 - Mehrsprachigkeit garantiert kulturelle Chancengerechtigkeit;
 - Mehrsprachigkeit erlaubt kulturelle Autonomie;
- Mehrsprachigkeit schützt vor sprachlich gefasster kultureller Gewalt.

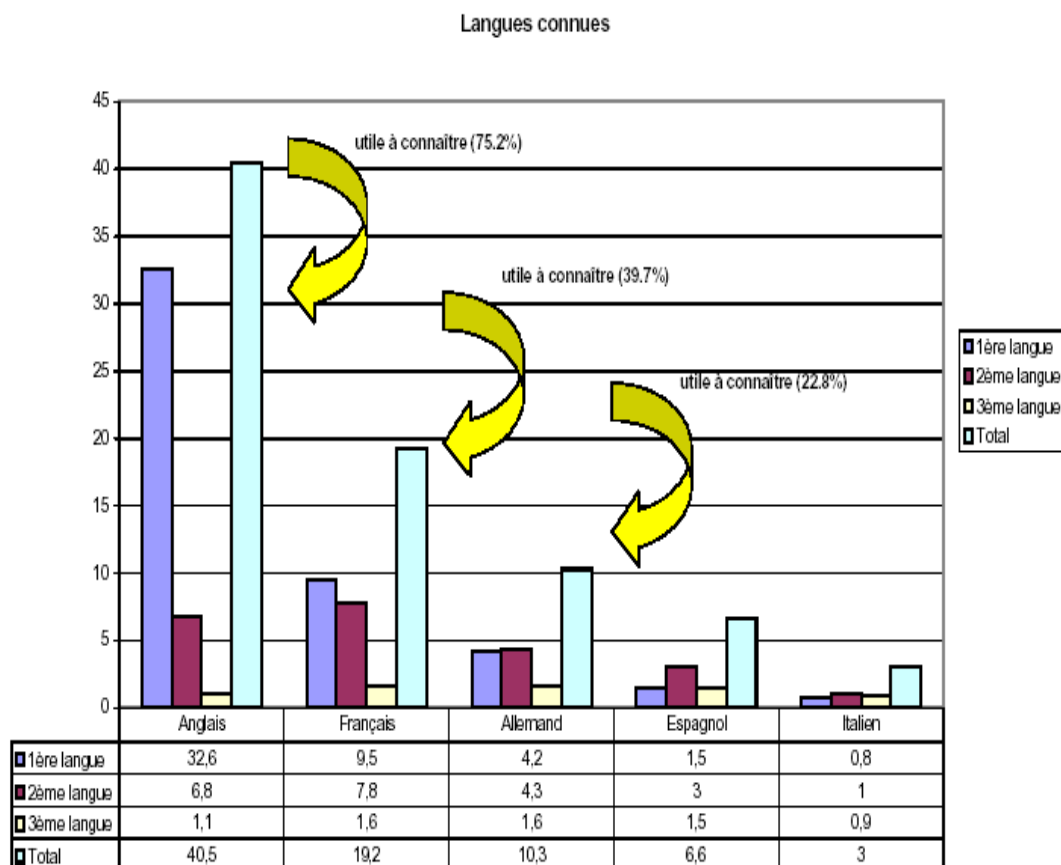
Eine Politik gegen die Mehrsprachigkeit beinhaltet stattdessen Benachteiligung, Konflikt, Missachtung fremder Kultur bzw. Identität, Unfrieden, auch Krieg. Auf dem wohl jetzt hoffentlich befriedeten Balkan ging es um ethnische, kulturelle und sprachliche Konfliktpoten-

* Vortrag gehalten am 6.12.2001 in Wildbad Kreuth auf dem Kolloquium der Hanns-Seidel-Stiftung "Franzophonie – nationale und internationale Dimension". Die Form des mündlichen Vortrages wurde für den Druck nur leicht verändert.

¹ Schröder, Konrad: Der Single European Market und die Fremdsprachen, in: Die Neueren Sprachen 91, 1992, S.342-369.

² Vgl. Meißner, Franz-Joseph: Schulsprachen zwischen Politik und Markt. Sprachenprofile, Meinungen, Tendenzen, Analysen. Eine Einführung in die Sprachenberatung, Frankfurt a.M. 1993.

ziale. Europa muss hieraus lernen. Sprachen verbieten oder Menschen zu bestimmten Sprachen zwingen oder sie durch Unkenntnis ausgrenzen bedeutet Unfrieden.



Quelle: INRA (Europe): Les Européens et les langues. Rapport rédigé par INRA (Europe) pour la Direction Générale de la l'Education et de la Culture, Février 2001 (<http://europa.eu.int/comm/dg10/epo/eb.html>).

2. Europäische Sprachförderung zwischen English world and wide und den nationalen Minoritätensprachen

Die Förderung der Mehrsprachigkeit ist deshalb fester Bestandteil der Bildungspolitik des Europarats: "Das Studium fremder Sprachen und Zivilisationen als wichtiges Mittel zur Erweiterung der Kommunikation zwischen den Völkern für deren besseres Kennenlernen der Kultur eines jeden Landes sowie zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit (...) fördern...", formuliert schon die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975 (Korb III) (Europa-Archiv, Folge 17, D 481-483). Diese Absichten hat der Europarat immer wieder zum Ausdruck gebracht; zuletzt im Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen, der dazu beitragen soll, "alle Europäerinnen und Europäer mit dem nötigen Rüstzeug auszustatten für die Herausforderungen verstärkter internationaler Mobilität und engerer Zusammenarbeit, nicht nur im Bildungswesen und in kulturellen und wissenschaftlichen Belangen, sondern auch in Handel und Industrie; durch effektivere internationale Kommunikation gegenseitiges Verständnis und Toleranz sowie die Achtung von Identitäten und von kultureller Vielfalt zu fördern; durch vermehrte Kenntnis nationaler und regionaler Sprachen – auch solcher, die nicht so häufig gelehrt werden – den Reichtum und die Vielfalt des kulturellen Lebens in Europa zu erhalten und weiterzuentwickeln; den Bedürfnissen eines vielsprachigen und multikulturellen Europas dadurch entgegen-

zukommen, dass die Fähigkeit der Europäer, über sprachliche und kulturelle Grenzen hinweg miteinander zu kommunizieren, deutlich verbessert wird" (Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen, Kap. 1).

Individuelle Mehrsprachigkeit ist dabei nicht nach der nur selten erreichbaren maximalistischen Definition zu deuten, also: 'mindestens drei Sprachen auf höchstem Niveau in allen Domänen muttersprachengleich beherrschen'. Mehrsprachigkeit ist stattdessen pädagogisch und kommunikationspraktisch zu verstehen. Eine solche Definition fasst nicht nur das Ergebnis, sondern beschreibt ihre Stufen und intermediären Profile. Sie berücksichtigt, dass der Erwerb von Mehrsprachigkeit Zeit beansprucht. Die EU definiert ihre Sprachenpolitik in diesem Sinne. Und sie ersinnt Maßnahmen, um die Bevölkerung auf dem Weg zur Mehrsprachigkeit zu unterstützen und zu fördern. Zu denken ist an den erwähnten Europäischen Referenzrahmen, an das Portfolio für Sprachen, an die älteren Schwellenniveau-Inventare, Erklärungen, aber auch an verschiedene Empfehlungen und breite Förderprogramme: vom staatlichen Fremdsprachenunterricht in der Grundschule bis hin zur Pflichtbelegung von zwei Fremdsprachen in allen Studiengängen (wie es der französische Erziehungsminister für Studierende der Universitäten und hohen Schulen vorschreibt) oder bis zu den bekannten europäischen Sprach- und Austauschprogrammen (Sokrates, Lingua, Leonardo usw.).

Die Mehrsprachigkeitspolitik schützt auch die kleinen Sprachen, wie die Charta der Minderheitensprachen dokumentiert, mit der Frankreich seine Schwierigkeiten hat. Der französische Erziehungsminister Jack Lang unternimmt erhebliche Anstrengungen, um in der République une et indivisible – (s)a langue est le français, so lautet der Passus der französischen Verfassung – auch den lange oft als patois verleugneten regionalen Sprachen zu ihrem Recht zu verhelfen. Zum Verständnis der Hintergründe des sich hier andeutenden Streites, der ja immerhin Verfassungsrang hat, sei daran erinnert, dass das Französische eben beansprucht, als Sprache des republikanischen Proselytismus, der Menschenrechte, der Emanzipation der Frauen, der Arbeiterbewegung usw. zu gelten. Diese Vorzüge können die lange verachteten großen und kleinen galloromanischen Varietäten nun einmal für sich nicht verbuchen. Oft, so scheint es mir, wird diese Perspektive in Deutschland übersehen. Hängt dies vielleicht auch damit zusammen, dass man für das international lange als Sprache des militanten Preußen-Deutschland, des Hitlerismus und des Rassismus wahrgenommene Deutsche jene demokratischen Stereotypen nicht in Anspruch nehmen kann? Jedenfalls schützt Deutschland seine wenigen traditionellen Minderheitensprachen Dänisch und Sorbisch. Zu seinen Immigrantensprachen, deren Sprecherzahl auf deutschem Territorium immerhin mehrere Millionen zählt, hat es seine Haltung noch nicht wirklich fixiert. Faktisch fordert es, wie vergleichbare Länder, die Einpassung in die deutsche Kultur und das Erlernen des Deutschen.

3. Statistisches im Kontext der Partnersprachen Französisch und Deutsch

Diese wenigen Bemerkungen zum europäischen Handlungsfeld umreißen noch nicht den Rahmen, in dem Frankreich und Deutschland in Europa heutzutage sprachpolitisch handeln können, denn beide Staaten sind ja außenpolitisch eingebunden in ein Geflecht von bi- und multilateralen Bindungen.

Doch gilt das Gebot des *pacta sunt servanda* auch für das deutsch-französische Verhältnis. Denn 2003 begehen wir den 40. Jahrestag des Vertrages über die Deutsch-Französische Kooperation (und die ca. 30 Nachfolgeabkommen). 1963 billigten der deutsche Bundeskanzler – in Kulturangelegenheiten und solchen der Schule bekanntlich ohne entscheidende Macht – und der Präsident der Französischen Republik der jeweiligen Partnersprache eine

besondere Förderungswürdigkeit zu. Und man kann sehr darüber streiten, ob sich das dann ins Werk Gesetzte eher in die Metapher des halb vollen oder des halb leeren Glases fügt. Allein, voll ist das Glas mit Sicherheit nicht.

Werfen wir einen Blick auf die Statistiken der Partnersprachen: In absoluten Zahlen gemessen, verzeichnen die Schulfremdsprachen Deutsch und Französisch im Zeitraum von 1963 bis 2001 einen deutlichen statistischen Aufschwung. Er ist Folge der vor allem zwischen 1955 und 1975 stark wachsenden Bildungsteilhabe der Bevölkerungen bzw. der Demokratisierung des weiterführenden Schulwesens.

Nimmt man jedoch in Deutschland die Vergleichssprache Englisch, in Frankreich das Englische und Spanische ins Kalkül, so fällt der Vergleich deutlich nachteilig aus. Derzeit ist die Situation der Partnersprachen bekanntlich mehr als besorgniserregend; nicht zuletzt, weil offenbar die Notwendigkeit eines wirksamen politischen Willens zur Breitenförderung der Nachbarsprache von den Verantwortlichen nicht hinreichend gesehen wird.

Während nun für den französischen Deutschunterricht die Lerndauer in Lernjahren in Frankreich über die Jahre hinweg konstant bleibt, zeigt der deutsche Französischunterricht heftige Schwankungen. Da die Statistiken nicht eindeutig fassen, greife ich auf die quantitative Lernerforschung zurück.³ Ihr zufolge lernten im Schnitt heutige Studierende in ihrer Schulzeit über achteinhalb Jahre hinweg Englisch (erste Fremdsprache) und über vier Jahre Französisch. Zur Interpretation dieser Daten muss man wissen, dass die Studentafel die erste Fremdsprache – z.B. in Hessen – in den Klassen 5 bis 10 mit insgesamt 25 Jahreswochenstunden ausstattet, die zweite mit 15, die dritte mit 8. Zu berücksichtigen ist des Weiteren, dass 98 Prozent aller deutschen Schülerinnen und Schüler Englischunterricht erhalten, Französischunterricht hingegen (aufgerundet) nur 16 von Hundert.⁴ In Nordrhein-Westfalen belegen in der Jahrgangsstufe 13 weniger als 14 Prozent der Schüler noch Französischunterricht. Vor ca. 10 Jahren lag allein das Leistungskurskontingent bei immerhin noch 10,5 Prozent.⁵

Auch das Gesamt der französischen Deutschlerner zeigt insgesamt dramatische Einbrüche: Die Verlustraten beziffern sich derzeit auf jährlich 5 Prozent der gesamten Lernerpopulation. Die Tendenz ist steigend! Insgesamt hat das Deutsche seine Position als zweitstärkste französische Fremdsprache nach 1970 an das Spanische verloren.

Es ist im Deutschunterricht offenbar mit der Einführung des elementarschulischen Fremdsprachenunterrichts eingetreten, was Skeptiker befürchteten: eine weitere Verstärkung des Trends zur Grundschulsprache Englisch und eine Verdrängung von Deutsch. Zugleich wirkt die Situation der Primarstufe auf die collèges durch. Eltern bevorzugen offensichtlich eine Fortsetzung des in der Grundschule begonnenen Fremdsprachenfaches bis weit in die Sekundarstufe hinein. Dies zeigt deutlich, dass auch die bilingualen deutsch-französischen Züge nicht aus der Gefahrenzone sind.

³ Burk, Heike/Meißner, Franz-Joseph/Müller, Andrea/Sippel, Vera/Wehmer, Silke: Was Studierende über welche Fremdsprachen denken? Eine quantitative Erhebung subjektiver Einschätzungen zum Nutzen von Fremdsprachenkenntnissen, in: Dagmar Abendroth-Timmer/Gerd Bach (Hrsg.), Mehrsprachiges Europa. Festschrift für Michael Wendt zum 60. Geburtstag, Tübingen 2001.

⁴ Meißner, Franz-Joseph: Lernerkontingente des Französischunterrichts in der Sekundarstufe II in der Bundesstatistik 1989 und zehn Jahre danach, in: französisch heute 30/1999, S.346-351; die Zahlen beziehen sich auf die Bundesstatistik des Jahres 1997/1998

⁵ Christ, Herbert/Meißner, Franz-Joseph: Gemeinsames Schreiben des Fachverbandes Moderne Fremdsprachen und der Vereinigung der Französischlehrer/NW an den Kultusminister des Landes NW. Abgedr. in französisch heute 24/1992, (Doc XVI), S.90-95.

Es lernten im Schuljahr 1992/1993 11,9 Prozent der collégiens Deutsch als erste Fremdsprache; 28,9 als zweite. Englisch wurde dagegen von 86,2 Prozent der Schüler als erste und von ca. 15 als zweite Fremdsprache erlernt. Während nun das Deutschkontingent im Bereich der Langue Vivante 1 (LV1) stark schrumpfte, schmolz auch das der LV2 ab. Beziffern wir die Entwicklungen zwischen 1995/96 und 1998/99, so ergibt sich für die größten französischen Schulsprachen Englisch, Spanisch und Deutsch im Bereich der LV1 und LV2 die folgende Gesamtbilanz⁶:

Verluste/Gewinne zwischen 1996 und 1999

Englisch	Spanisch	Deutsch
-1.540	+476.619	-165.931

Für das Jahr 2000 sind die Zahlen noch drastischer.

Fazit: Es gibt zwischen Frankreich und Deutschland trotz politischer Rhetorik keinen kräftig wirkenden Willen, der darauf abhobe, die Sprache des Partners im eigenen Land über das europäische Mittelmaß hinaus zu stützen. Dass sich hiermit ein Mangel an Interesse am Partnerland verbindet, wurde vielfach betont. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache; man mag es hören wollen oder nicht. Dabei wird generell übersehen, dass die Schwächung der Partnersprache im eigenen Land zur Schwächung der eigenen Sprache im Partnerland und im Ausland führt, denn beide Sprachen büßen in der Breite auch ihre Funktion als lingua franca ein. Während die Gebildeten Europas noch vor wenigen Jahrzehnten Deutsch und Französisch sprachen, begnügen sie sich heutzutage oft nur noch mit Englisch.

Weil es kein hinreichend ausgeprägtes Interesse am Partnerland gibt, existiert auch keine konzertierte deutsch-französische Sprachenpolitik. Dabei soll nicht verkannt werden, dass punktuell und geografisch durchaus Ansätze zu einer solchen bestehen: Zu denken ist an die regional zielenden Maßnahmen in Baden-Württemberg/Elsass entlang der Rheinschiene und an die Region Saar-Lor-Lux. Es lässt sich verallgemeinernd feststellen, dass die Partnersprachen vor allem dort stark gestützt werden, wo ein regionales Interesse dies verlangt.

Immerhin sind jedoch in beiden Ländern die Partnersprachen nationale Fremdsprachen (etwa im Unterschied zur Fremdsprache Tschechisch, deren Präsenz im Schulsystem vor allem auf das Bundesland Sachsen begrenzt ist). Doch nimmt man zum Beispiel die Zahl der Leistungskurse Französisch in Brandenburg als einen Indikator für das Interesse am westlichen Nachbarland, so stellt man fest, dass Brandenburg von Desinteresse strotzt.⁷

Wenn Deutschland sein Französisch, Frankreich sein Deutsch verliert, dann verbindet sich mit dem sprachlichen Verlust eine Einschränkung des kollektiven kulturellen und wirtschaftlichen Wissens über das Partnerland, aber auch weitgehend der affektiven Erfahrungen. Frankreich- und Deutschlandkompetenz werden diesseits und jenseits des Rheins seltener.

⁶ Vgl. Annex. Die obigen Zahlen ergeben sich aus der Summierung der Lernerkontingente für den Bereich des Privé und des Public. Im Jahre 1993 wählten immerhin 53,2% der Schüler der Quatrième die Fremdsprache Spanisch, hingegen nur 23,8% Deutsch. Die Note d'information des Ministère de l'Education Nationale 93.43 vom November 1993 weist auf diese Entwicklung ausdrücklich hin.

⁷ Meißner, Franz-Joseph/Lang, Andreas: Der deutsche Fremdsprachenunterricht im Kurssystem der Sekundarstufe II – eine quantitative Analyse, in: Zeitschrift für Fremdsprachenforschung 2002 (in Vorbereitung).

Im Falle der beiden Partnersprachen, die seit vielen Jahrhunderten in einem Näheverhältnis zueinander leben, ist ein solcher Verlust besonders schmerzhaft. Die deutsche Kultur ist ohne die aus Frankreich übernommenen und weiterentwickelten Einflüsse historisch kaum angemessen zu verstehen. Auch Deutsches ist in Frankreich überall greifbar. Beide Länder haben im Laufe einer über tausendjährigen Geschichte einander ungeheuer bereichert. Dieser Verlust ist keine *quantité négligeable*. Auch das hat die in Sprachdingen oft wenig sensible deutsche Politik übersehen.

4. Sprachen und Fremdsprachen zwischen Interessen und kommunikativem Radius

Sprachunterricht ist weder politisch noch ökonomisch noch kulturell neutral. Denken wir zunächst an die politische Dimension, und nehmen wir die großen westlichen Weltsprachen Englisch, Französisch, Spanisch und Portugiesisch in den Blick, deren globale Präsenz ja nicht ohne die Epoche des Kolonialismus erklärbar wäre. Wirtschaftlich deutet sich ihre Expansion zunächst in den Sprecherzahlen und ihrer konsumtiven Kraft aus: Das Englische zählt nach Görlach⁸ 340-350 Mio. Muttersprachler, 110 Mio. Zweitsprachler und 150 Mio. Fremdsprachler. "Dies gäbe 600 Mio. Sprecher weltweit." Renate Haas⁹ bestätigt diese Zahlen und fügt hinzu: "Aber bei einem weiteren Verständnis von 'Sprecher' im Sinn von Benutzer und einer angenommenen Gesamtsumme von 2 Milliarden (...) erreichen Zweit- und Fremdsprachler zusammen (...) ein Mehrfaches der Zahl der Muttersprachler." Das Englische wird also in seiner Rolle als *lingua franca* gewiss durch die ökonomische Macht und die kulturelle Attraktivität der anglofonen Gesellschaften gestützt, seine überragende Rolle als Weltsprache zieht es jedoch keineswegs hieraus allein, denn vor dem Englischen liegen nach Sprecherzahlen gereiht das Chinesische (1 Mrd.) und wohl auch das Hindi.

Berschin, Fernández-Sevilla, Felixberger¹⁰ beziffern die Zahl der nativ Spanischsprachigen auf 300 Mio. – hoch gegriffene spanische Aussagen sprechen von 400 Mio. –, Dietrich, Geckeler¹¹ summieren die der Lusofonen auf 140 bis 160 Mio. Betrachtet man nun die internationalen Sprachen in ihrer Polyzentrik und Globalität, dann wird deutlich, dass die europäischen Ursprungsländer Großbritannien, Portugal und Spanien in den jeweiligen Sprechergemeinschaften längst Minderheiten darstellen. Schon dies deutet darauf hin, dass sich die Zukunft des Französischen als Weltsprache außerhalb Europas entscheidet, wie Cuq¹² unterstreicht. Dies erklärt die Anstrengungen, die auf die Förderung der Frankophonie in den 26 Ländern gerichtet werden, die das Französische als eine so genannte 'Zweitsprache' verwenden.

Fremdsprachenunterricht ist also schon deshalb ein 'politisch und wirtschaftlich Ding', weil er den kommunikativen Radius der Sprachen verändert. Indem er die Sprachgemeinschaften

⁸ Görlach, Manfred: Die Ausbreitung des Englischen als Weltverkehrssprache, in: Rüdiger Ahrens/Wolf-Dietrich Bald/Werner Hüllen (Hrsg.), *Handbuch Englisch als Fremdsprache*, Berlin 1995, S.23-26, hier S.24.

⁹ Haas, Renate: Lange im Schatten anderer Sprachen. Die Anglistik/Amerikanistik im Porträt, in: *Lehre & Forschung* 8/1996, S.432-435, hier S.434f.

¹⁰ Berschin, Helmut/Fernández-Sevilla, Julio/Felixberger, Josef: *Die spanische Sprache. Verbreitung, Geschichte, Struktur*, München 1995, S.16.

¹¹ Dietrich, Wolf/Geckeler, Horst: *Einführung in die spanische Sprachwissenschaft. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*, Berlin 1990, S.19.

¹² Cuq, Jean-Pierre: *Le français langue seconde. Origines d'une notion et implications didactiques*, Paris 1991.

vergrößert (oder aber nicht), spielt er neben der Bevölkerungsentwicklung der Sprachgruppen selbst eine entscheidende Rolle für das internationale Gewicht von Sprachen. Im Extremfall des Englischen bedeutet dies eine Veränderung der soziolinguistischen Rolle der nativen Sprecher.¹³

5. Wirtschaftliche Dimension von Fremdsprachenunterricht

Wer eine fremde Sprache lernt, beschäftigt sich mit ihrer Kultur: Er liest (kauft) Bücher und Zeitungen in dieser Sprache, interessiert sich für die Manifeste ihrer Kultur(en): vom Wein bis zur Hightech, er reist, um Land (Länder), Leute und Sprache (noch besser) kennen zu lernen, er besucht Sprachschulen im Zielland usw. Die Länder haben diesen wirtschaftlichen Nebeneffekt des Sprachenlernens erkannt. Die Implantierung ihrer Sprach- und Kulturinstitute im Ausland folgt durchaus einem wirtschaftlichen Kalkül – auch wenn dieses selbst zu meist ungenannt bleibt.

Der Fremdsprachenunterricht selbst ist also wirtschaftlich alles andere als neutral. Er verlangt eine Ausbildung der Lehrenden fremder Sprachen; er schafft einen Bedarf für Sprachlehr- und -lernmaterialien; er erhöht, wie schon angedeutet, den Absatz der Volkswirtschaft des Herkunfts- und des Ziellandes. Die britische Sprachindustrie zählt so zu den bedeutendsten Industriezweigen des Königreichs.

Das Besondere an der Branche Sprachindustrie ist jedoch, dass unter den Bedingungen der Sprachenoligarchie – gelernt werden ja nur wenige Sprachen von Hunderten – es nicht mehr die primär nutznießenden (zielsprachlichen) Länder sind, welche die erhebliche Investitionslast zur Schaffung der Lernenden bzw. der sekundären Sprecher übernehmen. Es sind vielmehr die Länder der Lernenden, welche ganz überwiegend diese Leistungen in ihren Schulsystemen finanzieren. Doch paradoxerweise machen all diese Anstrengungen die enormen Vorteile der englischsprachigen Volkswirtschaften nicht wett:

"Die inoffizielle überall schon eingeführte Hauptverkehrssprache bleibt jedenfalls Englisch, und die damit einhergehende Wettbewerbsverzerrung ist vorläufig festgeschrieben. Man braucht nur an den erhöhten Aufwand zu denken, den die Industrien aus den nicht-englischsprachigen Ländern bei Produktwerbung, Präsentation, Verkaufsstrategie und Verhandlungstechnik, alles in englischer Sprache, betreiben müssen. Bei allen Gesprächen, bei Kongressen, Konferenzen, in der kleineren Runde beim Arbeitessen kann der britische native speaker natürlich auch kompliziertere Sachverhalte viel präziser und eindrucklicher darstellen. Die Briten sind sich dieser Vorteile voll bewusst, und einige ihrer Prominenten sprechen ganz unverhohlen von ihrem "kostengünstigsten Aktivposten in der Außenpolitik" oder von der "Währung, an der alle anderen gemessen werden", von dem "Goldstandard der internationalen Kommunikation". Man muss sich dabei vor Augen halten, dass der Englischlerner, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit seinen Bemühungen um umfassende Sprachbeherrschung immer nur Annäherungswerte erreichen wird.¹⁴

¹³ Graddol, David: *The Future of English?*, London 1997; Graddol, David: *The decline of the native speaker*, in: *AILA-Review* 13/1999, S.57-68.

¹⁴ Digeser, Andreas: *Sprachliche Herausforderungen in der Zukunft der Europäischen Gemeinschaft*, in: *SV-Zeitung – Zeitschrift des Sondershäuser Verbandes Akademisch-Musikalischer Verbindungen*, 95/1993, S.19-22, hier S.19.

6. Sprachenpolitik: ein Kostenfaktor auf Gegenseitigkeit?

Nimmt man ein etwa 1000 Schüler starkes Gymnasium, so findet man in diesem mindestens 10 bis 15 Lehrende der englischen und 8 bis 10 der französischen Sprache. Allein die Personalkosten des Unterrichts dieser beiden Sprachen belaufen sich auf etwas weniger als 3 Mio. DM pro Jahr. Wie Kienbaum errechnete, kostet die Diversifikation des Angebots einer weiteren Fremdsprache pro Jahr einem Land wie Baden-Württemberg über 350 Lehrerstellen. Solche Investitionen können dann zwischen Volkswirtschaften als ausgeglichen gelten, wenn beide Staaten in gleichem Umfang die Sprache des Nachbarn fördern. Dies war zwischen Frankreich und Deutschland traditionell der Fall. Auch die Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks liegt schon deshalb im beidseitigen nationalen Interesse.

Dass eine solche Symmetrie jedoch eher die Ausnahme darstellt, zeigen die Zahlen für Deutsch als Fremdsprache bei Krumm¹⁵: "1994 lernten 52% der Primar- und Sekundarstufenschüler in der Tschechischen Republik Deutsch, 47% in Ungarn, 26% in Polen [...]. Fragen wir umgekehrt, wie viele Schülerinnen und Schüler in Deutschland oder Österreich Ungarisch und Polnisch lernen, so wird der Einbahnstraßen-Charakter der sprachlichen Landschaft deutlich: 77% der österreichischen Schüler lernen Englisch, 10,5% Französisch, 4,6% Italienisch, – die Zahlen für Tschechisch 0,025% und Ungarisch 0,6% sind geradezu verschwindend gering." Wer einen Blick auf die Geschichte des europäischen Fremdsprachenunterrichts wirft, bemerkt, dass sich vor allem drei, maximal vier Sprachen europaweit um ihre Stellung als Schulfremdsprachen 'streiten': Französisch, Englisch, Deutsch und allenfalls Russisch, auf dessen Rolle während des Sowjetimperiums hier nicht eingegangen wird.

Französisch lernten im Jahre 1996 ca. 4% der tschechischen Schülerinnen und Schüler (aller Altersstufen und Lernkontexte), 3% Prozent der polnischen und 3% der russischen. Offensichtlich hat in Osteuropa Deutsch gegenüber dem Französischen 'die Nase vorn'.¹⁶ Ziehen wir spanische Lernerstatistiken heran oder gar nordafrikanische, so zeigt sich hier ein deutliches Übergewicht des Französischen gegenüber dem Deutschen, und zwar auch in den Staaten, die nicht der Frankophonie angehören.

Und wie verhält es sich hinsichtlich der Symmetrie der Lernerkontingente mit dem Zielland Spanien, dessen Sprache in der Sekundarstufe II in NRW immerhin 11% der Schülerinnen und Schüler erlernen?¹⁷ Während nun der Schüleranteil mit Französischunterricht in Spanien im Jahre 1996 bei 2,8% (257.100 Fälle) liegt, ist Spanisch in Frankreich die zweitstärkste Fremdsprache mit über 1.300.000 Schülern. Die spanischen Lernerkontingente des Deutschen liegen weit unter denen des Französischen. Zwischen Deutschland und Spanien gibt es keine annähernd gleich bedeutenden Lernerkontingente für die Zielsprachen dieser Länder. Bestimmte Formen des interkulturellen Lernens finden aber gerade in einer entsprechenden Symmetrie eine wichtige Voraussetzung. Es ist daher zu fragen, ob und wie weit der gegenwärtige Unterricht der Partnersprachen die Vorteile offener Lernarchitekturen, der Austauschpädagogik und des transkulturellen Projektunterrichts nutzt. Auf jeden Fall hat der Französischunterricht hier ein Feld, das es weiter zu bestellen gilt. Auch angesichts dieser

¹⁵ Krumm, Hans-Jürgen: Nachbarsprachen als Herausforderung. Sprachenvielfalt trotz EU-Erweiterung, in: Lothar Bredella/Franz-Joseph Meißner (Hrsg.), *Lehren und Lernen fremder Sprachen zwischen Globalisierung und Regionalisierung*. Symposium für Herbert Christ zum 70., Tübingen 2001, S.23.

¹⁶ Truchot, Claude: *L'espace externe du français en Europe*, in: Jacqueline Demarty-Warzée/Jean Rousseau (coord.): *Français de l'avenir et avenir du français*, Paris 2000, S.71-81.

¹⁷ Christ, Ingeborg: Zukünftige Entwicklungen des Spanischunterrichts in Nordrhein-Westfalen, in: *Hispanorama* 77/1997, S.91-100.

Perspektive ist der Beschluss des Deutsch-Französischen-Jugendwerks zu begrüßen, den schulischen Unterricht der Partnersprachen stärker als bislang zu fördern.

Die Zahlen machen im Sinne der Eingangfrage unserer Überlegungen deutlich: Die Fremdsprachen Deutsch und Französisch sind im Vergleich zueinander mal Gewinner, mal Verlierer. Angesichts der hervorragenden Bedeutung beider Länder in Europa ist ihre jeweilige Sprachenpolitik für oder faktisch gegen die Partnersprache ein wesentlicher Faktor, welche über deren kommunikativen Radius als europäische lingua franca (neben Englisch) entscheidet. Hier könnte ein gemeinsames politisches und ökonomisches Interesse definiert werden, das die Sprachenpolitiken beider Länder umzusetzen hätten. Der Rückgang der Lernerzahlen beider Sprachen in beiden Ländern zeigt jedoch, dass weder Frankreich noch Deutschland dieses Argument erkannt haben oder ihm faktisches Gewicht gaben. Ihre Maßnahmen in Umsetzung des Vertrages von 1963 waren eher solche, die lernerstatistisch kaum ins Gewicht fielen: Deutsch-Französisches Abitur, Deutsch-Französische Hochschule, Anerkennung von Berufsabschlüssen, Deutsch-Französisches Jugendwerk, intensiver Wissenschafts- und Jugendaustausch und anderes mehr. Dies ist nicht gering zu schätzen, aber für die zu untersuchende Frage waren diese Maßnahmen nicht zentral.

7. Die Kenntnis fremder Sprachen als Teil der formalen Bildung

Solange der Bildungsbegriff der jeweiligen Länder die Kenntnis bestimmter Sprachen und ihrer Literatur in einen Kanon von wissenswerten Kenntnissen und Fertigkeiten integrierte, waren auch in Deutschland und Frankreich die Partnersprachen durch binnenkulturelle Praxis geschützt. Dieser Kanon ist inzwischen in Frage gestellt. Es handelt sich um eine Entwicklung, die den Bereich des Fremdsprachenunterrichts weit überschreitet.

An die Stelle der Selbstverständlichkeit von Französisch- oder Deutschkenntnissen bei so genannten 'Gebildeten' beider Länder ist inzwischen zunehmend die Frage nach der Legitimation der beiden Sprachfächer 'auf Kosten' anderer Sprachen getreten. An diesem Zusammenhang muss auch die Frage erlaubt sein, ob und inwieweit eine zu einseitige Fokussierung der Lernziele auf 'Kommunikation' selbst zur Zerstörung des 'Bildungswertes' des Französischunterrichts beitrug.

Wie sehr der Status einer Sprache im System der Allgemeinen Schulbildung auf die Nachfrage dieser Sprache im Erwachsenenbereich durchwirkt, zeigen die entsprechenden Belegungsstatistiken der VHS (1994): Stets überwiegen die Schulsprachen (1) Englisch, (2) Spanisch/Französisch, (4) Italienisch, und selbst das altsprachliche Latein feiert Erfolge. Der Erfolg des altsprachlichen Unterrichts in Deutschland belegt die Wirksamkeit des Zusammenhangs von Bildung und Fremdsprachenunterricht.

Der Französischunterricht muss in jedem Falle mehr leisten als die fiktionale und didaktisch reduzierte Begegnung mit dem Tourismusland Frankreich.

8. Fremdsprachenkenntnisse und Studium

Gestützt wurden die traditionellen Schulsprachen jedoch nicht nur durch die ökonomische Potenz der betreffenden Volkswirtschaften, sondern auch durch die international wahrgenommene kulturelle und wissenschaftliche Exzellenz ihrer Referenzländer.

Fremdsprachenkenntnisse, nicht nur solche des Englischen, werden hier zu Lande von den meisten akademischen Studien geschätzt, wenn nicht gefordert. Die Rangfolge lautet klar: Englisch, Französisch, Italienisch und weitere¹⁸, wobei das Lateinische vor allem bei bestimmten Abschlüssen der Philologie (Romanistik) eine Rolle spielt.

Heute beeinflusst die europäische Migration der Studierenden den Sprachenmarkt. Im Bereich der Hochschulen nachgefragte EU-Sprachen sind: Englisch/Französisch/Spanisch, Italienisch, Polnisch, Portugiesisch (Brasilianisch), Ungarisch, Finnisch, (Russisch) und weitere; dann aber auch Arabisch, Chinesisch und Japanisch.¹⁹

Wie man sieht, sehen sich in Frankreich und in Deutschland auch im Hochschulbereich beide Partnersprachen erheblicher Konkurrenz ausgesetzt. Allerdings handelt es sich bei den Lernergruppen der 'Konkurrenzsprachen' oft um solche, die bereits über langjährige Französischkenntnisse verfügen. Abiturienten mit dem fremdsprachlichen Profil Englisch/Latein oder Latein/Englisch zeigen hingegen eine signifikant geringere Neigung zu einem Auslandsstudium als solche, die während ihrer Schulzeit zwei lebende Sprachen erlernten.²⁰

Ob und wie weit ein Studienaufenthalt in Spanien oder Frankreich zu einer Verbesserung der Sprachkenntnisse führt, hängt im Wesentlichen davon ab, wie die Studierenden ihren Alltag im Zielland organisieren. Eine 'Gettoisierung' ausländischer Studierender in Wohnheimen führt dann nicht zu dem angestrebten Sprachenwachstum, wenn der Anteil der einheimischen Bewohner zur Minderheit gerät.²¹

Jeder weiß, dass Französisch und Deutsch als Sprachen der Wissenschaft gegenüber dem Englischen an Boden verloren haben. Während Frankreich dem herrschenden Trend durch den schon erwähnten Beschluss des französischen Erziehungsministers, demzufolge alle Studierenden der Universitäten neben ihrem Studienfach zwei moderne Fremdsprachen belegen müssen, den Willen zur Differenzierung der Sprachkenntnisse entgegensetzt, glaubt Deutschland, international in der Wissenschaft besser wahrgenommen zu werden, wenn seine akademische Lehre in englischer Sprache erfolgt. Dabei ist es kommunikationstheoretisch natürlich in vielfältiger Weise problematisch, wenn deutsche Dozenten für ein (ganz überwiegend) deutschsprachiges Publikum in englischer Sprache lehren.²² Unter dem Gesichtspunkt der 'Sprachkonkurrenz' ist dies natürlich mit einer deutlichen Schwächung der Fremdsprache Deutsch verbunden. Fragwürdig bleibt auch, inwieweit die Praxis zu einer Verödung des fachbezogenen Publikationswesens in deutscher Sprache beiträgt und damit den Wissenstransfer zwischen den Fachwissenschaften und dem allgemeinen Bereich verengt.

¹⁸ Meißner, F.-J.: Schulsprachen zwischen Politik und Markt.

¹⁹ Grundlage für diese Reihung sind die outgoings-Statistiken und die Belegzahlen der Sprachkurse der Justus-Liebig-Universität Gießen, welche speziell auf ein Auslandsstudium vorbereiten.

²⁰ Burk, H./Meißner, F.-J./Müller, A./Sippel, V./Wehmer, S.: Was Studierende über welche Fremdsprachen denken?, S.111-129.

²¹ Farag, Vera: Erfahrungen mit Sprachen und interkulturellem Lernen im Auslandsstudium: Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, in: französisch heute 26/1997, S.158-165; Frankmölle, Claudia: Der Zuwachs an Sprachkompetenz in der Zielsprache Italienisch im Verlauf eines mehrmonatigen Italiaufenthaltes. Eine introspektive Eigenstudie zu Prozessen der Kompetenzveränderung auf fortgeschrittenem Sprachniveau (Elektronische Manuskripte zum Französischunterricht 7), Gießen 1998.

²² Vgl. Rösler, Dietmar: Das sprachliche Reinheitsgebot im Fremdsprachenunterricht, in: Máire C. Davis/John L. Flood/David N. Yeandle (Hrsg.), Proper Words in Proper Places. Studies in Lexicology and Lexicography in Honour of William Jervies Jones, Stuttgart 2001, S.399-410.

9. Sprachpolitik mit Blick auf Deutschland und Frankreich

Wird eine Sprache von bedeutenden Anteilen der Weltbevölkerung in unterschiedlichen Kontinenten und Staaten gesprochen – wie Englisch, Französisch oder Spanisch –, so prägt dies die Außenpolitik der betroffenen Länder. Deutliches Zeichen des hier entgegnetretenden politischen, ökonomischen und nationalen Interesses ist die übereinzelstaatliche Sprachlenkung.²³ Sprachlenkung ist keine exklusiv französische Angelegenheit (wie es in dem wenig sprachbewussten Deutschland oft wahrgenommen wird).

"L'intervention de la puissance publique dans les questions linguistiques dépasse très largement le cas français (de l'ordonnance de Villers-Cotteret de 1539 - qui dispose que la justice est rendue en français - et de la création de l'Académie française en 1635, à la lois Bas-Lauriol de 1975) ou québécois (lois dites «101» et «178», qui garantissent le maintien de l'identité francophone de la Belle Province). Un ouvrage paru récemment ne répertorie pas moins de 120 Etats (sur un total recensé de 172) disposant de clauses linguistiques dans leur Loi fondamentale. A quoi il faut ajouter 85 entités non souveraines (sur un total recensé de 92) s'étant également dotées de telles clauses. Parmi ces entités, 33 des états fédérés sur les 50 que comptent les Etats-Unis d'Amérique." (Der Eingriff des Staates in sprachliche Fragen übersteigt bei Weitem den französischen Rahmen [von der Ordonnanz von Villers-Cotteret aus dem Jahre 1539 – welche die Justiz auf das Französische festlegt – und der Einrichtung der Französischen Akademie 1635 bis hin zum Gesetz Bas-Lauriol von 1875] oder den Québécois [die Gesetze 101 und 178 welche die Aufrechterhaltung der französischsprachigen Identität der Belle Province sichern]. Ein kürzlich erschienenes Werk verzeichnet nicht weniger als 120 Staaten [von insgesamt 172], die in ihren Grundgesetzen Klauseln zur Sprachenregelung beinhalten. Diesen sind 85 von 92 hinzuzufügen, die von nicht souveränen Staaten stammen. Unter diesen befinden sich 33 der 50 Staaten der USA.)²⁴

Sprachpolitik hat handfeste Gründe. So stellte sich in den USA durchaus die Frage, ob und wie lange noch in allen Staaten Englisch (oder Spanisch oder beides) vorrangig gesprochen werden könne:

"Das Zensus-Büro stärkte erst vor wenigen Tagen das verbreitete Unbehagen angesichts der Überfremdung mit neuen Zahlen. Danach sind zurzeit 22 Millionen oder 8,7 Prozent der insgesamt 262 Millionen geschätzten Bevölkerung im Ausland geboren. Das sind doppelt so viele 'Auswärtige', als bei der letzten Volkszählung im Jahre 1970 errechnet worden waren. Die bei weitem größte Gruppe sind mit 45 Prozent die Mexikaner, gefolgt von Filipinos und Kubanern. Ob die schwarzen Amerikaner mit einem Bevölkerungsanteil von 12 Prozent neben 74 Prozent Weißen und 4 Prozent Asiaten noch die stärkste Minderheit im Land sind, ist zweifelhaft. Wegen der hohen Dunkelziffer der Illegalen – vermutlich vier Millionen Latinos – gelten die statistisch zehn Prozent für Hispano-Amerikaner nicht mehr als realistische Zahl. Mit der höchsten Einwanderungs- und Geburtenrate werden sie auf jeden Fall die Schwarzen als erste Minorität im ethnischen Kaleidoskop Amerikas überholt haben. Welche Sprache jetzt und künftig gesprochen werden soll, ist keine akademische Frage mehr."²⁵

Die Frankophonie bietet ein schlagendes organisatorisches Beispiel für internationale

²³ Schmitt, Christian: Variedad y desarrollo lingüístico: En torno a algunas tendencias evolutivas en el francés moderno y en el español, in: Contribuciones a la lingüística evolutiva, Barcelona 1988, S.111-154.

²⁴ Cassen, Bernard: Parler français ou 'la langue des maîtres', in: Le Monde Diplomatique 32, Avril 1994 (Aus dem Französischen übersetzt vom Verfasser).

²⁵ Wieland, Leo: Ist Spanisch eine neue Form der Kindesmisshandlung in Amerika?, in: FAZ, 5.9.1995, S.3.

Sprachlenkung: Der Sommet des chefs d'Etat et de gouvernement, die Conférence ministérielle de la Francophonie, der Conseil de la Francophonie, die Association des parlementaires de langue française (AIPLF), die Association des universités partiellement ou entièrement de langue française (AUPELF), die Agence de coopération culturelle et technique (ACTT) sind Ausdruck eines von den frankophonen Staaten formulierten Interesses an der gemeinsamen Sprache.

Auch in der spanischsprachigen Welt finden sich entsprechende Organisationen. Man denke allein an die Zusammenarbeit der spanischsprachigen Akademien, an gemeinsame Projekte innerhalb der Hispanität oder an die Auszeichnungsrituale für herausragende literarische Leistungen. Und innerhalb der Romania organisiert der Fonds international pour les terminologies romanes (FIFO) ein sprachenübergreifendes und panromanisch konvergentes 'language engineering'.

Diese Überlegungen zeigen, dass sich die französische Sprachpolitik weitgehend an den Interessen der Frankophonie ausrichtet. Inwieweit dabei die interromanische Komprehension eine Rolle spielt, bleibt unklar. Immerhin hörte man vor einigen Jahren wiederholt den Begriff der langues fédérées, womit die lateinischen Schwestersprachen gemeint waren. Die Fragen an die französische Schulsprachenpolitik lauten jedoch, ob es geschickt ist, erhebliche Teile der collègiens zu Sprachen zu führen, die für Frankophone bei entsprechender didaktischer Führung leicht, rasch und gut zu erlernen sind, und ob es nicht günstiger wäre, eine typologisch distante Sprache (wie Deutsch oder Russisch) zu fördern. Derlei Folgerungen wären aus einem Ansatz zu schließen, wie ihn Claude Hagège²⁶ für die sprachliche Zukunft Europas vertritt.

Die Gründe, weshalb nun in der Welt außerhalb der schulischen Obligatorik Deutsch erlernt wird, lassen sich unter folgenden Stichworten zusammenfassen: Deutsch als Sprache eines zentralen europäischen Wirtschaftsraumes, Deutsch als Sprache deutscher Universitäten, Deutsch als Sprache einer angesehenen Kultur. Es liegt an Deutschland, seiner Sprachpolitik, seiner kulturellen und wirtschaftlichen Ausstrahlung, ob und wie schwer diese Gründe in Zukunft (noch) zählen können. Da sich Deutschland in einer geolinguistisch völlig anderen Lage als Frankreich befindet, beschränkt sich seine Sichtweise auf die Förderung einer Sprache ohne wirklich nennenswerte, mehrere Millionen umfassende, statistisch relevante Sprechergruppen außerhalb der eigentlich deutschsprachigen Territorien.

10. Die Partnersprachen global

Während die genannten großen internationalen Sprachen den kräftigen sprachpolitischen Schutz ihrer Regierungen genießen, können kleinere Staaten ihren Sprachen einen solchen nicht bieten. Als Fremdsprachen genießen sie nur eine schwache Nachfrage. Im Gespräch zwischen Heteroglotten dritter Sprachen spielen sie außerhalb ihrer Staatsgebiete eine statistisch kaum zu erfassende Rolle.

Nun zeigen die italienischen und französischen Lernerkontingente für Französisch und Deutsch über die letzten Jahrzehnte hinweg ebenfalls eine relative Schrumpfung (die nur durch die Vergrößerung der allgemeinen Bildungsteilhabe verdeckt wurde). Deutsch und Französisch verloren nicht nur im jeweiligen Partnersprachenland im Vergleich zum Englischen stark an Boden, sondern auch in so wichtigen Ländern wie Spanien und Italien. Wenn in Europa beide Partnersprachen aufs Ganze gesehen weniger gelernt werden (diese Bemerk-

²⁶ Hagège, Claude: Le souffle de la langue. Voies et destins des parlers d'Europe, Paris 1992.

kung lässt die veränderte Sprachlernsituation Osteuropas unberücksichtigt), so könnte dies auch für ihre überseeischen Lernerkontingente Konsequenzen zeitigen: Deutsch wie Französisch erleiden in Nord- und Südamerika erhebliche Einbußen. Auch dort schrumpft deutlich ihr kommunikativer Radius als *linguae francae*. Man vergleiche die Entwicklungen zwischen 1990 und 1995 aus den USA:

Spanisch:	606,3	+14%
Französisch:	205,1	-25%
Deutsch:	96,3	-28%
Japanisch:	44,7	-2%
Italienisch:	43,8	-12%
Chinesisch:	26,5	+36%
Lateinisch:	25,9	-8%
Russisch:	24,7	-45%
Altgriechisch:	16,3	-1%
Hebräisch:	13,1	+1%
Portugiesisch:	6,5	+5%
Arabisch:	4,4	+28%

Zahlen in Tausend nach Franklin 1996

Spanisch, Chinesisch, Arabisch und Portugiesisch verzeichnen auf dem US-Sprachenmarkt der letzten zehn Jahre Gewinne. Auch in Brasilien nehmen die Spanischkenntnisse stark zu, seitdem die Regierung das Spanische zur obligatorischen Fremdsprache an den weiterführenden Schulen des Landes bestimmt hat.²⁷ Indem die Tabelle einen deutlichen Trend des US-Marktes zu den Sprachen Südamerikas und Asiens zeigt, erinnert sie an englische Sprachprognosen, die für das Jahr 2050 vor allem drei oder vier Welthandlingssprachen voraussehen, unter denen sich weder Deutsch noch Französisch oder Russisch befinden, sondern vielmehr Englisch, Chinesisch, Spanisch, Hindi und Arabisch.²⁸ Ein nicht unerheblicher Faktor für die internationale Entwicklung dürften die Lernerzahlen aus den bevölkerungsstärksten asiatischen Ländern liefern. Japan erwägt die Einführung des Englischen als Zweitsprache²⁹ und in Südkorea hat der Japanischunterricht den von Französisch und vor allem Deutsch sehr stark zurückgedrängt³⁰. Dies sind weit verbreitete Tendenzen.

Wenn (mir) auch hierzu keine Statistik vorliegt, so darf doch angenommen werden, dass auch China und weitere asiatische Gesellschaften dem Englischen breitesten Raum gewähren. Allerdings bedeutet die deutliche Privilegierung des Englischen nicht die Abschaffung des anderen Unterrichts europäischer Sprachen.

²⁷ García Bordas, Miguel Ángel: La enseñanza de la Lengua Española en el Brasil: Unas reflexiones, in: Consejería de la Educación de la Embajada de España, 1991, S.27-35.

²⁸ Hagen, Stephen: What does global trade mean for UK languages?, in: Alois Moys (ed.), Where are we going to with languages?, London 1998, S.14-23.

²⁹ Nishiyama, Noriyuku: Nouvelles perspectives pour le français en zone non francophone, in: Le français dans le monde 316/2001, S.29-32.

³⁰ Han, Minjoo: Pour une nouvelle politique linguistique en Corée du Sud: enjeux et perspectives, in: Roland Delronche (coord.), Modernité, diversité, solidarité. Actes du Xe Congrès mondial des professeurs de français, Paris 17-21/7/2000, Paris 2001, S.124-128, hier S.125.

Heißt dies nun, dass sich auch die Sprachenpolitiken Frankreichs und Deutschlands dieser Tendenz einseitig anpassen müssten – mit der Folge einer weiteren Reduzierung des kommunikativen Radius ihrer eigenen Sprachen? Schon 1985 hat Harald Weinrich³¹ vor einer solchen beidseitigen Reduzierung der jeweiligen Lernerkontingente gewarnt. Oder lauten die Alternativen: Stützung der Partnersprache über die eigene Sprachenpolitik bei gleichzeitiger Entwicklung von Sprachlernprogrammen, welche die Partnersprache als Einstieg in die Mehrsprachigkeit der betreffenden Sprachgruppe nehmen?

11. Französischkenntnisse als Grundlage für die romanische Mehrsprachigkeit

Une langue en cache souvent une autre (Hinter einer Sprache steckt oft eine andere). Als die in Deutschland am weitesten verbreitete romanische Schulfremdsprache verschafft das Französische deutschsprachigen Lernern eine vorzügliche Grundlage für das rasche Erlernen weiterer romanischer Sprachen.³² Deutschsprachige, die über gute Französischkenntnisse verfügen, können so jene Lernvorteile nutzen, wie sie sich zwischen nah verwandten Ausgangs- und Zielsprachen feststellen lassen, also zwischen Sprachen derselben (germanischen, romanischen oder slawischen) Familie. Die methodische Voraussetzung hierfür ist eine Transferrdidaktik, wie sie in Frankreich für die romanischen Sprachen als *didactique des langues proches*, in Deutschland als Mehrsprachigkeitsdidaktik konzipiert und entwickelt wurde.³³ Es handelt sich um eine Transversaldidaktik, welche die einzelnen Zielsprachendidaktiken (des Englischen, Französischen usw.) um Aspekte der Lernökonomie und der Mehrsprachigkeit ergänzt. Konkretisierungen liegen in Frankreich in Gestalt von GALATEA und EUROM4 vor, in Deutschland von EuroCom. Solche Programme erlauben den sehr raschen Erwerb rezeptiver Kompetenzprofile innerhalb nur weniger Wochen. Deutschsprachige Studierende der Romanistik, aber auch Schüler konnten auf diese Weise hohe Lesekompetenz und eine grundlegende Grammatikkenntnis im Italienischen, Katalanischen, Portugiesischen und Spanischen erwerben. Empirische Studien mit Studierenden aller Fachbereiche belegen des Weiteren, dass innerhalb der romanischen Sprachengruppe auch der interkomprehensiv basierte Erwerb von Kompetenz im Bereich des Hörenden-Verstehens angenommen werden darf.³⁴

Es wäre verkürzend, wollte man die Vorteile der Interkomprehension allein unter dem wichtigen Gesichtspunkt des rezeptiven Verstehens einer großen Zahl von Sprachen und Menschen – im Falle der romanischen Sprachen handelt es sich um nahezu eine Milliarde nativer Sprecher – beschreiben. Ebenso wichtig ist die Erhöhung der Lernkompetenz auf dem Felde der Sprachen durch Erwerbserfahrungen, welche sich auf mehrere Sprachen beziehen. Denn bei angemessener Anleitung erwerben die Lernenden eine optimierte Lernsteuerung im Sinne von Sprachen- und Sprachlernbewusstheit (*awareness-raising*). Ein Verzicht auf interlinguale

³¹ Weinrich, Harald: Fremdsprachen in der Bundesrepublik und Deutsch als Fremdsprache, in: Wege der Sprachkultur, Stuttgart 1985, S.307-340.

³² Meißner, Franz-Joseph: Grundwortschatz und Sprachenfolge. Eine statistische Quantifizierung zum lexikalischen Transfer: Englisch/Französisch, Französisch/Englisch, Spanisch, Italienisch, in: *französisch heute* 20/1989, S.377-387; Klein, Horst G.: Das Französische: die optimale Brücke zum Leseverstehen romanischer Sprachen, in: *französisch heute* 33/2002, S.34-46.

³³ Meißner, Franz-Joseph: *La didactique du plurilinguisme et l'enseignement du français en Allemagne. Où en sommes-nous?*, in: *französisch heute* 33/2002, S.8-21.

³⁴ Meißner, Franz-Joseph/Burk, Heike: Hörverstehen in einer unbekannt romanischen Fremdsprache und methodische Implikationen für den Tertiärsprachenerwerb, in: *Zeitschrift für Fremdsprachenforschung*, 12/2001 (1), S.63-102.

Aspekte des Sprachenlernens, wie er sich mit dem Modell von Englisch plus (nur) Latein verbindet, führt daher auch zu einer reduzierten Sprachlernerfahrung und Sprachlernkompetenz.

Die Mehrsprachigkeitsdidaktik³⁵ hat inzwischen praktische Unterrichtsverfahren entwickelt, die sowohl eine kompakte Einführung von Lernenden mit Französischkenntnissen in eine weitere romanische Sprachen erlauben als auch Strategien zur begleitenden sprachübergreifenden Arbeit. Daneben entstehen Angebote, die den Teilnehmern solcher Sequenzen – Lehrenden und Schülern – beim Lehren und Lernen zwischen den Sprachen helfen (www.eurocom).

Um Missverständnissen vorzubeugen sei gesagt: Ziel des Mehrsprachen-Lernens im Französischunterricht kann es nicht sein, den Unterricht der romanischen Schwestersprachen zu verdrängen oder (vermeintlich) 'verlorenes Terrain' zurückzugewinnen. Der Französischunterricht geht deshalb auch keine produktiven Lehr- und Lernziele in diesen Sprachen an. Er wäre völlig überfordert, wollte er die wertvolle kulturelle und spezifische interkulturelle Dimension des Italienisch- oder Spanischunterrichts lehren und mentale Sprachproduktionsprogramme (wie wir sie zum Sprechen benötigen) ausbilden. Vielmehr geht es darum, im Sinne einer pro- und retroaktiven Verantwortung der Sprachen und in Übereinstimmung zur kognitiven Lerntheorie die Motivation für das Sprachenlernen zu fördern. Deshalb sind auch die Lehrenden der italienischen und vor allem spanischen Sprache in die Pflicht genommen, im nachgelerten Italienisch- oder Spanischunterricht die Kenntnisse des vorausgegangenen Französischunterrichts zu sichern. Das Lehrziel Mehrsprachigkeit verpflichtet eben Lehrende aller Sprachen, und diese benötigen wiederum eine mehrsprachigkeitsdidaktische Steuerung, die beim Zwischen-Sprachen-Lernen ansetzt. Deshalb sind auch entsprechende Materialien für die nachgelerten Fremdsprachen zu entwickeln und entsprechende Mehrsprachenmodule in die Lehreraus- und -fortbildung einzubringen. Wie man sieht, haben wir auf dem Weg zur Umstellung unserer Schulen zur Mehrsprachigkeit noch eine gewaltige Strecke vor uns. Doch sollten wir uns hiervon nicht schrecken lassen, denn die kommunikativen Herausforderungen der Europäischen Union – ihre Vielsprachigkeit – können nicht mit Ausbildungsrezepten von gestern gemeistert werden.

Da dieser Beitrag unter dem Gesichtspunkt der beiden Partnersprachen – Französisch und Deutsch – angegangen wurde, soll abschließend ein Blick auf die Mehrsprachenaspekte für die französische Fremdsprache Deutsch geworfen werden. In Frankreich wurden die Vorteile des Rückgriffs auf eine nah verwandte bekannte germanische Fremdsprache Deutsch für die Zielsprache Englisch entdeckt.³⁶ Der geografische Lernkontext Nordfrankreich zeigt ein deutliches Interesse daran, frankophone Lerner nicht nur mit Deutsch-, sondern auch mit grundlegenden Lesekenntnissen im Niederländischen auszustatten.³⁷ Die Fernuniversität

³⁵ Meißner, Franz-Joseph/Reinfried, Marcus (Hrsg.): Mehrsprachigkeitsdidaktik. Konzepte, Analysen, Lehrer-fahrungen mit romanischen Fremdsprachen, Tübingen 1998; Meißner, Franz-Joseph/Senger, Ulrike (Hrsg.): Vom induktiven zum konstruktiven Lehr- und Lernparadigma. Methodische Folgerungen aus der mehrsprachigkeitsdidaktischen Forschung, in: Franz-Joseph Meißner/Marcus Reinfried (Hrsg.), Bausteine für einen neokommunikativen Französischunterricht: Lernerzentrierung, Ganzheitlichkeit, Handlungsorientierung, Interkulturalität, Mehrsprachigkeitsdidaktik, Tübingen 2001, S.21-50; Nieweler, Andreas: Den Französischunterricht öffnen für die Mehrsprachigkeit. Aufforderungen und Umsetzungsmöglichkeiten, in: französisch heute 33/2002, S.76-87.

³⁶ Adolf, Paul: Linguistique contrastive et didactique de l'anglais en milieu dialectal alsacien, in: Nouveaux Cahiers d'Allemand 17/1999, S.183-191.

³⁷ Meißner, Franz-Joseph/Picaper, Ilse (Hrsg.): Mehrsprachigkeitsdidaktik im französischen Kontext. Didactique du plurilinguisme dans un contexte francophone. Akten der Tagung zur Mehrsprachigkeitsdidaktik am Goethe-Institut Lille 2000, Tübingen 2002 (im Druck).

Hagen hat entsprechende Kurse vorgelegt.³⁸ In der Entwicklung von Programmen zur Sprachenbewusstheit in der Grundschule wurden in Frankreich wertvolle Ansätze entwickelt.³⁹

Da es nicht das Ziel dieser Überlegungen ist, mehrsprachigkeitsdidaktische Einzelheiten zu vertiefen und auszubreiten, führen wir diese Ausführungen nicht weiter. Es wurde immerhin gezeigt, dass die Perspektive der Mehrsprachigkeit der Weiterentwicklung des Unterrichts unserer Partnersprachen neue und europäische Perspektiven öffnet. Dies gilt auf lange Sicht gewiss nicht nur für den Unterricht der Partnersprachen Deutsch und Französisch, aber wie in anderen Bereichen gehen von diesen wichtige Impulse für die didaktische Weiterentwicklung des Sprachenlernens überhaupt aus.

Weitere Literatur

Albano Leoni, Federico: *Linguistica storica per l'insegnamento delle lingue straniere*, in: Luciano Agostiniani/Patricia Bellucci Maffei/Maurizio Paoli (a cura di), *Linguistica storica e cambiamento linguistico. Atti del XVI Congresso Internazionale di studi*, Firenze 7-9 maggio 1982, Roma 1985, S.287-292.

Ammon, Ulrich: *Die internationale Stellung der deutschen Sprache*, Berlin/New York 1993.

Chaudenson, Robert: *Derecho a la lengua, a la educación y a la comunicación en los países en vías de desarrollo del espacio francófono*, in: Siguán 1990, S.159-172.

Chaudenson, Robert: *Mondialisation: la langue française a-t-elle encore un avenir?*, Paris 2001.

Franklin, Phyllis: *Mehr Chinesisch – weniger Deutsch*, in: FAZ, 11.11.1996, S.3.

Gauthier, François/Leclerc, Jacques/Maurais, Jean (dir.): *Langues et constitutions. Recueil des clauses linguistiques des constitutions du monde*, Paris 1994, Office de la langue française/Québec et CILF.

Meissner, Claude/Meißner, Franz-Joseph/Klein Horst G./Stegmann, Tilbert D.: *EuroComRom – Les sept tamis: Savoir lire toutes les langues romanes*, Aachen 2002 (im Druck). (Es liegen Fassungen in Deutsch, Italienisch und weiteren Sprachen vor).

Meißner, Franz-Joseph: *Gymnasialer Fremdsprachenunterricht in Nordrhein-Westfalen im Lichte der Statistik (1965-1990)*, in: *Zeitschrift für Fremdsprachenforschung* 8/1997 (1), S.1-26.

Meißner, Franz-Joseph: *Französisch und der deutsche Sprachenmarkt*, in: *Neusprachliche Mitteilungen* 54/2001, S.2-11.

Meißner, Franz-Joseph: *Situation der Partnersprachen Deutsch und Französisch im Rahmen der europäischen Mehrsprachigkeit: Problemstellung – Analysen – Weiterentwicklung. Grundsatzreferat auf dem Deutsch-Französischen Runden Tisch im Europäischen Jahr der Sprachen am 14. Mai 2001*, in: *französisch heute* 32/2001, S.251-272.

Siguán, Miguel: *Las lenguas y la educación para la paz (Linguapax II: Seminario sobre Educación y lenguas)*, Barcelona 1990.

³⁸ Kischel, Gerhard: *Einstieg in die interkulturelle Mehrsprachigkeit. Die Hagener Lesekurse*, in: Gerhard Kischel/Eva Gothsch (Hrsg.), *Wege zur Mehrsprachigkeit im Fernstudium*, FU Hagen 1999, S.151-160.

³⁹ Macaire, Dominique: *Et pourquoi ne présenterait-on pas plusieurs langues à la fois? De quelques questions concernant les langues et de quelques réponses possibles*, in: *französisch heute* 33/2002, S.88-106.

Die Sprachen im Elsass: Kalter Krieg oder versöhntes Miteinander?

Frédéric Hartweg

Die nach 1945 eingeschlagene Entwicklung führt dazu, dass die im Elsass und deutschsprachigen Lothringen ca. 1000 Jahre lang weitgehend stabile Grenze zwischen Romania und Teutonia dabei ist, sich mit der politischen Grenze zwischen Frankreich und Deutschland zu decken.¹ Bis ins 19. Jh. hat die politische Scheide des Rheins – "deutscher Fluss, deutsche Grenze?" – kaum sprachgrenzbildende Funktion. Die intern kleinräumig gefächerte Mundartlandschaft ist im N. und NW. süd-/rheinfränkisch (Fr.) geprägt. Eigenheiten, die nach Süden sich abschwächend ins Niederalemannische (Al.) wirken, – dieser Einfluss kommt mit der Sundgauschanke im Hochal. zum Erliegen – führen zu einem 'verfränkischen' Al. Die Entwicklung des Verhältnisses von deutscher und französischer Standardsprache und Mundarten im Elsass seit dem 16. Jh. lässt sich als historischer Wechsel von einer komplementären Sprachverteilung Dt./Els., später abgelöst durch die Kombination Frz./Dt./Els., zu einer nach 1945 scharf ausgeprägten sprachlichen Konkurrenzsituation Frz./Els., in der Dt. kaum noch eine soziale Existenz aufweist, verstehen. Dieser Prozess, der das Els. aus den ihm bisher vorbehaltenen Domänen und aus der Funktion der Sprache der Nähe und der Nichtoffizialität allmählich verdrängt, kann, falls politisch-soziale Gegenkräfte nicht wirksam werden, in einen Sprachersatz einmünden. Durchgreifende massenwirksame Mittel der Sprachpolitik wurden sowohl von frz. wie danach von dt. Seite erst in der 2. Hälfte des 19. Jh. eingesetzt, während die vorausgegangene Periode sich durch eine sehr langsame und behutsame Überlagerung bestimmter Schichten mit dem Frz. auszeichnete.

Die angesichts des häufigen Wechsels der politischen Verhältnisse erstaunliche Stabilität der Sprachgrenze lässt auf die Gleichwertigkeit der zwei sich hier berührenden großen Kulturkreise schließen.

1. Historischer Rückblick²

1.1 Vom Mittelalter bis zur Französischen Revolution

Im Mittelalter bleibt das Frz. Privileg von Teilen der Aristokratie und des Klerus, die in Frankreich (F.) studiert haben; seine Funktion ist eine kulturelle: es ermöglicht den Zugang zu der frz. Hofkultur. Gottfried von Strassburg, Heinrich der Glichezaere, die els. Minnesänger

¹ Im Folgenden bezeichnen wir als Elsässisch (Els.) die zahlreichen rheinfränkischen und alemanischen Dialektvarianten, die in der els. Sprachlandschaft anzutreffen sind. Wir gebrauchen diese Bezeichnung der Einfachheit wegen, obwohl sie keineswegs neutral ist, denn sie bringt eine wachsende Entfremdung zwischen Mundart (Ma.) und deutscher (dt.) Standardsprache und eine Abschwächung der genetischen Beziehung im Sprachbewusstsein zum Ausdruck. Während zur Zeit der Französischen (Frz.) Revolution 'Deutsch' (Dt.) als gängige Bezeichnung für alle Varianten von der Hochsprache bis zur Ma. galt – sie wird gelegentlich noch im 'krummen Elsass' (NW) und im angrenzenden germanophonen Lothringen gebraucht – hat sich allmählich für die Ma. die Bezeichnung 'Elsässerdeutsch' (analog zu 'schwyzerdütsch') durchgesetzt, das wiederum, besonders nach 1945 durch 'Elsässisch' abgelöst wurde.

² Wir stützen uns hier weitgehend auf: Hartweg, Frédéric: Die Entwicklung des Verhältnisses von Mundart, deutscher und französischer Standardsprache im Elsass seit dem 16. Jahrhundert, in: Werner Besch/Oskar Reichmann/Stefan Sonderegger (Hrsg.), Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung, 2. Halbband, Berlin/New York 1985, S.1949-1977.

wie auch der Jude S. Pine, der den Parzival fortsetzte, zeugen von der kulturellen Mittlerrolle des E. Während Otfried von Weïßenburg die ahd. Sprache seiner Evangelienharmonie (863-71) 'frenkisk' nennt, wird 1369 das els. Idiom zum ersten Mal in einem Brief Niklas' von Basel an Strassburger Priester erwähnt.

Die els. Städte und Territorien gehören im ausgehenden Mittelalter zu den ersten, die, frz. Vorbild folgend, in der Volkssprache urkunden, und das E. liefert neben der Schweiz die ältesten dt. Weistümer. Das sprachliche Selbstbewusstsein des niederen Adels und des Bürgertums und praktische Erwägungen erklären diese Entscheidung. Sprache wird nicht primär als Nationalitätsmerkmal aufgefasst, zumal die Kirche die Volkssprache als Vehikel häretischen Gedankengutes betrachtet. Bis Mitte des 17. Jh. ist das Frz. keineswegs ein allgemeines distinktives Merkmal der els. Bourgeoisie. Das Eindringen des Frz. wird sogar durch zwei Faktoren wesentlich gehindert: das Fehlen eines dem Frz. Vorschub leistenden Hofes und, im Anschluss an die lutherische Reformation, das hartnäckige Bestreben der Behörden und der protestantischen Geistlichkeit, sich gegen das Frz. als Vehikel des Katholizismus und des Calvinismus abzuschotten.

1648 ist ein erstes einschneidendes Datum in der Sprachgeschichte des E.

Kriegszerstörungen und Wiederbevölkerungsmaßnahmen bringen leichte areale Veränderungen, doch der politische Wechsel hat zunächst wenig Einfluss auf das Verhältnis zwischen Ma. und Schriftsprache. Doch bald werden erste Zeichen des Rückgangs der dt. Sprache bemerkbar; am offensichtlichsten ist die Verarmung der literarischen Produktion.

Diese auch jenseits des Rheins bemerkbare Entwicklung ist jedoch ebenso sehr auf die Verwüstungen des 30-jährigen Krieges wie auf die frz. Präsenz zurückzuführen. Allmählich gewinnt das Frz. eine gewisse Bedeutung, zunächst in den oberen Schichten der Gesellschaft. Das Großbürgertum wird langsam zweisprachig und führt seine Unterhaltungen gegebenenfalls frz. Frz.kenntnisse werden ausschlaggebend für die Besetzung von höheren Staatsämtern. Die Vertreter der zentralen Regierung, die häufig aus Innerfrankreich stammen und nur selten des Dt. mächtig sind, und die Offiziere bilden eine zahlenmäßig zwar kleine, rein frankophone Schicht, übernehmen aber gewissermaßen Vorbildfunktion für andere zweisprachige Kreise, die das Frz. bevorzugen. Zu Gunsten des Frz. wirkt ebenfalls die allgemeine Mode, die Frz. zur gebildeten Sprache Europas aufsteigen lässt. Im Allgemeinen haben das Kleinbürgertum und die breiten Volksschichten keinen Zugang zum Frz. Die Mundart und die dt. Schriftsprache als höhere gebildete Form der Muttersprache herrschen fast ausschließlich in diesen Schichten.

Bis 1789 dringt die frz. Sprache im E. vor allem in Form einer langsamen Infiltration weiter ein. Amtliche Bestimmungen leisten ihr zwar Vorschub, von einer konsequenten Sprachpolitik mit einer geplanten Expansion des Frz. kann aber nicht die Rede sein. Die frz. Sprache füllt langsam, aber beharrlich und eher behutsam die Lücke der nicht mehr vorhandenen dt.sprachigen Staatlichkeit. Frz. wird zur Amtssprache und der els. Bevölkerung wird nahe gebracht, dass der "Gebrauch der dt. Sprache im Widerspruch zur Zuneigung der Elsässer für den Dienst Seiner Majestät" stehe.

Das E. bleibt vor 1789 eine weitgehend dt.sprachige Landschaft, und der in Strassburg studierende J. W. Goethe empfindet sie mit Recht als solche. Vor 1789 sind Lat., Dt. und Frz. Unterrichtssprachen an der protestantischen Universität der Stadt, die für zahlreiche Studenten aus dem Reich, Mittel- und Osteuropa die Rolle einer sprachlich-kulturellen Schleuse in Richtung Frankreich spielt. In kultureller Hinsicht versinkt das dt.sprachige E. jedoch lang-

sam in eine gewisse Abseitigkeit und in den Provinzialismus. Das frz. Kulturelle Element bleibt zunächst auf das frz. Theater beschränkt.

Die frz. Sprache wird von einem wachsenden Teil der oberen Schichten als Sprache der Zukunft, die die Teilnahme am Gesamtleben des Staats ermöglicht, das Dt. dagegen als Sprache der Vergangenheit betrachtet. Eine gesellschaftliche Auseinanderentwicklung zeichnet sich in Ansätzen ab: das Frz. Wird zum sozial-distinktiven Merkmal, sein Erlernen ist Vorbedingung für die Integration in die höhere Gesellschaft und schließt sie ab. Die Schätzungen eines Zeitgenossen am Vorabend der Frz. Revolution gehen davon aus, dass 1 Elsässer von 300 Frz. Kann. Schätzungen, die die eingewanderte Bevölkerung mit einschließen, kommen auf einige Tausende, die Frz. Sprechen, und einige Zehntausende, die es verstehen.

1.2 Von der Französischen Revolution bis 1870

Das 'Ancien Régime' hat mit mildem und kaum wirkungsvollem offiziellem Druck die Sprachverhältnisse im E. sich selber entwickeln lassen und eine vorsichtige Französisierungspolitik betrieben. Mit der Frz. Revolution und der Ideologie der 'République une et indivisible', die einen tiefen Einschnitt bedeuten, beginnt eine Periode der Sprachverhältnisse im E., die mit zwei Unterbrechungen (1870-1918 und 1940-1945) eine Entwicklung zeigt, die heute ihren vorläufigen Abschluss findet. Die Revolution verlangt nach einer anfänglichen Phase, in der auf die Übersetzung der frz. Texte gesetzt wird, eine gesinnungsmäßige, durch die Übernahme der frz. Sprache und die Aufgabe des Dt. zum Ausdruck kommende Entscheidung für die frz. Nation. Da der Staat sich ebenfalls als Träger der geistigen Kultur darstellt, verhärten sich die Gegensätze zwischen dt. und frz. Kultur im E. Die Republik verlangt von den Elsässern als gleichgestellten Gliedern der Nation nicht nur das rasche Erlernen des Frz., sondern auch die Aufgabe der dt. Art, d.h. also auch der dt. Mundart und Sprache, als Bekenntnis zur Einheit und Unteilbarkeit der Nation. Die von den Jakobinern in F. verfochtene Idee der Einheitlichen Sprachnation wird später in D. zur Legitimierung der dt. Ansprüche auf das E. wieder aufgegriffen, wobei allerdings das jakobinische Prinzip "eine Nation, eine Sprache" in "eine Sprache, eine Nation" umgekehrt wird. F. versuchte seinerseits, vornehmlich durch seine Sprachpolitik in der Schule, diesen Rechtstitel ungültig zu machen.

In den Augen der Revolutionäre ist das Dt. als regionales Idiom eine Erinnerung an die Sklaverei des Feudalstaats, ein Hindernis für die effektive Einheit des Landes und die absolute Gleichheit der Bürger. Nur über das Frz. als universal gültige Sprache ist der Zugang zu den befreienden Gesetzen möglich. Dt. ist ebenfalls die Sprache des 'Aberglaubens' (d.h. der Religion), der den Weg zur Vernunft versperrt. Es ist auch die Sprache des Feindes, dessen Armeen die Grenzen überschritten hatten, sodass der Gebrauch des Dialekts zum Verdachtsmoment wird. Sogar Zwangsehen und Umsiedlungspläne, die einen ausgedehnten Bevölkerungsaustausch vorsehen, werden erwogen. Die Universität wird als Körperschaft des Ancien Régime, als 'Hydra des Germanismus', als 'Hort der Untertänigkeit und des Germanismus in einem freien frz. Land' geschlossen.

Einer Unzahl von Dekreten und Aufrufen der Zentralverwaltung oder der Lokalbehörden folgend, werden Inschriften, Straßen- und Ortschaftsnamen französisiert. Frz. wird zur Amtssprache, und die Umgestaltung des Militär-, Zoll-, Pesse- Klub- und Kultwesens wird sprachlichen Zwecken dienlich gemacht. Die besonders großen Anstrengungen im Schulwesen führen am 29.12.1793 zur Verordnung der Einrichtung einer kostenlosen frz.sprachigen Schule in jeder Gemeinde des Bas-Rhin. Das Dekret wird einen Monat später in den Regionen F.s, in denen ein fremdes Idiom üblich ist, z.T. übernommen. Die fieberhafte, aber weitgehend wir-

kungslose, gesetzgeberische und propagandistische Aktivität, die darauf folgt, bewirkt nur wenig, da weder die finanziellen Mittel noch – und dies bleibt der Hauptgrund des Scheiterns dieser Maßnahmen – das geeignete Lehrpersonal vorhanden sind.

Es sind dann nicht nur die napoleonischen Aushebungen und die Einquartierung, die im E. zum Fortschritt des Frz. beitragen. Das Frz. bleibt zwar marginal im Volksschulwesen, setzt sich aber im ersten Drittel des 19. Jh. im Sekundar- und Hochschulwesen durch. Von größter Bedeutung ist die Gründung von F.s erstem Lehrerausbildungsseminar (1810) in Strasbourg. Doch 1833, im Jahre von Guizots Volksschulgesetz, wird in manchem Kreis des UE in einem Drittel oder einem Viertel der Schulen kein Französischunterricht erteilt, und wo es ihn gibt, wird nicht selten die für eine tote Sprache gültige Methode angewandt. Das Gesetz von 1833, das mit anderen Mitteln die Bildungsziele der Revolution wieder aufgreift und eine planmäßige Ausbreitung des Frz. sowie den kulturellen Anschluss bezweckt, erreicht im E. nicht unmittelbar sein Ziel, der els. Bevölkerung ein Mindestmaß frz. Sprachkenntnisse beizubringen. Aber die auf Dauer angelegten Anstrengungen zeitigen allmählich ihre Früchte. In den höheren Schichten und in der Wissenschaft wird gegen 1850 ein gewisses Gleichgewicht zwischen Dt. und Frz. erreicht. Ab 1850, nachdem das Gesetz Falloux eine Neuregelung des Schulwesens gebracht hat, kommt man dem Ziel der Verbreitung des Frz. wesentlich näher.

Während die Landbevölkerung und die unteren Schichten in den Städten sich z.T. sehr hartnäckig gegen eine Sprache wehren, deren Nutzen sie nicht einsehen, ist das in den Sekundarschulen ausgebildete Bürgertum zweisprachig geworden und verlässt z.T. die Ma. Die wachsende Einwanderung, Militärdienst, Gewerbetätigkeit und Verkehr fordern und fördern das Frz., dessen wirtschaftliche Bedeutung breitere Anerkennung findet. Sein gesellschaftlicher Wert steigt ebenfalls, denn mit der Schwächung der Beziehungen zu D. und trotz Beibehaltung des Dt. als Kultsprache kommt nur noch Frz. als gehobene Umgangssprache in Betracht. Die Jahre 1850-1870 bilden eine Phase der intensiven und methodischen Propagierung des Frz. Obwohl nicht wenige Lehrer die Unterrichtssprache Frz. nicht oder nur mangelhaft beherrschen, ist die sprachliche Integration durch verstärkte Kontakte zum übrigen F. (Ausbau der Verkehrswege, insbesondere der Eisenbahn, Industrialisierung, Militärdienst) im Fortschreiten begriffen, während die dt. Standardsprache, die praktisch – außerhalb des religiösen Lebens – nur in ihrer geschriebenen Form erscheint, langsam zurückgedrängt wird. Die wissenschaftliche und die literarische Produktion in dt. Sprache geht stark zurück, während die Übersetzung dt. Literatur, die frz. Presse, das frz. Theater und das frz. Buch an Boden gewinnen. Die von den Schulbehörden betriebene Intensivierung des Frz.unterrichts bringt eine allmähliche Verdrängung des Dt. als Unterrichtssprache. Diese Entwicklung ruft einen Streit um die geeignete Unterrichtsmethode und einen Kampf um die Erhaltung der dt. Muttersprache – 'der Sprache des Herzens' – hervor, in welchem die Geistlichkeit aller Konfessionen die Führung übernimmt. Die Kirchen betrachten nämlich das Dt. als das wichtigste Werkzeug für die Erziehung in der Volksschule, das Frz. als notwendige und bedeutsame Ergänzung. Im Kampf mit den Schulbehörden wird das Frz. für die um Seelsorge, Katechismus- und Religionsunterricht besorgte katholische Geistlichkeit nicht selten zur Sprache der Irreligion, während die Schulbehörden das Dt. zur Sprache des Obskurantismus abstempeln. Als Bestandsaufnahme vor der Annexion von 1871 lässt sich Folgendes feststellen: Die überwiegende Mehrheit der Elsässer spricht die Mundart, versteht und liest Hd.; die aktive Kompetenz in dieser Sprache geht aber zurück, sodass nach 1871 die dt. Behörden z.T. Schwierigkeiten haben, überall Honoratioren zu finden, die Dt. in Rede und Schrift vollkommen beherrschen. Die Jugend ist im Frz. am weitesten fortgeschritten. Das Großbürgertum ist weitgehend zum Frz. übergegangen. Diese Sprache wird zum äußeren Kennzeichen der sozialen Zugehörigkeit. In den freien Berufen, den mittleren gebildeten Ständen, bei den Geistlichen, Ärzten,

Anwalten und Beamten wechselt Frz., die Sprache der Berufsausbildung (die Pastoren bilden hier z.T. eine Ausnahme), und Dt., das die Ausübung des Berufs verlangt.

1.3 Von 1871 bis 1945

Hinsichtlich des Dt. – Ma. und Standardsprache – unterschied sich das E. von ähnlich alphabetisierten Gegenden des Dt. Reichs durch eine von der dt. Verwaltung nach 1870 beklagte, geringere Beherrschung des Dt. in seiner geschriebenen Form. Die intendierte sprachliche 'Rückkehr zur Natur' (Treitschke, Reichstagsrede 17.12.1874) und die Entfernung des in dieser Perspektive artfremden, aufgezwungenen Frz. unter Berufung auf die gemeinsamen sprachlichen und kulturellen Grundlagen unter Einsatz der Hilfsmittel des modernen Staates stießen auf den in Wahlen bekundeten nationalen Zugehrigkeitswillen der Elsässer, die aus der zwei Jahrhunderte alten, mit F. gemeinsamen Geschichte den Anspruch ableiteten, dem Frz. müsste neben dem Dt. eine Sonderstellung eingeräumt werden.

Die Abwanderung der Optanten und der Zustrom altdt. Einwanderer (1910 über 40% in Strassburg) führten dazu, dass in einigen Stadtvierteln mit starker Konzentration von Altdeutschen Hochdt. als gesprochene Sprache erschien. Die dt. Sprachpolitik nach 1870 zeichnete sich durch eine rasche und weit reichende Einführung der dt. Sprache in allen Bereichen des öffentlichen Lebens aus, die durch mancherlei Übergangsbestimmungen zu Gunsten des Frz. gemildert wurde. Als Hauptkampfchauplatz der sprachpolitischen Gefechte kann die Schule gelten. Die allgemeine Schulpflicht mit Dt. als Unterrichtssprache, der allgemeine Heeresdienst – vorwiegend außerhalb des Reichslandes – und beim städtischen Mittelstand die zunehmende Zeitungslektüre, die wirtschaftliche Notwendigkeit, die starke Einwanderungsbewegung Altdeutscher und die daraus folgenden Mischehen, der bedeutende Anteil der Altdeutschen in Gewerbe, Handel, Verwaltung und Lehrerschaft, der zunehmende Verkehr und die Verbindung mit den rechtsrheinischen Ländern führten allmählich dazu, dass die dt. Standardsprache in fast allen Schichten der Bevölkerung mit ziemlicher Vollkommenheit in der Schrift beherrscht wurde.

Ganz allgemein lässt sich feststellen, dass die Mundart in der Familie und im täglichen Verkehr die übliche Vehikularsprache blieb. Im Vergleich zur Periode vor 1870 sind die nachfolgenden Veränderungen hinsichtlich ihres Stellenwertes festzustellen: Auf der Bühne und in der Lyrik erringt sie literarischen Rang. Ebenfalls in die politischen Auseinandersetzungen einbezogen, wird sie in Kreisen, die des Frz. mächtig sind, durch diese Sprache als Haussprache verdrängt, in den mittleren Schichten, die nicht mehr genügend Frz. können, wird der Gebrauch des Dialekts als demonstrative oppositionelle Haltung und als Ablehnung des Hdt. verstanden und in dieser Funktion auch als 'Filter gegen die Germanisierung' von F. aus gewertet. Das Frz. avancierte zur prestigebeladenen vornehmen 'Sonntagssprache', zum 'Hdt. des E.', zum Demonstrationsmittel frz. Gesinnung und Bildung, um dem altdt. Bürgertum gegenüber eine scharfe Trennungslinie zu markieren, dies generell oder durch spontanes Code-Switching aus der Mundart bei Gegenwart Altdeutscher. Durch Privatunterricht, der später durch die Verwaltung eingeschränkt wurde, durch das Lesen frz. Literatur, Zeitschriften und Zeitungen und durch den Besuch frz. Pensionate gelang es dem gehobenen Bürgertum, auch nach der 1887 durch den Passzwang erreichten relativen Abschottung, den Kontakt zu F. und zur frz. Kultur nicht abreißen zu lassen. Während demnach in den oberen Schichten das Frz. z.T. die Mundart verdrängte, verlor es in den unteren Schichten an Bedeutung, weil die Familie ohne Unterstützung der Schule nicht in der Lage waren es am Leben zu erhalten. Diskussionen über die els. Kultur als Doppelkultur, der Versuch der Gruppierung um R. Schickel, die Elemente eines 'geistigen Elsssertums' zu definieren, eine regelrechte Explosion

im Zeitungs- und Zeitschriftenwesen, das Aufblühen der wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Heimatforschung und besonders eine rege Aktivität im Bereich der Dialektlexikografie charakterisieren diese Epoche. Die, wenn auch nur teilweise erreichte, Befriedung in sprachlicher und psychologischer Hinsicht und die damit verbundenen Ergebnisse wurden zwischen 1914 und 1918 z.T. zunichte gemacht, als die militärischen Behörden trotz der Warnungen und Einwände von Seiten der als zu lässig betrachteten zivilen Verwaltung Maßnahmen der sprachlichen Repression ergriffen (z.B. 'Verordnung betreffend die Beseitigung der äußeren Zeichen frz. Gesinnung' oder Warnung 'vor dem öffentlichen Gebrauch der frz. Sprache als Ausdruck der Deutschfeindlichkeit'), die nicht alle wieder rückgängig gemacht werden konnten. So wurde, was in über 40 Jahren eher behutsam vorangetrieben worden war, in wenigen Jahren zerstört.

Versucht man eine Bestandsaufnahme am Ende der dt. Periode, so ist zunächst festzustellen, dass durch Schule und Einwanderung von Altdeutschen das Dt. in die früher rein frz. Sprachgebiete vorgedrungen war, obwohl diese weder das rom. Patois noch die frz. Standardsprache aufgaben. Landwirte, Arbeiter, kleine Handwerker und überwiegende Teile der Landbevölkerung sprachen ausschließlich Mundart und schrieben Dt. Die im Handels- und Dienstleistungssektor Berufstätigen verwendeten neben dem Dialekt auch die dt. und z.T. die frz. Standardsprache, untere und mittlere Beamte tendierten zum Hdt. Bei hohen els. Beamten und Angehörigen der freien Berufe wurde je nach Lage Frz., Mundart oder Dt. (dies jedoch nie unter sich oder mit Einheimischen) gesprochen. Das Großbürgertum sprach Frz. und übte in dieser Hinsicht einen Einfluss auf das städtische mittlere und Kleinbürgertum aus.

1.4 1918-1945

Nach der dt. 'Regermanisierungspolitik' nach 1871 verfolgte F. nach 1918 eine spiegelverkehrte Französisierungspolitik, die zwar stets den politischen Willen der Bevölkerung in den Vordergrund rückte, aber auch von der Auffassung getragen war, man könne dadurch den Rechtsanspruch des potenziellen Gegners auf die Provinz entkräften. Diese Entwicklung wurde besonders im öffentlichen Dienst als diskriminierend empfunden, weil leitende Stellungen überwiegend von Binnenfranzosen oder sog. 'Revenants' (Rückkehrer) übernommen wurden, und Sprachkompetenz im Frz. oft vor Sachkompetenz rangierte. Dies trug nicht wenig zum sog. 'els. Unbehagen' (malaise) bei, das in die 'autonomistische Krise' mündete. Die wichtigsten Entscheidungen fielen jedoch im schulischen Bereich: am 15.1.1920 wurde Frz. als Unterrichtssprache in allem VS angeordnet, Dt. wurde vom 3. Schuljahr an 3 Stunden pro Woche gestattet, und die 4 Religionsstunden konnten ebenfalls auf dt. erfolgen, solange die Kinder nicht im Stande waren, diesem Unterricht auf frz. zu folgen. Das einheimische Lehrpersonal musste z.T. 'Praktika' an innerfrz. Schulen absolvieren, um sich die Lehrbefähigung anzueignen. Lehrpersonal und Schulinspektoren aus Innerfrankreich wurden im E. eingesetzt. Lehrerorganisationen, aber auch Vertreter anderer beruflicher Verbände warnten vor einer allgemeinen Verschlechterung der Schulausbildung, da die Schüler weder richtig Frz. noch Dt. beherrschten. Weitere Beschwerden und Interventionen der Gewählten führten 1927 zu Konzessionen (2 Stunden pro Woche dt. Leseunterricht ab der 2. Hälfte des 2. Schuljahres) und Einführung einer obligatorischen Prüfung im Fach Dt. bei der Abschlussprüfung der VS für Kinder der dialektofonen Familien). Während früher die Gewinnung der Oberschicht und der oberen Mittelschichten für die nationale Sprache angestrebt wurde, wurde diesmal der Versuch in Angriff genommen, die ganze Bevölkerung zu erreichen. In der Zeit zwischen 1870 und 1918 hatten große Teile des Mittelstandes, um sich von den 'Altdeutschen' abzusondern, den ihr als ungebildet erscheinenden Dialekt zu Gunsten des Frz. aufgegeben, dadurch die sozialen Trennungslinien durch eine Sprachlinie verschärft und dem Frz. das Kriterium des

sozialen Unterscheidungsmerkmal aufgeprägt. Diese Entwicklung verstärkte sich nach 1918, denn die Unterrichtserfolge der Schule, besonders wenn die Praxis des Frz. danach ausblieb, waren trotz offizieller Erfolgsmeldungen z.T. zumindest unterschiedlich. In dieser Zeit entstand die mehrfache Teilsprachigkeit, die grosse Teile der unteren Mittelschicht und die Unterschichten der els. Bevölkerung charakterisierte. In dieser Gruppe blieb Els. die gesprochene und Dt. die geschriebene Sprache, wenn Frz. auch, aber vorwiegend nur passiv beherrscht wurde.

In der Zeit der Gleichschaltung mit dem Reich und der Annexion des E. wurden indirekt wichtige Weichen für die spätere Sprachentwicklung gestellt, die nur als Reaktion auf die Periode 1940-45 zu verstehen ist. Nicht ins E. zurückgekehrte Evakuierte, Ausweisungen von 'Gegnern des Deutschtums' und Umsiedlungen in das Reich und den Warthegau nach 1942 brachten nur leichte Verschiebungen in der sprachlichen Struktur. Tief greifender bestimmten die gewaltsamen und lückenlosen Entwelschungs- und Rückdeutschungsmaßnahmen den offiziellen sprachlichen Alltag. Unter dem auf unzähligen Plakaten verkündeten Motto "Hinaus mit dem welschen Plunder" wurden Maßnahmen getroffen, die den welschen Firnis entfernen sollten. Zahlreiche Verordnungen verboten z.B. unter Androhung von KZ-Haft den als provokatorisch gewerteten Gebrauch der frz. Sprache in der Öffentlichkeit. Frz. wurde aus der Schule verbannt, frz. Bücher aus öffentlichen Büchereien entfernt (die aus privatem Besitz sollten bei 'deutschen' Sonnenwendfeiern verbrannt werden), frz. Straßennamen und Firmenbezeichnungen wurden übermalt, Frz. sollte aus dem Gottesdienst verschwinden, auf den Grabinschriften, aber auch in den Wohnungen (Diplome, Kalender, Wandsprüche, Mehl-, Salz- und Pfefferbehälter, Warm-kalt-Wasserhähne) und in der Toponymie ersetzt werden. Eine Verordnung des Gauleiters (16.8.1940) befahl die Entwelschung der Familien- und Vornamen. Um die Reinheit der Ma. wiederherzustellen sollten als 'Geschmacksfehler' empfundene frz. Wörter wie z.B. bonjour, adieu, au revoir, voilà, pardon, trottoir, tram(way), billet usw. ausgemerzt werden, selbst wenn sie in D. gebräuchlich waren, denn im E. galten sie als Parteinahme, die den 'Französling' entlarvte. Die Vereinigung der 'Kultur'- mit der 'Staatsnation' und die befohlene Rückbesinnung auf das Deutschtum sollten im Gegensatz zur von 1871 bis 1918 praktizierten 'Politik der Schwäche' in wenigen Jahren die 'sprachliche Einheit' mit dem Reich herstellen. Die Folgen der nazistischen Spachterrors liegen nicht so sehr in der Verbannung des Frz. für 4-5 Schuljahrgänge, als vielmehr in den Maßnahmen, die nach 1945 einen tiefen Einschnitt in die Entwicklung der sprachlichen Situation bewirkten. Dt. wurde nach 1945 nicht nur als Sprache des Feindes, wie 1870, sondern als 'feindliche' Sprache betrachtet und behandelt, und das Nicht-Beherrschen des Frz. führte zuweilen zu einem diffusen kollektiven Schuldempfinden; der drastische und wahrscheinlich folgenträchtigste Einschnitt in der Sprachpolitik nach 1945 aber war die Abschaffung des Deutschunterrichts in der Grundschule.

2. Die Sprachen im Elsass nach 1945

Die nach 1945 einsetzende Sprachpolitik – mit der Schule als Hauptvektor – führt zur Minorisierung und schließlich zur Verdrängung des Dt. und der Ma. Während im übrigen F. nach 1945 der Mythos des allgemeinen Widerstandes blühte, blieben im E. das Trauma der Annexion und die damit verbundenen Verdächtigungen wie ein Stachel im Fleisch lebendig. Die Nichtübereinstimmung des offiziellen kollektiven Gedächtnisses und der els. Erinnerungen war stärker als die vordergründige patriotische Einhelligkeit. Der latente Verdacht, der auf den "Opfern/Komplizen" lastete, sowie die Müdigkeit der Generationen, die seit 1870 vier Mal die Staatsangehörigkeit gewechselt hatten, ebneten den Weg für die kulturelle Assimilierung. Dt., zunächst Feindes-, dann Fremdsprache, später "Sprache des Nachbarn" und sogar

"Regionalsprache Frankreichs" verlor seine soziale Existenz, während die Ma. verkümmerte und ihre Weitergabe in der Familie heute gefährdet ist. Erst spät artikulierten die Elsässer ihr Befremden darüber, dass ihnen das Verleugnen ihrer Sprache als Gradmesser ihres Patriotismus zugemutet wurde nach Art eines ungeschriebenen Pakts, in dem man die stillschweigende Aufgabe regionaler Besonderheiten gegen die Wiedereingliederung in den Nationalmythos eintauscht.

Nach langer beharrlicher und z.T. behutsamer Überlagerung bestimmter Schichten und Domanen mit dem Frz., das die Lücke der nicht mehr vorhandenen dt.sprachigen Staatlichkeit ausfüllt, kommt es heute zu einem Sprachersatz. Funktionsverlust der Ma., Konformitätsideologie und ein verändertes Sprachwertesystem führen zu einem Akkulturationsprozess. Bei dem Versuch wie 1870, 1918 und 1945, die jeweils andere Nationalsprache zu delegitimieren, wird, gelegentlich mit spiegelbildlicher opportunistischer Umkehrung der Argumente, die Zugehörigkeit in der Perspektive der frz. Willens- und Staatsnation bzw. der dt. ethnisch, kulturell-sprachlich definierten entgegengestellt.

2.1 Sprachkontakte Elsässisch-Französisch-Standarddeutsch

Konformitätsideologie, die stark monoglossisch ausgeprägte normbetonte, variantenfeindliche frz. Sprachtradition, die im E. kein anerkanntes Regionalfrz. als Umgangssprache sich entfalten ließ, führen zu einem Sprachwertesystem, das häufig zu Sprachunsicherheit führt, da das Muster der frz. Sprachhaltung auf die drei vorhandenen Idiome projiziert wird. Die Interferenz der Diachronie der politisch-militärischen dt.-frz. Antagonismen mit dem synchronischen Konflikt in der Sprachenhierarchie wird weiterhin instrumentalisiert, um ein funktionales Nebeneinander von els. und Standarddt. zu erschweren und ihre Verwandtschaft zu verwischen. Die nacheinander als Dt., Elsässerdt. und heute als Els. Bezeichnete Ma., die bis ins 20. Jh. in übergreifende dt. Sprachräume eingegliedert war, besteht nur noch infolge der Dachlosigkeit und des mangelnden Sprachkontinuums zum Dt. auf der grundmundartlichen Ebene. Als prestigearme Varietät – die Auffassung, dass nur die in der Schule erlernte als vollwertige Sprache gilt, führt zur Entwertung der anderen Idiome – verleitet sie permanent zur sprachlichen Unterwerfung und leidet überdies unter der Übertragung des frz. 'richtig/falsch'-Musters, das wichtiger wird als die eigentliche Kommunikationskompetenz. Dt. hat weitgehend den Status einer erlernten Fremdsprache, wobei standardarddt-els. Interferenzerscheinungen zu einer gewissen Einschränkung des Status der Dachlosigkeit führen können. Bei grenzüberschreitenden Arbeitspendlern im N/NW des E. scheint diese Situation die Mundartpraxis zu stabilisieren (insges. 70.000); in Richtung Schweiz dagegen führt sie häufig zu Frz.gebrauch, der als positives distinktives Merkmal gewertet wird.

2.2 Zur Sprecherpopulation

Da die vorhandenen Erhebungen auf den 'erklärten' und nur selten überprüften Sprachkenntnissen beruhen, die Fragestellung oft teleologisch ausgerichtet und variabel (Mutter-, Standardsprache mit oder ohne Berücksichtigung der Ma.) ist, sind die Angaben hinsichtlich des effektiven Sprachbeherrschungsgrad nur bedingt aussagefähig. Ältere Sprecher überschätzen häufig ihre Dt.kenntnisse, jüngere legen die frz. Maßstäbe eines überhöhten Stellenwertes des Normativen an.

Bei einer Gesamtwohnbevölkerung von ca. 1,7 Mill. ergibt eine repräsentative Umfrage nach der Quotenmethode (1998): sprechen regelmäßig Ma.: 51% gelegentlich 11%, verstehen aber

sprechen nicht 17%, verstehen noch sprechen 21%. Die entsprechende % sind in den Altersgruppen 18-24: 22, 15, 24, 39; 25-34: 33, 11, 27, 29; 35-49: 49, 16, 13, 22; 50-64: 67, 8, 13, 12; über 65: 79, 5, 10, 6. Schätzungen von 1995 ergeben 6,5% (3-6 J.) und 14,5% (6-11 J.) Dialektsprecher, was auf eine Verallgemeinerung der familiären Nichtweitergabe der Ma. schließen lässt. Bedeutende Schwankungen differenzieren die Sprachpraxis der Erwachsenen (hier: Els. regelmäßig, 1998) nach Schulausbildung (Volksschule: 72%, Hochschule: 27%), Wohnort (Dorf: 65%, über 20.000: 39%), Beruf (Angestellte: 49%, Führungspersonal: 26%). Bei einer Umfrage von September 2001 (Population: 77% im E. geboren, 63% mit 2 dialektofonen Eltern, 9% mit 1 dialektofonem Elternteil, 28% Nichtdialektfonen) sind 64% der Ansicht, dass der Gebrauch des Els. Zurückgeht, 2%, dass er steigt und 34%, dass er stabil bleibt. 34% behaupten sehr oft els. Zu sprechen, 15% ziemlich oft, 12% fast nie. 12% behaupten Els. Zu verstehen aber nicht zu sprechen und 27% geben an, es weder zu sprechen noch zu verstehen. Die entsprechenden Zahlen einer vergleichbaren Umfrage von 1990 – zwischen den zwei Volkszählungen von 1990 und 1999 gab es 122 000 Zuwanderer im E. – sind: 40,4%; 20,5%; 9,8%; 14,6%; 14,6%. Sie zeigen einen bedeutenden Rückgang der aktiven Ma.sprecher (60,5%-49%) und ein Ansteigen der rein Frankofonen (14,6%-27%).

2.3 Domänen im Bereich der Mündlichkeit

Auf Grund der Durchdringung sämtlicher Lebensbereiche mit Frz. und der Verringerung der Kontakte Gleichsprachiger in der Ma. hat diese ihre frühere Polyfunktionalität und Multidirektionalität eingebüßt. Das (nach 1945 zunächst in der Schule untersagte) Ma.sprechen weist ein deutliches Stadt/Landgefälle, starke Konservierungs- (N, NW) und Schwundgebiete (Großstadt) auf. Ma. wird vor allem mit Mitschülern, in der Grund- und Berufsschule gesprochen und geht mit wachsendem Alter überall zurück zu Gunsten des Frz. Versuche z.B. mit Zählreimen in der Vorschule, die Ma. wieder zu beleben, sind selten und die Einschulung unterbricht oft die familiäre Weitergabe der Ma. Im familieninternen Bereich ist durch alle Altersgruppen die Ma.praxis am stärksten mit einem Gefälle von den Großeltern zu den Ehepartnern/Eltern, Geschwistern und im E. lebenden Verwandten. Die gespaltene sprachliche Kommunikationspraxis der Ehepartner unter sich (Ma.) mit den Kindern (Frz.), die mit dem Argument der Optimierung der Frz.kenntnisse begründet wird, hat auch als Grund die Furcht, dass bei Primärsozialisation in der Ma. eine schulische, den Sozialaufstieg hinderliche Diskriminierung entsteht, und die Zugehörigkeit zu den großräumigen Interaktionsnetzen gefährdet wird. Das "Drei-Generationenmodell", das zur Aufgabe des Dialekts führt (Übergang von Ma.-sprechenden Großeltern zu zweisprachigen Eltern und zu sporadisch zweisprachigen Kindern, die nur noch über eine passive Ma.kenntnis verfügen), wird durch die schnelle Auflösung der unter einem Dach wohnenden Großfamilie beschleunigt. Der Ma.gebrauch des Vaters ist deutlich stärker als der der Mutter. Bei Kindern und Jugendlichen ist auch ein mit wachsendem Alter häufiger Übergang zum Frz. festzustellen, was mit verändertem Verhaltensmodell und der Selbsteinschätzung der Sprachfertigkeit zusammenhängt. In der Öffentlichkeit erscheint die situative Steuerung deutlich und sie zeigt eine Frz.dominanz, die mit dem Behörde/Amts(gebäude)-Kriterium wächst, die aus dem Gefälle zu Ungunsten der Ma. zwischen den Domänen Einkaufen, Bank, Rathaus/Postamt/Krankenkasse hervorgeht. Die sprachliche Unterwerfungshaltung, der ein Unbehagen in der eigenen Ma. zu Grunde liegt, manifestiert sich sowohl in der Befürchtung einer prestigemindernden soziokulturellen Einstufung wie im Willen der Zugehörigkeit zu einer integrierten, angepassten Sozialkategorie. Frz. als Koiné verdrängt die Ma., wenn auf Grund regionaler Ma.variationen, eine Verständigungsschwelle vermutet wird. Der Ma. werden – neben dem Muster der frz. Sprachhaltung – auch unterschwellig häufig Kriterien wie 'Echtheit, Reinheit' angelegt, die Els. als statisches, unmodernes Idiom erscheinen lassen und zusätzlich zu Defiziteinschätzung und zögerlichem

Gebrauch führen können. Bei einer Umfrage von September 2001 meinen 68%, dass Els.kompetenz im Beruf von Vorteil ist (64% bei Landwirten und leitenden Angestellten, 84% bei Angestellten im mittleren Bereich, 55% bei Arbeitern). Nur 15,5% der Befragten geben an, Els. an ihre Kinder weiterzugeben (dazu noch 13% 'ein wenig'). Die Weitergabequote von 21% der 35-49-jährigen fällt auf 12,5% bei den 18-34 jährigen. Das Arbeitermilieu hat die höchste Quote, die gegen Null tendiert, wenn nur ein Elternteil els. spricht. Die Beschleunigung der Nicht-Weitergabe in der Familie verläuft parallel zur fortschreitenden 'Privatisierung' des Mundartgebrauchs: 98% in der Familie, 88% mit Freunden, 48% im Berufsleben.

Mit dem drastischen Rückgang der in der Landwirtschaft Beschäftigten, dem hohen Anteil der Zuwanderer in der Industrie und dem Wachsen des Dienstleistungssektors hat die Ma. am Arbeitsplatz ständig Positionen eingebüßt. Die Heterogenität der Kollegenschaft begünstigt das Frz., dessen Gebrauch auch mit dem Steigen in der Hierarchieskala zunimmt.

Im regionalen Rundfunk/Fernsehen ist die Ma. an Wochentagen auf wenige Minuten geschrumpft mit Ausnahme der Radio France Mettelwelle, die auch dt.sprachige Nachrichten sendet – eine bekannte frz. Zeichentrickfilmserie ist allerdings ins Els. übertragen worden –, während dt. Sender vor allem im Bereich der Unterhaltung (Musik) und Sportsendungen (vorwiegend ältere) Hörer/Zuschauer behalten. Vor allem die Vereins- und Amateur-Ma.bühne erfreut sich großer Beliebtheit. Dt. hält sich, wenn auch abnehmend (besonders im protestantischen) Gottesdienst, wo auch Ma.liturgie erprobt wird. Diese Praxis führt allerdings zu Alterssegregation in den Gemeinden.

2.4 Domänen im Bereich der Schriftlichkeit

Die fast uneingeschränkte Frz.dominanz erlaubt nur bescheidene els./dt. Nischen, so die zweisprachige (els./frz.) Straßenbeschilderung, die zunimmt, die fast ausnahmslos gebrauchte Möglichkeit bei Wahlen neben Frz. auch Dt. beim Wahlprogrammaterial zu benutzen und das Überleben der zweisprachigen Presseorgane, vor allem im religiös-kirchlichen Bereich (L'Ami du peuple/Der Volksfreund, Le Messenger) und bei den zwei Tageszeitungen: die zweisprachigen Ausgaben betragen bei den Dernières Nouvelles d'Alsace 1980: 28,7%, 1984: 23,4%, 1990: 17,8%, 1995: 13,5%, bei L'Alsace 1984: 17,5%, 1992: ca. 9%, 1995: 7,8%. Bemerkenswert ist immerhin das Erscheinen einiger Comicstrips (Tintin, Astérix) in der Ma.

Trotz Erscheinen von zwei Ma. Grammatiken, von Lehrbüchern zum Erlernen der Ma. und einiger lexikografischer Werke bleiben die Schwierigkeiten bei der Verschriftlichung der Ma. erheblich, zumal diese unter dem Stigma der ausschließlichen Mündlichkeit leidet. Es stehen sich nicht nur mehrere graphematische Lösungsvorschläge gegenüber; schwer wiegender noch ist die Entscheidung bei der Alternative: authentische lokale Ma. oder 'supralokale', stärker am Dt. orientierte Variante. Die Schwäche des regionalen Verlagswesens erschwert die Ma.publikation und macht die dt. de facto unmöglich im E.

2.5 Deutsch und Elsässerdeutsch in Schule und Hochschule

Mit der Wiedereinsetzung 1945 von Frz. als Amts- und Gerichtssprache (Dt. und Ma. sind mit Dolmetschung vor Gericht, Dt. bei Notariatsakten erlaubt), ist Dt. aus dem Primärschulwesen (provisorisch!) entfernt worden. Verschiedene Versuche, es wieder einzuführen sind an mangelnder Qualifikation des Personals, fehlendem Einsatz der Schulverwaltung und Opposition

von Lehrgewerkschaften regelmäßig gescheitert. Bescheidene Versuche in den 70er und 80er-Jahren, das damals noch vorhandene Ma.- Substrat zu nutzen (z.B. mit Kontrastivmethoden), zeigten nur geringe Erfolge. Die andauernde Verhinderungsstrategie einiger Lehrgewerkschaften und Elternverbänden und die nur schwach ausgebildete Entwicklung und Anwendung von Kontrastivmethoden führen heute zu einer äußerst bescheidene Nutzung des noch vorhandenen Ma.substrates. Mit der abnehmenden Wahl von Dt. als 1. Fremdsprache erfolgt eine weitere Banalisierung der Sprachenlage. Die amtliche Anerkennung von Dt. und Els. als die zwei Varianten einer Regionalsprache Frankreichs bleibt weiterhin umstritten und im Schulbereich nicht einklagbar, zumal Frankreich 1999 die die europäische Charta der Regional- oder Minderheitssprachen zwar unterschrieben, aber wegen Widerspruch des Verfassungsrats nicht ratifiziert hat. Als historisch bedeutsamer Schritt kann allerdings der Anfang der 90er-Jahre zunächst im privaten (ABCM/Zweispachigkeit), dann im öffentlichen Schulwesen mit starker Unterstützung der Regionalkörperschaften eingeführte paritäre Unterricht (13 Stunden frz., 13 Stunden dt.) gelten, der auch durch ein Abkommen mit dem Unterrichtsministerium gefördert wird. Diese Unterrichtsform wird 2001 von ca. 10 000 Schülern (unter Einschluss der Klassen mit Dt. als Unterrichtssprache in einigen Fächern) wahrgenommen. Hier ist auch das Wirken des Regionalamtes für die Zweisprachigkeit zu erwähnen. Schwierigkeiten bei der Lehrerausbildung – ein Spezialinstitut ist in Guebwiller eingerichtet worden –, die negative Auswirkung einer Polemik, die mit dem Argument der 'Regermanisierung' des E. operiert sowie die offene Frage des Platzes des Els. erschweren jedoch die Ausdehnung dieser Unterrichtsformen. Els.kurse werden an der Volkshochschulen und auf Vereinsbasis (z.T. Culture et bilinguisme d'Alsace et de Moselle/René Schickele-Gesellschaft) angeboten.

Die Universität Strassburg hat eine große Tradition im Bereich Germanistik und behält hohe Studentenzahlen, die zuweilen ihre Fachwahl mit dem (überschätzten) Ma.substrat begründen. Die Dialektologie und Sprachgeschichte bewahren noch einen ansehnlichen Platz im Lehrangebot. Im dialektologischen Institut sind die zwei erschienenen Bände des elsässischen Sprachatlas ausgearbeitet worden. Laufende Forschungsvorhaben sind im sprachhistorischen (S. Brant) und soziolinguistischen Bereich zu verzeichnen. An der Universität Mulhouse wird eine Edition der Werke von André Weckmann erstellt.

2.6 Literatur und Kultur im Elsass

Die Ma.literatur beginnt im 19. Jh. mit J.G. Daniel Arnolds Pfingstmontag (1816), und setzt sich vor allem auf der Bühne (Gustave Stoskopf, D'r Herr Maire) und in der Lyrik (Brüder Matthis) fort. Sie versteht sich als identitätsaffirmativ, z.T. sogar oppositionell als 'Filter gegen die Germanisierung' von 1870-1918, während René Schickele und einige Mitstreiter die dt;-frz. Doppelkultur im Sinne eines pazifistischen, europäischen und offenen 'geistigen Elsässertums' zu definieren versuchen. Albert Schweizer, Jean Hans Arp, Yvan Goll, Maxime Alexandre setzen gewissermaßen diese Tradition fort. Nathan Katz ist mit seiner Dialektlyrik und dem Bühnenwerk Annele Balthasar zwischen den zwei Kriegen von Bedeutung. Aus der epigonenhaften Produktion treten vor allem in den 60er-Jahren eine Reihe von Autoren heraus. Mit dem Regionalismus kommt es zu einem gewissen Abbau der negativen Konnotationen des Ma.gebrauchs und zur fruchtbaren Verbindung im grenzüberschreitenden Kampf gegen die Zerstörung der natürlichen und kulturellen Umwelt. Als Protestsänger und Liedermacher sind vor allem Roger Siffer (inzwischen Betreiber einer Kleinkunsthöhle), René Eglès, Roland Engel, die Dichterin und Sängerin Sylvie Reff und das Festival summerlied zu erwähnen. Den Versuch der Sprachmischung (Frz./Ma.) haben René Ehni und Louis Schittly (Dr. Näsdlä) unternommen. In Frz., Ma, Dt. wirken die drei heute bedeutendsten Autoren (Prosa, Essays, Lyrik), André Weckmann (Bluddi Hand; Wie die Würfel fallen; Fonse ou une éducation

tion alsacienne; elsassischi grammatik oder ein Versuch, die Sprache auszuloten), Adrien Finck (Mülmusik; Der Sprachlose), Conrad Winter (Kridestaub; Laconismes), die im Sinne von A. Fincks 'Trifonie' arbeiten. Eine besondere Stellung nehmen der große, leider ohne gleichwertigen Nachfolger gebliebene Kabarettist Germain Müller (Enfin...Redde m'r nimm devunn; De elsässisch Schwane-G'sang) und der große Dichter Claude Vigée, der neben seinen frz. Werk (Lyrik, Prosa, Essays, Übersetzungen) der Ma. Mit Schwärzi sengessle fläckere ém wénd ein gewaltiges Denkmal gesetzt hat.

Das 1898 begründete Théâtre alsacien und die 1970 entstandene Fédération des théâtres alsaciens (Strasbourg, Mulhouse, Colmar, Haguenau, Saverne, Biesheim, Schiltigheim, Guebwiller) sowie ca. 250 Laiengruppen (s. auch die Kabarettgruppe Herre Owe mit T. Troxler in Mulhouse) unterhalten eine sehr lebendige Tradition, die allerdings an einem veralteten, meist schwankartigen Repertoire krankt. Erneuerungsbemühungen mit historisierenden Schauspielen und regionalgeschichtlichem Stoff und vor allem Ma.bearbeitungen großer Autoren (Shakespeare, Molière, Goldoni und zeitgenössische Theaterautoren wie B.M. Koltès, Th. Bernhard, F.X. Kroetz), und neuerdings ein an Beckett oder Ionesco orientiertes Stück (Pflatsch von J. Schmittbiel) suchen Auswege aus dieser Situation. Das Théâtre National de Strasbourg (früher Comédie de l'Est) hat sich mit der Aufführung von Übersetzungen dt.sprachiger Autoren (z.B. Dürrenmatt) verdient gemacht, aber erst in den 90er-Jahren dt.sprachige Gastspiele bzw. Koproduktionen (mit Übertiteln) in signifikantem Umfang gewagt. 2000 wurde dort eine dramatisierte Bearbeitung von Ma.texten von G. Müller in M (D'r Contades Mensch) aufgeführt.

Der dt.-frz. Kultursender ARTE mit Sitz in Strasbourg könnte eine stark ausbaufähige Wirkung haben: der 4-teilige Fernsehfilm Les deux Mathilde (dt. und frz. Fassung) bot allerdings ein verzerrtes Bild der Sprachsituation mit minimalem Anteil der Ma.

3. Ausblick

Die das E. charakterisierende asymmetrische Diglossie verbindet zwei Sprachen miteinander, deren frühere komplementäre Verteilung durch eine Konkurrenz in allen Domänen ersetzt wird. Der Funktionsverlust des Dialekts, die Einschränkung seines räumlichen und thematischen Radius und das Zurückgehen seines Öffentlichkeitsgrades führen dazu, dass er für viele Sprecher nur noch in das standardsprachliche Kommunikationsnetz eingebettete Restfunktionen erfüllt. Die besonders deutliche Auszehrung der Lexik, die durch die Abkoppelung von der zur 'Fremdsprache' – wenn auch mit privilegiertem Status – gewordenen entsprechenden Schriftsprache bewirkt wird, und die Verkümmerng des morphologischen Bestandes sind als Zeichen eines Sprachabbaus zu werten. Die infolgedessen reduzierte Kompetenz des Dialektsprechers wird als Defizit des Dialekts gewertet, der den Kommunikationsanforderungen nicht mehr gerecht wird. Auch leichte Veränderungen in der Struktur des Sprachwertsystems verhindern nicht, dass in den meisten Familien das Frz. in der Spracherlernungsphase die Oberhand gewinnt. Weniger als 20% der Eltern geben die Ma. an ihre Kinder weiter. Initiativen wie das für April 2002 geplante E Friejohr fer unseri Sproch zeugen zwar von der Lebendigkeit der immer noch größten Regionalsprache Frankreichs mit geschätzten 548 000 erwachsenen Sprechern (1999). Doch die Anfeindungen bleiben stark, wenn man sieht, dass ein Elternverband lautstark die Ungleichheit denunziert, dass zweisprachige Klassen im Durchschnitt nur 23,8 Schüler betragen, während die Übrigen auf 24, 3 kommen! Die sprachliche Unsicherheit führt zu einer gewissen 'Schizoglossie' und kann letztlich mit dem 'language suicide' enden, falls die Sprachloyalität keine Abwehrmechanismen entwickelt, die den Akkulturationsprozess bremsen, die 'Heimatlosigkeit in der Sprache' und die 'doppelte Halbsprachigkeit'

beheben. 1980 forderte ein "Aufruf der Dichter, Schriftsteller, Liedermacher und Kulturschaffenden an die els. Gewählten" diese dazu auf, "einen offiziellen Status für unsere Regionalsprache in ihren beiden Komponenten zu erwirken: für den Dialekt die gesprochene Sprache und für das Hochdt. seine Schriftsprache". Für seine Unterzeichner würde "das Verschwinden des Dialekts (...) das Auslöschten unseres kulturelles Erinnerungsvermögens (...) sowie den Zusammenbruch eines der beiden Stützpfeiler der els. Zweisprachigkeit und somit unserer Fähigkeit, uns im europäischen Raum zurechtzufinden", bedeuten. Dies ist bis heute in dieser Form nicht geschehen.

Die 1871, 1918, 1940 und 1945 in Kriegen gegen den "Erbfeind" in besiegten Armeen eingesetzten Elsässer befanden sich jedes Mal nach Abschluss des Krieges im Lager der Sieger. Dieses Schicksal kann nur derjenige als glücklich begreifen, der die dadurch erlittenen seelischen Wunden nicht wahrnimmt. Die Logik von Verdrängung und Erzeugung von Schuldgefühl haben an der elsässischen Psyche, die eine Art Hologramm der deutschen und französischen darstellt, schweren Schaden angerichtet, und der Prozess der sprachverschlingenden und akkulturierenden Normalisierung ist trotz einiger Anzeichen größerer Konvivialität der Sprachen weit fortgeschritten.

Dazu verurteilt "mit dem (zu leben), was die drei Jahrhunderte deutsch-französischen Neben- und Gegeneinandern zwischen Rhein und Vogesen angeschwemmt haben" (A. Weckmann), sind die Elsässer nun dazu aufgerufen, sich von dem Flitterwerk des ewig unentschlossenen und unzufriedenen "Hans im Schnokeloch" zu befreien, einem Stereotyp, das dem Elsässer von außen her, von zwei Gesellschaften, die Gefangene ihrer eigenen sprachlichen Abgeschlossenheit sind, aufgezwungen wurde, selbst wenn dieser sie seitdem verinnerlicht hat. Da jegliche irredentistische Versuchung nunmehr beseitigt ist, kein dt. Anspruch auf das E. mehr besteht und "die Liebe zu Frankreich nicht (mehr notwendigerweise) auf dem Hass der Deutschen" (J. Egen) beruht, können die Elsässer eine Identität fordern, die etwas anderes darstellt, als die immer währende Übersetzung, die darauf hinausläuft, das Original überflüssig zu machen.

Diese Forderung, die das Manifest Identität und Freiheit (1995) als einen Entwurf zur Öffnung und eine Einladung zum Teilen vorstellt, tritt der Unterstellung entgegen, das E. ziehe sich ängstlich und nostalgisch auf sich selbst zurück. Sie verwahrt sich gegen eine unzulässige Verquickung, die darin eine ethnische Abschottung mit Tendenz zu extremistischem Wahlverhalten erkennen will. Vielmehr gründet sie auf einer Zweisprachigkeit, die den Zugang zu den beiden großen europäischen Kulturen ermöglicht, die im E. verwurzelt sind – und welche von Schule und Gebietskörperschaften allmählich mitgetragen wird. Diese neue Identität kann auch, angesichts der europäischen Einigung, das Gefühl des Verlustes des Nationalstaates auffangen helfen.

Flamen und Wallonen – Zerreißprobe für Belgien?*

Alfred Minke

"Hier ist alles ganz, ganz anders."
(Eine deutsche Publizistin, 1997)

In Baedekers Reiseführer von 1890 wird von einem Besuch Belgiens dringend abgeraten, da das Land infolge der Spannungen zwischen seinen Volksgruppen kurz vor der Auflösung stehe. 112 Jahre später besteht das Königreich Belgien immer noch und nach wie vor rangeln Flamen und Wallonen um ihre tatsächlichen oder vermeintlichen Besitzstände, woraus u.a. zu schließen wäre, dass sich die äußerst komplexe und vielschichtige Realität dieses Landes nicht alleine durch vordergründige Beobachtungen und flüchtige Wahrnehmungen erschließen lässt. Ein längerer Blick in den historischen Rückspiegel kann sicher dazu beitragen, zum einen die Ursprünge des Gegensatzes Flamen-Wallonen offen zu legen und zum andern das breite Spannungsfeld sichtbar zu machen, in dessen Zentrum dieser Konflikt schwelt.

1. Belgien – ein künstliches Gebilde?²

Ohne in den Fehler der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts zu verfallen, das eine Existenz "Belgiens" seit der Römerzeit zu beweisen versuchte – es sei hier an den Ausspruch Julius Cäsars über die "tapfersten" aller Gallier, die Belgier, erinnert –, kann man doch behaupten, dass sich Ende des 18. Jahrhunderts eine spezifische "belgische" Identität herauszubilden begann.

* Überarbeitete und ergänzte Fassung des am 6. Dezember 2001 in Wildbad Kreuth gehaltenen Referats.

¹ Schmitz-Reiners, Marion: Der heimliche Anarchist, in: Der Kontakt, Sonderheft zum 70. Geburtstag des Grenz-Echo, Eupen, 10/1997, S.23-24.

² Die nachfolgenden bibliografischen Hinweise können selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Sie möchten lediglich einen Einblick in den neueren Stand der Geschichtsschreibung bieten, wobei zu berücksichtigen ist, dass diese die gesamtbelgische Perspektive mehr und mehr zu Gunsten einer regionalen bzw. gemeinschaftlichen Sichtweise aufgibt.

Der deutsche Leser findet einen guten Überblick zu Belgien z.B. in: Staatslexikon VI/VII, Die Staaten der Welt, Freiburg, 6/1992, S.116-121. Eine lesenswerte Veröffentlichung, der dieses Referat im Übrigen manches verdankt, ging aus einer Ringvorlesung hervor, die im Sommersemester 1986 an der Universität Köln gehalten wurde: Knabe, Peter-Eckhard: Das Königreich Belgien. Geschichte und Kultur, Köln 1988.

Standardwerk zur Geschichte Belgiens und Paradebeispiel für eine Schule, die die belgische Nation schon im frühen Mittelalter als gegeben ansieht, ist: Pirenne, Henri: Histoire de Belgique depuis les origines jusqu'à nos jours, 7 Bde, Brüssel, 1900-1932 (liegt auch in niederländischer und teilweise in deutscher Fassung vor). Zu Pirenne, dem Nestor der belgischen Geschichtsschreibung, vgl. auch Lyon, B./Pirenne: Henri, a biographical and intellectual study, Gent 1974.

Die belgische Geschichtsschreibung ist dargestellt u.a. in Arnould, Maurice A.: Historiographie de la Belgique. Des origines à 1830, Brüssel, 1947; Vercauteren, Fernand: Cent ans d'histoire nationale en Belgique, Brüssel 1959; Hasquin, Hervé: Historiographie et politique. Essai sur l'Histoire de Belgique et la Wallonie, Charleroi, 1981, ²1982, ³1996.

Einen "gesamt-niederländischen" Blick auf die belgische Geschichte wirft die: Algemene geschiedenis der Nederlanden, 15 Bde, Bussum, 1977-1983.

Hinweise zu wichtigen Persönlichkeiten der belgischen Geschichte finden sich in: Biographie nationale, hrsg. von der Königlichen Akademie, Brüssel, seit 1866 sowie, in handlicher Form, in: Hasquin, Hervé (Hrsg.): Dictionnaire d'histoire de Belgique, Brüssel 1988.

Eine interdisziplinäre Darstellung Belgiens und seiner Bevölkerung unternimmt d'Haenens, Albert (Hrsg.): La Belgique. Un pays raconté par les siens (L'Europe aujourd'hui. Les hommes, leur pays, leur culture), Brüssel 1991. Dieses Buch liegt auch in niederländischer Sprache vor.

Der erste "belgische" Staat – er nannte sich bezeichnenderweise: "Vereinigte Belgische Staaten" – wurde am 10. Januar 1790 als Reaktion auf die Reformpolitik Kaiser Josephs II. (1741-1790) ausgerufen. Damals gehörten das heutige Belgien und Luxemburg zu Österreich, mit Ausnahme allerdings des Fürstbistums Lüttich, das in etwa die heutigen belgischen Provinzen Limburg und Lüttich sowie Teile der Provinzen Namur, Brabant und Luxemburg umfasste. Das Fürstbistum Lüttich war einer der zahlreichen Kleinstaaten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, und auch hier war es 1789 zu einer Revolution gekommen, die den Fürstbischof vertrieben hatte.

Es wäre unhistorisch, die Revolutionen in den österreichischen Niederlanden und in Lüttich als Ausdruck eines "belgischen" Nationalbewusstseins zu werten, aber sie waren ein Zeichen dafür, dass über regionale und lokale Interessen hinaus doch ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl gewachsen war.

Eine völlig neue Entwicklung setzte 1794 ein, als die österreichischen Niederlande und Lüttich von der französischen Republik besetzt und ein Jahr später in den französischen Staatsverband integriert wurden. Die damit beginnende 20-jährige Zugehörigkeit zu Frankreich leitete eine durchgreifende Modernisierung des öffentlichen Lebens in "Belgien" ein. Die alten politischen Einheiten – niederländische Provinzen und Fürstbistum Lüttich – wurden aufgehoben, ihr Territorium wurde neu geordnet und in das moderne französische Verwaltungssystem, das ganz auf Paris hin orientiert war, einbezogen. Aus einer nach Ständen – Adel, Klerus, Bürger – gegliederten Gesellschaft wurde eine Gesellschaft gleichberechtigter Bürger. Schulwesen und Armenpflege wurden der Kirche entzogen und dem Staat anvertraut. In den Staatsschulen wuchs ein "Intelligenzbürgertum" heran, dessen Bildung französisch geprägt war. Die ehemaligen österreichischen Niederlande und das Fürstbistum Lüttich erlebten während der französischen Zeit zudem eine Blüte der Industrie, die ein modernes "Wirtschaftsbürgertum" hervorbrachte.

Die Entstehung einer fundamental neuen Bürgerschicht ist sicherlich das herausragende Ereignis der französischen Zeit. Auch in den flämischen Städten war sie französisch gebildet und fühlte sich in ihren kulturellen Orientierungen ganz als ein Teil der aus der Revolution hervorgegangenen französischen Gesellschaft, allerdings unter dem Identitätsbegriff "Belgier".³

Dieses junge "belgische" Bürgertum wird die 1815 nach dem Sturz Napoleons (1769-1821) erfolgte Lostrennung von Frankreich sicher als Einschnitt empfunden haben. Das durch den Wiener Kongress geschaffene Königreich der Niederlande stellte dennoch eine Chance dar. Die im 16. Jahrhundert ebenfalls durch eine Revolution auseinander gerissenen "großen" Niederlande – die "holländischen" Nordprovinzen, die "belgischen" Südprovinzen einschließlich Luxemburg – waren nun wieder vereinigt und stellten ein beachtliches Wirtschaftspotenzial dar.

Die Bevorzugung der nördlich-protestantischen Provinzen gegenüber dem katholischen Süden bei der Verteilung wichtiger Ämter in Verwaltung und Heer, die Einschränkung der bürgerlichen Rechte, insbesondere der Pressefreiheit, die antikirchliche Schulpolitik und der nach zahlreichen Spannungen mit den katholischen Bischöfen Belgiens ungeschickt eingeleitete Versuch zur Gründung einer Staatskirche brüskierten jedoch schon bald sowohl die katholischen, kirchlich-klerikalen Kräfte, die besonders in den ländlichen Gebieten Flanderns eine breite Gefolgschaft hatten, als auch die Liberalen, die ihren Rückhalt vor allem in den intellektuellen Schichten der großen Städte und der Industriezentren des Südens fanden.⁴

³ Vgl. Hasquin, Hervé (Hrsg.): *La Belgique française, 1792-1815*, Brüssel 1993.

⁴ Vgl. z.B. *Allgemeine Geschichte der Niederlande*, Bd. XI, Bussum 1983; Demoulin, Robert: *Guillaume Ier et la transformation économique des provinces belges (1815-1830)*, Lüttich, 1938.

Die nur in geringem Maße kompromisswillige Politik des niederländischen Königs Wilhelm I. (1772-1843) trug wesentlich dazu bei, dass es nach 1825 zu einer überraschenden Annäherung der sich bis dahin fast unversöhnlich gegenüberstehenden Katholiken und Liberalen kam. Eine jüngere Generation von Katholiken öffnete sich gegenüber den modernen Verfassungsideen; die jüngeren Liberalen verzichteten ihrerseits auf scharfe antiklerikale Agitation. So kam ab 1827, unter dem Einfluss der Presseorgane beider Lager, eine Union des Protestes gegen den königlichen Absolutismus zu Stande.

In einer groß angelegten Petitionsbewegung gegen die königliche Regierung wurde die Union zu einer sichtbaren Aktion. Das "belgische" Bürgertum wuchs zu einer politischen Gemeinschaft zusammen, die das Entstehen einer "belgischen" Nation begünstigte. Die oppositionelle Freiheitsbewegung weitete sich zur Nationalbewegung aus.

König Wilhelm I. fand sich jetzt zwar zu Konzessionen bereit, blieb aber in Bezug auf die Unterrichts- und Pressefreiheit völlig unnachgiebig. Verschiedene Anführer der Oppositionsbewegung mussten ins Exil gehen. Im niederländischen Parlament schlossen sich die "belgischen" Abgeordneten nunmehr zusammen und stimmten gegen alle von der Regierung vorgelegten Gesetzesentwürfe.

Die Revolution vom Juli 1830 in Paris war das Fanal. Am 25. August 1830 erhob sich Brüssel gegen die Niederländer, im September sprang der Funke auf den französischsprachigen Süden über. Am 25. September wurde eine provisorische "belgische" Regierung gebildet, die am 4. Oktober die Unabhängigkeit Belgiens proklamierte. In den folgenden Wochen sahen sich die Niederländer auch zur Aufgabe des flämischen Nordens gezwungen.

Am 3. November 1830 fanden die ersten Wahlen zum belgischen Nationalkongress statt. Stimm-berechtigt waren allerdings nur die "censitaires" – die Vermögenden – und die "capacitaires" – die Gebildeten. Dies entsprach 1% der Bevölkerung. Es ist also nicht falsch, zu sagen, dass die belgische Nation des Jahres 1830 auf das männliche und frankophone Bürgertum beschränkt blieb, wobei sich frankophon sowohl auf das südbelgische als auch auf das flämische Bürgertum bezog.

Der Nationalkongress bestand zu fast gleichen Teilen aus katholischen und liberalen Abgeordneten. Zwischen den Radikalen beider Lager bildete sich ein breites Zentrum, das die gemäßigten Anhänger der Union umfasste. Ausgehend von den mittelalterlichen Gewohnheitsrechten, den Prinzipien von 1789, aber auch der niederländischen "Grondwet" (Grundgesetz) von 1815 erarbeiteten sie eine liberale, fortschrittliche Verfassung, die nach ihrer Verabschiedung am 7. Februar 1831 sehr rasch beispielhaft für alle freiheitsliebenden Oppositionellen Europas wurde.

2. Spannungen zwischen den Volksgruppen – eine Konstante belgischer Geschichte⁵

Das unter alles in allem glücklichen Umständen zustande gekommene Königreich Belgien sah sich schon bald schwierigen Problemen gegenüber. Denn es war entstanden als ein Staat der frankophonen Bourgeoisie, als ein Staat also, in dem eine Klasse und eine Sprache eindeutig bevorzugt waren. Neben den daraus erwachsenden sozialen und sprachlichen Gegensätzen prägten zudem die wieder wachsenden Differenzen zwischen Liberalen und Katholiken das politische Leben Belgiens im 19. Jahrhundert.

Die historische Union der beiden Gruppierungen, ohne die der belgische Staat wohl kaum entstanden wäre, hielt solange, wie dieser außenpolitisch noch nicht gesichert war. Mit dem Erreichen dieses Zieles zu Beginn der 40er-Jahre des 19. Jahrhunderts bröckelte der Wille zur Zusammenarbeit ab. Der Liberalismus wurde nun zum führenden politischen Lager in Belgien und machte das Land zu einem weltoffenen, freiheitlichen, bürgerlichen Staat, der für viele politisch Verfolgte zum Zufluchtsort wurde.

Der große Gegenspieler dieses sozial-konservativen Liberalismus war der politische Katholizismus, der besonders in den flämischen Volksschichten stark verwurzelt war. Seine Anliegen war die Wahrung kirchlicher Interessen und der regionalen, gesellschaftlichen Traditionen.

Das 19. Jahrhundert war aber auch in einem bisher nicht gekannten Maß von sozialen Spannungen und Auseinandersetzungen geprägt. Die Notlage der Arbeiterschaft trat nach 1830 immer offener zu Tage und führte zu anhaltenden Unruhen und Protesten.

Die belgische Arbeiterbewegung legte den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit zunächst auf den politischen Bereich, den Kampf um das allgemeine Wahlrecht, der in den frühen 90er-Jahren des 19. Jahrhunderts mit großer Entschiedenheit ausgefochten wurde. Er führte 1893 zu einer ersten Wahlrechtsreform, die zwar der gesamten männlichen Bevölkerung das Stimmrecht zugestand, die Begüterten und Gebildeten aber mit zusätzlichen Stimmen privilegierte. Nichtsdestoweniger ging die 1885 gegründete Arbeiterpartei aus den Wahlen von 1894 mit 28 Abgeordneten hervor, womit sie die Liberalen überflügelte.

Neben der sozialen Frage, und oft im Zusammenhang mit ihr, wuchs das Sprachenproblem seit den späten 80er-Jahren des 19. Jahrhunderts zu einer Massenbewegung heran. Im Belgien des frankophonen Bürgertums war das Französische wie von selbst die offizielle Staatssprache. Die niederländische Sprache der flämischen Volksschichten war rechtlos.

Zunächst verwandten sich einzelne Vertreter des gebildeten flämischen Bürgertums für den Erhalt und die Pflege der niederländischen Sprache: Jan Frans Willems (1793-1846) in Gent, Hendrik Conscience (1812-1883) in Antwerpen, Jan Baptist David (1801-1866) in Löwen. Von ihnen ging die Gründung von liberalen bzw. katholischen "Fonds" aus, Organisationen, die die Kontinuität und Koordinierung der bürgerlichen Sprachbewegung gewährleisteten. Nach ersten Sprachdekreten zu Gunsten des Niederländischen in Justiz, Verwaltung und Volksschule zwischen 1873 und 1883, wurde das Niederländische im so genannten Gleich-

⁵ Vgl. z.B. Luykx, Theo: Politieke geschiedenis van België, 2 Bände, Amsterdam/Brüssel 1974; Witte, Els/Craeybeckx, Jan: Politieke geschiedenis van België sinds 1830, Antwerpen 1981; Mabile, Xavier: Histoire politique de la Belgique, Brüssel 1986, ²1992; Wils, Lode: Vlaanderen, België, Groot-Nederland. Mythe en geschiedenis, Löwen 1994; Destatte, Philippe: L'identité wallonne. Essai sur l'affirmation politique de la Wallonie (XIX-XXèmes siècles), Charleroi 1997; Witte, Els (Hrsg.): Histoire de Flandre des origines à nos jours, Brüssel 1983.

heitsgesetz von 1898 dem Französischen als Gesetzessprache gleichgestellt. Eine Petition von Hunderttausenden im Jahre 1910 für die Errichtung einer flämischen Universität in Gent machte jedoch deutlich, dass die flämische Bewegung sich nicht mehr damit zufrieden gab, nur eine Sprachbewegung zu sein.

Während des ersten Weltkriegs zeichnete sich hier eine neue Entwicklung ab, die von den deutschen Besatzungsbehörden begünstigt wurde. Diese gründeten 1916 in Gent eine flämische Universität, ließen die Schaffung eines "Rates von Flandern" zu und führten ganz bewusst eine neue Verwaltungsgrenze zwischen dem niederländischen und dem französischen Sprachgebiet ein. Eine Gruppe von "Aktivisten", die so genannten Jungflamen, scherten daraufhin aus der nationalen Kriegsfront aus, befürworteten eine Kooperation mit Deutschland und riefen im Januar 1918 ein unabhängiges Flandern aus. Die "Frontisten", eine flämische Bewegung innerhalb des belgischen Heeres, lehnten sich gleichzeitig gegen die französische Kommandosprache auf und wurde gegen Kriegsende immer stärker antimilitaristisch. Die flämische Bewegung entwickelte sich endgültig von einer durch Bürgerliche getragenen Sprachbewegung zu einer von breiten Volksschichten unterstützten politischen Bewegung, die auch in einem nach Kriegsende stark nach Frankreich orientierten Belgien nicht mehr zum Schweigen gebracht werden konnte.

Im Zeichen des nationalen Notstands hatte das bürgerliche Lager während des Ersten Weltkriegs übrigens erstmals Vertreter der Arbeiterpartei in die Regierung aufgenommen, und seit dieser Zeit wurden die Sozialisten zunehmend zu einer anerkannten politischen Kraft im Lande.

Durch die im Versailler Vertrag verfügte Abtretung von Eupen-Malmedy durch das Deutsche Reich kam Belgien 1920 offiziell zu einer deutschen Volksgruppe, die den Flamen und Wallonen zahlenmäßig jedoch weit unterlegen war. Im Übrigen hatten bereits nach 1830 über 100.000 Belgier bei einer Volkszählung Deutsch als ihre Muttersprache angegeben, eine Tatsache, die die Regierungsverantwortlichen jedoch nie zur Kenntnis nehmen wollen.⁶

Von den großen Wirtschaftskrisen in den Jahren 1920-1940 blieb auch Belgien nicht verschont. Die schwerste Finanzkrise seit Bestehen des Staates konnte 1926 nur durch eine drastische Abwertung des Franken gebannt werden. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 trieb die Arbeitslosigkeit bedenklich in die Höhe. Die Sozialisten gingen in die Opposition, und die schweren innenpolitischen Belastungen konnten erst 1935 mit der Bildung einer Regierung der nationalen Einheit ausgeräumt werden. Die Kommunisten, flämischen Nationalisten und faschistischen Rechten im südlichen Landesteil – für den sich die Bezeichnung Wallonie durchgesetzt hatte – wurden von einer großen Koalition aus Katholiken, Sozialisten und Liberalen in die Opposition gedrängt.

Die flämische Bewegung entwickelte in diesen Jahren zunehmend einen sich auf das Volkstum berufenden Nationalismus, der Autonomierechte für die Flamen und eine Korrektur der französisch orientierten Nachkriegspolitik forderte. Sie artikulierte sich in einer Dachorganisation, dem "Vlaams Nationaal Verbond". Die Erfolge waren unübersehbar. Nach der Verabschiedung eines ausschließlich niederländischen Sprachregimes für die Universität Gent im Jahre 1930 wurde zwei Jahre später die Einsprachigkeit in Verwaltung und Schule sowohl im Norden als auch im Süden beschlossen. Nur Brüssel blieb zweisprachig. 1935 wurde die Einsprachigkeit auch auf das Justizwesen ausgedehnt.

⁶ Vgl. Minke, Alfred: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Geschichtskultur in der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, (Bayerische Studien zur Geschichtsdidaktik), 2002.

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs hatten sich die Verhältnisse in Belgien grundlegend gewandelt. Im Gegensatz zu 1914 waren jetzt starke Teile der flämischen Bewegung zu einer Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht bereit. Eine deutsch-flämische Arbeitsgemeinschaft – "De Vlag" – betrieb offen den Anschluss Flanderns an das Großdeutsche Reich. Aber auch in der wallonischen Bevölkerung fanden die Nationalsozialisten mit den Rexisten eine mit ihren Zielen sympathisierende Gruppierung vor.

Nach dem Kriege vollzog sich die Auseinandersetzung mit der Kollaboration heftig, schnell und unmittelbar. Hunderttausende wurden überprüft, 3.000 Todesurteile gefällt, über 200 vollstreckt. Länger dauerte hingegen die Bewältigung der so genannten Königsfrage, die auch den Gegensatz zwischen Flamen und Wallonen erneut anfachte.

Eine 1945 durch die belgische Widerstandsbewegung "Front de l'Indépendance" veröffentlichte Broschüre warf König Leopold III. (1901-1983) u.a. vor, durch seine Neutralitätspolitik Hitler zum Überfall auf Belgien ermutigt zu haben, der belgischen Regierung nicht ins Exil gefolgt zu sein, weil er vom Sieg der Deutschen überzeugt gewesen sei, und mit Hitler in Berchtesgaden politische Verhandlungen geführt zu haben. Obwohl eine Kommission von Juristen und Historikern diese Vorwürfe in einem 1947 veröffentlichten Bericht weitgehend entkräftete, spaltete die Person des Königs rasch das Land. Angesichts der geschlossenen Opposition der politischen Linken war an seine Rückkehr nach Belgien vorerst nicht zu denken.

Nach fünf Regierungen unter sozialistischer Führung, wurde 1949 eine Koalition aus Christlich-Sozialen (einer Neuformierung des katholischen Lagers) und Liberalen gebildet. Nach hitzigen Parlamentsdebatten ließ diese am 12. März 1950 eine Volksbefragung durchführen. Sie besiegelte die Frontbildung. Insgesamt sprachen sich zwar 57,68% der Belgier für eine Rückkehr des Königs aus, aber die Befürworter verteilten sich sehr ungleichmäßig über die drei Landesteile: 72% in Flandern, 48% in Brüssel, 42% in der Wallonie. Als die aus den Wahlen vom 4. Juni 1950 als Sieger hervorgegangene homogene christlich-soziale Regierung die Rückkehr des Königs veranlassen wollte, brach ein Generalstreik aus, der das Land an den Rand des Bürgerkriegs brachte. Um das Schlimmste zu verhüten, dankte Leopold III. am 1. August 1950 zu Gunsten seines Sohnes Baudouin (1930-1993) ab.⁷

3. Die Entstehung eines Bundesstaates⁸

Die flämische Bewegung artikuliert sich in der Folge in Form einer neuen Partei, der "Volksunie", die 1958 erstmals einen Parlamentssitz erobern konnte. Ihr traten kurz darauf auf französischsprachiger Seite das "Rassemblement wallon" (RW) und der Brüsseler "Front démocratique des Francophones" (FDF) entgegen. Die bis zu diesem Zeitpunkt relativ stabile Aufteilung der Sitze im Parlament zwischen Christlich-Sozialen, Sozialisten und Liberalen wurde nun empfindlich gestört. Der Sitzanteil der "Volksunie" stieg in zehn Jahren – 1965 bis 1974 – von 17 auf 38; im gleichen Zeitraum konnten "FDF" und "RW" ihre Sitzsaal von 6 auf 46 steigern.

⁷ Die Auseinandersetzung um die Haltung König Leopolds III. im Jahre 1940 und danach hat durch die posthume Veröffentlichung von Aufzeichnungen des Monarchen erst kürzlich neue Nahrung gefunden. Vgl. Léopold III., Pour l'Histoire, Brüssel 2001 und das Sammelwerk Demoulin, Michel (Hrsg.): Léopold III., Brüssel 2001.

⁸ Vgl. z.B. Busekist, Astrid von: La Belgique. Politique des langues et construction de l'État de 1780 à nos jours, Brüssel 1998 (mit nahezu erschöpfender Bibliografie).

Hinzu kam, dass die so genannten "traditionellen" Parteien – Christlich-Soziale, Sozialisten, Liberale – von den sprachlichen Querelen und Gemeinschaftskonflikten nicht unberührt blieben. In den Jahren 1960-1970 vollzogen sie eine konsequente organisatorische Trennung in niederländischsprachige und frankophone Flügel, die sich schließlich zu selbstständigen, im sprachlichen Bereich immer öfter gegensätzliche Positionen vertretenden Parteien entwickelten.

Diese Entwicklung vollzog sich vor dem Hintergrund einer allgemeinen Verschiebung des innerbelgischen Gleichgewichts zu Gunsten Flanderns. Der Anteil der Flamen an der Gesamtbevölkerung wuchs bis 1985 auf knapp 60%. Das in Flandern erzeugte Bruttoinlandsprodukt stieg bis 1977 auf 56%, während es im Laufe der Jahre in der Wallonie auf 27% sank. Umso selbstbewusster bestand Flandern deshalb auf der Durchsetzung seiner Anliegen.

Im Hinblick auf eine Revision der belgischen Verfassung setzte die Regierung am 6. April 1962 einen 17-köpfigen Arbeitsausschuss ein, der im Oktober Vorschläge für eine teilweise Dezentralisierung des Staates vorlegte. Die Mehrheit des Ausschusses sprach sich dabei allerdings gegen eine föderale Staatsstruktur aus, da diese unweigerlich zu einem Auseinanderbrechen Belgiens führen würde.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes vom 8. November 1962 nahm das belgische Parlament die Einteilung Belgiens in sieben Sprachgebiete vor: das niederländische, das französische, das niederländisch- und französischsprachige Gebiet der Hauptstadt Brüssel, das niederländische Sprachgebiet mit geschützter französischsprachiger Minderheit (u.a. die Brüsseler Randgemeinden und der Kanton Voeren), das französische Sprachgebiet mit geschützter niederländischsprachiger Minderheit (der Bezirk Mouscron), das deutsche Sprachgebiet mit geschützter französischsprachiger Minderheit (die Kantone Eupen und St. Vith sowie der östliche Teil des Kantons Malmédy) und das französische Sprachgebiet mit geschützter deutschsprachigen Minderheit (der westliche Teil des Kantons Malmédy). Das im Herzen Belgiens gelegene Brabant war als Einzige der neun belgischen Provinzen in ein französisch- und ein niederländischsprachiges Gebiet unterteilt.

Mit den Gesetzen vom 30. Juli und 2. August 1963 wurde zudem der Sprachgebrauch in Verwaltungsangelegenheiten und im Unterrichtswesen neu geregelt. Generell galt die Sprache des jeweiligen Gebietes nun als Verwaltungs- und Unterrichtssprache. In Brüssel war die Muttersprache eines Kindes auch dessen Unterrichtssprache.

Im Februar 1965 nahmen die Nationalkongresse der Christlich-Sozialen und der Sozialisten mit großer Mehrheit die Empfehlungen zur Verfassungsrevision an, die eine mit Vertretern der drei "traditionellen" Parteien besetzte "Kommission über die Reform der Institutionen" formuliert hatte. Die Niederlage von Christlich-Sozialen und Sozialisten bei den Parlamentswahlen im Mai des gleichen Jahres und der überraschende Erfolg der Liberalen Partei, die noch als Einzige an der zentralisierten Struktur Belgiens festhielt, machten eine Verfassungsänderung auf parlamentarischem Wege vorerst jedoch unmöglich.

Infolge der neuen Sprachengesetzgebung erwies sich insbesondere die Aufrechterhaltung der zweisprachigen (französisch, niederländisch) katholischen Universität im flämischen Löwen (Leuven-Louvain) zunehmend als problematisch. Die flämischen Proteste gegen diese "frankophone Bastion", als vermeintliche Ausgangsbasis einer Franzöisierung des niederländischsprachigen Teils der Provinz Brabant, häuften sich und zwangen schließlich auch die kirchlichen Instanzen zu einer Stellungnahme. Am 13. Mai 1966 sprachen sich die belgischen Bischöfe entschieden für die Beibehaltung der Universität Löwen in ihrer bestehenden Form und gegen eine Verlegung der französischsprachigen Fakultäten in den wallonischen Landesteil aus. Dass diese

Entscheidung die Realitäten völlig verkannte, zeigte sich unerwartet schnell. Ein Großteil der öffentlichen Meinung in Flandern reagierte mit Unverständnis, ja sogar Empörung, was schlussendlich den Bischof von Brügge veranlasste, sich von seinen Amtsbrüdern zu distanzieren. Die Demonstrationen flämischer Studenten in Löwen wurden noch heftiger: "Walen buiten", Wallonen raus, lautete ihr Schlachtruf. Die "Löwener Frage" spaltete die öffentliche Meinung in einer seit der Königsfrage so nicht mehr erlebten Weise.⁹ Die 1965 gebildete Regierung aus Christlich-Sozialen und Liberalen geriet immer mehr unter Druck und musste am 17. Februar 1968 vorzeitig zurücktreten.

Bei den Parlamentswahlen am darauf folgenden 31. März verzeichneten die sprachlich-regional bestimmten Parteien "Volksunie", "RW" und "FDF" erhebliche Stimmengewinne. Das neue Regierungsbündnis aus Christlich-Sozialen und Sozialisten setzte sich zum Ziel, allgemein die Streitigkeiten zwischen den Gemeinschaften umgehend zu schlichten und die "Modernisierung" des Staatsgefüges einzuleiten. Insbesondere wurde die Verlegung der frankophonen Fakultäten der Universität Löwen in den französischsprachigen Teil Brabants und nach Brüssel beschlossen.¹⁰

In der Folge setzte eine umfassende gesetzgeberische Tätigkeit ein, die die Struktur der "Belgique à papa", des belgischen Einheitsstaates, grundlegend veränderte und im belgischen Sprachgebrauch als "Föderalisierung" bezeichnet wird. Sie sollte das Land noch mehrfach großen Zerreißproben aussetzen.

1970-1971 wurden in einer ersten Verfassungsreform die Grundlagen für die Kulturautonomie der "niederländischen", der "französischen" und der "deutschen" Kulturgemeinschaft geschaffen. Eine zweite Verfassungsänderung wurde im November 1978 auf den Weg gebracht. Sie konnte allerdings erst nach der Bildung einer so genannten "Regierung der nationalen Einheit", gebildet aus Christlich-Sozialen, Sozialisten und Liberalen, im Mai 1980 in Angriff genommen werden.

Wichtigster Punkt dieser Reform war die Bildung von drei Wirtschaftsregionen: Flandern, Wallonie und Brüssel. Die Parlamente (Räte) der Gemeinschaften und Regionen erhielten die so genannte "Dekretbefugnis". Die von ihnen verabschiedeten gesetzgeberischen Bestimmungen hatten nun in ihren jeweiligen Hoheitsbereichen die gleiche Rechtskraft wie staatliche Gesetze. Desweiteren übertrug der Gesetzgeber den Gemeinschaften die so genannten "personenbezogenen" Angelegenheiten, d.h. im Wesentlichen die Bereiche Gesundheit und Soziales, mit Ausnahme jedoch der Sozialleistungen.

Eine dritte Serie von Verfassungsreformen übertrug den Gemeinschaften in den Jahren 1988-1989 den gesamten Bildungsbereich. Weitere Reformen folgten in den Jahren 1990 und zuletzt im Juni 2001.

⁹ Vgl. z.B. die noch vom persönlichen Erleben geprägten Schilderungen in Jonckheere, Willy R./Todts, Herman, Leuven Vlaams. Splitsingsgeschiedenis van de Katholieke Universiteit Leuven, Löwen 1979; Maison des Historiens (Hrsg.): Vingt ans déjà ... Regards sur le "Walen buiten", Louvain-la-Neuve 1988; Mgr Édouard Massaux: Recteur magnifique de l'Université de Louvain. Le "Recteur de fer" en dialogue avec Omer Marchal, Brüssel 1987; Gevers, Lieve/Vos, Louis: Lode Wils. Historicus en hoogleraar, in: Wils Lode, Vlaanderen, België, Groot-Nederland. Mythe en geschiedenis, Löwen 1994, S.22-24; die Position der katholischen Kirche wird dargestellt von Ickx, Johan, Belgien, in: Erwin Gatz (Hrsg.), Kirche und Katholizismus seit 1945, Bd.1, Paderborn/München/Wien/Zürich 1998, S.33-35.

¹⁰ Zwischen 1971 und 1979 entstand in der Nähe der Stadt Wavre die Universität Louvain-la-Neuve, eingebettet in ein neues städtisches Gemeinwesen. Die medizinische Fakultät siedelte sich in Woluwe, einem Vorort von Brüssel, an. Vgl. d'Haenens, Albert (Hrsg.): L'Université Catholique de Louvain. Vie et mémoire d'une institution, Brüssel 1993.

Sicherlich halten die an die Stelle der belgischen Gründernation getretenen Sprachnationen noch stets an einem gemeinsamen Staatsverband fest, wobei jedoch nicht übersehen werden sollte, dass Flamen und Wallonen dessen Substanz mehr und mehr zu Gunsten der Gemeinschaften und Regionen aushöhlen. Auch ist eine gewisse Entfremdung zwischen den beiden großen belgischen Volksgruppen – die über eigene Rundfunk- und Fernsehanstalten, Tages- und Wochenzeitungen, Theater- und Opernensembles usw. verfügen – unverkennbar. Sowohl die flämische als auch die wallonische Jugend bevorzugt mittlerweile Englisch als Zweitsprache. Lediglich die deutschsprachige Gemeinschaft schreibt als solche aus praktischen Gründen Französisch vor.

Flamen, Wallonen, zweisprachige Brüsseler und Deutschsprachige haben im Hause Belgien ein für alle Mal getrennte Wohnungen bezogen. Noch trifft man sich im Treppenhaus, um Fragen der gemeinschaftlichen Verwaltung zu besprechen, aber immer häufiger denken die politischen Tenöre in Flandern und der Wallonie laut über eine Auflösung der Hausgemeinschaft nach, wobei sie die Frage nach den Modalitäten und dem zeitlichen Rahmen dieses Prozesses in der Regel mit vagen Hinweisen auf das Zusammenwachsen Europas beantworten. Einer der bekanntesten belgischen Verfassungsrechtler stellt denn auch mit einer gewissen Bitterkeit fest: "Jeder arbeitet für die Belange seiner eigenen Gemeinschaft und nicht mehr für sein Land."¹¹

Stimmt es also, dass Belgien, wie Spötter gerne behaupten, nur noch durch die Monarchie, die europäische Hauptstadt Brüssel, die Staatsschulden und ... die Fußballnationalmannschaft zusammengehalten wird? Zum Teil trifft diese Feststellung zweifelsohne zu. Die Frage nach den Überlebenschancen Belgiens eindeutig beantworten zu wollen, hieße dennoch Kaffeesatzleserei betreiben. Die Fähigkeit zum Kompromiss und ein ausgeprägter Realitätssinn – zwei typisch belgische Charaktereigenschaften – lassen Hasardeuren kaum Spielraum. Nicht ungefährlich ist allerdings die weit verbreitete Politikverdrossenheit, die "denen da oben" systematisch misstraut und den massiven Rückzug in die eigenen vier Wände zur Folge hat, eine Haltung, die erklärt, warum sich die Ergebnisse von Meinungsumfragen zum Gegensatz zwischen Flamen und Wallonen selbst in Krisenzeiten in ihrer Versöhnlichkeit deutlich vom politischen Säbelgerassel abheben.

Dazu schreibt der belgische Publizist Freddy Derwahl: "Geschichte und Geografie lehren ... hier auf Schritt und Tritt ein supranationales Lebensgefühl und seine Avantgarde, die sich in ihrer Angewiesenheit auf andere Sprachen und Kulturen weltweit sehen lassen kann. Belgien ist deshalb ein zentraler Mikrokosmos, mit dem Europa steht und fällt. Sollte es an den Nahtstellen, den Grenzen und alten Wunden unser aller Geschichte nicht gelingen, die Menschen für eine gemeinsame Aufgabe zu sammeln, wird dies in der Trägheit weiter Binnenländer gewiss nicht zu schaffen sein. Belgiens Kummer ist folglich auch eine Gefährdung Europas. Da drohen Rückfälle in das Kleine und Kleinliche, die immer schon in Gewalt und Aggression gemündet haben und im 20. Jahrhundert alle Schaltmauern nationalistischen Wahns durchbrochen haben."¹²

Das Ende der belgischen wie der europäischen Geschichte bleibt offen.

¹¹ Vgl. Delperee: *La Belgique fédérale*, Brüssel 1994. Das Zitat stammt aus einem Gespräch mit der Fernsehzeitschrift "Telepro" im Juli 2001.

¹² Derwahl, Freddy: *Der Ernstfall Belgien. Ein europäisches Modell zwischen Krise und Aufbruch*, in: *Politische Studien*, Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Sonderheft 2/1998, S.19-25. Vgl. ebenfalls die soziologische Studie der Amerikanerin Fox, Renée C.: *Le Château des Belges. Un peuple se retrouve*, Brüssel 1997.

Die flämische Region



Die wallonische Region



Die Region Brüssel-Hauptstadt



Die flämische Gemeinschaft

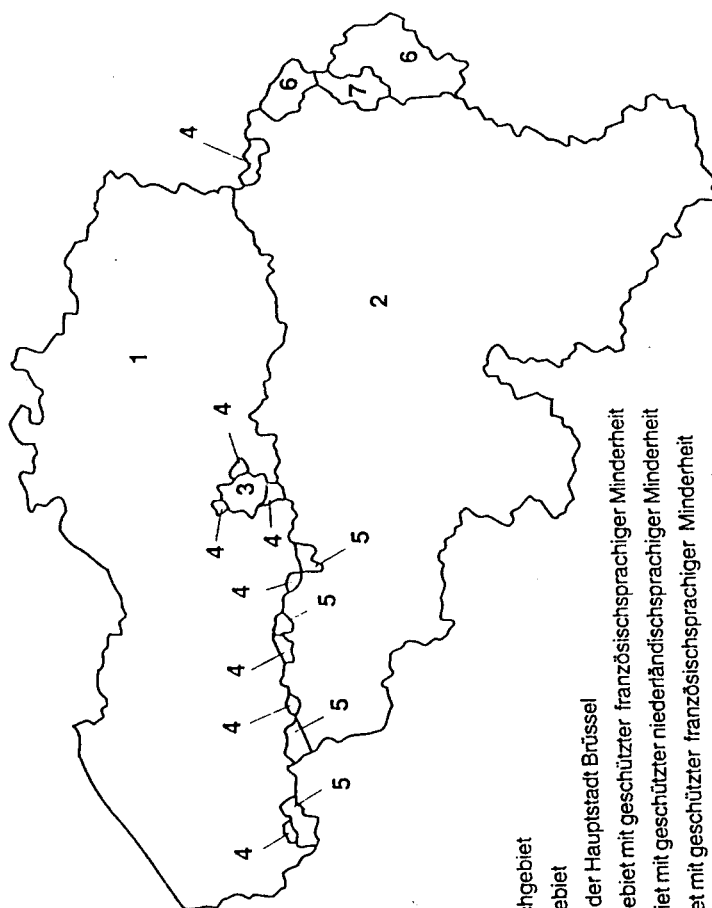


Die französische Gemeinschaft



Die deutschsprachige Gemeinschaft





Die Sprachengebiete

- 1 Das niederländische Sprachgebiet
- 2 Das französische Sprachgebiet
- 3 Das zweisprachige Gebiet der Hauptstadt Brüssel
- 4 Niederländisches Sprachgebiet mit geschützter französischsprachiger Minderheit
- 5 Französisches Sprachgebiet mit geschützter niederländischsprachiger Minderheit
- 6 Das deutsche Sprachgebiet mit geschützter französischsprachiger Minderheit
- 7 Französisches Sprachgebiet mit geschützter deutschsprachiger Minderheit

© Copyright 1990 bei Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, 4700 Eupen
 Gesamtherstellung: GRECC, 1348 Louvain-la-Neuve
 Gestaltung, Graphik und Fotos: Ch. Laschet, Druck: Grenz-Echo Druckerei

Nation Québec? – Frankophone Ausnahme in Nordamerika

Jutta Stamer

1. Nation Québec? – Frankophone Ausnahme in Nordamerika: Fakten und Fragen

Eine frankophone Ausnahme in Nordamerika stellt Québec in verschiedener Hinsicht dar. Québec ist zunächst die einzige mehrheitlich frankophone Gesellschaft in Nordamerika überhaupt: knapp 82% der über sieben Millionen Einwohner der Provinz sind frankophon.¹ Immerhin ist die belle province Heimat fast eines Viertels der kanadischen Bevölkerung,² doch erscheint die Zahl der frankophonen Québecer unter etwa 300.000.000 überwiegend anglophonen Nordamerikanern verschwindend gering.

Im offiziell zweisprachig englisch und französischen kanadischen Bundesstaat ist Québec die einzige offiziell einsprachig französische Provinz. Acht von zehn Provinzen sind einsprachig englisch, nur eine – Neubraunschweig – ist offiziell englisch- und französischsprachig.

Québec ist aber auch eine Nation, die sich über ihre kulturelle Besonderheit im kanadischen Staat eigenständig definiert. Aufgrund ihres frankophonen Erbes beansprucht die Nation Québec, innerhalb der kanadischen Föderation, als – so die Formel – "Gesellschaft mit besonderem Charakter" anerkannt zu werden.

Diese Forderung Québecks, als "Gesellschaft mit besonderem Charakter" in der kanadischen Föderation anerkannt zu werden, liegt dem bis heute ungelösten kanadischen Verfassungskonflikt zugrunde. Weil sie nicht erfüllt wurde, hat die Provinz Québec die kanadische Verfassung von 1982 nicht unterzeichnet und so die nationale Einheit Kanadas bisher vereitelt. Der eigentliche Punkt ist aber gerade folgender: Die Forderung nach Anerkennung als "Gesellschaft mit besonderem Charakter" begründet sich dadurch, dass Québec als Nation in Kanada eine multinationale Föderation sieht, die aus zwei Gründungsvölkern, nämlich der Bevölkerung britischen und der Bevölkerung französischen Ursprungs, entstanden ist. Die Verfassung von 1982 bedeutete aber – dies die bis heute vertretene Position Québecks – eine nationalstaatliche Vereinheitlichung.

Der Diskussionsrahmen "Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen" beschäftigt sich mit der "Bewusstmachung und Erhaltung kultureller Vielfalt", mit der "kulturlpolitischen Akzentuierung von Sprach- und Kulturräumen im Kontext beschleunigter Globalisierung".³ Die Symptome der Globalisierung – wie Grenzüberschreitung, Migration und kultureller Pluralismus – sind gleichermaßen Chancen und Probleme im 21. Jahrhundert. Sie treffen Québec als minoritäre Nation innerhalb der kanadischen Föderation, in der es gilt, die eigene kulturelle Besonderheit aufrechtzuerhalten und zu schützen. Grenzüberschreitung, Migration und kultureller Pluralismus betreffen die Québecer Gesellschaft aber auch in den

¹ Angabe für 2001 Statistique Canada http://www.statcan.ca/francais/Pgdb/people/population/demo29b_f.htm

² Angabe für 2001 Statistique Canada http://www.statcan.ca/francais/Pgdb/people/population/demo02_f.htm

³ Aus der Einladung zur Expertentagung "Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen" am 5./6.12.2001 im Bildungszentrum Wildbad Kreuth.

Grenzen der Provinz. Die spezifische Herausforderung in Québec besteht gerade darin, die eigene frankophone kulturelle Besonderheit mit dem innergesellschaftlichen Pluralismus in Einklang zu bringen und gleichzeitig ihren Fortbestand im nordamerikanischen Umfeld zu sichern.

Im vorliegenden Beitrag wird zunächst die kulturelle Besonderheit der Nation Québec dargestellt. Im historischen Rückblick auf ihre Entwicklung werden Elemente der "Gesellschaft mit besonderem Charakter" sichtbar und der sprachlich-kulturelle Begriff der Nation Québec erläutert.

Die mit der Grundfrage "Québec als frankophone Nation in Kanada" verbundenen Probleme sollen dann am Kern des kanadischen Verfassungskonfliktes verdeutlicht werden. Denn die kanadische Föderation stellt dem sprachlich-kulturellen Nationenbegriff Québecs einen universellen, also nicht-kulturellen Begriff der Nation gegenüber. Insofern verdeutlicht der Verfassungskonflikt das Für und Wider der sprachlich und kulturell definierten Nation Québec angesichts kulturellen Vereinheitlichungsdrucks von außen, aber auch angesichts kultureller Vielfalt innerhalb der Gesellschaft.

Die Probleme Québecs als einer kulturell-sprachlichen Nation werden abschließend nochmals aufgenommen. Ein Blick auf die Debatte über die nationale Identität in Québec soll zeigen, wie eine zeitgemäße Interpretation der "Gesellschaft mit besonderem Charakter" aussehen könnte. "Zeitgemäß" heißt einerseits, dass die Nation Québec ihr frankophones Erbe im angloamerikanischen Kulturraum aufrechterhalten kann. "Zeitgemäß", das heißt angesichts von Globalisierung aber auch, dass ein kulturell geprägter Nationenbegriff kulturellem und ethnischem Pluralismus innerhalb der Gesellschaft Rechnung tragen muss.

2. Nation Québec: Geschichte und Begriff der "Gesellschaft mit besonderem Charakter"

Die Forderung Québecs, als "Gesellschaft mit besonderem Charakter" in der kanadischen Föderation anerkannt zu werden, basiert auf der Argumentation, Sprache, Traditionen, Geschichte, Kultur, Religion wie auch Teile des Rechtssystems würden die Québécois als eines der beiden Gründervölker Kanadas von Restkanada unterscheiden.

Das Problem der kanadischen Staatsgründung, das der heute geforderten Ausnahmestellung Québecs zugrunde liegt, besteht also historisch. Die Grenzen zwischen den ehemaligen britischen und französischen Kolonialreichen wurden im Laufe der Geschichte gewissermaßen transzendiert. Seit der Annexion Neufrankreichs 1763 waren englisch- und französischsprachige Bevölkerungsgruppen vereint. Mit der Gründung Kanadas im Jahre 1867 wurden sie zu Anglo- und Frankokanadiern. Die Gründung der Kanadischen Föderation stellte aus der Sicht der Frankokanadier einen verfassungsrechtlichen Pakt zweier Gründervölker dar. Allerdings schlug sich diese Interpretation weder verfassungsrechtlich, noch in der Verfassungswirklichkeit tatsächlich nieder. Deswegen ist Kanada seit seiner Gründung von einem Neben- und Gegeneinander zweier Nationalismen geprägt.⁴

Historisch besteht folglich zunächst die frankokanadische, und nicht die Nation Québec in Nordamerika. Für die Entwicklung der frankokanadischen Nation ist es entscheidend, dass sich die Niederlage gegen die Anglos tief ins kollektive Bewusstsein der frankokanadischen

⁴ Die Frage der autochthonen Nationen muss in diesem begrenzten Rahmen ausgeklammert bleiben.

Nation eingegraben hat. Diese kollektive Erfahrung lebt in der Selbstwahrnehmung der Nation Québec bis heute fort. Die drohende Assimilation an die anglokanadische Mehrheit einerseits und die Wahrnehmung der Frankokanadier als Opfer der Anglos führten dazu, dass die Abgrenzung zu anderen ethnischen oder kulturellen Gruppen, insbesondere zur anglokanadischen Bevölkerung, prägend für die Selbstdefinition der frankokanadischen Nation wurden. Der Nationalismus der Frankokanadier war deswegen der Nationalismus einer auf sich zurückgezogenen, nach außen durch ethnokulturelle Kriterien abgegrenzten frankokanadischen Bevölkerung: Die Identität der frankokanadischen Nation leitete sich primär von der katholischen Religion ab. Die Institutionen der Provinz Québec – die frankokanadische Bevölkerung ist historisch mehrheitlich in der Provinz Québec ansässig – waren weitgehend durch die katholische Kirche kontrolliert, die konservative Regierung verhielt sich entsprechend politisch defensiv. Kirche und Staat zielten lediglich auf den Erhalt, nicht auf die Entfaltung der frankokanadischen Gesellschaft in der Föderation ab.

In den 1960er-Jahren hat sich jedoch ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel in Québec vollzogen. Die sogenannte Stille Revolution leitete die Säkularisierung und die institutionelle und wirtschaftliche Modernisierung der Gesellschaft ein. Hierzu gehört, dass sich in der frankophonen Bevölkerung der Provinz ein politisches Staatsbewusstsein entwickelt hat. Parallel dazu hat sich der Begriff der Nation der französischsprachigen und -stämmigen Bevölkerung fundamental gewandelt. An die Stelle der frankokanadischen Nation trat die Nation Québec als säkularisierte und pluralistische Gesellschaft auf dem Québecker Territorium. Der État du Québec wurde zum Motor ihrer Entfaltung, der Slogan der neuen liberalen Regierung unter Premierminister Jean Lesage "Maître chez nous" – Herr im eigenen Haus – ergriff die Massen.

Entscheidend für die Entwicklung von der frankokanadischen zur Nation Québec ist, dass die Sprache als Definitionskriterium gegenüber dem der Religion an Bedeutung gewonnen hat. Heute ist die Sprache – wie eingangs festgestellt – Schlüsselbegriff der Québecker Nationsbestimmung: Der Kristallisationspunkt der modernen Nation Québec liegt im kulturellen Bereich, dem frankophonen Erbe. Politischer Dreh- und Angelpunkt des sprachlich-kulturellen Nationenbegriffes ist die Charte de la langue française, das Gesetz 101, das, als Charta konzipiert, Französisch 1977 zur einzigen offiziellen Sprache der Provinz Québec machte. Natürlich sind, wie eingangs festgestellt, acht von zehn Provinzen einsprachig englisch. Entscheidend ist aber, dass noch heute in Québec eine zahlenmäßig nicht unbedeutende anglophone Minderheit lebt, in anderen Provinzen dagegen der Anteil der frankophonen Bevölkerung marginal ist.⁵

Wie ist nun der sprachlich-kulturelle Nationenbegriff – vor allem im Unterschied zum ethnischen Begriff der frankokanadischen Nation – konzipiert? Die Säkularisierung der Gesellschaft hat die französische Sprache – wenn man so möchte – aus ihrer ethnischen Verankerung gelöst: Sie hat die unmittelbare Verbindung von Religion und Sprache getrennt. Trotzdem ist die Sprache nicht nur Mittel zur Kommunikation. Französisch ist die Sprache einer spezifischen Sprach- und Kulturgemeinschaft. Für ihren Erhalt und ihre Entfaltung sorgt der Staat. Die Charte de la langue française räumt der frankophonen Bevölkerung in der Provinz Kollektivrechte ein, also Rechte, die den Erhalt ihrer Institutionen gewährleisten sollen. Da-

⁵ Der Anteil der anglophonen nationalen Minderheit in Québec beträgt noch immer fast 8%, dies trotz beträchtlicher Fluktuation in die englischsprachigen Provinzen. Die größte Gruppe von Frankokanadiern außerhalb Québecs ist in Ontario zuhause und stellt einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 4,5%. Angaben zu allen Provinzen für 1996 Statistique Canada unter:

http://www.statcan.ca/francais/Pgdb/people/population/demo18b_f.htm

durch werden die Rechte der nicht frankophonen Bevölkerung zum Teil eingeschränkt. Ein prominentes Beispiel ist die Vorgabe, die den Besuch englischer Schulen ausschließlich Kindern von Eltern vorbehält, die ihre Primärschulbildung in englischer Sprache erhalten haben. So genießt zwar die historisch ansässige anglophone nationale Minderheit in Québec spezifische Rechte, die die Aufrechterhaltung ihrer Institutionen als Teil der Gesellschaft garantieren. Immigranten dagegen werden durch eine Art Gesellschaftsvertrag verpflichtet, sich in die frankophone Gesellschaft zu integrieren.⁶

Aufgrund der historischen und kulturellen Besonderheit Québécois muss der kanadische Föderalismus in den Augen der Provinz so gestaltet werden, dass Québec als "Gesellschaft mit besonderem Charakter" seine Eigenarten schützen und fortentwickeln kann: Québec verlangt also seine kulturelle Souveränität. Wie es die Sprach- und Immigrationspolitik der Provinz zeigen, ist diese zu weiten Teilen bereits Wirklichkeit. Die Provinz fordert aber weitergehend, kulturelle Souveränität müsse in einen asymmetrischen Föderalismus eingebettet sein. Die Gleichstellung aller Provinzen könne der besonderen Stellung Québécois als Gründungsnation schließlich nicht entsprechen.⁷ Eine Alternative zur Eingliederung Québécois in die kanadische Föderation stellt die bis dato zweimal zur Disposition gestellte nationale Souveränität dar. Die Referenden von 1980 und 1995 aber scheiterten. Seit der Verfassung von 1982 ist die Zukunft Québécois in Kanada ungewiss. Versuche, Québec wieder in die kanadische Verfassung zu integrieren – die Abkommen von Meech Lake 1987 und Charlottetown 1992 – wurden vergeblich unternommen.⁸

3. Nation Québec in der kanadischen Föderation: Kulturelles versus universales Nationsverständnis

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklung nahm in den 1960er Jahren Québécois Anliegen Form an, innerhalb einer bilingualen und bikulturellen Föderation als "Gesellschaft mit besonderem Charakter" anerkannt zu werden. Die staatliche Unterstützung einer offiziellen Kultur sollte ihre Entsprechung auf Bundesebene finden. Die Verfassung von 1982 war aber ganz im Gegenteil so angelegt, dass es in Kanada nur eine, aus Individuen – und nicht aus verschiedenen Nationen – zusammengesetzte Nation gibt: Der kanadische Nationsbegriff ist universeller Prägung.

⁶ Aufgrund eines Abkommens mit der Bundesregierung betreibt Québec eine eigene Politik der Auswahl und Integration von Immigranten. Leitlinien der Immigrations- und Integrationspolitik wurden in verschiedenen Regierungsdokumenten formuliert. Zentral ist das Regierungsdokument von 1990, das den *Contrat moral* zwischen den Immigranten und der Aufnahmegesellschaft formuliert. Das erste und für diesen Zusammenhang entscheidende der drei Prinzipien dieses Gesellschaftsvertrages legt fest, dass Französisch die gemeinsame Sprache des öffentlichen Lebens ist. *Gouvernement du Québec, Ministère des Communautés culturelles et de l'Immigration: Au Québec pour bâtir ensemble. Énoncé de politique en matière d'immigration et d'intégration, Québec 1990.*

⁷ Der Québécoiser Jurist Marc Chevrier unterscheidet fünf Leitideen Québécois in der Verfassungsdebatte: 1) Anerkennung als besondere nationale Gemeinschaft, deren legitime Vertretung die Regierung Québécois ist, 2) aus (1) Québec soll als Gründervolk Kanadas über ein Vetorecht gegenüber jeder Verfassungsreform verfügen, die Status und Befugnisse Québécois betrifft, 3) aus der Anerkennungsforderung ergibt sich eine Forderung nach mehr Kompetenzen, 4) dieser Ruf nach Kompetenzen betrifft Integrität (Nichteinmischung) und Kohärenz (Überwindung von Teilzuständigkeiten, um Instrumente für eine umfassende und integrierte staatliche Politik im Interesse der Bevölkerung Québécois machen zu können), 5) Mitarbeit in den Institutionen des Bundes. Chevrier, Marc: *Le fédéralisme canadien et l'autonomie du Québec: perspective historique, Québec 1996, S.13ff.*

⁸ Vgl. hierzu weiterführend Chevrier, Marc: *Le fédéralisme canadien et l'autonomie du Québec: perspective historique, Québec 1996.*

Der Architekt der nationalen Einheit Kanadas, Pierre Elliott Trudeau, war selbst Québecker Herkunft. Als erklärter Gegner des Nationalismus Québecs bereitete er das Verfassungsprojekt seit seinem Amtsantritt als kanadischer Premierminister 1968 vor.⁹ Noch heute besteht der Antinationalismus Trudeaus in der innergesellschaftlichen Debatte über die Selbstwahrnehmung der Nation Québec fort.

Die kanadische Verfassung enthält vor allem vier Elemente, die entscheidend sind für das Bemühen Québecs um Anerkennung innerhalb der Föderation: Erstens ist die Föderation offiziell zweisprachig, also bilingual, aber nicht bi-, sondern multikulturell. Die Verfassung stellt die Provinzen darüber hinaus einander gleich,¹⁰ und schließlich ist die Verfassung mit einer individualrechtlichen Grundrechtscharta versehen, die Sprachrechte umfasst und Multikulturalismus zur Komponente der kanadischen Identität macht.

Der offizielle Bilingualismus in Verbindung mit Multikulturalismus ist für Québec die eindeutige Absage an die These, Kanada sei entstanden aufgrund eines Vertrages von zwei linguistisch und kulturell unterschiedlichen Gründervölkern. Durch die Verbindung von Bilingualismus und Multikulturalismus werden auf der Ebene des kanadischen Bundes Sprache und Kultur voneinander getrennt. Die Sicherung des Fortbestandes einer oder mehrerer offizieller Kulturen wird vom Staat *de iure* nicht beabsichtigt. Dadurch wollte die Föderation dem steigenden ethnischen und kulturellen Pluralismus in Kanada begegnen; als klassisches Einwanderungsland wollte man auch den Ansprüchen der immigrierten Minderheiten Rechnung tragen. Durch die Verankerung von Bilingualismus und Multikulturalismus in der Grundrechtscharta sind Sprach- und kulturelle Rechte individualrechtlich angelegt.¹¹ Individuen, nicht Gemeinschaften sind Träger solcher Rechte. Sprache ist nichts als ein Kommunikationsinstrument, das frei vom Individuum gewählt wird.

Québec sieht einerseits in der Verbindung von Bilingualismus und Multikulturalismus ein bewusst gewähltes Mittel der Föderation, durch die Gleichstellung aller kulturellen Gruppen seinen besonderen kulturellen Charakter zu missachten. Der eigentliche Kernpunkt liegt aber in den in die Charta integrierten Sprachrechten. Wie gesehen, steht die Politik Québecs im genauen Gegensatz dazu: Québec will das Überleben und die Entwicklung seines frankophonen Charakters – der Sprache und Kultur verbindet – sichern. Es argumentiert deswegen, Sprachrechte könnten nicht auf einer individuellen Grundlage praktiziert werden. Um tatsächlich Bedeutung zu erlangen, müssten sie vielmehr das Recht einer Gemeinschaft einschließen, in dieser Sprache zu funktionieren. Dies erfordert mitunter staatliche Intervention.¹²

⁹ McRoberts, Kenneth: *Misconceiving Canada. The struggle for national unity*, New York u.a. 1997, Kapitel 4-7.

¹⁰ Québec verlor vor allem sein historisches Vetorecht bei Verfassungsänderungen. Darüber hinaus sah es sich in ein schwerfälliges Abänderungsprozedere eingebunden: Für die Sachgebiete, die zum Beispiel mit der Ausübung der Amtssprachen oder mit der konstitutionellen Monarchie zu tun haben, wird die Einstimmigkeit aller elf Parlamente (Ottawa und Provinzen) benötigt. Für andere Sachgebiete reicht die Zustimmung des kanadischen Abgeordnetenhauses und von sieben Provinzparlamenten, wenn diese mindestens 50% der gesamten Bevölkerung aller Provinzen repräsentieren. Mit diesem schwierigen Abänderungsverfahren sah Québec die Hoffnung auf eine wirkliche Reform der Kompetenzenverteilung schwinden.

¹¹ Die Charta ermächtigt die Gerichte, vor allem den Obersten Gerichtshof, die Grundrechtsbestimmungen auszulegen und notfalls Gesetze zu annullieren, wenn sie aus Sicht der Gerichte im Widerspruch zu diesen Grundrechten stehen. Der Text der Grundrechtscharta ist sehr allgemein gehalten. Die Gerichte besitzen daher eine enorme Interpretationsmacht und werden faktisch zum Mitgesetzgeber erhoben.

¹² Burelle, André: *Le mal canadien*, Montreal 1995, S.65-78. Burelle war selber als überzeugter Föderalist Trudeau noch in den späten 1970er-Jahren eng verbunden, widersetzte sich allerdings Trudeaus konstitutionellem Vorgehen nach dem gescheiterten Referendum 1980.

Dieser Gedanke steht hinter der kollektivrechtlich angelegten Charte de la langue française und liegt der Integration von Immigranten in die frankophone Gesellschaft zugrunde.

Folglich ist der eigentliche Punkt des Verfassungskonfliktes die Kollision der Charte de la langue française mit der kanadischen Grundrechtecharta. Zwei nationale Symbole – das einer kulturell geprägten und das einer universalistisch konzipierten Nation – prallen hier aufeinander.¹³ Québec hat insofern das Nachsehen, als einerseits in der Folge Einschränkungen der Québecker Sprachgesetzgebung gerichtlich beschlossen wurden.¹⁴ Die Crux ist aber vor allem die, dass die kulturell-sprachliche nationale Konzeption gewissermaßen diskreditiert wird. Dies drückt sich am Beispiel der Integration von Immigranten in die frankophone Gesellschaft aus. Symbolisch, so Québec, würde dies als Verletzung der individuellen Verfassungsrechte dargestellt.¹⁵

Québec sieht sich durch die Verfassung in seinem fundamentalen Anliegen, als frankophone Nation in der Föderation anerkannt zu werden, tief verletzt. Dieses Bewusstsein verstärkte sich noch, als die Verfassung ohne Zustimmung Québecs verabschiedet wurde.

Tatsächlich wird die kanadische Verfassung – nicht nur von Québecker Seite – als ganz bewusster Versuch der Zerschlagung einer primär Québecker nationalen Identität angesehen.¹⁶ Dieses Ziel scheint verfehlt. Nach wie vor identifiziert sich die Mehrheit der frankophonen Bevölkerung Québecs nicht primär mit Kanada, sondern als Québécois – und dies mit steigender Tendenz. Dies zeigen die folgenden Tabellen:

Self-Identification of Québec Francophones, 1970 – 1990¹⁷

	French Canadian	Québécois	Canadian	Others/Not Stated
1970	44%	21%	34%	1%
1977	51	31	18	–
1984	48	37	13	1
1988	39	49	11	1
1990	28	59	9	2

¹³ Der Oberste Gerichtshof selbst stellte in einem seiner Urteile fest, einige Bestimmungen über die Rechte der Sprachminderheiten seien in die Grundrechtecharta von 1982 mit der Absicht hineingeschrieben, die Sprachpolitik Québecs zu vereiteln. Vor allem Artikel 23, der die Rechte von Minderheiten auf Sprachziehung regelt, verpflichtet die Provinzen dazu, Zuwanderern aus einer anderen kanadischen Provinz eine kostenfreie Ausbildung in ihrer Herkunftssprache, also englisch oder französisch, dort zukommen zu lassen, wo es die Quantität der betroffenen Gruppe rechtfertigt. Procureur général du Québec c. Québec Association of Protestant School Boards, 1984 2 R.C. S.66.

¹⁴ Vgl. hierzu weiterführend Chevrier, Marc: Des lois et des langues au Québec. Principes et moyens de la politique linguistique québécoise, Québec 1997.

¹⁵ Chevrier, Marc: Le fédéralisme canadien et l'autonomie du Québec: perspective historique, Québec 1996, S.30.

¹⁶ Vgl. v.a. die auch auf weitere Autoren zurückgreifende Argumentation von Kenneth McRoberts. McRoberts, Kenneth: Misconceiving Canada. The struggle for national unity, New York u.a. 1997.

¹⁷ Übernommen aus Pinard, Maurice: The dramatic reemergence of the Québec Independence Movement, in: Journal of International Affairs 2/1995, in: McRoberts, Kenneth: Misconceiving Canada. The struggle for national unity, New York u.a. 1997, S.183.

Self-Identification of Québec Francophones, 1995¹⁸

Québecker – only	29%
Québecker – first, but also Canadian	29,1
Québecker – and Canadian equally	28,1
Canadian – first, but also Québecker	6,7
Canadian only	5,4
None of these	1,2
Don't know/refuse	0,5

Mehr noch, der 1980 in einem ersten Referendum gescheiterte Separatismus hat langfristig Auftrieb erfahren durch die Verfassung und die gescheiterten Versuche der Integration Québecs in die kanadische Föderation.¹⁹ Das sehr knappe Ergebnis des Referendums von 1995 – 50,6% stimmten gegen die Unabhängigkeit Québecs, 1980 waren es noch fast 60% – hat zuletzt deutlich gemacht, dass die Québécois ihren spezifischen Charakter nicht aufzugeben bereit sind.²⁰ Auf der anderen Seite macht das Ergebnis aber klar, wie sehr die Gesellschaft über diese Frage gespalten zu sein scheint. Es ist außerordentlich interessant, dass das Scheitern des Referendums nachweislich auf die Stimmen der immigrierten Bevölkerung zurückzuführen ist.²¹

Was bedeutet das für die Zukunft Québecs? Auf der einen Seite muss offensichtlich ein Weg gefunden werden, Québec als "Gesellschaft mit besonderem Charakter" in die Föderation zu integrieren. Selbst ein souveränes Québec aber müsste auf der anderen Seite auch einen Weg finden, um dem steigenden Pluralismus als Teil der eigenen Nation Rechnung zu tragen. Dies ist schon eine demographische Notwendigkeit, denn Québec verzeichnet einen außergewöhnlich starken Geburtenrückgang.²² Abschließend bleibt zu erörtern, welche Antworten uns die Debatte über die nationale Identität in Québec auf dieses Problem selber gibt.

4. Frankophone Ausnahme, kultureller Pluralismus oder beides? Die Debatte in Québec über die eigene nationale Identität

Wie also könnte der bereits eingangs formulierten Herausforderung entsprochen werden, wie könnte ein sprachlich-kulturell konzipierter Nationenbegriff aussehen, der kulturelles Erbe und kulturelle Vielfalt miteinander in Einklang bringt? Ist nicht die eigentliche Frage die, ob die staatliche Intervention zum Schutz des frankophonen kulturellen Erbes überhaupt gerecht-

¹⁸ Übernommen aus Blais, André et al.: Sondage omnibus référendaire. Survey conducted by the polling firm Léger and Léger, in: McRoberts, Kenneth: Misconceiving Canada. The struggle for national unity, New York u.a. 1997, S.247.

¹⁹ McRoberts, Kenneth: Misconceiving Canada. The struggle for national unity, New York u.a. 1997, S.174.

²⁰ <http://www.pol.ulaval.ca/const.html>. Letzte Umfragen zeigen, dass ein Referendum heute 45% Zustimmung erreichen würde. Langlois, Simon: Le Québec, société divisée sur son avenir, in: The Tocqueville Review, 2/2000, S.89-99.

²¹ Anhand der Wahlkreisauszählung ist diese Tatsache nachweisbar. Die Ergebnisse im Einzelnen sind aufgeführt unter http://www.dgeq.qc.ca/information/referendum/refe_1995/res_ref95-01.html (bis-16.html).

²² Während noch 1951 30,4 Geburten auf 1.000 Einwohner kamen, waren es 1975 15,2 und 2000 nur noch 9,7 Geburten pro 1.000 Einwohner. Der Grund für diesen Rückgang wird gesehen in dem rapiden Gesellschaftswandel seit den 1960er-Jahren, der den Einfluss der katholischen Kirche zurückdrängte. In diesem Zusammenhang hatte die Emanzipation junger Frauen Konjunktur. Die Familie erlitt einen erheblichen Bedeutungsverlust.

fertigt werden kann, ohne mit individuellen Rechten und Freiheiten in Konflikt zu geraten? Hat nicht das Beispiel des kanadischen Verfassungskonfliktes gerade diesen Widerspruch zu Tage gebracht?

Eine mögliche Antwort auf diese Fragen gibt die Debatte über die Konzeption der Nation Québec in Québec selber. Drei Strömungen werden hier erkennbar:²³

Die Vertreter eines "melancholischen Nationalismus" auf der einen Seite sehen den besonderen Charakter der Gesellschaft Québecks in erster Linie durch die Geschichte der frankokanadischen und der Nation Québec geprägt. Québec sei durch die Bürde seiner Geschichte gekennzeichnet, und in einer nicht nur minoritären, sondern dauerhaft inferioren Position in der kanadischen Föderation. Für dieses Schicksal werden im Grunde noch immer die Anglokanadier verantwortlich gemacht. Québec ist und bleibt Forum der Opfer ihrer Eroberung. Der besondere Charakter der Identität Québecks muss dieser Position zufolge in erster Linie historisch definiert werden, damit überhaupt ihre Verteidigung und ihr Fortbestand als gemeinsames Anliegen der Gesellschaft erkennbar und möglich werde. Durch die Betonung des historischen Aspektes entsteht ein Begriff der Nation Québec, der dem frankokanadischen Nationalismus noch verhaftet ist, und, dieserart ethnisch geprägt, gegenüber dem wachsenden kulturellen Pluralismus in der Gesellschaft unaufgeschlossen bleiben muss.

Die Vertreter eines "Antinationalismus" auf der anderen Seite – hierzu gehörte auch der Architekt der kanadischen Einheit Trudeau selber – fordern dagegen die Aufgabe kultureller Grenzen und die Institutionalisierung eines politischen, gesellschaftlichen wie ökonomischen Universalismus. Die kollektivrechtliche Sprachgesetzgebung Québecks sei ethnozentrisch und ginge daher zwangsläufig auf Kosten der individuellen Rechte von Angehörigen von Minderheiten. Voraussetzung der Verwirklichung eines solchen Universalismus sei, dass Québec sich endlich von seinem Komplex der Unterlegenheit der Frankokanadier löse.

Der Gegensatz innerhalb dieser beiden ersten Strömungen der Debatte greift – so die dritte Lesart – zu kurz. Diese weist einen Weg, wie die sprachlich-kulturelle nationale Identität offen und wandlungsfähig sein kann, ohne dabei dem antinationalistischen Universalismus das Wort zu reden. Die Vertreter dieser Denkrichtung wollen in der "Gesellschaft mit besonderem Charakter" die kulturelle Nation mit der Garantie von individuellen Rechten und Freiheiten, mit den Anforderungen des politischen Liberalismus, unmittelbar verbinden. Diese – sagen wir modernisierte – Formel der "Gesellschaft mit besonderem Charakter" soll einerseits der prekären Situation des frankophonen Québec in Nordamerika Rechnung tragen. Trotzdem – oder gerade deshalb – wird aber auch dem zunehmend kulturell durchmischten Charakter der Gesellschaft entsprochen. Die französische Sprache soll Medium des Austausches verschiedener Kulturen sein. Die zugrundeliegende Idee ist folgende: Gerade die Verwirklichung liberaldemokratischer Prinzipien setzt den Bestand einer kulturellen Gemeinschaft voraus. Sein kultureller Lebensraum wird als für das autonome Handeln des Einzelnen notwendig

²³ Jocelyn Maclure nimmt eine Dreiteilung des Québecker Diskurses über die nationale Identität vor: 1) die nationale Identität Québecks in ihrer melancholischen Überlieferung, v.a. bei den Autoren Hubert Aquin, Fernand Dumont, Serge Cantin, Louis Cornellier, Laurent-Michel Vacher, Christian Dufour, Jean Larose, 2) ein neue Selbstbeschreibung in der Debatte über die nationale Identität, u.a. bei den Autoren Guy Laforest, Jocelyn Létourneau, Michel Seymour, 3) die nationale Identität in den Grenzen von Antinationalismus und Universalismus, u.a. bei den Autoren Pierre Elliott Trudeau, Jean-Pierre Derriennic, Marc Angenot, Régine Robin, Maclure, Jocelyn: *Récits identitaires. Le Québec à l'épreuve du pluralisme*, Montréal 2000, Kapitel 1-3. Maclure gilt als eine der wichtigsten Persönlichkeiten des intellektuellen Nachwuchses in Québec. Sein hier zitiertes erstes Buch wird von international renommierten Intellektuellen wie dem Philosophen Charles Taylor (Universität McGill Montreal; er verfasste das Vorwort) als herausragender Beitrag gewürdigt.

erachtet. Also müssen kulturelle Grenzen fortbestehen. Insofern muss Québec einen besonderen Status in der kanadischen Föderation erhalten. Ganz deutlich wird hier die Abgrenzung gegenüber Trudeaus Antinationalismus. Gleichzeitig wird die "Gesellschaft mit besonderem Charakter" aber pluralistisch gedacht. Der Bestand der sprachlich und kulturell definierten nationalen Identität verbindet sich mit der Möglichkeit für den Einzelnen, diese aufrechtzuerhalten und durch seinen eigenen kulturellen Beitrag selber auch zu verändern. Hier wird auf der anderen Seite der Unterschied zum melancholischen Nationalismus deutlich. Durch die Konzentration auf die Geschichte und vor allem die Niederlage der Frankokanadier als identitätsprägendes Merkmal kann sich schließlich die Gesellschaft gegenüber Individuen und Gruppen anderer als frankokanadischer Herkunft nicht öffnen. Das heißt nicht, dass diese dritte Formel der "Gesellschaft mit besonderem Charakter" ahistorisch ist. Nur ist Geschichte nicht in erster Linie die Geschichte einer permanent unterdrückten Minderheit, sondern zum Beispiel auch das historische Zusammenleben verschiedener ethnischer und kultureller Gruppen auf dem Québécois Territorium.

Diese dritte Denkrichtung könnte für Québec zukunftsweisend sein. Im Ansatz ist sie bereits politisch umgesetzt. Der Gesellschaftsvertrag Québecs mit seinen Immigranten trägt Züge ihrer Formel der "Gesellschaft mit besonderem Charakter". Natürlich ist es offen, ob langfristig nicht das frankophone Erbe durch den kulturellen Pluralismus stark verwässert wird. Die Sprache ist Zeugnis eines – je nach Sprachregister – mehr oder weniger starken Wandels der kulturellen Zusammensetzung der Gesellschaft. Insofern könnte diese dritte Lesart auch als utopisch oder gar als ein Widerspruch in sich angesehen werden.

Vielleicht kann aber das Beispiel Québecs auch Vorbild sein, wie eine Kultur angesichts der Globalisierung gepflegt und bewahrt werden kann. Nicht zuletzt schließt doch die normative Kraft des Faktischen den homogenisierenden Schutz einer Kultur aus. Demgegenüber muss auch die Realitätsnähe der Konzeption der kulturellen Neutralität eines Staates im Sinne der Aufrechterhaltung verschiedener kultureller Identitäten innerhalb einer Gesellschaft einer kritischen Prüfung unterzogen werden – ein Argument, das Québec im Übrigen in der Auseinandersetzung mit der Föderation bemüht. Unter einem mehr generellen Gesichtspunkt illustriert sich am Konflikt zwischen Québec und Kanada eben nicht nur die Auseinandersetzung um einen kulturellen Nationenbegriff Québecs, sondern auch grundsätzlich die Auseinandersetzung über die Aktualität von kulturellen Nationenbegriffen im Kontext von Globalisierung.

Négritude, Frankophonie und afrikanische Kultur – Léopold Sédar Senghor als Paradigma

János Riesz

Die drei im Titel genannten Positionen unseres Nachdenkens – Négritude, Frankophonie, afrikanische Kultur – geben einen Zusammenhang vor, der sowohl historisch, in seiner zeitlichen Abfolge, wie diskursiv, im wechselseitigen Spannungsverhältnis der drei Positionen, begriffen und dargestellt werden kann: "Négritude" als Name einer literarischen Bewegung afrikanischer und zur afrikanischen Diaspora zählender Autoren französischer Sprache zwischen 1930 und 1960; "Frankophonie" als Bezeichnung für die französische Sprach- und Kulturpolitik, die seit der Unabhängigkeit der meisten afrikanischen Kolonien um 1960 die alte koloniale Assimilationspolitik ablöst; "afrikanische Kultur" schließlich als dasjenige, was die Négritude-Bewegung gegen die koloniale Assimilations-Politik einfordert und auszudrücken beansprucht und wofür die postkoloniale Frankophonie-Politik und die von ihr generierten und sie generierenden Diskurse einen Rahmen und eine Bühne bereit zu stellen beanspruchen. Auf die These der Négritude (als "Revolte" und "antirassistischer Rassismus"¹) folgte die Antithese der Frankophonie (als vielstimmiges Orchester, das durch den Taktstock der französischen Sprache zusammengehalten wird), und beide zusammen bilden als Synthese die Voraussetzung dafür, dass die afrikanischen Kulturen in den globalen "Dialog der Kulturen"² eintreten, sich darin behaupten und Gehör verschaffen können.

Den idealen Zusammenhang und die Verbindung zwischen den drei Positionen kann man in der Person und im Werk von Léopold Sédar Senghor sehen, dessen Lebensdaten (1906-2001) nahezu das ganze 20. Jahrhundert einschließen, ein Jahrhundert, das im Titel eines von der Universität Marien Ngouabi in Brazzaville herausgegebenen Bandes "Le siècle Senghor"³ genannt wird. Der senegalesische Dichter, Kulturphilosoph und Staatschef (1960-1980) verkörpert wie kein anderer in seiner Lebensgeschichte den Zusammenhang von Négritude, Frankophonie und afrikanischer Kultur: die "Négritude", der er als Student und junger afrikanischer Intellektueller im Paris der 30er- und 40er-Jahre – zusammen mit dem aus Martinique stammenden Aimé Césaire und Léon Damas aus Französisch Guayana – zu dichterischem Ausdruck und weltliterarischer Geltung verhalf; die "Frankophonie", die er als Staatspräsident des Senegal seit Anfang der 60er-Jahre – zusammen mit den Präsidenten Tunesiens, Habib Bourguiba, und des Niger, Hamani Diori, zum Status eines französischen "Commonwealth" und eines weltumspannenden Netzwerks von Institutionen und Organisationen zu entwickeln half, innerhalb dessen auch die afrikanischen Kulturen ihren Platz beanspruchen und die Solidarität der reichen Länder des Nordens einfordern konnten.

Um eine unzulässige Begriffsverwirrung zu vermeiden und nicht – wie es viele der Kritiker Senghors getan haben – die mit den Begriffen "Négritude", "Frankophonie" und "afrikanische Kultur" verbundenen Vorstellungen und Konzepte mit ihren scheinbaren Widersprüchen gegeneinander auszuspielen und gegen Senghor ins Feld zu führen, muss man darüber hinaus

¹ Der Ausdruck stammt von Sartre, Jean-Paul: *Orphée Noir*, in: Léopold Sédar Senghor (Hrsg.), *Anthologie de la nouvelle poésie nègre et malgache de langue française* (1948), Paris (5e éd.) 1985, S.IX-XLIV, S.XIV.

² "Le Dialogue des Cultures" ist der (Unter-)Titel des fünften und letzten Bandes der gesammelten Aufsätze von Léopold Senghor: *Liberté 5*, Paris 1993. Darin enthalten sind zahlreiche Texte, welche die hier behandelten Themen direkt betreffen: Négritude, Frankophonie, afrikanische Kultur.

³ Bokiba, André-Patient (sous la direction de): *Le siècle Senghor*, Paris/Budapest/Torino 2001.

die unterschiedlichen Positionen des Dichters, des philosophischen Intellektuellen und des Politikers und Staatsmannes berücksichtigen, die in je verschiedene diskursive Zusammenhänge eingebettet sind und sich nur in diesen dem historischen Verständnis erschließen. Es ist ein anderes, ob Senghor als Dichter die Schönheit der schwarzen Frau besingt oder das Gedenken an die afrikanischen Soldaten ("Tirailleurs Sénégalais"⁴) der beiden Weltkriege feiert, ob er als Teilnehmer an den historischen und anthropologischen Debatten der 30er- und 40er-Jahre den Ursprung der Menschheit in Afrika und den Primat der afrikanischen Kulturen vertritt, oder ob er als Politiker und Staatsmann die Befreiung von kolonialen und neokolonialen Abhängigkeiten fordert und gegen die wirtschaftliche Benachteiligung der afrikanischen – und generell "Drittwelt"-Länder infolge der für sie nachteiligen "terms of trade" kämpft.

Dennoch gibt es über alle Grenzen der dichterischen, wissenschaftlichen und politischen "Wortergreifungen" hinweg eine Reihe von übergreifenden, verbindenden Elementen in der Person und in den in unterschiedlichen Diskurs-Systemen verankerten Positionen und Positionierungen Léopold Senghors; Elemente, die uns gestatten, eine tiefere Einheit und Kohärenz des Denkens und Fühlens, der Weltanschauung des Dichter-Wissenschaftler-Staatsmannes zu erkennen, von deren organisierender Mitte her seine Persönlichkeit ihren lebensgeschichtlichen Zusammenhang und ihre historische Logik und Konsistenz gewinnt. Dieses Zentrum liegt in der biografischen Ausgangssituation des jungen Senghor, der in einer Zeit aufwuchs, als das koloniale System mit seinem Anspruch einer überlegenen europäischen Zivilisation und der Berechtigung der wirtschaftlichen Ausbeutung (offiziell: "Nutzbarmachung") der Kolonien noch unbestritten schien, der auf französische Schulen ging, deren Ziel die "Assimilation" der jungen Afrikaner war (aus ihnen "schwarze Franzosen" zu machen), der an den künstlerischen, literarischen und politischen Debatten der Zwischenkriegszeit⁵ aktiv teilnahm, der in Frankreich die für seine Zukunft prägenden Erfahrungen als Gymnasiallehrer, Soldat, deutscher Kriegsgefangener, als Abgeordneter des Senegal in der französischen Nationalversammlung und als politischer Beamter mehrerer Regierungen im Übergang von der Vierten zur Fünften Republik gesammelt hat.

Aus diesen Erfahrungen sind zentrale Positionen und Grundeinstellungen des Senghorschen Denkens und Fühlens hervorgegangen, die sich in seinen Reden und Schriften von den 30er- bis in die 80er-Jahre des 20. Jahrhunderts nachweisen lassen und die er in seinen autobiographischen Aufzeichnungen und Interviews⁶ zu einer mehr oder weniger kohärenten "Narration" gebündelt hat. Man kann sie in drei Punkten zusammen fassen, die sich den drei Begriffen unseres Titels zuordnen lassen:

- die Verteidigung der afrikanischen Kultur gegen eine Jahrhunderte alte Diskriminierung und Geringschätzung; im Gegenzug der Preis ihrer Schönheit, Humanität und ihrer "zivilisatorischen" Errungenschaften und kulturellen Leistungen (Négritude);
- die Einsicht in die Notwendigkeit, dass Senegal, wie der ganze afrikanische Kontinent, Anschluss an die neue Zeit der technisch-naturwissenschaftlichen Zivilisation gewinnen muss und es deshalb ratsam erscheint, aus der kolonialen Situation das Beste zu machen

⁴ Vgl. dazu unseren Sammelband: János Riesz/Joachim Schultz (Hrsg.): "Tirailleurs Sénégalais". Zur bildlichen und literarischen Darstellung afrikanischer Soldaten im Dienste Frankreichs, Frankfurt M. 1989.

⁵ Für Senghor ist es die "große kulturelle Epoche Frankreichs im 20. Jahrhundert"; siehe dazu Léopold S. Senghor: *La poésie de l'action. Conversations avec Mohamed Aziza*, Paris 1980, S.158. (Abgek. *Poésie de l'Action*).

⁶ Neben dem vorstehend zitierten Band, *Poésie de l'Action*, der Band: *Ce que je crois. Négritude, Francité et Civilisation de l'Universel*, Paris 1988 (abgek. *Ce que je crois*), den man als eine Art "Testament" Senghors verstehen kann.

und die Verbindungen mit der ehemaligen Kolonialmacht nicht nur nicht abreißen zu lassen, sondern über die französische Sprache und das Netz frankophoner Institutionen und Organisationen Verbündete und Zugang zu den globalen Handels- und Tauschprozessen zu bekommen (Frankophonie);

- die Zukunftsvision oder Utopie des Kontinents Afrika und seines Landes Senegal, das sich seine afrikanische Kultur bewahrt und dennoch allen Einflüssen von außen offen bleibt, das sich vor dem biologischen "métissage" ebenso wenig fürchtet wie vor dem kulturellen und gerade durch sein Festhalten an afrikanischen Werten und Traditionen für die übrige Menschheit als Partner interessant und anziehend bleibt (afrikanische Kultur).

1. Négritude

Die Ausgangssituation der "Négritude" hat Senghor 1952 wie folgt beschrieben: "Versetzen Sie sich doch mal in unsere Haut: überlegen Sie, wie es ist, wenn man eines Morgens aufwacht, schwarzhäutig und kolonisiert, schwarz und nackt, in der Betroffenheit, von dem durchbohrenden Blick der weißen Rasse angeschaut zu werden. Wir schwarzen Studenten der Jahre zwischen 1925 und 1935, wir wussten, dass die Europäer unsere Vorfahren seit über dreihundert Jahren gelehrt hatten, dass sie nichts waren. [...] Sie besaßen keine kulturellen Güter, hatten nichts gedacht, nichts erbaut, nichts gemalt, nichts gesungen. Sie waren nichts, auf dem Grund des Abgrundes, in der absoluten Verzweiflung. Denn wie sollte etwas aus nichts kommen?"⁷ – Vor dieser Situation wird die Entstehung der Négritude-Lyrik im Nachhinein begriffen als eine "vitale Notwendigkeit", eine "Frage auf Leben und Tod"; die 30er-Jahre als die "Jahre des Rausches des neuen Negers".

Gegen die Theorie der "tabula rasa" der afrikanischen Kultur setzten die Dichter der Négritude den Preis der Schönheit Afrikas und seiner Menschen. Die Farbe "schwarz" ist in der Dichtung Senghors stets mit der Idee von Schönheit und Vollkommenheit verbunden.⁸ Die Bildlichkeit des Dunkeln/Schwarzen/Nächtlichen erscheint bereits in der Titelgebung der einzelnen Sammlungen: "Chants d'Ombre"/"Schattengesänge" (1945); "Hosties Noires"/"Schwarze Hostien" (1948); "Éthiopiennes"/"Äthiopische Gesänge" (1956); "Nocturnes"/"Nachtgesänge".⁹ Ebenso im Titel einzelner Gedichte: "Nuit de Sine"/"Nacht von Sine"; "Femme noire"/"Schwarze Frau"; "Élégie de minuit"/"Elegie zur Mitternacht". Und in den Gedichten selbst z.B. als Preis der Schönheit der schwarzen Frau, die ein Symbol Afrikas ist: "Femme nue, femme noire/Vêtue de ta couleur qui est vie, de ta forme qui est beauté!/J'ai grandi à ton ombre; la douceur de tes mains bandait mes yeux./Et voilà qu'au cœur de l'Été et de Midi, je te découvre, Terre promise, du haut d'un haut col calciné/Et ta beauté me foudroie en plein cœur, comme l'éclair d'un aigle."¹⁰

⁷ L'apport de la poésie nègre au demi-siècle, in L.S. Senghor: Liberté 1. Négritude et Humanisme, Paris 1964, S.133-146, S.133. Wo nicht anders vermerkt, sind die Übersetzungen vom Verfasser (J.R.).

⁸ Guibert, Armand: Léopold Sédar Senghor, Paris 1961, S.79: "Chez Senghor, elle [la couleur noire] n'accompagne qu'une idée de perfection esthétique et de glorification."

⁹ Die Zitate der Gedichte Senghors sind entnommen aus L.S. Senghor: Oeuvre poétique, nouvelle édition, Paris 1990. Die deutschen Übersetzungen aus L.S. Senghor: Botschaft und Anruf. Sämtliche Gedichte, französisch und deutsch, herausgegeben und übertragen von Janheinz Jahn, München 1963.

¹⁰ Ebd., S.16. In der Übersetzung von Janheinz Jahn (S.45): "Nackte Frau, schwarze Frau/Gekleidet in deine Farbe, die Leben, in deine Form, die Schönheit ist!/In deinem Schatten bin ich aufgewachsen, deine sanften Hände verbanden mir die Augen./Und da entdecke ich dich im Herzen des Sommers, des Mittags, gelobtes Land, hoch von der Höhe versengten Passes/Und deine Schönheit trifft mich ins Herz wie der Blitz eines Adlers."

Als zentralen Begriff seiner Kulturreflexion hat Senghor den Begriff "Négritude" immer wieder als "Gesamtheit der kulturellen Werte des schwarzen Erdteils, wie sie im Leben, in den Institutionen und in den Werken der Schwarzen zum Ausdruck kommen"¹¹ definiert, oder noch kürzer: "die kollektive Persönlichkeit der schwarzen Völker". Und immer wieder hat er auch daran erinnert, welchen großen Einfluss die Übersetzung von Leo Frobenius Kulturgeschichte Afrikas (1933)¹² auf die jungen schwarzen Studenten in Paris gemacht hatte: "Lehrte uns nicht der deutsche Völkerkundler Leo Frobenius, dass jedes Volk seine eigene Kultur besitzt, d.h. eine geistige Struktur, aus der die Gefühle und Gedanken, die Sitten und Einrichtungen, die Religion und die Kunst dieses Volkes hervorgehen? Er bewies uns, dass ‚die Vorstellung vom barbarischen Neger [...] eine Schöpfung Europas‘ ist; dass der Neger durch seine Fähigkeit gekennzeichnet ist, sich nicht von den Tatsachen, sondern ‚vom Wesen der Erscheinungen‘ bewegen zu lassen und diese in einem ‚unmittelbaren, ungekünstelten und ernsten‘ Stil auszudrücken; und dass im Übrigen die Seele des Negers mit der deutschen Seele verwandt ist."¹³

Das Konzept der "Négritude" Senghors geht also – wie auch des von ihm beeinflussten Janheinz Jahn¹⁴ – von einer bei aller Verschiedenheit doch fundamentalen Einheit der Schwarz-Afrikaner (und ihrer Abkömmlinge in der Diaspora) aus, einer Einheit, die dreifach bestimmt wird:

- als "rassische" Einheit der "schwarzen Seele",
- auf Grund gemeinsamer historischer Erfahrungen,
- in der Verbindung und im Zusammenspiel von beiden.

In einem Essay über den "Beitrag des Schwarzen Mannes [zur Welt-Zivilisation]"¹⁵ hat Senghor ein Bündel gemeinsamer psychischer, psychosomatischer, moralischer und sozialer Dispositionen und Verhaltensweisen der "Negerseele" ("âme nègre") genannt; es sind u.a.

- eine Offenheit, Durchlässigkeit für alle Einflüsse der sinnlichen und geistigen Welt,
- eine emotive Sensibilität,
- eine stete Disposition zu aktiver Kommunikation,
- eine rhythmische Grundbefindlichkeit, die jederzeit aktualisiert werden kann,
- eine anthropomorphe Sicht der Natur, deren Durchdringung mit Menschlichem,
- eine besondere Religiosität, die sich u.a. in der Verehrung der Ahnen und im Gefühl der persönlichen (nicht individualistischen) Würde äußert,
- eine spezifische Form der gesellschaftlichen Organisation, die von der Familie über die Großfamilie, den Clan, den Stamm bis zum Stammesverband reicht,
- eine Auffassung von Arbeit, die in dieser die einzige Quelle des Eigentums sieht,
- daraus resultierend die Vorstellung einer "menschlichen" Politik, wie sie etwa in der Institution des Palavers ihren Ausdruck findet,

¹¹ So u.a. in der Einleitung ("Introduction") des Bandes Liberté 1, S.7-9.

¹² Die französische Übersetzung erschien unter dem Titel: Histoire de la civilisation africaine, Paris 1936.

¹³ Senghor, Léopold Sédar: L'accord conciliant, in: L.S.S. – Ansprachen anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Frankfurt M. 1968, S.39-54, S.46f.; dte. Übers. "Die Versöhnung der Gegensätze", S.55-73, S.62f.

¹⁴ So vor allem in: Muntu. Umriss der neoafrikanischen Kultur, Düsseldorf/Köln 1958; Neuausgabe 1986.

¹⁵ Ce que l'homme noir apporte (1939), in: Liberté 1, S.22-38.

- zuletzt eine besondere Form von Kunst und Literatur, die von einem alles durchwaltenden Rhythmus durchzogen sind.

Die zweite gemeinsame Wurzel der Négritude liegt in den gemeinsamen historischen Erinnerungen, wie sie von dem kollektiven Gedächtnis aufbewahrt werden: die Erinnerungen an den Menschenraub und die Millionen Verschleppten des transatlantischen Sklavenhandels, die durch die Kolonialherren zugefügte Gewalt und die jahrhundertelangen Demütigungen, insgesamt: die Erfahrung des durch den weißen Mann zugefügten Leides.

Die beiden genannten Arten der Selbstbestimmung der Négritude – die ideelle Einheit der Rasse und die gemeinsamen historischen Erfahrungen – verbinden sich in der konkreten historischen Situation zu einem Gegenentwurf zu dem Bild, das sich der Weiße vom Neger gemacht hat: das Bild des degradierten Negers, halb Kind, halb Untermensch. Ein solches reaktives Element zeigt sich in mehreren Gedichten Senghors: "Sie nennen uns Baumwollköpfe und Kaffeemenschen und ölige Menschen/Sie nennen uns Menschen des Todes./Doch wir sind die Menschen des Tanzes, deren Füße nur Kraft gewinnen, wenn sie den harten Boden klopfen."¹⁶ Die Zukunft der schwarzen Rasse wird damit begründet, dass die Menschheit mit ihrer Geschichte noch nicht zu Ende ist, dass vielmehr das sich ankündigende Ende der Kolonialreiche der Neubeginn ist für die aktive Mitwirkung der bisher in Sklavenketten gehaltenen Völker: "Jetzt da das Afrika der Reiche dahinstirbt. – Es ist der Todeskampf einer beklagenswerten Fürstin –/Gleichwie Europa, dem wir verbunden sind durch den Nabel./Richtet eure unbeweglichen Augen auf eure Kinder, die man befehligt/Und die ihr Leben hingeben wie der Arme sein letztes Kleid/Dass wir einst hier rufen bei der Wiedergeburt der Welt/Als jene Heffe, derer das weiße Mehl bedarf."¹⁷

Der Zweite Weltkrieg, die Erfahrung des Nationalsozialismus und der deutschen Kriegsgefangenschaft, haben bei Senghor zu einer Neubewertung der eigenen Positionen geführt, die den Wert der "Rasse", des "Blutes", der "Negerseele" in den Vordergrund stellten. Das Resultat seines Umdenkens fasst Senghor im Goethe-Jahr 1949 als Lehren aus Leben und Werk des Weimarer Klassikers zusammen: "Er [Goethe] lehrte uns, die Gefahren der kulturellen Isolation zu erkennen, des Rückzugs auf sich selbst, der Auffassung, man könne einzig auf die eigene Rasse, Nation und die angeborenen Eigenschaften bauen."¹⁸ Hinfort wird der Begriff des biologischen wie kulturellen métissage im Zentrum der Senghorschen Geschichtsauffassung und Kulturtheorie stehen. Afrika bleibt weiterhin die "Wiege der Menschheit" und der Ursprung der ersten großen Zivilisationen, aber der Kontinent steht zugleich in einem Prozess ständigen Wandels und Sich-Vermischens mit andern Rassen und Kulturen. Afrika durchdringt und befruchtet die übrige Menschheit, es lässt sich aber gleichzeitig von der übrigen Menschheit durchdringen und befruchten.¹⁹

¹⁶ Prière aux Masques/Gebet an die Masken, S.23f., S.54.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Le Message de Goethe aux Nègres Nouveaux, in: Liberté 1, S.83-86, S.85.

¹⁹ Es ist nicht uninteressant, dass diese von Senghor vertretenen Auffassungen, für die er sich insbesondere auf die Ergebnisse der Paläo-Anthropologie stützte (vor allem auf Teilhard de Chardin) von der heutigen Genforschung bestätigt werden. Man vgl. hierzu Templeton, Alan R.: Out of Africa again and again, in: Nature, vol. 416, März 2002, S.45-51; Templetons Ergebnisse hätten Senghor gewiss erfreut: "Humans expanded again and again out of Africa, but these expansions resulted in interbreeding, not replacement, and thereby strengthened the genetic ties between human population throughout the world."

2. Frankophonie

Die Verbreitung der französischen Sprache und Kultur in den afrikanischen Kolonien gehörte schon sehr früh zu den erklärten Zielen des französischen Kolonialsystems.²⁰ Damit einher ging eine Geringschätzung, ja Verachtung der afrikanischen Sprachen, die für gewöhnlich nur als Dialekte ("patois") galten und nicht der Aufzeichnung für wert befunden wurden. In der gängigen französischen Auffassung von Westafrika herrschte hier ein "babylonisches Sprachengewirr", das nur durch die vereinigende Kraft der französischen Sprache überwunden werden konnte. Frankreich machte den Afrikanern das "Geschenk" seiner Sprache, mit deren Hilfe sie Zugang zu einer überlegenen Kultur und Zivilisation finden und aus der Begrenztheit ihrer Dialekte heraustreten konnten. Es gab aber auch Stimmen, die vor den "Gefahren" einer unkontrollierten Proliferation der eigenen Sprache warnten, weil die "Eingeborenen" dadurch ihrer Kultur entfremdet und durch die Lektüre französischer Bücher und Zeitungen auf Gedanken politischer Unbotmäßigkeit kommen konnten, nicht zuletzt weil die französische Sprache selbst (durch Pidginisierung oder Kreolisierung) dadurch Schaden nehmen konnte.

Die Négritude-Dichter und -Theoretiker sahen sich deshalb gegenüber der französischen Sprache in einer zweifachen Frontstellung: einmal mussten sie die afrikanischen Sprachen – als Teil der afrikanischen Kultur – rehabilitieren, auf ihrer Schönheit und Ausdrucksfähigkeit insistieren, den Nachweis erbringen, dass afrikanische Sprachen sich ebenso für Dichtung und Literatur, für wissenschaftliche und philosophische Werke eigneten wie die europäischen, dass sie im vollen Wortsinn "Kultursprachen" waren; zum andern mussten sie auch darauf bestehen, uneingeschränkten Zugang zur französischen Sprache zu bekommen, nicht mit einem *petit nègre* oder einem auf seinen alltäglichen Gebrauchswert begrenzten französischen Sprachunterricht abgespeist zu werden. Dazu mussten sie selbst den Nachweis erbringen, zu einem kreativen Gebrauch der französischen Sprache fähig zu sein und ihre Feinheiten und Schwierigkeiten zu meistern.

In einem Vortrag über "Das Kulturproblem in Französisch-Westafrika" für den Foyer France-Sénégal an der Handelskammer in Dakar am 10. September 1937²¹ versuchte der junge *agrégé de grammaire* Senghor, beiden Anforderungen gerecht zu werden. Mit einem Bescheidenheitstopos, der die Schulung an der klassischen Rhetorik verrät, führt er sich als "Bauer [der Region] des Sine" ein, der wissen möchte, wie er seine und seiner Kinder Erziehung gestalten, seine Kultur unter den gegebenen Umständen im Sinne eines anzustrebenden Gleichgewichts, eines Ausgleichs zwischen widerstrebenden Anforderungen optimieren kann. Es geht um nichts weniger als das Überleben: "Wenn wir überleben wollen, dann müssen wir die Notwendigkeit einer Anpassung einsehen: einer Assimilation. Unsere Umwelt ist nicht mehr nur westafrikanisch, sie ist auch französisch, sie ist international; mit einem Wort, sie ist afrofranzösisch."²² Aus der doppelten Orientierung Westafrikas, seinem "bicéphalisme", folgert er einen zweisprachigen Unterricht, einen "bilinguisme" als Grundlage der Schulbildung. Im Gegensatz zur französischen Sprach- und Schulpolitik in Afrika will er die einheimischen Sprachen nicht aus dem Unterricht verdrängen, sondern umgekehrt den Primärschulunterricht in den ersten Jahren in der afrikanischen Muttersprache der Kinder erteilen. Erst wenn so die Grundlagen einer afrikanischen Persönlichkeit gelegt sind, könne der Unterricht auf Französisch einsetzen. Ziel ist ein harmonisches Gleichgewicht zwischen der Verankerung in der

²⁰ Vgl. Vf. (J.R.): *Französisch in Afrika. Herrschaft durch Sprache*, Frankfurt M. 1998.

²¹ *Le problème culturel en A.O.F.*, in: *Liberté* 1, S.11-21.

²² *Ebd.*, S.14.

afrikanischen Kultur und den von außen kommenden Einflüssen. Insbesondere von den Lehrern verlangt Senghor die Kenntnis und das Studium auch einer afrikanischen Sprache.

Von zwei Aussagen dieses Textes von 1937 wird sich Senghor später (1963) ausdrücklich distanzieren: einmal von der Aussage, dass es ohne schriftliche Literatur keine Kultur ("civilisation") geben könne, die mehr als ethnografische Aufmerksamkeit verdiene; zum anderen, dass das Französische für den wissenschaftlichen Gebrauch zu reservieren, die einheimischen Sprachen für Gattungen der Poesie, des Theaters und der Erzählkunst zu verwenden seien. Man kann dies sowohl – im Sinne der Négritude – als Verteidigung des Wertes auch der schriftlosen Kulturen, wie umgekehrt als Hinwendung zum Französischen als Sprache einer zukünftigen afrikanischen Literatur verstehen. In einem Robert Delavignette gewidmeten Text von 1945, der im Titel das programmatische "Assimilieren [=transitiv!], nicht assimiliert werden" enthält²³, verteidigt Senghor zwar das Bekenntnis zur französischen Kultur, die in ihrem Verhältnis zu den afrikanischen Kulturen im Bilde der "greffe", des Aufpfropfens-Veredelns gesehen wird²⁴, er beharrt aber ebenso nachdrücklich auf dem Wert der afrikanischen Sprachen: "Ebenso wie es an den Gymnasien der Metropole neben dem Französisch-Unterricht einen Unterricht in den klassischen Sprachen gibt, wäre zu wünschen, dass es an den schwarzafrikanischen Gymnasien eine einheimische Sprache als Pflichtfach neben dem Französischen gibt. [...] Jede Sprache, jede Kultur kann Gegenstand einer 'humanistischen' Erziehung sein, weil jede Kultur der einzigartige, unverwechselbare Ausdruck einiger Wesensmerkmale der Humanität ist." ²⁵

Man muss sich diesen Négritude-Hintergrund vergegenwärtigen, ehe man allzu unbedacht Senghor zum "Propagandisten der Frankophonie", zum "Collaborateur" und zum "Verräter an der afrikanischen Sache" macht.²⁶ Gewiss: Senghor hat sich aktiv am Aufbau einer frankophonen institutionellen Struktur in den 60er-Jahren beteiligt; er hat – auch gegenüber Frankreich – um die Verpflichtung zur gegenseitigen Solidarität und zur Wirtschaftshilfe gekämpft, er hat es verstanden, die französische Tendenz, die Beziehungen zu den afrikanischen Staaten auf bilaterale Zusagen und Verträge zu beschränken, durch ein umfassendes Netzwerk kultureller und wirtschaftlicher Organismen (vor allem der 1970 in Niamey gegründeten ACCT) zu unterlaufen und zu überwinden. Und er hat durch seine Reden und Aufsätze dazu beigetragen, die "Frankophonie" als globale Struktur²⁷, als Gegenpol zur angloamerikanischen Dominanz bewusst zu machen und zu formulieren.

Nicht zuletzt: Er hat der "Frankophonie" einige ihrer schönsten Definitionen und Formulierungen geschenkt. Am bekanntesten (und immer wieder zitiert) wurde jene in der Ausgabe der Zeitschrift *Esprit* vom November 1962, die als Themenheft von über 350 Seiten unter dem Titel "Le Français, langue vivante" den 'Durchbruch' auch der Bezeichnung "Frankophonie" gegenüber dem bis dahin vorherrschenden "Francité" markierte, zu der Senghor einen Aufsatz über "Le français, langue de culture" beitrug, der mit diesen Worten endete: "La Francophonie, c'est cet Humanisme intégral, qui se tisse autour de la terre: cette symbiose des 'énergies dormantes' de tous les continents, de toutes les races, qui se réveillent à leur chaleur

²³ Vues sur l'Afrique Noire ou Assimiler, non être assimilés, in: *Liberté* 1, S.39-69.

²⁴ Das Bild der "greffe" wird schon früh auch in der kolonialen Programmatik verwendet, so z.B. bei Georges Hardy: *Une conquête morale. L'enseignement en A.O.F.*, Paris 1917.

²⁵ Ebd., S.67.

²⁶ Vgl. dazu Porra, Véronique: *Le Nègre Fondamental. L.S. Senghor sous les feux croisés de la critique africaine*, in: Dirk Naguschewski (Hrsg.), *Afro-Romania*, Berlin 2000, S.91-108.

²⁷ Als "Weltregion", wie der Titel einer Vorlesungsreihe an der Universität Leipzig im WS 2001/02 lautete.

complémentaire. 'La France', me disait un délégué du F.L.N., 'c'est vous, c'est moi: c'est la Culture française.' Renversons la proposition pour être complets: la Négritude, l'Arabisme, c'est aussi vous, Français de l'Hexagone. Nos valeurs font battre, maintenant, les livres que vous lisez, la langue que vous parlez: le français, Soleil qui brille hors de l'Hexagone."²⁸ Was Senghor hier weitsichtig – fast möchte man sagen "prophetisch" – vorhersieht, sind die zahlreichen Rückwirkungen der "Frankophonie" auf das französische Mutterland selbst: die afrikanische, die Kultur des Maghreb sind heute auch Teil der französischen Kultur und Literatur, des französischen Alltags. Afrika ist auch in Paris, Frankreich selbst ist – am Ende des 20. Jahrhunderts – ein "frankophones" Land geworden.²⁹

3. Afrikanische Kultur

Senghor hat sich schon sehr früh und während seines ganzen aktiven Lebens als "Stimme" Afrikas, als "Botschafter" des afrikanischen Kontinents gesehen und definiert. In seinen autobiografischen Texten betont er stets die afrikanischen Wurzeln seiner Erziehung, die dauerhafte Prägung durch die Kindheit, die glückliche Zeit des "Royaume d'Enfance". In dem Bericht über diese Zeit in *Ce que je crois* belässt er es nicht bei einzelnen anekdotischen Erinnerungen, sondern ist vor allem bemüht, das Wertesystem und den moralischen Kodex seiner bäuerlichen Sereer-Kultur im Zusammenhang darzustellen: das starke Ehrgefühl (*jom*), das so empfindlich ist, dass oft nur der Selbstmord bleibt, wenn es verletzt wird. Das Schamgefühl, die Zurückhaltung und Selbstbeherrschung (*kersa*), auf die sein zweiter Vorname (Spitzname: "sobriquet"), *Sédar*, anspielt, dessen Bedeutung Senghor umschreibt mit: "qui n'a pas honte" oder "qu'on ne peut humilier". Die guten Manieren und die Höflichkeit und Rücksichtnahme gegenüber anderen (*teranga*); schließlich die Geduld und Ausdauer (*muñ*), die vor allen die afrikanischen Bauern auszeichnet. Die langen Abende, an denen wunderbare und merkwürdige Geschichten erzählt wurden (die Senghor mit den Märchen aus Tausend und eine Nacht vergleicht), die traditionellen Ringkämpfe und die Preislieder der jungen Mädchen auf die Sieger aus diesen Kämpfen. Auch die Missionare vom "Heiligen Geist", bei denen der junge Senghor seine sechsjährige Grundschulbildung erfuhr, legten Wert auf eine afrikanische Er-

²⁸ Ebd. S.837-844, S.844. Deutsche Übersetzung: "Die Frankophonie, das ist ein die ganze Menschheit umfassender Humanismus: eine Symbiose der 'schlummernden Energien' aller Kontinente und aller Rassen, die sich gegenseitig erwecken und wärmen. 'Frankreich', sagte mir ein Vertreter der F.L.N., 'das sind Sie, das bin ich, das ist die französische Kultur.' Der Vollständigkeit halber müssen wir diese Aussage umkehren: Négritude, Arabismus, das seid auch Ihr Franzosen des Hexagon. Die Bücher, die Ihr lest, die Sprache, die Ihr sprecht, schlagen inzwischen auch im Rhythmus unserer Werte: das Französische ist eine Sonne, die auch jenseits des Hexagon erstrahlt."

²⁹ Was Robert Delavignette, Kolonial-Administrator und Direktor der "Ecole Coloniale" (an der die französischen Kolonialbeamten ausgebildet wurden) in Paris schon 1946 vorhergesehen hat, in *Service Africain*, der erweiterten Neuauflage des 1940 erstmals erschienenen (und von der deutschen Besatzungsmacht verbotenen) *Les vrais chefs de l'Empire*, schreibt er in dem neuen Kapitel über "Les rapports culturels. L'accent africain dans les lettres françaises", im Ausgang von Senghors 1945 erschienener Gedichtsammlung "Hosties Noires" über deren "revolutionären" Dichter: "Il vient à nous fraternellement, mais à cette condition implicite que nous reconnaitrons tout ce que l'Afrique noire peut apporter de jeunesse, de danse et de joie dans un monde mécanique et malheureux. Il nous est fidèle, mais il fait irruption dans notre littérature avec toute l'Afrique derrière lui. [...] il veut que nous nous renouvellions nous-mêmes, en formant avec son Afrique une forte communauté, nourrie d'échanges intérieurs." (S.254). (Deutsche Übersetzung: "Er kommt zu uns als Bruder, doch unter der stillschweigenden Bedingung, dass wir alles akzeptieren, was das schwarze Afrika uns an Jugendlichkeit, Tanz und Freude in unsere traurige mechanische Welt bringt. Er steht in Treue zu Frankreich, aber er bricht in unsere Literatur ein mit dem ganzen Gewicht Afrikas hinter sich. [...] Er will, dass wir uns aus uns selbst erneuern und mit seinem Afrika eine starke Gemeinschaft bilden, die sich vom gegenseitigen Geben und Nehmen nährt.")

ziehung vor der französischen. So kam es, dass Senghor nach seiner Muttersprache, dem Seereer, auch das Wolof fließend erlernte, die Verkehrssprache des Senegal.

Erst mit dem Eintritt ins Collège Séminaire Libermann in Dakar im Jahr 1923 (Senghor ist inzwischen 17 Jahre alt!) erfuhr er die Bemühungen der französischen Assimilations-Politik, ihn seiner afrikanischen Herkunft und deren Kultur zu entfremden, ihn von der Überlegenheit der französischen Zivilisation zu überzeugen und ihm den Minderwertigkeitskomplex des Kolonisierten einzuimpfen. Doch kamen diese Bemühungen in gewisser Weise schon zu spät: noch ehe Senghor – als Student in Paris und unter dem Einfluss von Frobenius und einiger seiner akademischen Lehrer sowie nach dem Vorbild des "Indigenismus" in Haïti und der Harlem Renaissance – in der Lage war, die Négritude als Begriff und Konzept zu formulieren und sich gegen die Anmaßungen des europäischen Überlegenheitsanspruchs zur Wehr zu setzen, hatte er seine "Négritude" schon verinnerlicht, sich mit dem Gefühl des Wertes und der Würde seiner afrikanischen Herkunft durchdrungen und suchte im Grunde nur noch nach der Bestätigung dessen, was er im tiefsten Innern seit langem fühlte. Sein Bekenntnis zur afrikanischen Kultur resultiert aus einem doppelten Lernprozess: einmal der Erfahrung dessen, was er an der europäischen Kultur kritisiert und ablehnt, zum andern in der Erkenntnis dessen, was nach seiner Auffassung das Spezifische der afrikanischen Kultur(en) ausmacht.

Den Grundunterschied formuliert er gleich zu Beginn der Gespräche mit Mohamed Aziza: "unsere afrikanischen Gesellschaften sind Gesellschaften, die in Symbiose leben. Die europäische Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die das Trennende betont, die Dichotomie, während die unsern solche der Partizipation, der Kommunion sind".³⁰ Dieselben Begriffe finden sich isotopisch und mit leitmotivischer Insistenz quer durch alle Schriften und Reden Senghors: "ökumenischer Charakter der senegalesischen Gesellschaft", "Synkretismus", "Symbiose", und immer wieder (biologischer wie kultureller) "métissage"; "symbiotische Psychologie des Negro-Afrikaners"; "Priorität der Synthese und der Symbiose vor der Opposition und der Separation"; "der dichotomische Geist Europas"; der Gegensatz zwischen "Fluctuants" (Afrikaner und die lateinischen Völker um das Mittelmeer) und "Introvertis" (die Nordeuropäer); das stete "Bemühen um Ausgleich", um den "compromis dynamique"; die "Rückführung der Dissidenten" und die "Wiederherstellung eines Konsenses"; die "Überwindung der Gegensätze".³¹

In seiner Einleitung über "La Civilisation Nègre-Africaine" der Anthologie *Les plus beaux écrits de l'Union Française et du Maghreb*³² betont Senghor die Einheit des afrikanischen Kontinents: "Trotz der großen somatischen und kulturellen Verschiedenheit bilden die Negro-Afrikaner eine Einheit."³³ Die Komponenten dieser Einheit sind uns aus der Négritude-Theorie schon vertraut. Sie werden durch die (häufig missverstandene) "Emotivität" des Negro-Afrikaners zusammengefasst: "le Nègre se définit essentiellement par sa faculté d'être ému". (Hervorh. im Text) So als habe Senghor die Argumente seiner Kritiker schon vorhergesehen, verteidigt er diese "Emotivität": "Wie viele heroische Epen, in denen die Helden weinen und die Zuhörer darin ein Zeichen edler Gesinnung erkennen! [...] Die geistige Vorstellung erzeugt den emotionalen Schock. Der ganze Körper reagiert bis in die Eingeweide. Ein Mann, dessen Vorfahren im Gedicht besungen werden, ist davon bis an die Schmerzgrenze gerührt." Doch Senghor sucht auch anderswo – "wissenschaftliche" – Argumente für seinen Pan-Afrikanismus, z.B. bei Lilius Homburger, die seine Lehrerin für afrikanische Sprachen

³⁰ Ebd., S.24.

³¹ Alle Beispiele aus *La poésie de l'action*.

³² Paris 1947, S.165-179.

³³ Ebd., S.165.

war und in zahlreichen Publikationen³⁴ die These einer fundamentalen Einheit der afrikanischen Sprachen verteidigte: die Sprache des Alten Ägypten habe sich allmählich über ganz Afrika verbreitet. Immer wieder polemisiert sie gegen die ihrer Ansicht nach irrige Auffassung, Afrika habe vor Ankunft der Portugiesen isoliert und ohne Kontakt zur Außenwelt während Jahrtausenden alleine für sich gelebt.

Senghor sucht überall nach Argumenten und nach Bundesgenossen, die seine Auffassungen stützen und ihm bei ihrer Verbreitung nützlich sind. Romuald Fonkoua hat in einer gründlichen Studie die "Strategien" des jungen Senghor aufgezeigt, mit deren Hilfe dieser im Netzwerk der "objektiven" Beziehungen von Personen und Institutionen sein "symbolisches Kapital" (Bourdieu) vergrößerte und sich Zugang zu den renommierten Publikationsorganen seiner Zeit verschaffte: indem er sich auf bekannte und anerkannte Größen der europäischen Wissenschaft stützte, Anschluss an ihre Thesen suchte, die er dann in seinem Sinne verwendete und weiter führte.³⁵ Man hat immer wieder vom "Annexionisme" Senghors gesprochen: Alles was sich seinen Theorien fügt, wird annektiert, afrikanisiert, in den eigenen Wissens- und Erkenntnishorizont einbezogen.

So erscheint Léopold Senghor am Ende dieser kurzen Betrachtungen als Mann des 20. Jahrhunderts, das sein Jahrhundert war, am Schnittpunkt der großen historischen Prozesse, an denen er selbst aktiv mitgewirkt und die er in seinem Sinne mit gestaltet hat: Erwachen und kultureller Aufbruch der ehemals kolonisierten Völker, Dekolonisation, Humanisierung der wirtschaftlichen Beziehungen, Wiedergewinnung der kulturellen Selbstachtung, statt eines "Clash of Civilizations" ein "Dialogue des Cultures", die utopische Vision seines Senegal als Menschheitsutopie: "de faire, du Sénégal, d'un pays de sécheresse et sous-développé, un pays d'abondance, qui exportera même des denrées alimentaires. Mieux, de faire, du Sénégal colonisé et, partant, consommateur de culture, un pays producteur, véritablement créateur de culture."³⁶ Es ist der Traum vom irdischen Paradies, einem "Reich der Freiheit", bei dessen Verheißung auch das biblische "Die Letzten werden die Ersten sein" anklingt.

³⁴ Am wichtigsten: *Les langues négro-africaines et les peuples qui les parlent*, Paris 1941.

³⁵ Fonkoua, Romuald-Blaise: *L'Afrique en khâgne. Contribution à une étude des stratégies senghoriennes du discours dans le champ littéraire francophone*, in: *Présence Africaine*, n°154, 2e semestre 1996, S.130-175.

³⁶ *Poésie de l'Action*, S.235. Deutsche Übersetzung: "Aus dem Senegal, einem unterentwickelten Land in einer Trockenzone, ein Land des Überflusses zu machen, das einmal selbst Lebensmittel exportieren wird. Ja sogar aus diesem Senegal, einer ehemaligen Kolonie, die sich von einer fremden Kultur nährte, ein kulturell produktives und wahrhaft schöpferisches Land zu machen."

Halbherzige Reformen: Frankreich in Westafrika

Stefan Brüne

La France souffre d'un déficit d'explication dans ses pratiques de coopération.
Jean-Jacques Gabas

"Es handelt sich um eine wichtige Reform, um Ideen, die in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren immer wieder diskutiert wurden – und die diesmal Wirklichkeit werden." Lionel Jospins Ankündigung einer grundlegenden Reform der französischen Afrika- und Südpolitik fiel Mitte 1998, durch einen Kabinettsbeschluss abgesegnet, in eine Phase erzwungener Nachdenklichkeit. Spätestens seit der Abwertung des Franc-CFA im Januar 1994 hatten sich die gemeinhin als Einflussverlust charakterisierten Misserfolge der französischen Subsaharapolitik derart summiert, dass Teile der Pariser Presse von einem "Fiasko" und "Bankrott" sprachen. Die ungeklärte Rolle Frankreichs beim Genozid in Ruanda (die inzwischen einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss beschäftigte), die freundliche Kommentierung wenig regelgerechter Wahlen durch das Elysée (Tschad, Niger) und der weithin ungebrochene Einfluss am Rande der Legalität operierender franko-afrikanischer Netzwerke ("réseaux") verwiesen auf die Brüchigkeit und Beweisnöte eines Afrikaengagements, das im Urteil führender Politiker "das Ansehen Frankreichs zunehmend beschädigte"¹.

Vor diesem Hintergrund hatten die unverzüglich ins Werk gesetzten Reformen der rosa-rot-grünen Koalition vor allem drei Ziele: den politischen Einfluss am Rande der Legalität operierender franko-afrikanischer Netzwerke einzudämmen, die institutionellen Voraussetzungen für eine international vorzeigbare Süd- und Entwicklungspolitik zu schaffen und, nicht zuletzt mit Blick auf die europäischen Partner, neue strategische Prioritäten zu definieren. Vier Jahre später fällt eine erste Zwischenbilanz zwiespältig aus. Während Mitarbeiter des Quai d'Orsay dafür halten, dass zahlreichen europäischen und nordamerikanischen Beobachtern die richtungsweisenden Veränderungen des französischen Afrikaengagements entgangen seien², bleibt die renommierte Fachzeitschrift *Marchés Tropicaux et Méditerranéens* skeptisch: "Il est au total permis d'être sévère sur le bilan africain de la législature Jospin." (Es ist unter dem Strich erlaubt, eine kritische Bilanz der Jospin'scher Afrikapolitik zu ziehen).³

In der Tat deutete vieles auf fortgesetzte Machtkämpfe, interne Blockaden und kohabitationsbedingte Unentschiedenheiten hin. Nicht nur die Integration des Personals von Außen- und Kooperationsministerium erwies sich als schwierig. Auch die Absicht des Quai, die klientelistisch gewirkten Sonderbeziehungen zu frankophilen Fassadendemokratien in zwischenstaatliche Normalität zu überführen, provoziert noch immer erhebliche interne Widerstände. Und die als Neubeginn gepriesenen institutionellen Reformen, die die Zahl konkurrierender Akteure mindern und

¹ So Michel Rocard, ähnlich Pierre Mauroy.

² So Jean-François Bayart.

³ Lejeal, Frédéric/de Dianous, Sébastien: Les relations France-Afrique n'ont pas de repères, in: *Marchés Tropicaux*, 57. Jahrgang, Heft-Nr. 2927, 14.12.2001, S. 2547-2549.

der französischen Südpolitik zu größerer Effizienz und Transparenz verhelfen sollten, haben von ihrem Anfangselan merklich eingebüßt. Mit ungewissem Ausgang. So ist das 1998 ins Leben gerufene Comité interministeriel de la coopération internationale et de développement (CICID), das die strategischen Orientierungen der Entwicklungspolitik festlegen und fortschreiben soll, in den vergangenen drei Jahren nur ein einziges Mal zusammengetreten. Französische Diplomaten geben informell zu verstehen, dass mindestens fünf weitere Jahre notwendig sein werden, um der französischen Westafrikapolitik den "Beigeschmack des Kolonialismus" (Charles Josselin) dauerhaft zu nehmen.⁴

Zu diesem ernüchternden Befund trägt neben kohabitationsbedingtem Taktieren auch der Umstand bei, dass eine breite öffentliche Debatte um künftige – europäisch abgestimmte – Prioritäten und Ziele des französischen Engagements so gut wie nicht stattfindet. Versuche, diese zu befördern, verliefen bislang weitgehend im Sande.⁵ Während sich der Quai d'Orsay auf seinen Internetseiten zugute hält, 1999 angesichts der Staatsstriche in Niger, auf den Komoren, in Guinea-Bissau und der Elfenbeinküste nicht interveniert zu haben⁶, diagnostizieren Kritiker einen ausgeprägten Mangel an politischem Demokratisierungswillen: "Car c'est bien sur le terrain africain que les volontés de changement de la France auraient pu s'exprimer: Alors que Paris a eu mille occasions de remettre réellement ses relations à plat, elle s'est souvent contentée de stigmatiser timidement et vainement certaines violations des principes sur lesquels elle fondait ses partenariats." (Denn gerade in Afrika hätte Frankreich seinen Veränderungswillen zum Ausdruck bringen können: aber während Paris tausendfach Gelegenheit gehabt hätte, seinen Einfluss geltend zu machen, begnügte es sich mit schüchtern und ergebnislos vorgetragenen Hinweisen auf verletzte Prinzipien partnerschaftlicher Zusammenarbeit).⁷

Wie eng und wie selbstverständlich ein kolonial geprägter Habitus und personengebundenes Machtbewusstsein Teile der franko-afrikanischen Beziehungen prägt, wurde zuletzt Ende Juli 2001 exemplarisch deutlich, als der französische Außenminister drei Schreiben gleichen Inhalts erhielt. Darin ließen es sich die Präsidenten der Republiken Kongo, Tschad und Gabun angelegen sein, ihren französischen Kollegen Hubert Védrine auf eine Publikation hinzuweisen, in der "Frankreich und seine politische Führungnicht besser behandelt werden als die Repräsentanten afrikanischer Demokratien". Anlass und Hintergrund der Beschwerde war die Veröffentlichung der Buches "Noir Silence", in dem François-Xavier Verschave die französische Afrikapolitik einer informierten Generalkritik unterzieht. Verschave dienen die verdeckte Hilfe Frankreichs für Denis Sassou-Nguessos Coup in Brazzaville (1997), die fortgesetzte Unterstützung des Militärregimes im Tschad sowie die Ausrichtung des jüngsten franko-afrikanischen Gipfels in Kamerun⁸ als Beispiele für eine skandalgetränkte, wenig prinzipienfeste französische Afrikapolitik. Verschave wurde, wegen "offense à chef d'Etat étranger" (Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes) angeklagt, in der Hauptsache freigesprochen und auf Grund einer falschen Detail-

⁴ So Charles Josselin.

⁵ Siehe Brüne, Stefan: Tagungsbericht: Die auswärtigen Beziehungen Deutschlands und Frankreichs im neuen Europa, Paris 9.-10.10.2001. <<http://www.duei.de/iaue> (Aktuelles)>

⁶ La politique africaine de la France <<http://www.france.diplomatie.fr/actual/dossier/polafricaine/>>

⁷ Marchés Tropicaux, S.2548.

⁸ Nach Erkenntnissen des Erzbischofs Tumi soll es allein in Douala in den vergangenen Jahren zu mehr als 500 extralegalen Hinrichtungen gekommen sein.

behauptung zu einer Strafe vom 1 FF verurteilt. Die äußerst aufschlussreichen Prozessakten, die wichtige Aufschlüsse über das informelle Geflecht franko-afrikanischer Beziehungen geben, liegen inzwischen unter dem Titel "Noir procès. Offense à chef d'Etat" in Buchform vor.⁹ Der von Verschave geprägte Begriff *Françafrique* gehört mittlerweile fest zum französischen Wortschatz.

Kritik am machtbewussten Gaullismus traditioneller Afrikapolitik hat kürzlich auch das französische Episkopat geübt. In einem am 11. Januar 2001 in der Zeitung *La Croix* veröffentlichten – bislang unbeantworteten – Brief an Jacques Chirac hat die Kommission *Justitia et Pax* das französische Staatsoberhaupt anlässlich des jüngsten franko-afrikanischen Gipfels, der in Yaoundé stattfand, aufgefordert, sich von diktatorischen Regimen zu distanzieren und das Vaterland der Menschenrechte vor Imageschäden zu bewahren. Frankreich, so die Kommission, habe sich zumindest durch sein Schweigen zum Komplizen von Regierungen gemacht, die Wahlfälschung praktizierten und sich an der Verhaftung, mitunter sogar der physischen Eliminierung von Oppositionellen oder Journalisten beteiligten.¹⁰

Man könnte derlei Kritik als einzelfallbezogen abtun, stünde sie nicht in der Kontinuität einer Außen- und Afrikapolitik, die – im Schatten präsidentieller Machtfülle – eine auffällige Häufung von Affären begünstigt hat. Die in den späten Fünfzigerjahren im Kontext einer gescheiterten Algerienpolitik angesiedelten Versuche, die Stellung des Präsidenten auf Kosten des Parlaments zu stärken, erweisen sich heute als demokratische Schwachstelle ersten Ranges. In keinem anderen europäischen Land ist die außen- und afrikapolitische Entscheidungsautonomie des Staatsoberhaupts so ausgeprägt wie in Frankreich. Diese Erfahrung hatte in den früher Achtzigerjahren auch ein anfänglich reformgewillter François Mitterrand machen müssen, als er bei dem Versuch, den neogaullistischen Einfluss beim staatlichen Ölkonzern ELF-Aquitaine einzudämmen, lernen musste, dass das Austrocknen von "Parallelstrukturen" den gesamten französischen Einfluss in Afrika gefährdet hätte. Der ehemalige, inzwischen zu dreieinhalb Jahren ohne Bewährung verurteilte Chef von ELF-Aquitaine, Loïk Le Floch-Prigent, erklärt heute, man habe damals zwischen der Außenpolitik der Republik und des Konzerns keinen Unterschied machen können und wollen. Nach seinen Erkenntnissen habe Frankreich, das seit Ende der Sechzigerjahre in der Lage gewesen sei, seinen gesamten Ölverbrauch aus "eigenen" Quellen zu sichern, in Ländern wie Gabun, Kamerun und Kongo-Brazzaville¹¹ befreundeten Regimen vor allem aus wirtschaftlichen Motiven zur Macht verholfen. In Angola, in Nigeria und im Tschad hingegen habe man mehr auf politische Weisung als aus wirtschaftlichem Kalkül gehandelt.¹²

Vorwürfe, die geeignet sind, die französische Afrikapolitik insgesamt zu diskreditieren, sind zwi-

⁹ Verschave, François-Xavier/Beccaria, Laurent: *Noir procès. Offense à chefs d'État*, Paris 2001.

¹⁰ Siehe auch *Le Monde*, 19.1.2001.

¹¹ Im Entwicklungsausschuss der OECD haben französische Vertreter eine Diskussion über französische Verwicklungen in Brazzaville kürzlich mit der Begründung verweigert, die französische Energiepolitik sei nicht Gegenstand des Ausschussmandats.

¹² Eine parlamentarische Kontrolle der sieben Geheimdienste, von denen die *Direction Generale de la Sécurité Exterieur*e (DGSE), die über 4.100 Mitarbeiter beschäftigt, der wichtigste ist, kennt die V. Republik nicht. Einem Versuch des Abgeordneten Arthur Paecht von der rechtsbürgerlichen UDF – "Wir wissen nichts über die Aktivitäten der Geheimdienste. Wir werden nur einmal im Jahr gebeten, über einen Gesamthaushalt abzustimmen, ohne etwas über die geplanten Ausgaben zu erfahren" (FAZ, 2.8.2001) –, dies zu ändern, war kein Erfolg beschieden. Ein entsprechender Gesetzentwurf gelangte, vom sozialistischen Präsidenten des Verteidigungsausschusses, Paul Quilès, unterstützt, nicht auf die Tagesordnung der Nationalversammlung.

schenzeitlich auch gegen den ehemaligen Innenminister und RPF-Vorsitzenden Charles Pasqua laut geworden. In der unter dem Namen Angolagate bekannt gewordene Affäre sieht sich Pasqua wegen angenommener finanzieller Verbindungen zu Waffenhändler Falcone in Erklärungsnöten. In der Affäre, in der es um illegale französisch-afrikanische Waffengeschäfte geht, ermittelt die Staatsanwaltschaft. Pasqua war in der Vergangenheit bereits wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei der Finanzierung seiner Europawahlkampagne 1999 sowie im Zusammenhang mit von ELF bezahlten Flugreisen nach Afrika ins Gerede gekommen. Auch François Mitterrands ältester Sohn Jean Christophe, der seinem Vater 1986-1992 als Afrikaberater des Elysée diente, um sich anschließend selbstständig zu machen, beschäftigt die französische Justiz. Er hat, nachdem er Weihnachten 2001 im Gefängnis verbringen musste, bevor er gegen eine Kautions von US-\$ 715.000 freigelassen wurde, im Anschluss an eine Hausdurchsuchung inzwischen eingeräumt, den französischen Steuerbehörden auf einem Schweizer Bankkonto verbuchte "Provisionen" in Höhe von mehreren Zehntausend Franc verschwiegen zu haben. Gegen den Sohn des ehemaligen französischen Präsidenten wird wegen des Verdachts illegalen Waffenhandels bzw. "influence peddling" ermittelt.

Unter dem Strich verweist anhaltende Affärenanfälligkeit des französischen Afrikaengagements auf einen strukturellen, kurzfristig kaum aufzulösenden Widerspruch. Solange die französische Politik "ihren" Unternehmungen Märkte in Ländern garantieren will, in denen Rentenökonomien und Korruption wenig demokratische Verhältnissen begünstigen, sind die politischen Anreize für eine qualitativ europäisierte, stärker normativ orientierte Afrikapolitik gering. Afrika südlich der Sahara steht weiterhin für etwa 5% des französischen Außenhandels. 1999 belief sich der Gesamtwert der für die Region bestimmten Ausfuhren auf 39,7 Milliarden FF, der der Einfuhren lag bei 27,7 Milliarden FF. Damit bleibt das subsaharische Afrika der drittgrößte außereuropäische Markt französischer Unternehmen.

Eine gradlinige, wirtschaftliche Interessen aufs Spiel setzende französische Südpolitik steht unter diesen Umständen kurzfristig nicht zu erwarten – zumal in Ländern wie Gabun und Togo mit Omar Bongo¹³ und Gnassingbé Eyadéma¹⁴ zwei 1967 mit französischer Hilfe an die Macht gekommene Präsidenten regieren, die nicht im Verdacht demokratischer Überzeugungen stehen. Obwohl nach wie vor zwei Drittel der französischen Hilfe bilateral (und damit faktisch liefergebunden) vergeben werden¹⁵, muss die französische Politik die wachsende Bedeutung multilateral vergebener Hilfe langfristig in Rechnung stellen. Es wird interessant sein zu beobachten, welche Langzeitwirkungen die schleichende Europäisierung für die französische Außenpolitik hat. Wenn Frankreich – wie gerne behauptet – das Monopol des wirtschafts- und entwicklungspolitischen Diskurses nicht den Vereinigten Staaten und Nordeuropa überlassen will, dann muss das auch in Paris, wenngleich zunächst möglicherweise weniger wichtige, Folgen haben. Dem französischen Außenminister liegen vom Centre d'Analyse et de Prévision verfasste Strategiepapiere vor, in

¹³ Der inzwischen zum Islam konvertierte gabunesische Präsident Omar Bongo besitzt als ehemaliger französischer Geheimdienstmitarbeiter nach wie vor die französische Staatsbürgerschaft und gibt in seinem 2001 veröffentlichten Buch "Blanc comme nègre" indirekt zu verstehen, dass er bei Bedarf sein Erpressungswissen aktivieren könne.

¹⁴ In Lomé hat sich die politische Umgebung des togolesischen Präsidenten kürzlich dafür ausgesprochen, Verfassungsartikel 59 so zu überarbeiten, dass Eyadéma erneut kandidieren kann. In Guinea ist dies bereits geschehen: In Conakry hat Präsident Lansana Conté kürzlich die Verfassung ändern lassen, um auf Lebenszeit Präsident zu werden.

¹⁵ Etwa die Hälfte davon ist für Afrika bestimmt.

denen neben einer Überarbeitung der Verteidigungsabkommen (etwa mit Kamerun) auch die Aussetzung der Hilfe für Staaten erwogen wird, die sich militärisch außerhalb der Landesgrenzen engagieren.

Literatur

- Aussaresses, Paul: Services spéciaux – Algérie 1955-1957, Paris 2001.
- Bongo, Omar: Blanc comme nègre. Entretiens avec Airy Routier, Paris 2001.
- Boniface, Pascal: La France est-elle encore une grande puissance?, Paris 1998.
- Brüne, Stefan: Die französische Afrikapolitik, Baden-Baden 1995.
- Brüne, Stefan/Mehler, Andreas: Die neue französische Afrikapolitik – Facelifting oder außenpolitische Wende?, in: Rolf Hofmeier (Hrsg.), Afrika-Jahrbuch 1997, hrsg. vom Institut für Afrika-Kunde, Opladen 1998, S.46-58.
- Claeys, Anna-Sophie: La "politique africaine" de l'Europe: constat d'un désengagement de la France (unveröff. Manuskript).
- Giscard d'Estaing, Valéry: Les Français. Réflexions sur le destin d'un peuple, Paris 2000.
- Collofong, Dietrich: Stärker miteinander in Afrika? Deutsche Entwicklungspolitik zwischen Frankreich und Europa, in: Dokumente, 55. Jahrgang, Heft 6, Dezember 1999, S.457-470
- Ficatier, Julia: La "Françafrique" se reconvertit, in: La Croix, 17.1.2001, S.4-5.
- Froehly, Jean-Pierre: Pragmatische Präsenz. Frankreichs neue Afrika-Politik, in: Dokumente, 55. Jahrgang, Heft 6, Dezember 1999, S.471-466.
- Haut Conseil de la Francophonie: État de la Francophonie dans le monde. Données 1999-2000 et 6 études inédites. Paris 2001.
- Hoffmann, Stanley: La France dans le monde 1979-2000, in: Politique étrangère 2/2000, S.307-317.
- Kessler, Marie-Christine: La politique étrangère de la France. Acteurs et processus, Paris 1999.
- Kramer, Steven Philipp: Does France Still count? (The Center for Strategic and International Studies, The Washington Papers, Nr.164), Westport/Connecticut/London 1994.
- Krause, Alexandra: Mehr als ein Papiertiger? Die Konfliktbearbeitungspolitik der GASP in Afrika, Frankfurt/M. 2001 (HSFK-Report 9).
- Lippold, Achim: Zwischen Neuanfang und Nostalgie. Über die schwierige Normalisierung der französischen Afrikapolitik, in: Dokumente, 54. Jahrgang, Heft 4, August 1998, S.271-278.
- OCDE: Les dossiers du CAD. France – Nouvelle-Zélande – Italie, Paris 2000.
- Le Pen, Jean-Marie: Pour sauver la France, il faut préserver l'Afrique, in: Le Figaro, 14.1.2002.
- Putnam, Robert D.: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: International Organization (Sommer 1988), 42, S.427-460.
- Touraine, Marisol: La représentation de l'adversaire dans la politique extérieure française depuis 1981, in: Revue française de Sciences Politiques, Vol. 43/1993, Nr.5, S.807-822.
- Schmidt, Siegmund: Die Afrikapolitik der Europäischen Union, in: W. Weidenfeld/W. Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001, Bonn 2001, S.253-256.
- Védrine, Hubert (dialogue avec Dominique Moisi): Les cartes de la France à l'heure de la mondialisation, Paris 2000.
- Verschave, François-Xavier: Noir silence. Qui arrêtera la Françafrique, Paris 2000.
- Verschave, François-Xavier/Beccaria, Laurent: Noir procès. Offense à chefs d'Etat. Paris 2001.

Frankreich und Belgien im Kongo (Kinshasa)*

Jean-Pierre Froehly

1. Ein "afro-afrikanischer Weltkrieg"?

Die Demokratische Republik Kongo (Ex-Zaire) stand in den vergangenen Jahren im Blickpunkt des afrikapolitischen Interesses: Der im Jahre 1996 entstandene und 1997 zum Sturz des langjährigen Machthabers Mobutu Sesse Sekou führende Bürgerkrieg weitete sich spätestens 1998 zu einem afrikanischen Regionalkonflikt aus, in den zahlreiche Staaten des Kontinents mit unterschiedlichen Interessen verwickelt waren. Eine Schlüsselrolle im Konflikt nahm Laurent Désiré Kabila ein, der zunächst 1997 mit ruandisch-ugandischer Unterstützung die Macht in Kinshasa erlangt hatte, sich jedoch bereits ein Jahr später mit Hilfe von Angola, Simbabwe und Namibia gegen seine ehemaligen Verbündeten wandte, was zu der noch heute andauernden faktischen Teilung des Landes geführt hat.

Die Ermordung Laurent Kabilas im Januar 2001 und die Nachfolge an der Spitze des kongolesischen Staates durch seinen Sohn, Joseph Kabila, haben die Perspektiven für eine Beilegung dieses neuen "Kongo-Konfliktes" verbessert: Im April 2002 kam es nach südafrikanischer Vermittlung zu einem in der südafrikanischen Spielerstadt "Sun-City" ausgehandelten Abkommen, das Elemente des bisher nur unzureichend implementierten Friedensplanes von Lusaka (10. Juli 1999) aufgreift und die provisorische Übergangsregierung unter Mitwirkung beteiligter Kriegsparteien vorsieht. Allerdings haben bereits das von Ruanda unterstützte *Rassemblement pour la Démocratie Congolaise* (RDC) sowie die bisher unabhängige von Etienne Tshisekedi geführte UDPS gemeinsam ihren Widerstand gegen das Abkommen angekündigt, sodass insbesondere in der für Ruanda strategisch wichtigen Kivu-Provinz weitere Entwicklungen zu erwarten sind. Ungewiss bleibt vor allem, ob sich das Ergebnis des südafrikanischen Kongo-Gipfels, das eine Art "Separatfrieden" zwischen Kabila und dem den Nordwesten des Landes besetzenden Kriegsherren Jean-Pierre Bemba darstellt, als eine tragfähige Lösung erweisen wird. Dieses wird auch von der Haltung Ruandas abhängen, das weiterhin seinen strategischen Einfluss auf die Kivu-Provinz geltend macht.

Der kongolesische Bürgerkrieg wurde von zahlreichen Kommentatoren als erster "afrikanischer Weltkrieg" bezeichnet und regte sogar Parallelen zum europäischen Dreißigjährigen Krieg an, an dessen Ende ein eine neue Staatlichkeit begründender afrikanischer "Westfälischer Friede" stehen könnte.¹ Die Ereignisse im Kongo – eng verzahnt mit den Entwicklungen in Ruanda, die 1994 zur Machtübernahme des seit 1990 von Uganda aus operierenden Paul Kagamé geführt hatten – wurden als deutliches Zeichen eines Rückganges des Einflusses der Westmächte auf dem Kontinent gewertet: Frankreich ist es nicht gelungen, die Entwicklungen in Ruanda (Unterstützung der Hutu) und im Kongo (Unterstützung von Mobutu) gemäß seinen politischen Prioritäten zu beeinflussen, was mit dem Scheitern der bisherigen französischen Afrika-Politik einherging.² Die USA unterstützten gemeinsam mit Uganda und Ruanda

* Der Beitrag des Autors entstand während seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin.

¹ Bayart, Jean-François: Die Krise stärkt den Kongo, in: Die Zeit, 25.8.1998.

² Froehly, Jean-Pierre: Ruanda-Zaire-Brazzaville. Frankreichs Rückzug in Afrika, in: Dokumente, 4/1998, S.279-284.

die Machtergreifung Laurent Kabilas³, sahen sich jedoch im weiteren Verlauf mit der Kehrtwende Kabilas konfrontiert, der sich vom vermeintlich USA-treuen "neuen afrikanischen Führer" zum unabhängigen Strategen entwickelte. Joseph Kabila hat seit Januar 2001 das Vertrauen der westlichen Welt wiedererlangt, doch vollzieht sich die Rückkehr der USA und der Europäer unter neuen Vorzeichen: Der neue Kongo-Konflikt stellte einen Wandel der regionalen Balance of Power auf dem Subkontinent dar, und der Begriff der "Renaissance africaine" hat heute durch die Unabhängigkeit der strategischen und machtpolitischen Ambitionen der afrikanischen Führer eine völlig andere als die ursprünglich vom Westen gewünschte Bedeutung gewonnen.

Gemeinsam mit den USA haben die ehemalige Kolonialmacht sowie – vor allem seit den 70er-Jahren – Frankreich stets eine besondere Rolle in der jüngsten Geschichte Kongo-Kinshasas eingenommen. Alle drei Staaten galten während des Kalten Krieges als die wichtigsten Garantiemächte des Mobutu-Regimes, das im Jahre 1965 aus der fünfjährigen Kongo-Krise hervorgegangen war. Interessen und Intensität des Engagements waren jedoch unterschiedlich und über die Jahre Schwankungen ausgesetzt: Nach dem gescheiterten Versuch Belgiens, die Kongo-Krise zu seinen Gunsten zu beeinflussen, erlangte Mobutu mit amerikanischer Hilfe die Macht über den als Einheitsstaat erhaltenen Kongo. Auf Grund vielschichtiger Verbindungen gelang es jedoch Belgien, wirtschaftliche und politische Präsenz im Lande auch weiterhin zu sichern. Der Einfluss setzte u.a. in den 70er-Jahren ein und wurde insbesondere durch temporäre amerikanische Zurückhaltung sowie neue sicherheitspolitische Bedürfnisse Zaires begünstigt. Zaire wurde fortan ein Bestandteil der französischen Einflussosphäre im frankophonen Afrika (dem so genannten "pré carré"). Ende der 80er- und zu Beginn der 90er-Jahre entzogen Belgien und die USA dem Mobutu-Regime zunehmend ihre Unterstützung und forderten umfangreiche politische Reformen ein. Frankreich tat sich mit einer Neuorientierung seiner Kongo-Politik schwer und hielt bis kurz vor dessen Sturz durch Kabila an Mobutu fest.

2. Belgiens Rolle in der ersten Kongo-Krise als historische Hypothek

Seit der Machtübernahme Joseph Kabilas im Januar 2001 ist Belgien – wie auch Frankreich und die USA – bemüht, sein historisch belastetes Verhältnis zu Kinshasa auf eine neue Grundlage zu stellen. Brüssel ist bestrebt, einen absehbaren kongolesischen Neubeginn auch für ein neues belgisches Engagement im Land nutzbar zu machen. Hierbei weist die Aufarbeitung der belgisch-kongolesischen Geschichte nicht nur eine außen-, sondern auch eine innenpolitische Dimension auf. Die Debatten richten sich insbesondere auf die Rolle Belgiens zu Beginn der Unabhängigkeit des Landes (erste Kongo-Krise) sowie bei der Ermordung des zum kongolesischen Nationalhelden gewordenen ehemaligen Ministerpräsidenten Patrice Lumumba im Januar 1961.

Zwischen 1881 und 1885 erwarb H.M. Stanley im Auftrag Leopolds II. von Belgien (1835-1909) weite Teile des Kongobeckens durch Protektoratsverträge. Die Großmächte erkannten auf der Berliner Kongokonferenz (1884/85) den auf der Grundlage dieser Erwerbungen geschaffenen "unabhängigen Kongostaat" als persönlichen Besitz des Königs an. In der Folge heftiger internationaler Debatten über die brutale Herrschaftsweise im Land sah sich Leopold II. im Jahre 1908 gezwungen, den Kongo an den belgischen Staat abzugeben, der ihn als

³ Froehly, Jean-Pierre: The Franco-American Struggle for Hegemony in Africa, in: Matthias Dembinski/Kinka Gerke (Hrsg.), Cooperation or Conflict. Transatlantic Relations in Transition, Frankfurt/New York 1998, S.197-222.

"Belgisch-Kongo" in direkter Kolonialverwaltung weiterführte. Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte sich auch für Belgien die Frage nach der Zukunft seiner Kolonie in Afrika. Nach schweren Unruhen in Léopoldville (heute Kinshasa) kündigte Brüssel Anfang 1960 überraschend die übergangslose Unabhängigkeit innerhalb von sechs Monaten an. Es folgte die in die Geschichte eingegangene "Kongo-Krise", die die neue strategische Rolle des unabhängig werdenden afrikanischen Kontinents im Interessensfeld der sich im Kalten Krieg gegenüberstehenden Großmächte verdeutlichte. Für die USA und die westliche Welt galt es vor allem, eine "Sowjetisierung" des mit strategischen Rohstoffen versehenen Landes zu verhindern, weswegen der charismatische und mehrheitlich gewählte Ministerpräsident Lumumba rasch in die Ungnade des Westens fiel. Zu Beginn der Krise nahm Belgien die Funktion einer "Speerspitze" der Westmächte ein und unterstützte mittels belgischer Soldaten die Sezessionsbestrebungen der rohstoffreichen Südstadtprovinz Katanga unter Moïse Tschombé.⁴ In der Perzeption der USA galt es vor allem, den Einfluss Lumumbas, von dem eine Hinwendung zur UdSSR befürchtet wurde, zurückzudrängen, belgische Kreise erhofften sich jedoch darüber hinaus die Schaffung einer formal unabhängigen, faktisch jedoch durch Belgien kontrollierten Katanga-Provinz. Nach dem Tod Lumumbas im Januar 1961 sank das Risiko einer Sowjetisierung des Kongo, und die USA traten mehr und mehr für die Integrität des kongolesischen Staatsgebietes ein. Die Unabhängigkeitsbestrebungen in Katanga wurden 1963 durch VN-Truppen beseitigt, während Mobutu nach seinem Putsch im Jahre 1965 als starker Mann aus dem Bürgerkrieg hervorging.

Die Rolle Belgiens zu Beginn der Kongokrise und insbesondere die mögliche Beteiligung belgischer Kräfte an der über lange Zeit ungeklärten Ermordung Lumumbas haben in den vergangenen Jahren zu heftigen innerbelgischen Kontroversen geführt, die auch heute noch die von Brüssel angestrebte Normalisierung des kongolesisch-belgischen Verhältnisses erschweren. Zwar dürften auch seitens der britischen und amerikanischen⁵ Geheimdienste von den politischen Entscheidungsträgern nicht aufgegriffene Pläne gegen Lumumba existiert haben, in Belgien ist die Frage jedoch deshalb von Brisanz, da sie sich in eine allgemeine Debatte über die Bewältigung von Belgiens Kolonialvergangenheit einreicht und eine direkte Beteiligung und Mitwisserschaft belgischer Politiker impliziert.

Ausgelöst wurde die Debatte durch die Veröffentlichung des Soziologen Ludo de Witte⁶, in der dieser die Planung von höchster Stelle und direkte Beteiligung durch offizielle belgische Kräfte an der Ermordung Lumumbas nachzuweisen und somit die These der belgischen Rolle lediglich als Juniorpartner der USA zu widerlegen versucht. Das belgische Parlament hat daraufhin eine Untersuchungskommission eingesetzt, deren im November 2001 vorgelegtes Ergebnis den Vorwurf eines offiziellen "Mordbefehls" zwar zurückweist (mögliche am Mord beteiligte belgische Staatsbürger hätten im Auftrag des Separatistenregimes in Katanga gehandelt), bestimmte Mitglieder der belgischen Regierung trügen jedoch durch ihre Passivität eine "moralische Verantwortung" für die "Umstände, die zum Tod Lumumbas führten". Hierbei entkräftet die Kommission ein zentrales Beweisstück in der Debatte: Drei Monate vor

⁴ Am 7.7.1960 intervenierte belgisches Militär, vier Tage später erklärte sich die Provinz Katanga mit belgischer Unterstützung unabhängig. Die durch Staatspräsident Kasavubu und Ministerpräsident Lumumba herbeigerufenen VN intervenierten bis zum Jahre 1963 nicht in Katanga selbst, was zum temporären Zerwürfnis der UdSSR mit den VN führte.

⁵ Im Jahre 1974 hatte die sog. Church Commission des US-Kongresses die Mordpläne der CIA gegen Lumumba aufgedeckt. In dem im Herbst 1999 von Adam Hochschild in New York veröffentlichtem Buch "King Leopold's Ghost" wird berichtet, die "antiimperialistischen" Reden Lumumbas hätten Besorgnisse beim damaligen US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower ausgelöst.

⁶ De Witte, Ludo: L'Assassinat de Lumumba, Paris 2000.

Lumumbas Tod schickte der damalige Afrikaminister Harold d'Aspremont-Lynden ein Telegramm an den belgischen Botschafter im Kongo, in dem er die "definitive Eliminierung" Lumumbas forderte. Diese Formulierung, so die Kommission, sei heute missverständlich, der Begriff der Eliminierung habe sich auf Lumumbas politischen Einfluss bezogen, nicht jedoch auf seine physische Integrität. Zur Entlastung werden andere Schriftstücke aus dieser Zeit vorgelegt, in denen von "politischen Eliminierungen" die Rede ist. In Belgien hat der Bericht auch eine Debatte über die Rolle der Monarchie ausgelöst, da dem 1993 verstorbenen König Baudouin nachgewiesen worden war, über die Gefährdung Lumumbas unterrichtet gewesen zu sein. Diese Information soll er nicht an die belgische Regierung weitergegeben und somit gegen die Verfassung verstoßen haben. Nach Vorlage des Berichts drückte Außenminister Louis Michel am 5. Februar 2002 vor dem belgischen Parlament sein Bedauern aus für die Verantwortung, die "manche Regierungsmitglieder und belgische Akteure" für die Ereignisse trügen, die zum Tode Lumumbas geführt haben. Fest scheint heute zu stehen, dass Lumumba durch belgische Soldaten nach Katanga ausgeliefert wurde.

3. Frankreich als Garant Mobutus

Mit der endgültigen Machtübernahme durch Mobutu im Jahre 1965 nahm der belgische Einfluss zu Gunsten des US-amerikanischen und französischen Einflusses ab. Während der ersten Kongo-Krise nahm Paris die Rolle des "stillen Teilhabers" der belgischen Politik an und schloss nach der Niederwerfung der Katanga-Rebellion im Jahre 1963 ein Abkommen über kulturelle und technische Zusammenarbeit mit Kongo-Kinshasa ab. Die Bestrebungen Mobutus, gemeinsam mit dem Tschad und der Zentralafrikanischen Republik eine "Zentralafrikanische Union" (Union des Etats d'Afrique Centrale, UEAC) zu gründen, liefen jedoch den Interessen von Paris entgegen, das mit der zentralafrikanischen Zollunion UDEAC (Union douanière des Etats de l'Afrique centrale) eine Brücke zu den ehemaligen französischen Kolonien schlagen wollte.

In den 1970er-Jahren ist es Frankreich gelungen, seine Position in Zaire erheblich auszubauen, was nicht zuletzt auf die persönlichen Beziehungen zwischen Mobutu und dem 1974 zum französischen Staatspräsidenten gewählten Valéry Giscard d'Estaing, der bereits 1971 als Finanzminister Zaire besucht hatte, zurückzuführen war. Das Afrika-Interesse des neuen französischen Präsidenten, der 1975 bei seinem Besuch von einer Million Menschen in Kinshasa gefeiert wurde, war für Mobutu willkommen Anlass, Unabhängigkeit gegenüber den USA und Belgien zu demonstrieren. Die neue Partnerschaft, die einen hohen Teil der französischen Entwicklungshilfe für Zaire begründete, schlug sich auch in lukrativen Aufträgen für französische Unternehmen nieder.

Die so genannten "Shaba-Krise" der Jahre 1977 und 1978 demonstrierte Frankreichs neue Rolle in Zaire auch militärpolitisch. Als 1977 so genannte "Katanga-Gendarmen" in die in Shaba umbenannte Provinz Katanga einfielen, forderte Mobutu Unterstützung seitens der Westmächte an. Belgien und insbesondere die USA reagierten mit Zurückhaltung. Der neugewählte US-Präsident zeigte sich besorgt um die Menschenrechtslage auf dem afrikanischen Kontinent und stand einer potenziellen Intervention von US-Streitkräften ablehnend gegenüber. Während der ersten Krise (April-Mai 1977) gelang es Frankreich, König Hassan II. von Marokko zur Entsendung von 1500 Soldaten zu bewegen, die mit französischer Transportkapazität in Shaba zum Einsatz kamen. Als es im Mai 1978 zu einer Wiederaufnahme der Kämpfe kam, entschlossen sich Frankreich und Belgien zum direkten Eingreifen. Frankreich überraschte jedoch die sich zunächst auf Distanz haltenden und auf Verhandlungen mit den Rebellen spekulierenden Belgier mit der Landung des 2. Fallschirmjäger-Regiments der

Fremdenlegion unmittelbar am Kampfschauplatz Kolwezi. Die USA griffen zwar nicht direkt in die Kämpfe ein, sicherten jedoch logistische Unterstützung. Nach der Krise verblieben französische Militärberater im Land zum Training der zairischen Armee.

Bis in die 90er-Jahre galt Zaire somit als Bestandteil des "pré carré africain" der französischen Außenpolitik und wurde zum Symbol des viel diskutierten "Françafrique". Mit dem Ende des Kalten Krieges Ende der 80er-Jahre, als eine Reihe von westlichen Staaten ihre Außenpolitiken stärker in Richtung Menschenrechte orientierten und entsprechende Reformen auch auf dem afrikanischen Kontinent einforderten, hielt Frankreich zunächst stärker an seinem realpolitischen Ansatz fest. So wurde die französische Entwicklungshilfe – im Gegensatz zur Praxis der meisten Staaten – auch nach den Studentenunruhen in Lubumbashi im Mai 1990 nicht eingestellt, ein Schritt, der erst nach den Meutereien im September 1991 geschah. Stärker als die USA und Belgien versuchte Frankreich auf die 1992 einberufene Nationalkonferenz Einfluss zu nehmen, die eine Demokratisierung des Landes unter Beteiligung aller politischen Kräfte vorsah.

Trotz der spektakulären Ermordung des französischen Botschafters in Kinshasa im Jahre 1993 und der immer wieder bekräftigten Forderung nach der Umsetzung der Ergebnisse der Nationalkonferenz blieb Frankreichs Linie von realpolitischen Überlegungen geprägt, wie die Präsenz Mobutus auf dem Frankophonie-Gipfel im Oktober 1993 zeigte.

Als im Herbst 1996 der Bürgerkrieg im Kongo – ausgehend von den Flüchtlingslagern in der Kivu-Provinz – ausbrach, hat sich Frankreich bis zuletzt für den Erhalt des Mobutu-Regimes eingesetzt. Die vergebliche französische Forderung nach einer internationalen Friedenstruppe im Ostkongo hatte einerseits zwar einen humanitären Hintergrund (es wurden zu Recht weitere Massaker, diesmal aber auf kongolesischem Territorium, befürchtet), dürfte jedoch auch politisch motiviert gewesen sein, um die Stabilität des Landes und somit seines Machthabers zu bewahren. Die USA und die europäischen Partner reagierten mit großer Zurückhaltung auf die französische Forderung, sodass sich die Rebellion durchsetzen und Ende 1996 zum "Marsch auf Kinshasa" aufbrechen konnte. Kabila gelang es schließlich, mit amerikanischer logistischer Unterstützung im Frühjahr 1997 nach Kinshasa vorzudringen.

Die Ereignisse in Zaire sowie das symbolhafte Ableben der grauen Afrika-Eminenz Jacques Foccart im Jahre 1997 bedeuteten den "Rückzug" der klassischen französischen Einflusspolitik, die die Pariser Diplomatie durch zahlreiche "réseaux" mit den ehemaligen Kolonien im frankophonen Afrika verband. Unabhängig von dem langsamen Scheitern der französischen Politik, das sich bereits seit Anfang der 80er-Jahre abzeichnete, beschleunigte die Machtübernahme der Regierung Jospin und die damit verbundene Kohabitation die Durchsetzung bereits zuvor ausgearbeiteter Reformen im institutionellen Bereich. Ohne das klassische frankophone "pré-carré" aufgeben zu wollen, zeichnet sich heute eine "Öffnung" der französischen Interessen auf dem gesamten Kontinent ab, die sich vor allem an die wichtigen politischen und wirtschaftlichen Regionalmächte wie Nigeria, Uganda, Angola und Südafrika richtet. Diese Öffnung ergibt sich zunächst aus wirtschaftlichen Gründen: Während französische Unternehmen durch die Abwertung des CFA-Franc im Januar 1994 Marktanteile verloren, nahmen die nicht-frankophonen Staaten Angola, Äthiopien, Uganda und vor allem Südafrika (als wichtigster Handelspartner) im Jahre 1997 bereits 50 Prozent des gesamten französischen Handels auf dem Kontinent ein. Die Afrika-Politiken werden seit den 90er-Jahren an der Messlatte national-wirtschaftlicher Interessen ausgerichtet. Diesen neuen Leitlinien entspricht ein sich von der klassischen Einflusspolitik abkehrender Diskurs: So wird von einer "Modernisierung des Verhältnisses" (Staatspräsident Jacques Chirac) gesprochen, das die afrikanischen Staaten als vollwertige Partner und nicht als "Bauern im Schachspiel der Diplomatie" (so der frühere

Außenminister Hubert Védrine) versteht. Dem Gewinn an Glaubwürdigkeit dient ferner die Formulierung einer Doktrin der Nichtintervention mit der Bestrebung, "nicht mehr zwischen rivalisierenden Kräften" entscheiden zu wollen (so der frühere Verteidigungsminister Alain Richard). In diesen Kontext gehört ferner die Neupositionierung des französischen Militärapparates auf dem Kontinent, der nun nicht mehr zur "Veränderung afrikanischer Geschichte", sondern zur Stärkung afrikanischer Krisenreaktion dienen soll.⁷

4. Lusaka – Sun City: Perspektiven eines Neubeginns für Frankreich und Belgien?

Im Sommer 1998 machte der seit mehr als einem Jahr über den Kongo herrschende Laurent Kabila seiner ruandisch-ugandischen Machtbasis ein Ende und setzte sich mit Hilfe Angolas, Simbabwe und Namibias von seinen ehemaligen Verbündeten ab, was auch eine Abkehr seitens der USA zur Folge hatte. Von den Kongolesen selbst wird "Mzee" Kabila heute als Volksheld verehrt und symbolisiert gemeinsam mit Lumumba den Befreiungskampf des kongolesischen Volkes gegen Kolonial- und Mobutu-Herrschaft.

Der Westen versuchte seit 1998 immer wieder erfolglos Einfluss auf das Kriegsgeschehen zu nehmen. So wurde Kabila Ende 1998 – trotz der bestehenden Verurteilungen seitens der EU – medienwirksam zum Frankophonie-Gipfel nach Paris eingeladen, in der Hoffnung, Frankreich könne sich als Schirmherr eines "afrikanischen Westfälischen Friedens" profilieren. Die neuen Akteure im kongolesischen Bürgerkrieg erwiesen sich aber als vom Westen unabhängig und suchten Verbündete vor allem in afrikanischen Nachbarstaaten: Der Kriegsherr Jean-Pierre Bemba hat frühzeitig mit ugandischer Unterstützung die Kontrolle über die Äquatorial-Provinz erlangt und stellt heute eine der Schlüsselfiguren im Abkommen von Sun-City dar. Bembas Nachschubwege führen über die Zentralafrikanische Republik (ZAR), weswegen dieser seinen Verbündeten, den ZAR-Präsidenten Patassé, im Mai 2001 vor einem Militärputsch bewahrt hat. Er gilt als Integrationsfigur für ehemalige Mobutu-Anhänger.

Nach dem Tod Laurent Kabilas im Januar 2001 gewann sein Sohn und Nachfolger Joseph Kabila durch seine in New York, Washington und Brüssel bekundete Reform- und Friedensbereitschaft rasch das Vertrauen des Westens. Belgien erkannte die neue Chance, mittels Unterstützung eines durch Kabila Jr. neubelebten Friedensprozesses eine Normalisierung seiner Beziehungen zum Kongo herbeizuführen. Diese auch durch das gute persönliche Verhältnis zwischen Kabila und dem belgischen Außenminister Louis Michel begünstigte neue belgische Politik zeigte sich rasch in der Wiederaufnahme der europäischen und belgischen Entwicklungshilfe für den Kongo.

Doch erschwerte die so genannte "Yerioda-Affäre", die im Februar 2002 auch völkerrechtlich zu einem Abschluss gekommen ist, zunächst die belgisch-kongolesische Annäherung. Im April 2000 war in Belgien gegen den damaligen kongolesischen Außenminister Yerioda ein internationaler Haftbefehl verhängt worden, in dem dieser der Anstiftung zum Völkermord bezichtigt wurde. Rechtsgrundlage ist ein 1993 verabschiedetes Gesetz, das die universelle Zuständigkeit belgischer Gerichte bei Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorsieht. Der in der Folge angerufene Internationale Gerichtshof in Den Haag hat sich nunmehr in seinem Urteil zu Gunsten des Klägers ausgesprochen und Belgien zur Aufhebung des Haftbefehls aufgefordert.

⁷ Froehly, Jean-Pierre: Pragmatische Präsenz, Frankreichs neue Afrika-Politik, in: Dokumente, Nr. 6/1999.

Die Einflussmöglichkeiten der Westmächte auf die Konfliktbeilegung haben sich als gering erwiesen. So scheiterten zahlreiche Verhandlungsversuche, auch die von Belgien unterstützte Initiative des nigerianischen Präsidenten Obasanjo im Dezember 2001. Als sich im Januar 2002 ein massiver Boykott der ab dem 25. Februar 2002 geplanten Verhandlungen im südafrikanischen Sun-City abzeichnete, kam es zu einer überraschenden gemeinsamen Erklärung durch die Botschafter Großbritanniens und Frankreichs, Jim Atkinson und Gildas Le Lidec, in der diese mit Nachdruck eine Fortsetzung der Gespräche anmahnten. Die gemeinsame Erklärung steht im Kontext einer immer engeren Zusammenarbeit zwischen London und Paris auf dem afrikanischen Kontinent. Auch Belgien setzte sich mit Louis Michel am 31. Januar in Kinshasa persönlich für den Erfolg der Verhandlungen ein, doch sieht sich Belgien seitens der anderen Konfliktparteien mehr und mehr mit dem Vorwurf der einseitigen Parteinahme für Joseph Kabila konfrontiert.

Das Ende des Kalten Krieges, die zunehmende Globalisierung und nicht zuletzt die Ereignisse der 90er-Jahre – in ihrem Zentrum der Kongo-Konflikt – haben den afrikanischen Kontinent verändert und können als Bedingungsfaktoren einer "Zweiten Entkolonisierung" bezeichnet werden. Diese neu erreichte Unabhängigkeit des Kontinents kann Ausgangspunkt für eine neue Zusammenarbeit mit dem Westen sein, wie die Debatten um die von Südafrika eingeleitete Initiative "New Partnership for African Development" (NEPAD) zeigen, die vom Westen positiv aufgenommen wird.

Autorenverzeichnis

Brüne, Stefan, Prof. Dr.

Chaire Relations Internationales et Integration Européenne, Institut d'Etudes Politiques de Paris à Nancy – Deutsches Übersee-Institut, Hamburg

Froehly, Jean-Pierre, Diplom-Politologe

ehemals Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin

Hartweg, Frederic, Prof. Dr.

Universität Straßburg

Kolboom, Ingo, Prof. Dr.

Romanist, Historiker und Politikwissenschaftler, Lehrstuhl für Frankreich-Studien und Frankophonie an der TU Dresden sowie Vergleichende Geschichte an der Université de Montréal

Mann, Roberto, Dr.

Technische Universität Dresden

Meißner, Franz-Joseph, Prof. Dr.

Justus-Liebig-Universität, Institut für Romanistik, Didaktik für romanische Sprachen, Gießen

Minke, Alfred, Prof. Dr.

Universität Louvain (Löwen), Leiter des Staatsarchives in Eupen, Belgien

Riesz, Janos, Prof. Dr.

Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Romanische Literaturwissenschaft

Rill, Bernd

Referent für Recht, Staat, Europäische Integration der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München

Ritzenhofen, Medard M.A.

Journalist in Paris/Straßburg

Stamer, Jutta

Technische Universität Dresden

Verantwortlich:

Dr. Reinhard C. Meier-Walser
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen
der Hanns-Seidel-Stiftung

Herausgeber:

Prof. Dr. Ingo Kolboom
Technische Universität Dresden, Université de Montréal

Bernd Rill

Referent für Recht, Staat, Europäische Integration
in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen

"Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen"

bisher erschienen:

- Nr. 1 Berufsvorbereitende Programme für Studierende an deutschen Universitäten (vergriffen)
- Nr. 2 Zukunft sichern: Teilhabegesellschaft durch Vermögensbildung (vergriffen)
- Nr. 3 Start in die Zukunft – Das Future-Board (vergriffen)
- Nr. 4 Die Bundeswehr – Grundlagen, Rollen, Aufgaben (vergriffen)
- Nr. 5 "Stille Allianz"? Die deutsch-britischen Beziehungen im neuen Europa (vergriffen)
- Nr. 6 Neue Herausforderungen für die Sicherheit Europas (vergriffen)
- Nr. 7 Aspekte der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union (vergriffen)
- Nr. 8 Möglichkeiten und Wege der Zusammenarbeit der Museen in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 9 Sicherheit in Zentral- und Südasiens – Determinanten eines Krisenherdes
- Nr. 10 Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert (vergriffen)
- Nr. 11 Griechenland: Politik und Perspektiven
- Nr. 12 Russland und der Westen (vergriffen)
- Nr. 13 Die neue Familie: Familienleitbilder – Familienrealitäten (vergriffen)
- Nr. 14 Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa
Ausgewählte Fallstudien (vergriffen)
- Nr. 15 Doppelqualifikation: Berufsausbildung und Studienberechtigung
Leistungsfähige in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 16 Qualitätssteigerung im Bildungswesen: Innere Schulreform – Auftrag für
Schulleitungen und Kollegien (vergriffen)
- Nr. 17 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa – Bilanz und
Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts (vergriffen)
- Nr. 18 Auf der ewigen Suche nach dem Frieden – Neue und alte Bedingungen für die
Friedenssicherung (vergriffen)
- Nr. 19 Die islamischen Staaten und ihr Verhältnis zur westlichen Welt – Ausgewählte
Aspekte (vergriffen)

- Nr. 20 Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven (vergriffen)
- Nr. 21 Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen
- Nr. 22 Bessere Justiz durch dreigliedrigen Justizaufbau? (vergriffen)
- Nr. 23 Konservative Parteien in der Opposition – Ausgewählte Fallbeispiele
- Nr. 24 Gesellschaftliche Herausforderungen aus westlicher und östlicher Perspektive – Ein deutsch-koreanischer Dialog
- Nr. 25 Chinas Rolle in der Weltpolitik
- Nr. 26 Lernmodelle der Zukunft am Beispiel der Medizin
- Nr. 27 Grundrechte – Grundpflichten: eine untrennbare Verbindung
- Nr. 28 Gegen Völkermord und Vertreibung – Die Überwindung des zwanzigsten Jahrhunderts
- Nr. 29 Spanien und Europa
- Nr. 30 Elternverantwortung und Generationenethik in einer freiheitlichen Gesellschaft
- Nr. 31 Die Clinton-Präsidentschaft – ein Rückblick
- Nr. 32 Alte und neue Deutsche? Staatsangehörigkeits- und Integrationspolitik auf dem Prüfstand
- Nr. 33 Perspektiven zur Regelung des Internetversandhandels von Arzneimitteln
- Nr. 34 Die Zukunft der NATO
- Nr. 35 Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen

in Vorbereitung:

Neue Wege in der Gesundheitsprävention